

BIBLIOTHECA
IBERO-AMERICANA

CARY HECTOR

Der Staatsstreich als Mittel der politischen Entwicklung in Südamerika



COLLOQUIUM VERLAG
BERLIN

Im Jahre 1954 schrieb der durch seinen publizistischen Feldzug gegen die Diktatur Trujillos bekannte, später in New York ermordete Schriftsteller Jesús de Galíndez: „Die gegenwärtige iberoamerikanische Realität ist die eines Kontinents in voller sozioökonomischer Umwälzung ... Niemand und nichts wird sie aufhalten können.“

Seitdem sind zehn Jahre vergangen, ohne daß diese Worte an Aktualität eingebüßt hätten. Noch mehr: In der westlichen Hemisphäre scheint das Pendel schneller als je zwischen Reaktion und Revolution zu schwingen. Nicht selten steht der ferne europäische Beobachter dieser atemberaubenden Entwicklung ratlos gegenüber und läßt sich verleiten, jedem lateinamerikanischen Putsch oder Staatsstreich eine und dieselbe Bedeutung beizumessen, nämlich ihn als normale Erscheinung des dortigen politischen Lebens aufzufassen.

Vertrautheit mit einem Erdteil von 200 Millionen Menschen ist aber nicht nur um dessen Eigenbedeutung willen unerläßlich; sie ist unentbehrlich, um die Politik der USA zu begreifen, für die nach wie vor Lateinamerika ein Problem von primärer Bedeutung darstellt; sie ist wesentlich für das Verständnis aller der Nationen, die so lange unter Mißwirtschaft und politi-



BIBLIOTHECA IBERO-AMERICANA

Veröffentlichungen des Ibero-Amerikanischen Instituts
(Stiftung Preußischer Kulturbesitz) zu Berlin

Herausgegeben von Dr. Hans-Joachim Bock

Band 6

BIBLIOTHECA IBERO-AMERICANA

CARY HECTOR

Der Staatsstreich
als Mittel der
politischen Entwicklung
in Südamerika

Dargestellt am Beispiel
Argentiniens und Boliviens von 1930 bis 1955

COLLOQUIUM VERLAG BERLIN 1964

MEINEN ELTERN GEWIDMET

© 1964 Colloquium Verlag Otto H. Hess, Berlin
Satz und Druck: Thormann & Goetsch, Berlin
Schrift: Linotype Garamond
Buchaussattung: Georg Goedecker · Printed in Germany
D 188

Die nachfolgende Abhandlung wurde der Philosophischen Fakultät der Freien Universität Berlin als Dissertation für das Gebiet „Politologie“ eingereicht und von dieser Fakultät angenommen. Wenn sie nunmehr einem breiteren Publikum zugänglich gemacht wird, war hierfür nicht zuletzt die Erwägung maßgeblich, an einem konkreten Beispiel darzutun, daß das Studium von Vertretern der sogenannten „Entwicklungsländer“, wie es Haiti, die Heimat des Verfassers, darstellt, keineswegs darauf beschränkt zu sein braucht, ausländischen Studenten unserer Hochschulen deutsches Kulturgut zu vermitteln; ein solches Studium mag sich auch als geeignet erweisen, die spezifischen Erfahrungen und Erkenntnisse, die diese Studenten in ihren Heimatländern zu erwerben Gelegenheit hatten, für unser eigenes Verständnis grundlegender Probleme des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens nutzbar zu machen. Dies gilt nicht zuletzt für das Gebiet der vergleichenden Lehre der Herrschaftssysteme, die einen essentiellen Bestandteil der Wissenschaft von der Politik darstellt. Will die Wissenschaft von der Politik der ihr gestellten Aufgabe gerecht werden, die Erscheinungsformen des politischen Lebens nicht nur als isolierte Phänomene zu beschreiben, sondern auf ihren typischen Gehalt hin zu untersuchen, so muß sie sich ihr Erfahrungsmaterial auf tunlichst breiter Basis zu beschaffen versuchen.

Dr. Hector hat sich das Thema gestellt, das theoretische Verständnis der Staatsumwälzungen dadurch zu erweitern und zu vertiefen, daß er sein Augenmerk auf die für die Politik Lateinamerikas gleichermaßen kennzeichnende und bedeutsame Erscheinung des „Staatsstreichs“ gelenkt hat. Da es zum mindesten in der deutschen Literatur weitgehend an wissenschaftlich brauchbaren Vorarbeiten auf diesem Gebiet fehlt, schien es angebracht, die Untersuchungen auf zwei ibero-amerikanische Länder zu beschränken und darauf zu verzichten, einen Überblick über die Problematik des Staatsstreichs in allen lateinamerikanischen Staaten zu geben, der notwendigerweise kursorisch geblieben wäre. Dies konnte aber um so weniger verantwortet werden, als — wie die Darlegungen des Verfassers zeigen — die Begriffe des Staatsstreichs

und der Revolution gerade in der gegenwärtigen Periode keineswegs scharf voneinander abgegrenzt sind, sondern sich vielmehr in einem ständigen Prozeß einer grundlegenden Umwandlung befinden. Wollte man mit einem schablonisierten „Staatsstreich“-Begriff die tiefgreifenden Umwälzungen zu verstehen versuchen, die sich im Zeichen der globalen Dekolonisation in Mittel- und Südamerika abspielen, dann hätte man sich das Verständnis für einen der umwälzendsten Vorgänge der Gegenwart versperrt. Man hätte darüber hinaus verabsäumt, Anschauungsmaterial für die Ausarbeitung einer Theorie der Staatsumwälzungen zu sammeln, zu sichten und zu verwerten, wie es in gleicher Fülle und Mannigfaltigkeit nur in wenigen Ausnahmefällen anderweitig anzutreffen ist.

Auch in der Gegenwart gilt Lateinamerika in Deutschland noch weitgehend als „der unbekannte Kontinent“. Vertrautheit mit einem Erdteil mit einer Bevölkerung von annähernd 200 Millionen Menschen ist nicht nur um dessen Eigenbedeutung willen unerlässlich; sie ist unentbehrlich, um die Außenpolitik der USA zu begreifen, für die nach wie vor Lateinamerika ein außenpolitisches Problem von zentral wichtiger, ja primärer Bedeutung darstellt; sie ist essentiell für das Verständnis des Phänomens der Emanzipation all derjenigen Nationen, die so lange unter Mißwirtschaft und politischer Unterdrückung gelebt haben, daß eine Umwälzung ihrer staatlichen Ordnung ihnen überfällig erscheint. Welcher Methoden diese Nationen sich in dem angestrebten Prozeß ihrer Regeneration bedienen, mag sich als richtungweisend für die Position erweisen, die sie in den Auseinandersetzungen zwischen der freien und der kommunistischen Welt einzunehmen berufen sind. So dürfte die nachfolgende Abhandlung nicht nur dem Theoretiker der Politik reiche Anregungen, sondern auch dem Praktiker der Politik wertvolle Kenntnisse übermitteln.

Dr. Hectors Erstlingsschrift sollte von Vertretern von Instanzen und Organisationen, die mit kulturellen Austauschprogrammen befaßt sind, nicht zuletzt deshalb mit besonderem Interesse gelesen werden, weil sie dazu beitragen dürfte, eine allzu große Skepsis zu zerstreuen, die sich neuerdings auf diesem Gebiet bemerkbar macht; andererseits sollte sie aber auch als Mahnung und Ermunterung dienen, bei der Auswahl von Austauschstudenten die höchsten Maßstäbe anzulegen und bei ihrer Förderung sehr viel mehr darauf zu sehen, einer relativ kleinen Zahl von ihnen eine vertiefte Bildung zu vermitteln, als eine relativ große Zahl mit einer Halbbildung zu versehen, deren Schädlichkeit gar nicht überschätzt werden kann.

Ernst Fraenkel

In der vorliegenden Arbeit soll vor allem versucht werden, zu zeigen, daß der „berüchtigte“ lateinamerikanische Staatsstreich, besonders zwischen 1930 und 1955 und in einer erweiterten Perspektive betrachtet, als Mittel der politischen Entwicklung angesehen werden kann. Als wichtigste Elemente der Darstellung erschienen die Entstehungsbedingungen des Staatsstreiches und vor allem der ihm folgende Gestaltungsprozeß. Eine Ausdehnung dieses notwendigen Arbeitsrahmens wäre angesichts der äußerst schwierigen Materiallage ohnehin nicht möglich gewesen, weil dazu die Erschließung dokumentarischer Quellen nötig gewesen wäre, die ihrerseits einen entsprechenden Forschungsaufenthalt in den betreffenden Ländern erforderlich gemacht hätte. Da es für die Herausarbeitung der erwähnten Grundlinien vielmehr auf den Gesamtzusammenhang ankam, genügte es, das hier zugängliche Material zugrunde zu legen.

Selbst in diesem Rahmen war es jedoch kein leichtes Unterfangen, die richtige Auswahl zu treffen, da die Fülle des Schrifttums über Lateinamerika nicht immer für seine wissenschaftliche Brauchbarkeit spricht. Als Orientierungsinstrumente wurden zwei allgemein anerkannte Sammelwerke benutzt: das „*Handbook of Latin American Studies*“, 1935 ff. und die „*Inter-American Review of Bibliography*“, Washington 1951 ff. Danach konnten die maßgeblichen Vertreter der fast unübersichtlich anmutenden nord- und lateinamerikanischen Literatur herangezogen werden. Dies wurde grundsätzlich auf die Zeitspanne von 1930 bis 1960 beschränkt, wenn auch einige wichtige Veröffentlichungen der Jahre 1961/62 noch berücksichtigt werden mußten.

Einzelne Artikel wurden u. a. folgenden Zeitschriften entnommen: den in den USA erscheinenden Publikationen „*American Political Science Review*“, „*Foreign Affairs*“, „*Hispanic American Historical Review*“, „*Inter-American Affairs*“, „*Inter-American Economic Affairs*“, „*Journal of Inter-American Studies*“, „*Western Political Quarterly*“, den mexikanischen „*Cuadernos Americanos*“ und „*Humanismo*“ und den in Paris herausgegebenen „*Cuadernos*“. Auf wirtschaftlichem Gebiet sind vorwiegend die Veröffentlichungen der UN, besonders die „*Eco-*

nomic Survey of Latin America“ (im Text als ESLA zitiert) benutzt worden. Hinzu kommen einige amtliche argentinische und bolivianische Unterlagen sowie einzelne Berichte der „Deutschen Überseeischen Bank“ (Berlin und Hamburg) und einiger Zeitschriften des deutschen Sprachgebietes: u. a. „Finanzarchiv“, „Außenwirtschaft“. Hervorzuheben sind ferner die wirtschaftssoziologischen Arbeiten des Schweizer Professors F. Behrendt, aus denen wichtige Referenzen geschöpft werden konnten. Folgende Bibliotheken und Institute waren mir bei der Beschaffung der Literatur behilflich:

In erster Linie das Ibero-Amerikanische Institut (vorm. Ibero-Amerikanische Bibliothek) in Berlin-Lankwitz, dessen Direktor, Herrn Dr. Bock, ich ebenso wie einigen seiner Mitarbeiter für ihre Unterstützung sehr dankbar bin; dann das „Institut des Hautes Études de l'Amérique Latine“ in Paris, das „Institut d'Études Politiques“ und die Bibliothek der „Faculté de droit“ der Pariser Universität, an denen ich dank eines von der Ford Foundation der Freien Universität gewährten dreimonatigen Aufenthalts wichtiges Material über die Problematik des Staates zusammentragen konnte – wofür ich hier der Ford Foundation meinen Dank aussprechen möchte; ferner die Berliner Amerika-Gedenkbibliothek, das Historische Seminar der Kölner Universität (Abt. Spanien, Portugal und Lateinamerika), dessen Leiter, Herr Professor Dr. Richard Konetzke, mir während eines zweiwöchigen Aufenthalts dort freundlicherweise beratend beistand; schließlich an der Freien Universität: die Universitätsbibliothek, die Bibliothek des Otto-Suhr-Instituts (vorm. Deutsche Hochschule für Politik), das Institut für Politische Wissenschaft (Abt. Zeitschriften), das Institut für internationales und ausländisches Recht und Rechtsvergleichung der Juristischen Fakultät, das Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, das Institut für Soziologie und das Seminar für Weltwirtschaft der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät.

Für die mir bei der Bewältigung der gesetzten Aufgabe in jeder Beziehung gewährte Unterstützung bin ich meinem Lehrer, Herrn Professor Dr. Ernst Fraenkel, zu großem Dank verpflichtet. Schließlich sei auch gedankt für die wertvollen Anregungen, die ich von Herrn Dr. Hirsch-Weber (Institut für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin), Herrn Dr. Schindler und Herrn Privatdozent Dr. Ziebur, letzterem seinerzeit als Tutor der ausländischen Studenten am Otto-Suhr-Institut, erhielt.

EINLEITUNG

ZUM BEGRIFF DES STAATSSTREICHES — ZEITLICHE UND GEOGRAPHISCHE BEGRENZUNG DER FRAGESTELLUNG

Der Staatsstreich ist in der staats-theoretischen Literatur selten isoliert behandelt worden, man hat ihn vielmehr häufig dem Oberbegriff Revolution untergeordnet, indem man eine Unterscheidung traf zwischen der „Revolution von unten“ (der eigentlichen Revolution) und der „Revolution von oben“ (dem Staatsstreich).

Davon abgeleitet werden Erscheinungen wie z. B. der Putsch (im Spanischen „pronunciamiento“), denen man je nachdem, ob sie als selbständige, mit dem Staatsstreich nicht zu verwechselnde Tatbestände betrachtet werden oder ob man sie als Abarten in den Hintergrund rücken will, eine mehr oder weniger große Aufmerksamkeit widmet¹.

Über den Revolutionsbegriff besteht in den verschiedenen Richtungen der Rechts- und Sozialwissenschaften keine einheitliche Meinung. Nach Sombart² ist der Begriff „zweifach doppelsinnig“, insofern, als man nämlich einerseits (den Begriff) in einer materiellen und einer formalen, andererseits in einer objektiven und einer subjektiven Bedeutung fassen könne. Auf dem Gebiet der Politik bedeute Revolution soviel wie „Umsturz der bestehenden Verfassung auf ungesetzlichem Wege (Revolution im formalen Sinne), einen Umsturz, der wiederum mit einer ‚Revolution‘ (im materiellen Sinne) verbunden sein kann, aber nicht notwendig braucht“. Im objektiv-subjektiven Sinne beziehe sich der Revolutionsbegriff „auf die Einstellung, die wir dem Phänomen der Revolution gegenüber wählen: ob wir diese als Vorgang ohne Rücksicht auf die dabei beteiligten Menschen betrachten oder ob wir vielmehr unser Augenmerk auf die handelnden Menschen richten und die Revolution als Tat, also als bewußte Auflehnung gegen das Bestehende, als Umstürzung des Bestehenden betrachten“. Theodor Geiger³ glaubt beispielsweise, Begriffe der Revolution in der Soziologie, in der Geistesgeschichte, in der politischen Geschichte, im Rahmen einer Geschichte der Gesellschaftsschichtung, in der Staats- und Rechtstheorie getrennt voneinander aufstellen zu müssen. Angesichts der Vielfältigkeit der Auffassungen und Definitionen erweist es sich als unerläßlich, eine klare Wahl zwischen den verschiedenen Vorschlägen und Meinungen zu treffen, eine Wahl, die es ermöglicht, eine der vorliegen-

den Untersuchung angemessene Eindeutigkeit der Vorstellungen von Revolution und Staatsstreich zu gewinnen.

Was ist eine Revolution? Jede „plötzlich“ erfolgte grundlegende Umgestaltung eines bestehenden Zustandes, gleichviel auf welchem Gebiet, wird im allgemeinen als Revolution bezeichnet. (So spricht man z. B. auch von der „kopernikanischen“ oder der „industriellen“ Revolution.) Von dieser Grundauffassung ausgehend, haben sich jene unterschiedlichen Betrachtungsweisen herausgebildet, die jeweils nur den Aspekt der Revolution hervorheben, der dem Hauptanliegen der betreffenden Geistesrichtung entspricht. Um aber zu einer möglichst brauchbaren Definition des Begriffes „Revolution“ zu gelangen, kann man sich einzelner Aspekte nur als Anhaltspunkte bedienen. Ich möchte deshalb auf die mir am wichtigsten scheinenden Auffassungen der Rechtstheorie und der Soziologie kurz eingehen.

Die Rechtsdogmatik hat eine Zeitlang das Problem der Rechtskontinuität in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung gestellt und dementsprechend in der Revolutionstheorie das Schwergewicht darauf gelegt, daß „die Rechtskontinuität mit der Vergangenheit für ein gewisses Gebiet unterbrochen und daß für eine gewisse Dauer ein neues Recht geschaffen wird. Demzufolge ist der Faktor, der das neue Recht setzt, im Auge des gewaltsam beseitigten früheren Gesetzgebers ein Usurpator, da er sich nicht auf ein positives Recht berufen kann, durch das er eingesetzt worden ist“⁴. Ihre entwicklungsgeschichtliche Berechtigung aber gewinne die Revolution durch den Rechtswechsel, den sie vollzieht.

Es wird hier also nur die durch die Revolution entstandene neue Rechtsordnung als wesentlich betrachtet. „Nicht plötzliche Triebentladungen ... sind es, welche das Wesen der Revolution ausmachen und zur Aufhebung der bestehenden Ordnung führen, sondern es ist umgekehrt die Aufhebung der bestehenden Ordnung durch eine neue Ordnung“⁵.

Da diese Rechtsordnung erst dann entstehen kann, wenn sich die Revolution des Staates bemächtigt hat, wird durch diese Theorie das Augenmerk auf den Staat als Objekt der Revolution gerichtet. Gewiß wird man dabei die Eroberung des Staates nicht als Selbstzweck ansehen, denn der soziale Charakter der revolutionären Bewegung wird auch hier durchaus berücksichtigt.

So meint z. B. Lévy-Bruhl: „En dernière analyse, toute révolution, phénomène social par son essence et son fondement, est nécessairement politique dans sa forme et vise toujours à une organisation juridique

nouvelle.“ Daher auch seine Definition der Revolution: „Brusque mouvement social réalisé par la force populaire, sans observer les formes légales, ayant pour but et pour résultat la substitution d'un régime légal à un autre.“ Die Folgerung aus diesen Erwägungen ist, daß die Revolution mit dem Staatsumsturz bzw. mit der Staatsumgestaltung gleichgesetzt wird. Dies entspricht einer statischen Auffassung der sozialen Ordnung und läßt die Tatsache außer acht, daß sich die großen Revolutionen der Weltgeschichte, u. a. die französische von 1789 und die russische von 1917 — wenn sie auch in ihrem Verlauf unterschiedlich waren — nicht mit dem Abriß bzw. der Neuformung der Staatsordnung erschöpfen, sondern darüber hinaus auch eine grundlegende Umwandlung der Gesellschaftsstruktur herbeigeführt haben.

„Die Staatskatastrophe“ ist nur eine Phase — allerdings eine entscheidende — der revolutionären Bewegung und reicht deshalb für die Erfassung des Wesens der Revolution nicht aus. Trotz aller Unterschiedlichkeit der jeweils durch die historische Situation bedingten Zielsetzung ist es immer kennzeichnend für die Revolution, daß sie eine Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der nach oben drängenden Schichten, Gruppen oder Klassen anstrebt. Es spricht noch ein weiteres Argument gegen die Gleichsetzung von Staatsumwälzung und Revolution: Der Staat, in dessen räumlichen Grenzen die Revolution sich abspielt, stellt als soziales Gebilde nur ein Glied des gesamten Aufbaues der Gesellschaft dar. Eine Revolution bleibt jedoch nicht beim Staatsumsturz stehen, sondern wird zwangsläufig über den Staatsbereich hinausgreifen, um eine gesamtgesellschaftliche Umwälzung zu erreichen. Diesem totalen Charakter der Revolution trägt die soziologische Theorie seit Marx Rechnung. Mit Recht konnte daher Sombart⁷ feststellen: „... Im übrigen steht heute die gesamte Literatur und stehen mit ihr fast alle Politiker und Historiker selbst bürgerlicher Observanz im Banne des größten Revolutionstheoretikers des 19. Jahrhunderts: Marx. Was wir an bedeutenden Geschichtsdarstellungen der großen Revolutionen aus unserer Zeit besitzen: Jaurès (und sein Stab von Mitarbeitern), Kropotkin, Trotzky, Sinowjew, ebenso wie alle Schriften der Revolutionstheoretiker: Sorel, Kautsky, Max Adler, Lenin, R. Luxemburg, Lederer, Szende, folgen den Gedankengängen von Karl Marx.“ Zwar spricht man von der Marxschen Revolutionstheorie, verstanden als einer von Marx selbst stammenden, theoretisch geschlossenen Darstellung des Revolutionsphänomens; es sind aber gelegentliche Ausführungen, die, hier und dort in verschiedenen Schriften verstreut, auf eine „Marxsche“ Konzeption der Revolution hinweisen⁸.

Bekannt ist der Spruch: „Die Revolutionen sind die Lokomotiven der

Geschichte⁹.“ Grundlegend für den Marxschen Revolutionsgedanken ist die Einteilung der großen Revolutionen der neueren Zeit in „bürgerliche“ bzw. „demokratische“ (17., 18., Teil des 19. Jahrhunderts) und „proletarische“ bzw. „sozialistische“ (Chartistenbewegung, Juni-revolution von 1848, Pariser Kommune)¹⁰. Ihr liegt die Auffassung der von Klassenkämpfen bestimmten Gesellschaftsentwicklung zugrunde, welche durch die sozialistische Umwälzung ein Ende finden wird. Dabei übernimmt — als die revolutionärste aller Klassen — das Proletariat die führende Rolle; seine Diktatur wird nach der Revolution den Übergang zur klassenlosen Gesellschaft einleiten.

Alle späteren „marxistischen“ Revolutionstheorien haben dieses Grundschema als Ausgangsbasis. Die verschiedenen Abweichungen von der Marxschen Orthodoxie betonen vor allem die Methoden der Durchführung.

Neben den Marxschen Gedankengängen sind Lenins Ausführungen von grundlegender und weittragender Bedeutung gewesen und werden durchweg als Ergänzung des Marxschen Gedankengutes betrachtet, so daß nunmehr von der „marxistisch-leninistischen“ Revolutionstheorie die Rede sein wird. Neu bei Lenin war die Theorie der Umgruppierung der Kräfte um das Proletariat gegen Ende der bürgerlichen Revolution zum Zwecke des direkten Übergangs zur sozialistischen Revolution, also das sogenannte Hinüberwachsen der bürgerlich-demokratischen Revolution in die „sozialistische Revolution“. „Von der demokratischen Revolution“, so schrieb er, „werden wir sofort, und zwar nach Maßgabe unserer Kraft, der Kraft des klassenbewußten und organisierten Proletariats, den Übergang zur sozialistischen Revolution beginnen...“¹¹ So entwickelte Lenin die Marxschen Gedanken weiter und arbeitete sie zu einer geschlossenen Theorie der sozialistischen Revolution aus, wobei er dem Problem ein neues Moment als unerläßliches Moment der sozialistischen Revolution hinzufügte, nämlich das Bündnis des Proletariats mit den halbproletarischen Elementen in Stadt und Land als Vorbedingung des Sieges der proletarischen Revolution.

Damit ist die marxistisch-leninistische Revolutionstheorie auf die „sozialistische Revolution“ zentriert, welche sich ihrem Charakter nach grundlegend von allen „sozialen Revolutionen“ unterscheidet. Diese beschleunigen zwar die Entwicklung der Gesellschaft und bedeuten stets „die Vernichtung der überlebten sozialökonomischen und politischen Ordnung“, sie führen aber „nur zur Ersetzung der einen Form der Ausbeutung durch eine andere“. Die Aufgabe der sozialistischen Revolution dagegen „besteht nicht darin, die Form der Ausbeutung zu

verändern, sondern darin, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen völlig zu beseitigen, sie schafft die Grundlage für den Übergang von der Klassengesellschaft zur klassenlosen Gesellschaft“¹².

Außer dieser durch den Marxismus-Leninismus geprägten Auffassung von der Revolution kann festgestellt werden, daß heute der Begriff der Revolution als totaler Umwälzung der Staats- und Gesellschaftsordnung im allgemeinen akzeptiert wird. „Abgesehen von seiner naturwissenschaftlich-technischen oder seiner reinen geistigen Bedeutung bezeichnet der Begriff Revolution im Bereich des Rechts und des Staates, der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einen geschichtlich bedeutsamen Bruch mit der Tradition und Vergangenheit; Ziel der Revolution ist eine tiefgehende Umgestaltung der politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse in verhältnismäßig kurzer Zeit“¹³.

„Der soziologische Revolutionsbegriff . . . bezieht sich weder auf Staat, noch auf Wirtschaft, noch auf geistiges Leben usw., sondern auf keins für sich und auf alle zusammen in ihrer gesamtgesellschaftlichen Verkettung. Er meint eine grundsätzliche Veränderung der Fundamente einer historischen Gesellschaft überhaupt und in allen Teilen, Erscheinungen, Schöpfungen“¹⁴.“ In dem Bestreben, die Revolution von anderen Arten politischer Bewegungen zu unterscheiden, bemerkt schließlich Mac Iver: „... Was hingegen . . . die großen Umstürze auszeichnet, auf die kein anderer Ausdruck paßt wie die Bezeichnung ‚Revolution‘, das ist gerade die Tatsache, daß in ihrem Verlauf nicht nur eine alte Ordnung unterging, sondern auch das gesamte Schema und das Verhältnis der Regierung zu den Regierten mit relativer Dauerhaftigkeit neuorientiert wurde. Mögen dann die Grundsätze der Revolution verblassen oder gar in Vergessenheit geraten, — der Lauf der Geschichte hat sich geändert. Eine neue Periode oder sogar eine neue Epoche ist gewaltsam erstanden“¹⁵.

Als wichtige Merkmale für die möglichst klare Abgrenzung des Revolutionsbegriffes vom Begriff des Staatsstreiches sind neben dem des totalen Charakters der Revolution ihre Entstehung aus einer Massenbewegung und das Vorhandensein einer Ideologie als Triebkraft zu nennen. „Je tiefer die revolutionäre Umwälzung ist, desto größere Massen werden in den aktiven Kampf hineingezogen. Und umgekehrt — je größer die Volksmassen sind, die in die revolutionären Aktionen einbezogen werden, desto tiefer und gründlicher sind die durch diese Massen verwirklichten Umgestaltungen. Die Volksmassen treiben die Entwicklung der Revolution voran, um die Lösung ihrer Aufgaben zu Ende zu führen“¹⁶.“ Bei Marx selbst heißt es: „... die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift. Die Theorie ist

fähig, die Massen zu ergreifen, sobald sie ad hominem demonstriert, und sie demonstriert ad hominem, sobald sie radikal wird¹⁷.“ Dazu sagt Emil Lederer: „... Die Revolution ist ... Realisierung der revolutionären Ideen in einer Massenbewegung. Dies ist wesentlich ...“¹⁸ Auch in der neuesten Literatur wird diese Beteiligung der Massen als Träger der Revolution hervorgehoben. So schreibt z. B. Robert Peloux: „... Le trait le plus incontestable de la révolution c'est l'intervention directe des masses dans les événements historiques¹⁹.“

Was die Ideologie anbelangt, so verkündete Lenin lapidar: „Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben²⁰.“ Dieser Satz findet sich in mehr oder weniger abgewandelter Form bei fast allen späteren Revolutionstheoretikern, so z. B. bei dem bereits zitierten Lederer: „... die Revolution fordert, daß eine Idee als die entscheidende neue Grundlage von der Gesellschaft ergriffen wird und in persönlichen Kräften Substanz gewinnt ... Revolution ist also nur möglich, wenn sich eine Idee ihrer erlösenden Kraft bewußt wird, wenn sie menschliche Kräfte hinzureißen vermag, so daß selbst Mittel der Gewalt zu ihrer Realisierung in Anwendung gebracht werden²¹.“

Außer diesen beiden Komponenten — Massenbewegung und revolutionäre Ideologie — können noch drei weitere, allerdings weniger wesentliche, z. T. schwerer feststellbare und umstrittene Elemente der Revolution hinzugefügt werden: der Verlauf der Revolution, ihre Dauer und die Gewaltanwendung als Mittel zur Beseitigung von Widerständen.

Es ist vielfach der Versuch gemacht worden, den Verlauf der Revolution zu typisieren, wobei ihre wichtigsten Phasen und Etappen abgestuft werden²². Der theoretisch-hypothetische Wert dieser Systematisierung ist nicht abzustreiten, sie kann aber keine Allgemeingültigkeit besitzen, da das revolutionäre Geschehen von der jeweiligen historischen Lage bestimmt wird, die ihrerseits das Produkt recht unterschiedlicher Faktoren ist.

Noch weniger können sichere Aussagen über die Dauer der Revolution gemacht werden. Sie hängt im wesentlichen von der Widerstandsfähigkeit der alten Machthaber bzw. von der Schlagkraft und Organisation der nach oben drängenden Schichten ab. Die Revolution wird meist von blutigen Ereignissen begleitet: das scheint fast unvermeidlich zu sein. Jedoch wäre es verfehlt, die Revolution nur als blutigen Aufstand zu verstehen. Man denke z. B. an die unblutig verlaufene sogenannte „Glorreiche Revolution“ (1688–1689), die eine wesentliche Neuordnung des englischen Verfassungs- und Staatslebens mit sich brachte.

Gewaltlose revolutionäre Ereignisse dieses Jahrhunderts haben sogar ihren Niederschlag in der zeitgenössischen Literatur als „neue Kategorien der Revolution“ gefunden (z. B. „Revolution by Consent“ von Harold J. Laski²³). Somit kann das Mittel der Gewaltanwendung nicht als typisches Merkmal der Revolution angesehen werden. Maßgebend und entscheidend sind vielmehr die oben genannten Merkmale, auf die Soziologen und Politologen fast einheitlich hinweisen.

Aus dieser theoretisch-kritisch — vor allem vom Blickwinkel der soziologischen Anschauungsweise ausgehenden — Betrachtung des Revolutionsphänomens kann die Schlußfolgerung gezogen werden, daß jene Arten von Bewegungen, die sich im Staatsumsturz und der Umbesetzung des Staatsapparates als ihrem Hauptziel erschöpfen, keine Revolutionen sind. Hierzu gehört auch der Staatsstreich.

Dogmengeschichtlich hat sich der Begriff des Staatsstreiches als Gegenstück zur Idee der Revolution herausgebildet²⁴. Staatsveränderungen auf Grund gewaltsamer Machtübernahme hat es seit der Antike gegeben. Aber die ältere Lehre der Staatsumwälzungen von Aristoteles bis Macchiavelli kennt keine wertende Unterscheidung zwischen Staatsstreich und Revolution. Sie beurteilt lediglich gewisse Veränderungen negativ, durch die die Staatsmacht zur Tyrannei entartet oder ohne Rechtsanspruch usurpiert wird. „Erst seit der Französischen Revolution wird der Begriff der Revolution zum Ausdruck der Volkssouveränität und des Sieges der Freiheit und Vernunft²⁵.“ Man bewertet die Revolution als Vorgang der Durchsetzung neuen Rechts, dem die überlebte, innerlich ausgehöhlte bisherige Ordnung Platz macht. Demgegenüber steht neben der Reform als einer in Rechtsnormen planmäßig durchgeführten Verbesserung und Umgestaltung des Staates die ohne freiheitliche Kräfte mit Gewalt unternommene Machtnahme von „oben“ her, meist durch militärischen Einsatz.

Als klassisches Beispiel für diese Art der Machtübernahme ist der Staatsstreich Napoleons am 18. Brumaire 1799 anzuführen. Mit diesem Ereignis hat sich auch der Begriff des Staatsstreiches verbunden, so daß es für die Charakterisierung seines Tatbestandes als typisch gelten kann. Gewiß, die nach 1920 registrierten Staatsstreiche (*Mussolini* 1922, *Primo de Rivera* 1923, *Pilsudski* 1926 u. a. m.) weisen Abweichungen auf, die dem Aufkommen neuer Faktoren²⁶ zuzuschreiben sind, aber die Grundlinien sind in jedem Falle die gleichen.

Von der durch das genannte Beispiel geschaffenen Grundvorstellung ausgehend, kann der Staatsstreich bezeichnet werden als „der Vorgang der durch Machtanwendung erreichten Änderung der Staatsform oder

der Staatsleitung, der zwar wie alle modernen Regierungen demokratische Legitimierung anstrebt, aber keine revolutionäre Ideologie und keine Massenpartei ins Spiel bringt²⁷.

Daraus ist ersichtlich, daß der Staatsstreich im Gegensatz zur Revolution grundsätzlich nur auf eine Änderung der Staatsform bzw. der Staatsführung abzielt und weder durch eine Ideologie unterstützt noch von den Massen getragen wird. Darauf wies Max Weber hin, als er schrieb: „... Indem dieser Apparat (der Herrschaftsapparat), wo immer er über die modernen Nachrichten- und Verkehrsmittel ... verfügt, eine ‚Revolution‘ im Sinne der gewaltsamen Schaffung ganz neuer Herrschaftsbildungen rein technisch und auch durch seine innere durchrationalisierte Struktur zunehmend zur Unmöglichkeit macht, hat er — wie in klassischer Weise Frankreich demonstriert — an die Stelle der ‚Revolutionen‘ die Staatsstreiche gesetzt²⁸.“ Manche Autoren halten den Massencharakter der Revolution als wesentliches Unterscheidungsmerkmal fest²⁹. Die moderne Theorie ist jedoch zu der Erkenntnis gekommen, daß auch Ideologie und Anspruch auf totale Umwälzung bzw. Umwandlung das Wesen der Revolution ausmachen und sie infolgedessen vom bloßen Staatsstreich absondern.

Als Technik zur Lahmlegung und Bemächtigung der Staatsgewalt ist für den Staatsstreich ein ihm spezifisches Verfahren kennzeichnend.

Zunächst, was den oder die Urheber des Staatsstreiches anlangt, so kann er oder können sie hohe Beamte oder hohe Offiziere sein, aber auch Inhaber der Regierungsgewalt, die danach trachten, ihre Macht zu stärken oder zu erweitern³⁰. Hierbei ergibt sich die Notwendigkeit, daß der Staatsstreich — im Gegensatz zur Revolution — von einem Mann oder einer zahlenmäßig kleinen Gruppe ausgeführt wird. Je weniger „Verschwörer“, desto wirksamer und größer wird der Überraschungseffekt, den der Staatsstreich zu seinem Gelingen voraussetzt. In diesem Sinne schreibt O. Brichet: „... Il faut écarter le concours plus ou moins actif de la foule qui risque de tout brouiller le jeu, de donner du flottement³¹.“

Ferner ist für den Staatsstreich charakteristisch — und das ist durch den eben erwähnten Grundsatz bedingt —, daß er, um jeden Widerstand der bestehenden Staatsgewalt von vornherein auszuschalten, blitzschnell, schlagartig und unvorhergesehen zu erfolgen hat. Er muß sich daher auf einige wenige, im modernen Staat lebensnotwendige Einrichtungen konzentrieren: Brücken, Regierungsgebäude, Telefonzentralen, Energiequellen usw. Der Aktionsraum des Staatsstreiches ist damit beschränkt — meist auf die Hauptstadt³². Von der schlagartigen Durchführung des Staatsstreiches wird sogar dessen Gelingen abhän-

gen, denn der Gegner, d. h. der Inhaber der Staatsgewalt, soll außer Gefecht gesetzt werden, bevor er den Widerstand organisieren oder den Ausnahme- oder Belagerungszustand verhängen kann. Geschieht dies nicht, d. h. leistet die vom Umsturz bedrohte Staatsführung Widerstand, so ist der Staatsstreich sehr wahrscheinlich zum Scheitern verurteilt oder kann sich in einen Bürgerkrieg umwandeln.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß der Staatsstreich als bewußt gewaltsame Änderung der Staatsform oder der Staatsleitung mit diesem Ziel seinen Zweck erreicht und erfüllt. Dazu ist ein bestimmtes Verfahren anzuwenden, wenn die Lahmlegung des Verwaltungsapparates gelingen soll. Wenn auch dieser Grundsatz in direktem Verhältnis zur technischen Ausstattung des Staates — vor allem des modernen Staates — steht, kann man doch nicht den Schluß daraus ziehen, das Problem der Eroberung des Staates oder seiner Verteidigung sei nicht politischer, sondern technischer Natur³³. Ferner ist der Staatsstreich definitionsgemäß ein einmaliger Vorgang und kann insofern kein politisches Regime darstellen. Jedoch unter Umständen und in Ländern, in denen die verfassungsmäßige Wachablösung nur nominell vor sich geht oder erschwert wird, kann der Staatsstreich zur Dauererscheinung des „Systems“ werden und zu dem sog. „Regime der Staatsstreiche“ führen (Lateinamerika, Asien). Schließlich zielt der Staatsstreich im Prinzip auf Veränderungen ab, bei denen eine revolutionäre Legitimierung oder Perpetuierung nicht gesucht wird. Doch kann er den Boden abgeben, auf dem eine Periode der radikalen Umformung der Revolution von oben her eingeleitet wird (Staatsstreiche vom 20. Dezember 1943 in Bolivien und vom 4. Juni 1943 in Argentinien).

Bevor der Begriff des Staatsstreiches auf die südamerikanische bzw. lateinamerikanische Wirklichkeit hin untersucht wird, müssen einige ihm nahestehende Begriffe, wie der Putsch, die Revolte, die Rebellion, noch erläutert werden. In der staatsrechtlichen Literatur wird — wie anfangs schon erwähnt — die begriffliche Abgrenzung des Putsches auf zweierlei Wegen vorgenommen. Man sieht den Putsch entweder als Abart des Staatsstreiches oder gar als „dezentralisierten“ Staatsstreich an³⁴, oder aber als einen mit diesem nicht zu verwechselnden Tatbestand. Diese Auffassung führt als Unterscheidungsmerkmal an, daß „der Putsch von subalternen (meist Offiziers-) Gruppen ausgeht und deshalb eher dem revolutionären Aufstand ähnelt, obwohl er sich der gleichen Technik und Taktik bedient wie der Staatsstreich“³⁵. Dem Putsch scheint außerdem die Neigung zum Mißlingen innezuwohnen, da er meist mit unzulänglichen Mitteln durchgeführt wird, was jedoch

sicher nicht der einzige Grund des Mißlingens ist. Auf jeden Fall ist eine Abgrenzung des Putsches vom Staatsstreich zweckmäßig zur Vermeidung terminologischer Unklarheiten. Schließlich seien noch die „Revolte“ und die „Rebellion“ erwähnt, beides Bezeichnungen für ein kurzes, meist ergebnisloses Aufbegehren einer Gruppe gegen eine bestehende Staatsgewalt. Diese und ähnliche Begriffe sind hier praktisch bedeutungslos und bedürfen daher keiner weiteren Erklärung.

Im Hinblick auf Latein- bzw. Südamerika könnte man rein sprachlich den „Staatsstreich“ dem spanischen „Golpe de Estado“ gleichsetzen. Im allgemeinen Sprachgebrauch wird jedoch eine Fülle anderer Ausdrücke verwendet, um denselben Tatbestand zu bezeichnen, z. B. *asonada*, *revuelta*, *cuartelazo*, *levantamiento* u. a. m. Noch häufiger ist in der lateinamerikanischen politischen Literatur das Wort „Revolución“ anzutreffen. Palastrevolutionen, Regierungsumstürze, ja, mißlungene Putsche, werden zur „Revolución“ erhoben, so daß keinerlei — zumindest begriffliche — Abgrenzung zwischen diesen ihrem Wesen und Inhalt nach doch unterschiedlichen Ereignissen zu bestehen scheint.

Diese sprachliche Verwirrung kann aber, konfrontiert mit den Fakten, ziemlich leicht überwunden werden.

Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen (z. B. der mexikanischen Revolution von 1910, der bolivianischen vom April 1952 und dem seit Januar 1959 im Gang befindlichen kubanischen Experiment), ist das, was man in Lateinamerika als „Revolución“ bezeichnet, meistens ein mit Gewalt erzwungener Regierungswechsel, der die Staats- und Gesellschaftsordnung im wesentlichen unberührt läßt³⁶. Diese willkürliche „Wachablösung“ kann zwar in manchen Fällen — wie später auszuführen sein wird — der Auftakt zu längst fällig gewordenen Sozialreformen sein, aber entsprechend der hier festgehaltenen Auffassung stellt sie keine Revolution im eigentlichen Sinne des Wortes dar. Eine kurze Betrachtung des üblichen Verlaufes einer solchen „Revolución“ läßt deutlich erkennen, wie grundverschieden sie von der eigentlichen Revolution ist und wieviel mehr sie dem Tatbestand des Staatsstreiches entspricht.

Eine aus hohen Militärs und künftigen Mitgliedern des „neuen Regimes“ zusammengesetzte sogenannte Junta wird heimlich ins Leben gerufen. Ihre Agenten halten sich im Ausland bereit, um die Anerkennung der neuen Regierung mit den verschiedenen Auswärtigen Ämtern auszuhandeln, während im Lande durch Presse und Rundfunk heftige Attacken gegen die alte Regierung einsetzen. Diese wird im allgemeinen der Korruption, der Vetternwirtschaft, des Schutzes ausländischen Kapitals zum Nachteil des einheimischen u. a. m. beschuldigt. Die

„Revolución“ wird meist für einen Sonntag — jedenfalls für einen Feiertag — vorgesehen, da an diesem Tage alle Ämter geschlossen sind und dadurch der Regierung jede Verbindung unmöglich gemacht wird. Um die vereinbarte Zeit erscheinen die Führer der Junta in den in der Nähe der Hauptstadt befindlichen Schlüsselgarnisonen der Armee. Telefonzentralen, Rundfunkeinrichtungen, Regierungsgebäude usw. werden besetzt. Daraufhin wird der Präsident des Staates von einer Gruppe oder dem Hauptanführer der Junta zum Rücktritt aufgefordert oder einfach für abgesetzt erklärt. Das Weitere hängt von der Loyalität bzw. Neutralität anderer Sektoren der Armee oder auch vom Widerstand der alten Regierung ab; unter Umständen kann die Situation zu Blutvergießen führen. Die meisten dieser „Revolutionen“ spielen sich jedoch dank der überraschenden und schlagartigen Durchführung fast ohne Verluste von Menschenleben ab.

Dies ist die „typische lateinamerikanische Revolution“, wie sie von maßgebenden Autoren dargestellt wird³⁷: also ein von Inhabern hoher staatlicher Funktionen geplanter und durchgeführter Staatsumsturz mit dem Ziel, die Regierungsgewalt zu übernehmen. In einer Analyse der Umstände, die in Argentinien zum Staatsstreich vom 6. September 1930 geführt haben, schreibt Arturo Frondizi³⁸: „Weder dieses noch andere ähnliche Ereignisse unserer Geschichte sind Revolutionen im soziologischen Sinne des Wortes. Wie Echeverría³⁹ sagte, unter Revolutionen verstehen wir weder die ‚asonadas‘ (Aufläufe) noch den Wirrwarr des Bürgerkrieges, sondern die vollkommene Zerrüttung einer alten Gesellschaftsordnung oder die absolute — sowohl innerliche als auch äußerliche — Veränderung einer Gesellschaft.“ Die hier zu untersuchenden Tatbestände haben also trotz ihres spanischen Namens „Revolución“ nichts mit Revolution zu tun, sondern weisen eindeutig die Merkmale des Staatsstreiches auf.

Für die Beschränkung der vorliegenden Untersuchung auf die Zeitspanne von 1930 bis 1955 sind zweierlei Gründe anzuführen. Zunächst einmal soll vermieden werden, daß das allzu bekannte Phänomen der „Caudillos“, welches das ganze 19. Jahrhundert hindurch bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts so typisch für Lateinamerika war, in den Mittelpunkt der Betrachtung rückt. Freilich wollen viele Autoren die modernen lateinamerikanischen Diktaturen als neue Erscheinungsform des „Caudillismo“ ansehen⁴⁰, was in mancher Hinsicht richtig sein mag, jedoch besser im Zusammenhang mit den Gesamtursachen des Staatsstreiches verstanden werden kann. Hier gilt es vielmehr, und das ist der zweite Grund, dem Tatbestand nachzugehen, der sich seit der gro-

ßen Weltwirtschaftskrise von 1929 bis heute so oft wiederholt hat und ein integrierender Bestandteil des politischen Lebens auf der südlichen Hälfte des amerikanischen Kontinents zu sein scheint. „Seit der Wende des Jahrhunderts sind Regierungen ... 76mal gestürzt worden ... Bolivien z. B. hat gewaltsame Regierungswechsel 1920, 1930, 1934, 1936, 1937, 1943, 1946 und 1952 erlebt⁴¹.“ Diese hohe Zahl von Staatsumstürzen läßt sich zum großen Teil auf die Weltwirtschaftskrise und den zweiten Weltkrieg zurückführen, die mit der jeweiligen innerpolitischen Lage der betreffenden Länder zusammengewirkt haben. Sie deutet weiterhin auf die wachsenden sozialen Unruhen und Spannungen, die nicht zuletzt von den neuen Ideen und Strömungen der Zeit geschaffen und unterhalten worden sind. Schon um den Einfluß dieser mächtigsten Faktoren untersuchen zu können, ist die Beschränkung auf die Zeitspanne von 1930 bis 1955 angebracht.

Auch die geographische Begrenzung des Problems bedarf einer Rechtfertigung. Mit „Lateinamerika“ pflegt man den Block der zwanzig Nationen zu bezeichnen, die sich südlich des Río Grande von Mexiko bis zum Kap Horn erstrecken. Vielfach werden auch die Ausdrücke „Spanisch-“ oder „Iberoamerika“ gebraucht, um auf eine gewisse ethnische oder sprachliche Einheit hinzuweisen. Die Annahme einer solchen Einheit entspricht aber nicht der Wirklichkeit, denn während in den übrigen Ländern Zentral- und Südamerikas Spanisch gesprochen wird, ist die Staatssprache Brasiliens Portugiesisch und die Haitis Französisch, außerdem werden in einigen Ländern indianische Idiome aufrechterhalten.

Auch eine ethnische Einheit ist keineswegs vorhanden: Mexiko, die zentralamerikanischen Staaten, Costa Rica ausgenommen, sowie Ecuador, Peru, Bolivien und Paraguay haben eine hohe, Brasilien, Kolumbien, Panama, Chile, Argentinien und Venezuela eine sehr niedrige Zahl von Indianern zu verzeichnen. Neger bilden in Brasilien und Kuba einen beträchtlichen Teil, in Haiti sogar die Mehrheit der Bevölkerung. In Argentinien, Costa Rica, Guatemala, Honduras und Mexiko sind sie verhältnismäßig schwach vertreten. Im großen und ganzen stellt die Bevölkerung Lateinamerikas ein recht buntes Mosaik dar, das sich aus Indianern, Nachkommen von Spaniern und Portugiesen, Negern, europäischen Einwanderern und den verschiedensten Mischlingen zusammensetzt. Ebenso wenig besteht ein einheitliches Bild, wenn man sich die politische und sozio-ökonomische Lage der Länder Lateinamerikas vergegenwärtigt. Daraus ergibt sich eine Verfahrensfrage, die für die weiteren Ausführungen von entscheidender Bedeutung ist. Angesichts der Verschiedenartigkeit dieser Länder lassen sich

aus der Behandlung einzelner Probleme nur mit größter Vorsicht Rückschlüsse ziehen, die auf das ganze Gebiet übertragen werden könnten. Auf der anderen Seite muß man aber auch die Tatsache beachten, daß dieselben Länder viele gemeinsame Züge aufweisen, so daß diese oder jene für ein bestimmtes Land getroffene Feststellung oft auf die anderen Länder ebenfalls zutreffen kann. Da infolgedessen sowohl eine pauschale als auch eine zusammenhanglose Betrachtungsweise unrealistisch und künstlich wäre, wird man so vorgehen müssen, daß beiden Perspektiven Rechnung getragen wird.

Gegenstand der Fragestellung ist daher „Südamerika“, also die zehn selbständigen Republiken, die übrigbleiben, sieht man von Mexiko, den Antillen, Mittelamerika und den Guayanas ab. Diese Abstrahierung entspricht zwar einer geographischen Wirklichkeit, beruht aber vorwiegend auf Zweckmäßigkeitsgründen, da eine Ausdehnung der Untersuchung auf ganz Lateinamerika zu einer Verzettlung führen würde⁴².

Die Beschränkung auf Südamerika ist also — ebenso wie das Herausgreifen der zwei Staaten Argentinien und Bolivien — vor allem methodisch bedingt (Paraguay wird als unzureichendes Beispiel nur am Rande erwähnt). Die genannten Länder erscheinen durch ihre soziale, wirtschafts- und politische Lage geeignet für die Bildung repräsentativer Schwerpunkte, von denen ausgehend dann — unter Einbeziehung wichtiger Abweichungen — über das gesamte betrachtete Gebiet ausgesagt werden kann.

ERSTER HAUPTTEIL: STRUKTURELLE GEGEBENHEITEN

Dem eigentlichen Kern der Untersuchung sind die folgenden Ausführungen bewußt vorangestellt worden, um den Rahmen wirtschaftlicher, politischer und sozialer Zusammenhänge aufzuzeigen, in dem der Staatsstreich als Mechanismus sui generis des lateinamerikanischen politischen Lebens seine Betätigung findet. Es wird besser einleuchten, warum z. B. mit manchem Staatsstreich die Forderung nach Industrialisierung, nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit oder nach Landreform erhoben wird, wenn man sich vorher mit der dieser Forderung entsprechenden allgemeinen Problematik vertraut gemacht hat. Daß die Armee fast immer die Hauptstütze der Staatsstrieche darstellt, wird besser verständlich, wenn man sich vergegenwärtigen kann, welcher grundlegenden Bedeutung sich das Militär im politischen und sozialen Gefüge Lateinamerikas überhaupt erfreut. Damit soll zwar nicht behauptet werden, daß jeweils zwischen einem durchgeführten Staatsstreich und den strukturellen Gegebenheiten eine direkte, nachweisbare Verbindung besteht. Zumindest hängt aber die durch den Staatsstreich eingeleitete Entwicklung mit der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Struktur eng zusammen, deren Kenntnis sie deswegen geradezu voraussetzt.

KAPITEL I: WIRTSCHAFTLICHE GEGEBENHEITEN

A · GRUNDLEGENDES

Der in der Einleitung bereits eingeräumte Vorbehalt, daß von Lateinamerika als einheitlichem Gebilde nicht die Rede sein könne, gilt gleichermaßen für den wirtschaftlichen Bereich. Dem Beobachter bietet sich eine fast unvorstellbare Mannigfaltigkeit des natürlichen Milieus, der Bevölkerungsdichte und der wirtschaftlichen Entwicklungsstufen. Das Gebiet gleicht einem Kaleidoskop, welches sich aus zahlreichen Kontrasten zusammensetzt. Sie bestehen beispielsweise zwischen der Vielfalt der potentiellen natürlichen und menschlichen Produktionsmittel und dem vergleichsweise sehr geringen Ausmaß ihrer wirtschaftsrationalen Ausnutzung; zwischen dem unübersehbaren, nicht selten bewußt zur Schau getragenen Reichtum einer dünnen Oberschicht und der ebenfalls unübersehbaren Armut der großen Massen; zwischen der sehr fortschrittlichen (wenn auch oft nur auf dem Papier bestehenden) Sozialpolitik mancher Hauptstadt und der gleichzeitigen Vernachlässigung ganzer Landesteile und Berufsgruppen usw. Aus dieser Mannigfaltigkeit der Wirtschaftsstruktur ergibt sich fast zwangsläufig die Relativität jeder Beurteilung gegebener Tatbestände, so daß man sich vor hastigen Verallgemeinerungen nicht genug hüten kann. Zwei Beispiele mögen als Illustrierung dienen.

Im Jahre 1948 betrug das Pro-Kopf-Einkommen in Panama \$ 179, dagegen in Mexiko \$ 106 und in Brasilien \$ 112, während es sich in Argentinien auf \$ 315 und in Venezuela auf \$ 322 belief⁴³. Auf den ersten Blick müßte man annehmen, daß Panama sich in dieser Zeit auf einer höheren Entwicklungsstufe als Mexiko und Brasilien befand. Doch wäre dies ein eindeutiger Trugschluß, denn in Wirklichkeit fließt der größte Teil des panamesischen Volkseinkommens aus den Einnahmen des Panama-Kanals, von denen der überwiegende Teil der Bevölkerung⁴⁴ ausgeschlossen bleibt.

Auch für Venezuela könnte man, verglichen mit Argentinien, zu einem ähnlichen Trugschluß gelangen. Dessen höheres Pro-Kopf-Einkommen ist nur auf die Exporte der Petroleumindustrie zurückzuführen (1953

betragen sie 94 % aller Exporte). Das hieraus stammende Einkommen wird von nur 1 % der Gesamtbevölkerung bezogen, so daß hier eine überaus ungleichmäßige Einkommenverteilung vorliegt, die aber von dem angegebenen Pro-Kopf-Einkommen verdeckt wird⁴⁵.

Außer den soeben erwähnten Unterschieden geht es auch innerhalb jedes einzelnen Landes um solche der Kultur, des Lebenshaltungsniveaus, der sozialen Schichtung, der ideologischen Haltung und nicht zuletzt der politischen Macht. Während dreier Jahrhunderte vermochte man diese Unterschiede durch eine statische Machtordnung zu erhalten und damit gewaltsame soziale Verlagerungen zu vermeiden. Jetzt, nach Einbruch moderner Einflüsse von außen her, ist es zweifelhaft, ob solche Unterschiede ohne größere politische Erschütterungen und Umwälzungen eingeebnet werden können. Jedoch läßt sich jenseits all dieser Verschiedenheiten eine Art Einheit wahrnehmen, die gerade durch typische moderne Faktoren begünstigt wird. Im weltwirtschaftlichen Rahmen gewinnt sie schon jetzt immer mehr an Bedeutung. Diese Einheit beruht auf einem gemeinsamen historischen Hintergrund, dessen Grundzüge im folgenden kurz gestreift werden sollen, bevor auf die gegenwärtigen Elemente und Probleme der Wirtschaftsstruktur eingegangen wird.

In Anlehnung an R. F. Behrendt⁴⁶ könnte man diesen historischen Hintergrund durch drei aufeinander folgende Überlagerungen kennzeichnen: 1. die politische Überlagerung der Conquista (europäischen Eroberung) in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts; 2. die ideologische Überlagerung der Aufklärung von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts; und 3. die technologische Überlagerung in der letzten Generation. Für das Verständnis der unmittelbaren Gegenwarts-situation wird es jedoch genügen, von der Mitte des 19. Jahrhunderts auszugehen und vor allem die dritte Etappe hervorzuheben, die Behrendt⁴⁷ auch als den Einfluß des „American way of life“ kennzeichnet. Für die wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas ist es von Bedeutung, daß die Verflechtung dieses Gebietes mit der Weltwirtschaft des 19. Jahrhunderts vor allem das Werk von Ausländern und Einwanderern war. Auf sie ist der Bau von Hafenanlagen und Kraftwerken, Eisenbahnen und Straßenbahnen zurückzuführen. Auch die Entwicklung führender Ausfuhrartikel ist ihnen zu verdanken, so z. B. Kaffee, Bananen und Faserstoffpflanzen in Mittelamerika und Kolumbien; Kaffee und Baumwolle in Brasilien; Fleischprodukte, Wolle und Weizen in Argentinien; Petroleum in Mexiko und Venezuela; usw. Die Berührung der nordamerikanischen Wirtschaft mit derjenigen Lateinamerikas begann in den 1830er Jahren in Mexiko, besonders ab 1848—1850 mit

der Errichtung von Zucker- und Fruchtplantagen in Mittelamerika und den Antillen, von Kupfer-, Blei- und Zinnbergwerken in Mexiko und den südamerikanischen Anden und von Ölindustrien in Mexiko und Venezuela. Europäische Interessen machten sich geltend vor allem in Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay, wurden jedoch nach den beiden Weltkriegen wesentlich geschwächt, nachdem sie bis zum ersten Weltkrieg die Oberhand behauptet hatten. Auf Grund der vorgefundenen Infrastruktur mußten die eingeführten Landwirtschafts- und Bergwerksunternehmungen fast alle Vorbedingungen für ihre Tätigkeit selbst schaffen: Verkehrsmittel, Wohnhäuser, Schulen, Siedlungen. Diese Situation führte dazu, daß sie von den Regierungen weitgehende und langfristige Konzessionen forderten und erhielten. Nicht selten besaßen sie z. B. Monopole der Verkehrsmittel und der öffentlichen Versorgungsbetriebe in ganzen Landesteilen. Unter Umständen waren sie durch ihre vorherrschende Position in der Lage, entscheidende Einflüsse auf die wirtschaftliche — und damit auch die politische — Situation eines Landes auszuüben⁴⁸.

Unter den Gesichtspunkten der Produktionskapazität einzelner Wirtschaftszweige und der Außenhandelsumsätze ergab sich ein sehr beachtenswertes Wachstum vieler lateinamerikanischer Volkswirtschaften. Von 1913 bis 1928 stieg das Volumen der Gesamtausfuhr Lateinamerikas nach anderen Gebieten um mehr als 75 %. Entsprechend erfolgte eine beträchtliche Zunahme ausländischer Kapitalinvestitionen, insbesondere von den USA, die sich in derselben Periode mehr als verdreifachten: von \$ 1649 Mill. im Jahre 1914 auf \$ 5244 Mill. im Jahre 1930⁴⁹. Unter den europäischen Staaten spielte Großbritannien bis zum ersten Weltkriege die führende Rolle als Kapitalgeber. Es folgten mit deutlichem Abstand Frankreich, Deutschland, Italien, die Schweiz usw. Für den betrachteten Zeitabschnitt machten sich jedoch die Folgen des Krieges bereits bemerkbar. So gingen beispielsweise die britischen Investitionen in Lateinamerika von 757 Mill. Pfund im Jahre 1913 auf 694 Mill. Pfund im Jahre 1930 zurück⁵⁰. Während des Krieges gelang es dem nordamerikanischen Kapital, zunehmend begünstigt durch den Rückgang europäischen Kapitalzuflusses, in Lateinamerika Fuß zu fassen.

Förderten diese Kapitalinvestitionen einerseits die Einfuhrkapazität der Länder Lateinamerikas, so riefen sie auf der anderen Seite eine ausgesprochen einseitige Entwicklung hervor. Es handelte sich um die Erzeugung einiger weniger Artikel für die Ausfuhr, was zu dem bis zum heutigen Tage andauernden „Monokulturcharakter“ der Volkswirtschaften führte. Ein oder zwei Produkte machten $\frac{3}{4}$ oder mehr der

gesamten Exporte aus — wie etwa Kaffee und Baumwolle in Brasilien, Kaffee und Bananen in mehreren mittelamerikanischen Staaten, Zucker in den Antillen, Zinn und Silber in Bolivien, Erdöl in Venezuela (siehe S. 29). Eine Folge dieses einseitigen Abhängigkeitsverhältnisses vom Weltmarkt war die Vernachlässigung des Anbaues elementarer Konsumartikel, die deshalb eingeführt werden mußten. Daraus resultierte der in Lateinamerika viel angeprangerte „Wirtschaftskolonialismus“, d. h., wie Behrendt es ausdrückt, „die weitestgehende Abhängigkeit des Arbeitsmarktes, der Kaufkraft und des Staatsbudgets von den Weltmarkt-Konjunktoren, von der Handelspolitik der ökonomisch und politisch mächtigeren Einfuhrländer und von der Schere zwischen den Preisen von Rohmaterialien und von Produkten verarbeitender Industrien“.

Zu dieser Abhängigkeit vom Weltmarkt gesellte sich die finanzielle Abhängigkeit und insbesondere die Neigung vieler lateinamerikanischer Regierungen, Anleihen zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten selbst unter für sie sehr wenig günstigen Bedingungen auf ausländischen Finanzmärkten zu placieren. Zu der Verwendung der einzelnen Anleihen kann man feststellen, daß im allgemeinen aus ihrer Bezeichnung auch ihr Zweck zu erkennen war, womit nicht gesagt sein soll, daß sie immer zum angegebenen Zweck verwendet wurden. Dies trifft vor allem auf die Periode von 1930 bis 1945 zu, weniger dagegen auf die Zeit nach 1945⁵¹.

Mit der Aufnahme von Anleihen — besonders vor 1945 — war oft das Risiko verbunden, daß die wirtschaftliche Selbständigkeit einzelner Staaten durch die Sicherungen eingeschränkt wurde, die sie den ausländischen Kapitalgebern stellen mußten. Dabei hatten sie nicht selten auf die freie Verfügungsmacht über einen großen Teil ihrer wichtigsten Einnahmequellen zu verzichten (z. B. in der Form der Einsetzung von Vertrauensleuten der Geldgeber in die Finanzverwaltung der Schuldnerländer), was jedoch nicht verhinderte, daß in Zeiten wirtschaftlicher Depression oder politischer Konfusion in Lateinamerika Zins- und Tilgungszahlungen häufig eingestellt wurden⁵².

In der geschichtlichen Entwicklung der lateinamerikanischen Wirtschaft kommt schließlich zwei Zeitabschnitten entscheidende Bedeutung zu: den Jahren unmittelbar nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 und nach dem zweiten Weltkrieg. Die große Depression der dreißiger Jahre ließ die einzelnen Republiken ihrer überaus starken wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Ausland sich bewußt werden, welche sich infolge der Schwächung ihrer Beziehungen mit Europa immer mehr zugunsten der USA als Versorgungs- und Absatzgebiet, als Kapitalgeber und

Quelle technischer Kenntnisse für Lateinamerika gestaltete. Die erste Nationalisierungswelle, welche die dreißiger Jahre auslösten, kam daher nicht von ungefähr (Nationalisierung der britischen und amerikanischen Ölindustrie in Mexiko 1937 als Beispiel). Von da an machten sich die ersten Bestrebungen bemerkbar, die bestehenden Zustände radikal zu ändern. Mit Ende des Krieges trat eine Periode des akuten Umbruches ein. Gekennzeichnet ist sie besonders durch einen unabänderlichen Willen zur Industrialisierung, zur Befestigung der eigenen Wirtschaft mittels Ausschaltung extremer Gegensätze und besonders durch den Drang nach Selbstbehauptung gegenüber dem Ausland. Für die Darstellung der Grundelemente und -probleme der gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur sind somit wichtige Anknüpfungspunkte angedeutet: Nationalismus, Industrialisierung, Verteilungsreform, Produktionsförderung usw.

B · MASSGEBENDE ELEMENTE UND PROBLEME DER WIRTSCHAFTSSTRUKTUR

I. Der landwirtschaftliche Sektor

1. Bedeutung der Landwirtschaft

Die Schlüsselstellung, welche die Landwirtschaft in der Wirtschaftsstruktur Lateinamerikas innehat, ist unbestritten, obwohl z. B. Argentinien, Brasilien und Chile nicht eindeutig als reine Agrarländer bezeichnet werden können. Diese Bedeutung der Landwirtschaft läßt sich an einigen Zahlen ablesen, z. B. am Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung, ferner am Export und — in anderer Bedeutung — am Volkseinkommen.

Tabelle 1 zeigt die Entwicklung der landwirtschaftlichen Bevölkerung Lateinamerikas im Prozentsatz der Gesamtbevölkerung von 1930 bis 1960.

Anschließend gibt Tabelle 2 detaillierte Angaben für das Jahr 1960 und ermöglicht dadurch einen Einblick in die Verhältnisse der einzelnen Länder.

Wenn man davon ausgeht, daß in der lateinamerikanischen Wirtschaft neben einem relativ engen marktwirtschaftlichen Sektor ein noch sehr ausgedehnter Sektor naturalwirtschaftlicher Selbstversorgung besteht, so läßt sich vor allem an den Zahlenangaben der Tabelle 2 ablesen, wie bedeutend dieser noch ist. Nur zwei Länder nämlich, Argentinien und Chile, weisen einen Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung von

Tabelle 1 Entwicklung der landwirtschaftlichen Bevölkerung Lateinamerikas von 1930 bis 1960

Jahre	Gesamt- Bevölkerung in Mill.	Landwirtschaftliche Bevölkerung in Mill.	in %
1930 ^a	117	76	65
1945 ^b	137,5	78,6	57
1950 ^b	154,5	83,2	54
1955 ^b	174,1	89,9	52
1960 ^c	196,7	108,3	55

^a Woytinsky. a. a. O. S. 459. ^b UN: Economic Bulletin for Latin America. Santiago de Chile. Vol. 2, N. 1, Feb. 1957. S. 18. ^c siehe Tab. 2.

Tabelle 2 Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung nach Ländern für 1960*

Land	Einwohnerzahl in Mill.	Landwirtschaftliche Bevölkerung in Mill.	in % der Ges. Bev.
Argentinien	20,9	5,7	27
Bolivien	3,4	2,2	65
Brasilien	65,7	39,5	60
Chile	7,7	2,3	30
Costa Rica	1,2	0,7	56
Dom. Rep.	2,9	1,7	60
Ecuador	4,2	2,3	55
El Salvador	2,6	1,7	65
Guatemala	3,7	2,6	70
Haiti	3,5	2,9	83
Honduras	1,9	1,6	80
Kolumbien	14,1	7,8	55
Kuba	6,7	3,0	45
Mexiko	34,6	20,0	58
Nicaragua	1,4	0,9	67
Panama	1,1	0,6	55
Paraguay	1,7	1,0	56
Peru	10,8	7,3	68
Uruguay	2,9	1,5	50
Venezuela	6,7	3,0	45
Total	196,7	108,3	(55 — Ø)

* Quellen: UN Monthly Bulletin of Statistics; Yearbook of Labor Statistics; UN Demographic Yearbook 1960.

weniger als 40 % auf. Wenn man bedenkt, daß die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung nach wie vor außerhalb oder nur am Rande des marktwirtschaftlichen Sektors arbeitet und lebt, so wird man den angegebenen Zahlen einen repräsentativen Wert für den Ausdehnungsgrad des naturalwirtschaftlichen Sektors beimessen dürfen.

Angesichts seines ausgesprochen statischen Charakters wirkt dieser Sektor auf das wirtschaftliche Wachstum geradezu hemmend. „Die Produktion bleibt dort“, so wird hervorgehoben, „an eine höchst rudimentäre Technik gebunden, die Arbeitsteilung findet keine Entfaltungsmöglichkeiten, und deshalb kommt es auch zu keiner Qualifizierung der Arbeitskräfte. Die Produktivität der Arbeit ist dementsprechend gering, die Lebensverhältnisse überaus primitiv... Dazu kommt jene hochgradige soziale Isolierung gegenüber der Umwelt, die jeder selbstgenügsamen Wirtschaft eigen ist...“⁵³

Tabelle 3 Abhängigkeit des Exports von der Ausfuhr eines einzigen Produktes oder Rohstoffes
(Durchschnitt 1957–1960)*

Land	Export	Anteil der Produkte am gesamten Ausfuhrwert in %
Venezuela	Erdöl	92
Kolumbien	Kaffee	78
Kuba	Zucker	77
Guatemala	Kaffee	73
El Salvador	Kaffee	73
Panama	Bananen	71
Chile	Kupfer	67
Bolivien	Zinn	65
Haiti	Kaffee	63
Argentinien	Fleisch	62
Brasilien	Kaffee	58
Ecuador	Bananen	57
Uruguay	Wolle	55
Honduras	Bananen	52
Costa Rica	Kaffee	51
Dom. Rep.	Zucker	48
Nicaragua	Baumwolle	45
Peru	Baumwolle	25
Mexiko	Baumwolle	25

* UN: ESLA 1960.

Ebenso aufschlußreich ist der Anteil der landwirtschaftlichen Produktion am Gesamtexport der meisten Länder Lateinamerikas. Nach 1947 bewegte sich der Prozentsatz der Agrarerzeugnisse an der Gesamtausfuhr zwischen 4,6 in Venezuela und 96,1 in Uruguay. Und wenn man von Ländern wie Bolivien, Chile, Venezuela absieht, die eine hohe Ausfuhrquote an Mineralien zu verzeichnen haben, dann ergibt sich ein durchschnittlicher Prozentsatz von mehr als 70 % für das ganze Gebiet⁵⁴. Diese Einseitigkeit der Exportzusammensetzung liegt in der Tatsache begründet, daß einige Agrarerzeugnisse die wichtigsten Ausfuhrquellen der betreffenden Länder darstellen. Die Tabelle 3 spiegelt diese Situation wider.

Die Darstellung des landwirtschaftlichen Anteils am Volkseinkommen fördert einen anderen Tatbestand zutage, nämlich die im Ver-

Tabelle 4 Anteil der Landwirtschaft¹ am Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen* — % —

Land	1950	1953	1957	1958	1959
Argentinien	16	22	19	19	23
Brasilien	29	29	28	26	26
Chile	18	17	13	14	13
Costa Rica	46	45	39	40	36
Ecuador	39	40	37	36	37
Honduras	55	50 (1956)	48 (1957)	48	—
Kolumbien	38	38	38	37	36
Panama	27	28	28	27	—
Paraguay	— (1956)	45	42	41	—
Peru	38	33	23	24	—
Venezuela	8	8	6	6	6
USA ²	7	6	4	5	4
BRD ²	10	9	7	7	7

* UN: Statistical Yearbook. Bd 12, 1960. S. 460 ff.

—: nicht vorhanden

¹ Nach der Terminologie der UN werden unter Landwirtschaft auch Forstwirtschaft und Fischerei verstanden.

² Der Vergleich mit den USA und der Bundesrepublik Deutschland soll verdeutlichen, wie bei hochgradiger Industrialisierung der landwirtschaftliche Anteil am Volkseinkommen geradezu ein umgekehrtes Verhältnis darstellt. In dieser Hinsicht kann das Beispiel Venezuelas leicht täuschen, da dessen niedriger landwirtschaftlicher Anteil am Volkseinkommen nicht durch hochgradige Industrialisierung zu erklären, sondern auf das Abstellen der Wirtschaft fast ausschließlich auf die Petroleumindustrie zurückzuführen ist.

hältnis zu ihrer Stellung in der Wirtschaftsstruktur geringe Bedeutung der Landwirtschaft als einkommenbildenden Faktors. Die Gründe für eine solche Diskrepanz sind bereits erwähnt worden (Erläuterung der Tabelle 2). Hinzugefügt werden kann, daß sich mit zunehmender Industrialisierung dieser Zug zu verstärken scheint. Diese Entwicklung soll allerdings nicht so betrachtet werden, als wäre sie der notwendige Preis, mit dem die Industrialisierung erkauft werden müßte. Auf diesen Zusammenhang wird noch bei der Problematik der Industrialisierung zurückzukommen sein (siehe S. 49/50).

2. Das Agrarproblem: Agrarstruktur und Landreform

Die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Lateinamerikas ist immer noch mit der dort vorherrschenden Agrarstruktur eng verknüpft. Ihr Hauptmerkmal ist die überaus ungleichmäßige Verteilung des Landbesitzes und damit zusammenhängend die unrationelle Verwendung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens. „Einer relativ begrenzten Zahl riesiger Latifundien, die in den Händen einer sehr dünnen Schicht von Großgrundbesitzern und Geldaristokraten liegen, steht eine schier unendliche Zahl von Minifundien gegenüber, deren Ertrag oft ihren Besitzern nicht einmal das bare Existenzminimum zu sichern vermag⁵⁵.“ Dazu wurde in einer Studie der UN festgestellt:

„Cultivated and cultivable land in some of the larger countries is abundant in relation to population; but the concentration of ownership in large estates reduces a large part of the general population to the status of labourers with very low living standards or small cultivators with precarious conditions of tenancy . . . The combination of very extensive agriculture and a high degree of concentration of ownership prevents a fuller utilization of land resources and an expansion of food production for local needs, and it depresses the living standard of the majority of the farm population⁵⁶.“

Die nachstehenden Tabellen⁵⁷ vermitteln einen Überblick über die Landverteilung in einigen Ländern:

Die in Tabelle 5 nach dem Agrarzensus von 1940 angegebenen Zahlen zeigen eindeutig das Übergewicht des Großgrundbesitzes in der Agrarstruktur Brasiliens, was nach dem UN-Bericht das Problem der Landpacht und des Pachtbesitzes geschaffen hat und ständig verstärkt.

Die Tabelle 6 zeigt sowohl für das Land als Ganzes als auch für die Provinzen Santiago und Valparaíso eine Fülle sehr kleiner Grundbesitze auf der einen und die Konzentration riesiger Grundbesitze in den Händen einer kleinen Zahl von Latifundisten auf der anderen Seite. Auffallend ist die sehr niedrige Zahl von Grundbesitzern mittlerer

Tabelle 5 Landbesitzverteilung in Brasilien 1940

Größe	Zahl der Grundbesit- ze in 1000	in % aller Besitze	Grund- besitzfläche in 1000 ha	Fläche in %
Unter 1 ha	39,3	2,1	22,9	—
1 bis 5 ha	375,2	19,7	1 069,8	0,5
5 bis 10 ha	240,1	12,6	1 800,7	0,9
10 bis 20 ha	315,7	16,6	4 557,8	2,3
20 bis 50 ha	455,0	23,9	14 298,5	7,2
50 bis 100 ha	204,7	10,8	14 256,1	7,2
100 bis 500 ha	212,3	11,1	44 609,3	22,6
500 bis 1000 ha	31,5	1,6	21 875,8	10,9
1000 ha u. darüber	27,8	1,5	95 229,3	48,4
Nicht angegeben	3,0	0,1	—	—
Insgesamt:	1904,6	100,0	197 720,2	100,0

Größe zwischen 20 und 100 ha. Auch Ekuador weist eine etwas ähnliche Agrarstruktur wie Chile auf. Es sind dort folgende drei Typen von Grundbesitzen anzutreffen: 1. das „Minifundio“ unter 5 ha, 2. die „Finca“ zwischen 5 und 500 ha mit intensiver Bodenbearbeitung und Lohnarbeitern, 3. das „Latifundio“ von 500 bis 2500 ha, nur zum Teil bearbeitet, und zwar mit Landpächtern, sogenannten Huasipungueros. Diese drei Typen sind in Tabelle 7 mit jeweils 76 %, 21–22 % und 1,5 % des gesamten Grundbesitzes angegeben. Historisch gesehen geht die Konzentration des Landbesitzes bei einer kleinen Gruppe von Einzeleigentümern oder Gesellschaften auf die Kolonialzeit zurück. Die im Laufe des ersten Drittels des 19. Jahrhunderts in fast ganz Lateinamerika errungene politische Unabhängigkeit hatte nicht vermocht, eine Aufteilung des Großgrundbesitzes und damit eine Landredistribution nach sich zu ziehen, nicht zuletzt, weil das bestehende Landsystem den regierenden Schichten als Mittel zur Konsolidierung ihrer Herrschaft diente. Eine Ausnahme hierzu bildete Haiti, das unmittelbar nach Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1804 eine Umverteilung des Landbesitzes vornahm. Allerdings ist man dort in das andere Extrem geraten, nämlich in die übertriebene Parzellierung des Landes, welche sich heute unter den Gesichtspunkten der Produktivität und der Rentabilität als ein fast unüberwindbares Hindernis des Wirtschaftswachstums erweist.

Tabelle 6 Landbesitzverteilung in Chile

Größe	Zahl der Grundbesit- ze in 1000	in % aller Besitze	Grund- besitzfläche in 1000 ha	Fläche in %
A. Allgemein 1935/36				
Unter 5 ha	87,9	43,4	139,4	0,5
5 bis 20 ha	41,4	20,5	469,3	1,7
20 bis 100 ha	32,3	16,0	1 463,5	5,3
100 bis 500 ha	12,3	6,1	2 642,3	9,6
500 bis 1000 ha	2,2	1,1	1 524,8	5,5
1000 ha und darüber	2,8	1,4	18 852,2	68,2
Unklassifiziert	23,1	11,5	2 542,2	9,2
Insgesamt:	202,0	100,0	27 633,7	100,0
B. Beispiel in den Provinzen Santiago und Valparaíso 1951/52				
Unter 5 ha	126 ^a	32	24,4	0,3
5 bis 20 ha	132 ^a	33	43,4	1,3
20 bis 50 ha	44 ^a	11	43,5	1,4
50 bis 100 ha	20 ^a	5	40,2	1,5
100 bis 500 ha	45 ^a	11	164,8	9,6
500 ha und darüber	29 ^a	7	1 726,9	85,9
Unklassifiziert	5 ^a	1	—	—
Insgesamt:	401 ^a	100	2 043,2	100,0

^a gegenwärtige Zahl im Jahre 1953

Tabelle 7 Ekuador: Landbesitzverteilung in der Provinz Pichincha 1952

Größe	Zahl der Grundbesit- ze in 1000	in % aller Besitze	Grund- besitzfläche in 1000 ha	Fläche in %
Unter 1 ha	5,9	29,4	2,6	0,3
1 bis 5 ha	9,5	47,2	20,8	2,7
5 bis 10 ha	1,9	9,4	12,2	1,6
10 bis 20 ha	0,5	2,5	6,5	0,8
20 bis 50 ha	0,5	2,5	16,4	2,2
50 bis 100 ha	0,6	3,0	35,6	4,7
100 bis 500 ha	0,9	4,5	169,7	22,4
500 und darüber	0,3	1,5	493,7	65,3
Insgesamt:	20,1	100,0	757,5	100,0

Überhaupt bedeutet dies für die Länder mit starkem Minifundienanteil (z. B. Chile, Ekuador) immer eine exzessive Bearbeitung des nutzbaren Bodens, welche zu seiner raschen Erschöpfung führt, und zwar einmal infolge der übermäßigen Entforstung, die ihrerseits der Erosionsgefahr Vorschub leistet, und zum anderen infolge der überaus stark wachsenden Landbevölkerung. Die Nachteile einer solchen Agrarstruktur sind von der chilenischen Regierung in deren Antwort auf die UN-Umfrage wie folgt zusammengefaßt worden: „The present agrarian structure is bringing about insufficient use of natural resources, though there is a big demand for agricultural produce and meat, and the domestic shortages in food supplies need to be remedied. It is also hampering the introduction of new techniques in agriculture, with the result that the living standard of the rural population is very low⁵⁸.“

Aus der Konzentration des Landbesitzes in Form von Latifundien ergeben sich andererseits sowohl wirtschaftliche als auch soziale Mißstände anderer Natur. Die Bearbeitung des Bodens erfolgt im allgemeinen nach kaufmännischen Überlegungen zur Erzielung von Spekulationsgewinnen. Zwei Merkmale kennzeichnen diese Haltung: die Tendenz, weite Landflächen ungenutzt zu lassen, und die Abneigung gegen alle vertraglichen Arrangements mit den Landpächtern, welche die Handlungsfreiheit der Latifundisten einschränken könnten. In Chile z. B. wurden in der Regel große Gebiete der Latifundien als Weiden benutzt oder aber vollkommen brach liegengelassen. Die Bedeutung dieser Tatsache wird durch den Umstand unterstrichen, daß nur ein kleiner Teil des chilenischen Bodens sich für den Pflug eignet. Beides ist eine Erklärung für das Paradoxon, daß ein Land, das einige der reichsten Weizenböden der Welt besitzt, doch vielfach Weizen importieren muß. Denn für den chilenischen Großgrundbesitzer liegt das Hauptinteresse am Landbesitz in dessen Spekulationsmöglichkeiten. Anstatt die Produktivität zu intensivieren, sind viele Landwirte eher darauf bedacht, ihren Besitz zu vermehren. Ein argentinischer Nationalökonom, Alejandro E. Bunge — selbst Mitglied einer mächtigen Großgrundbesitzerfamilie —, hat im Hinblick auf die argentinischen Verhältnisse dieses Verhalten als eine „grausame kaufmännische Auffassung“ der Landwirtschaft gebrandmarkt. „Boden“, so hob er hervor, „aufgefaßt als eine Ware, ist ein Hindernis für die rationale Ausnutzung unserer natürlichen Bodenschätze, für die Vermehrung unserer Bevölkerung und sogar für die Stabilität unserer Institutionen⁵⁹.“

Unter den sozialen Mißständen des Latifundiensystems sind die — vor allem vor dem zweiten Weltkrieg — zum Teil feudal anmutenden, jedoch nach 1945 in manchen Ländern verbesserten Arbeitsverhältnisse

zu erwähnen. Für Peru und Bolivien hat eine Untersuchung des „Royal Institute of International Affairs“ 1937 etwa folgende Zustände festgestellt:

Der Landarbeiter, genannt „Peón“ (meist Indianer), lebt auf dem Grundstück seines Grundherrn, bekommt selbst ein kleines Stück meist nicht besonders fruchtbaren Landes und arbeitet drei, vier Tage oder mehr in der Woche für den „Patrón“ auf dessen Land. Die übrige Zeit kann er der Kultivierung des eigenen Teils widmen, dies mit den primitivsten, vielfach selbstgebastelten Werkzeugen. Eine winzige Besoldung erhält er manchmal, aus der oft auch eine Rente für sein Stück Land bezahlt wird. Der Rest dient der Anschaffung lebenswichtiger Artikel. Nicht selten ist er auch für diese auf den „Patrón“ angewiesen, der ihn dann besonders hohe Preise zahlen läßt. Den „Herrn“ kann er nicht wechseln, es sei denn mit dessen Erlaubnis⁶⁰.

Mit einigen Abweichungen — und unter anderen Namen — findet man dieses „Peonage“-System auch in anderen Ländern, z. B. Ekuador (Huasipungo), Venezuela (Pisatario), Chile (Inquilino) usw. Für Chile hat Professor Troncoso im Auftrage des Internationalen Arbeitsamtes 1938 folgende Verhältnisse aufgezeigt:

Gruppen von indianischen Arbeitern und deren Familien werden auf Grund eines Vertrages beschäftigt, der weder eine bestimmte Vergütung für ihre Dienste festsetzt noch irgendwelche Pflichten des Landbesitzers vorsieht. Falls der Grundbesitz verkauft wird, kann der neue Besitzer die Arbeiter mit übernehmen. Die „Hacienda“ dürfen sie dem Gesetz nach verlassen, ein unter den Landbesitzern geltendes ungeschriebenes Gesetz hindert sie jedoch daran, Beschäftigung auf einem anderen Latifundium zu finden⁶¹.

Gewiß, in den letzten zehn Jahren sind einige Fortschritte in der Lösung dieser Probleme erzielt worden. Es kann auf das Beispiel Boliviens hingewiesen werden, wo durch die revolutionäre Bewegung des Jahres 1952 die Landreform durchgesetzt werden konnte. Außerdem hat sich die soziale Gesetzgebung — z. B. in Peru, Chile — weitgehend verbessert, so daß selbst in den Ländern, die eine entscheidende Agrarreform noch nicht durchgeführt haben, die Situation der „Peones“ günstiger geworden ist als 1945⁶².

Da das Leben Lateinamerikas immer noch vorwiegend durch seine Agrarwirtschaft beeinflusst wird, erklärt es sich, so hebt R. F. Behrendt hervor, „daß das stärkste spontane Verlangen der Massen auf die Bodenreform, auf (mindestens teilweise) Enteignung des als parasitär

empfundenen Großgrundbesitzes gerichtet ist, mehr als auf andere mögliche Revisionen der Vermögens- und Einkommensverteilung. Die Bodenreform gilt als ein Symbol der Liquidierung des Feudalismus, der noch immer fortlebenden Erbschaft des Kolonialismus. Das Land soll denjenigen gehören, die es bearbeiten — eine wahrhaft revolutionäre Parole⁶³.“ Tatsächlich haben Revolutionen immer den Anstoß zu Agrarreformen gegeben. Dies war in Mexiko (1910) und Bolivien (1952) der Fall, und neuerdings hat auch die kubanische Revolution (Januar 1959) eine Agrarreform eingeleitet. In der bereits zitierten UN-Studie über die Landreform heißt es z. B.:

„The causes of the Mexican revolution were the concentration of land in a few hands, the political régime of General Porfirio Díaz, which had continued for thirty years, and the exploitation and poverty of the peasants. The main objective of the movement was to redistribute the ownership of land, putting an end to its concentration in a few hands, contrary to the promise which had been made to restore and grant lands to the villages that had been despoiled of them⁶⁴.“

Die mexikanische Agrarreform als die erste, umfangreichste Latein-amerikas⁶⁵ soll unten näher erörtert werden, auf die bolivianische wird später eingegangen (Kap. IV). Der fehlende Zeitabstand und der Umstand, daß sich die Revolution auf Kuba noch in vollem Gange befindet, lassen kein endgültiges Urteil über die dort stattfindende Agrarreform zu. Das bisher vorliegende Material ermöglicht deswegen nur begrenzte und mit Vorbehalt aufzunehmende Aussagen.

Zur Durchführung der kubanischen Agrarreform wurde durch die am 17. Mai 1959 erlassene „Ley de Reforma Agraria“ das „Instituto Nacional de Reforma Agraria“ (INRA) gegründet. Dieses Institut ist mit weitgehenden, über die Agrarreform hinausreichenden Aufgaben betraut (z. B. Aufstellung von Anbauplänen, Leitung des gesamten Handels mit Stapelprodukten, Durchführung von Industrialisierungsplänen). „... Das Institut, das eigentlich geschaffen worden war, um neues (kollektives und individuelles) Eigentum zu schaffen, ist in der Praxis zu einem Oktopus geworden, der viel monopolistischer scheint als das einstige Latifundium⁶⁶.“

Nach dem Gesetz über die Agrarreform wird der ackerbauliche Großgrundbesitz bis auf 30 caballerías (1 caballería = 13,4 ha), also rund 400 ha, enteignet. Bei Grünlandbetrieben werden bis 100 caballerías, also 1340 ha, belassen. Das enteignete Land sollte ursprünglich in Parzellen von 2 bis 3 caballerías an Siedler vergeben werden. Von dieser Praxis ist man bald abgekommen. An Stelle dessen werden bisher im

Privatbesitz befindliche Pflanzungen enteignet und unter staatlicher Aufsicht als Produktionsgenossenschaften (Cooperativas) weitergeführt. Bisher hat man über 800 derartige Betriebe eingerichtet⁶⁷.

Wie weit die Agrarreform, ein Jahr nach dem Inkrafttreten des entsprechenden Gesetzes, zu den gewünschten Erfolgen — z. B. im Hinblick auf die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung — geführt hat, ist nicht eindeutig zu ermitteln, ja, infolge der solchen Agrarreformen eigenen Anpassungsschwierigkeiten sogar fraglich. Dem Wirtschaftsbericht der „Deutschen Überseeischen Bank“ vom November 1960 läßt sich z. B. über die Agrarreform ein eher zurückhaltendes Urteil entnehmen:

„Zwar gelang es, das Besitzmonopol der wenigen Großgrundbesitzer zu brechen, die Bauern sind jedoch nur zu einem sehr kleinen Teil Eigentümer des von ihnen bearbeiteten Grund und Bodens geworden. Vielmehr gehen alle Direktiven über Bestellung, Neuanschaffung usw. vom Agrarreform-Institut (INRA) aus, das den größten Teil der konfiszierten Ländereien zu Produktionsgenossenschaften zusammengefaßt hat, die durch ihre größere Ausdehnung zwar günstigere Bedingungen für Tabak und Zuckerrohrkultur schaffen, Voraussetzungen für ein freies Bauerntum jedoch nicht entstehen lassen. Man weist in Kuba darauf hin, daß die Landarbeiter höhere Löhne erhalten, bei den beträchtlich gestiegenen Lebenshaltungskosten ist dies aber unerheblich, zudem bekommt der Landarbeiter seinen Lohn zu einem Drittel in Bezugsscheinen für die Kooperativläden, in denen er aber, wie verlautet, das Gewünschte oft nicht erhalten kann. Es ist jedoch anzunehmen, daß durch die den Genossenschaften angegliederten Gewerbebetriebe die Arbeitslosigkeit, die außerhalb der Erntezeiten ein immer wieder auftauchendes Problem bildet, verringert wird⁶⁸.“

Wenn man aber bedenkt, daß nicht nur die bolivianische, sondern selbst die mexikanische Agrarreform, wenn auch aus ihr spezifischen Gründen (siehe unten) noch nicht abgeschlossen ist, wird man, um zu einem genaueren Urteil zu gelangen, die weitere Entwicklung abwarten müssen⁶⁹.

Bis zur Revolution von 1910 gab es in Mexiko hauptsächlich folgende landwirtschaftliche Betriebstypen: die „Hacienda“ (Großbetrieb), den „Rancho“ (mittlerer oder kleinerer Familienbetrieb mit mehr oder weniger zusätzlichen Saisonarbeitern) und den „Ejido“ (eine Art Produktionsgenossenschaft oder Gemeindewirtschaft, aus der Aztekenzeit stammend)⁷⁰. Durch die Agrarreform wurde der Großgrundbesitz liquidiert, dagegen der Rancho und der Ejido gestärkt. Zelle der mexikanischen Bodenreform ist jedoch der Ejido, in dem das Land entweder

dem genossenschaftlichen Kollektiv oder — neuerdings in wachsendem Maße — den Mitgliedern individuell gehört. Der Genossenschaft fällt die Aufgabe zu, für ihre Mitglieder zu kaufen und zu verkaufen, ihnen Kredite, Beratung und zuweilen auch die Nutznießung von Maschinen zu verschaffen, deren Anschaffung für den einzelnen Landwirt nicht in Frage kommt.

In den ersten Jahren unmittelbar nach der Revolution fand keine Landumverteilung statt⁷¹. Erste Formulierung einer Reformpolitik war der sogenannte „Ayala-Plan“ von 1911, in dem der Bauernführer Zapata den Forderungen und Standpunkten seiner Gefolgschaft über die Agrarfrage Ausdruck gab. Diese bestanden in der Aufteilung der Latifundien und der Rückgabe des den Dörfern weggenommenen Landes an diejenigen, denen kein Machtmittel zur Verfügung stand, es zurückzubekommen. Dieser Plan, zusammen mit dem „Veracruz-Plan“ von 1914, nahm Gestalt an in dem Gesetz vom 6. Januar 1915, dem die Verfassung von 1917 den konstitutionellen Charakter verlieh (Art. 27). Dem Gesetz zufolge wurden alle früheren illegalen Landaneignungen für null und nichtig erklärt und hierbei die Armee mit der Aufgabe betraut, den Dörfern ihr Land zurückzuerstatten und dessen Besitz zu garantieren. Das dann folgende Gesetz von 1920 über die Ejidos bestätigte schließlich die nach den vorangegangenen Gesetzen vorgenommenen Rückerstattungen und Garantien, legte neue Verfahren für diese sowie für den Umfang der Ejidos fest. Ein weiteres Gesetz von 1921 bildete den Ausgangspunkt für eine schnelle Landverteilung.

Mit den Gesetzen von 1920 und 1921 war die Reform keineswegs zu Ende geführt. Es stellte sich nämlich heraus, daß die früheren Landbesitzer in der Lage waren, die Verfahrensmängel der Landredistribution auszunutzen, indem sie die ihnen eingeräumten Möglichkeiten zur Intervention bei verschiedenen Gerichten voll ausschöpften und dadurch die auf ihre Kosten bereits vorgenommene Landverteilung zu verzögern bzw. rückgängig zu machen vermochten. Um dem abzuhelfen, wurde das Gesetz von 1927 geschaffen, welches die gewünschten Korrekturen jedoch nicht erreichte. Erst das Agrargesetzbuch von 1934 erzielte die ersten Fortschritte in dieser Hinsicht und, wie es in dem UN-Bericht heißt, „introduced basic innovations which mark the beginning of a new outlook on the subject . . .“⁷²

Wirksam wurde dieses Agrargesetz unter der Präsidentschaft des Generals Lázaro Cárdenas (1934—1940), der nach Meinung von R. F. Behrendt „mehr zur Bodenreform beitrug, als alle anderen Präsidenten Mexikos zusammen“⁷³. Nicht zufällig wurde deswegen in dieser Zeit die Landverteilung schneller vorangetrieben als früher. Die nach-

stehende Tabelle zeigt die Landverteilung nach dem mexikanischen Zensus von 1940:

Tabelle 8 Landbesitzverteilung^a in Mexiko 1940^b

Größe	Zahl der Grundbesitze in 1000	in % aller Besitze	Grundbesitzfläche in 1000 ha	Fläche in %
Unter 5 ha	928,5	76,2	1 157,3	1,1
5 bis 25 ha	156,2	12,8	1 969,5	1,9
25 bis 50 ha	46,5	3,8	1 742,5	1,7
50 bis 100 ha	31,8	2,6	2 374,9	2,4
100 bis 500 ha	40,1	3,3	9 041,8	9,0
500 bis 1000 ha	6,1	0,5	4 455,4	4,4
1000 ha u. darüber	9,7	0,8	79 747,0	79,5
Insgesamt:	1218,9	100,0	100 488,4	100,0

^a Land nicht unter dem Ejido-System

^b UN: a. a. O. S. 39, auch für die folgenden Zahlenangaben

Nun wurden 1940 29 Mill. ha oder 23 % des im Großgrundbesitz befindlichen Bodens nach den Reformgesetzen wie folgt verteilt:

Gesamtzahl der Ejidos	14 681
Zahl der Ejido-Farmer	1 601 680
Ejido-Land:	
Gesamtfläche (in ha)	28 921 259
Kulturland (in ha)	7 045 217
Durchschnittsfläche des Kulturlandes pro Ejido-Farmer (in ha)	4,4

Die umverteilten 29 Mill. ha spiegeln jedoch nicht die wirkliche Bedeutung der Reform wider, da die als Grundbesitz betrachtete Gesamtfläche viel trockenes, für Kultivierung ungeeignetes Land einschließt. Ein besseres Bild ergibt die Berücksichtigung des Kulturlandes, welches 1940 eine Gesamtfläche von 15 Mill. ha hatte. Da 7 Mill. davon zu Ejido-Land gemacht wurden (siehe oben), ergibt sich, daß die Reform annähernd 50 % des gesamten Kulturlandes umverteilt hat.

Ein zweites Agrargesetzbuch wurde 1942 erlassen. Ihm folgte 1944 eine weitere Landumverteilung, die seitdem fortgesetzt wurde. In dem Zeitabschnitt von Dezember 1946 bis September 1952 sind 2275

Ejidos 3 985 842 ha zugeteilt worden. Nach F. W. Hauck dürfte die Zahl der Ejidos um 1960 auf 17 500 gestiegen sein (maximal belassene Betriebsgröße: 100 ha; Durchschnittswert der neuen Betriebe: 17,6 ha)⁷⁴.

Das schnelle Wachstum der Bevölkerung Mexikos — durchschnittliche Zuwachsrate 1950–1960: 2,9 % — läßt auch die Nachfrage nach Boden ständig steigen. Dadurch wird die Problematik der Diskrepanz zwischen der Zuwachsrate der Bevölkerung und der der Nahrungsmittel-erzeugung zunehmend akut. Um ihr beikommen zu können, müssen neue Mittel gefunden werden, um die Produktivität der Landwirtschaft zu fördern.

Hinzu kommt, daß das Ejido-System als solches nicht reibungslos funktioniert. Erwähnt wurde bereits, daß es an alte indianische genossenschaftliche und gemeinschaftliche Traditionen anknüpft. Nach dem Scheitern individualistischer Bodenreformversuche im 19. Jahrhundert bildeten sich in Mexiko die Ejidos heraus. Ihnen ist es jedoch längst nicht gelungen, die Schwierigkeiten zu überwinden. Nach F. W. Behrendt besteht ihr Grundproblem darin, daß „ihre Mitglieder die direkten Nachkommen vieler Generationen von Leibeigenen sind (nicht im streng legalistischen, sondern im soziologischen Sinne), die für fremde Herren arbeiten mußten und niemals Gelegenheit hatten, eigene Initiative, Verantwortungsgefühl und Voraussicht zu entfalten. Der Übergang von dieser Erbschaft der Unterdrückten und Ausgebeuteten zu einer Gemeinschaft unabhängiger Bauern, die verstehen sollten, daß sie intensiver und fortschrittlicher arbeiten müssen, weil nunmehr die Früchte ihrer Tätigkeit ihnen selbst und ihren Familien zugute kommen, ist schroff und schwierig ... Zu oft wird angenommen, daß das Ejido ein kollektiver mechanischer Aufzug zu Wohlstand ohne harte Arbeit sei. Dies, zusammen mit dem Mangel an eigenem Kapital, macht die Ejidos abhängig von Staatsinstitutionen und setzt sie der Gefahr politischer Beeinflussung und Korruption aus“⁷⁵ (im übrigen eine Problematik, die auch bei der bolivianischen Agrarreform eingetreten ist; siehe dort: Kap. IV, Abschn. b).

Außer in den bereits erwähnten Ländern gab bzw. gibt es mehr oder weniger bescheidene Ansätze zur Agrarreform auch in Brasilien (1951), Chile (1935, 1943), während z. B. Ekuador zur Zeit der UN-Untersuchung (Nov. 1952) noch keine Landreformpolitik entwickelte. Nach dem 2. UN-Bericht über die Landreform (1956) sind Bestrebungen zur Landreform in Kolumbien (Landpachtgesetz seit 1936), Costa Rica und Nicaragua festzustellen.

Schließlich seien noch Uruguay, Guatemala und Venezuela hervor-ge-

hoben. In Uruguay wurde durch einen Erlaß vom 16. September 1941 ein Programm für landwirtschaftliche Entwicklung in Angriff genommen, das dem „Banco Hipotecario“ – der Hypothekenkreditbank – anvertraut wurde. Es unterwarf grundsätzlich den Landbesitz der strengen Staatskontrolle, mit dem Ergebnis, daß jetzt „die Regierung das Recht erhalten soll, Grundbesitz, der je nach den regionalen Gegebenheiten 1600 bis 3000 ha übersteigt, zu enteignen und an mittlere und kleinere Bauern zu verpachten. Auf diese Weise würden etwa 3 Mill. ha verfügbar werden“⁷⁶.

In Guatemala hat die Konterrevolution des Jahres 1954 die von der revolutionären Regierung Jacobo Arbenz in Angriff genommene Agrarreform, welche mit dem Erlaß des Agrarreformgesetzes vom 17. Juni 1952 begonnen hatte, rückgängig gemacht. Zur Zeit wird eine Agrarreform in begrenztem Umfange durchgeführt. Bis 1957 soll die Regierung 140 000 ha Land zur Verfügung gestellt haben, welches an 17 000 Siedler aufgeteilt wurde⁷⁷. In Venezuela schließlich leitete der Gesetzentwurf vom 23. Mai 1959 ebenfalls eine bescheidene Agrarreform ein. Hauptzweck dieser Reform ist danach, „der Landwirtschaft als Ganzes den vollen Anschluß an die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung des Landes zu sichern mittels eines gerechten Systems der Landverteilung und Nutznießung am Boden ... damit er für den Menschen, der ihn bearbeitet, die Grundlage für seinen dauerhaften Wohlstand, für seine Freiheit und Menschenwürde bildet“⁷⁸. Das Aufteilungsprinzip läßt grundsätzlich private Ländereien unangetastet, vorausgesetzt, daß sie zweckentsprechend und wirtschaftsrational genutzt und durch den Eigentümer selbst bewirtschaftet werden. Zur Realisierung der Agrarreform kann dagegen der Privatbesitz herangezogen werden, wenn in bestimmten Gebieten nicht ausreichend öffentliches Land zur Verfügung steht oder wenn es in den letzten fünf Jahren nicht seiner sozialen Funktion entsprechend genutzt worden ist⁷⁹.

Dem Latifundienproblem gesellt sich, wie früher erwähnt (siehe Agrarstruktur), in manchen Ländern (Chile, Ekuador) die nicht minder wichtige Frage der „Minifundios“ zu, während sie z. B. auf Haiti für sich allein besteht. Hierbei zu treffende Maßnahmen sind anderer Natur als im Falle des Latifundiums, da im Gegensatz zu diesem das Minifundium nicht nur auf ungleichmäßiger Landverteilung beruht, sondern auch zum Teil durch fehlende rationelle Landerschließungsmaßnahmen begünstigt wird. Die Problematik liegt noch anders und weitaus schwieriger, wenn, wie im Falle Haitis, für die Existenz des Minifundiums nicht die ungleichmäßige Landverteilung, sondern die

Hartnäckigkeit, ja, der Druck der Parzellenbauern verantwortlich zu machen ist. Die haitianische Regierung wies z. B. seinerzeit darauf hin, daß unter den bestehenden Bedingungen der Versuch, neue Wirtschaftseinheiten zu schaffen, eine große Bevölkerungsverschiebung verursachen und infolgedessen große Anstrengungen erfordern würde⁸⁰. Für die übrigen Länder kann man, ohne künftige Maßnahmen zu präjudizieren, die Feststellung der UN-Untersuchung gelten lassen: „Progress under special measures to deal with uneconomically small holdings has, on the whole, been negligible. But in many countries this defect in the agrarian structure is so extensive that the measures thus far considered may be of little use. Attempts to prescribe the area of the minimum holding by law will certainly fail, if they run counter to the economic pressure produced by rural overpopulation⁸¹.“

Die einmal durchgeführte Agrarreform hat nach der bisherigen Erfahrung über die eigentliche Verteilung von Land weit hinauszugehen. Bleibt sie dort stehen, oder wird sie zu lange dabei aufgehalten (Verzögerungsmanöver früherer Grundbesitzer, Anpassungsschwierigkeiten der neuen u. a.), so macht sich die Problematik des Ausgleichs zwischen landwirtschaftlicher Produktivitäts- und wachsender Bevölkerungsrate bald bemerkbar, welche an sich unter den durch die Reform geschaffenen neuen Bedingungen ohnehin eintreten kann. Die Aufgabe der Agrarreform besteht somit auch darin, es den neuen Landbesitzern zu ermöglichen, sich diejenigen Kenntnisse und Verhaltensweisen anzueignen, die allein ihnen eine produktive Nutzung ihres Landes gestatten. Die Reichweite der weiteren Aufgaben kann nicht umfassend genug betrachtet werden: sie schließt die Vermittlung von Agrarkrediten durch staatliche oder genossenschaftliche Kreditinstitute, die Anschaffung von Werkzeugen, Maschinen, die Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Lande (sanitäre Einrichtungen), die Erleichterung des Zugangs zu den Märkten (Marktorganisation und Kontrolle monopolistischer Bestrebungen) u. dgl. m. ein. Es sind Maßnahmen, die für Lateinamerika nicht spezifisch sind und hier im einzelnen nicht besprochen werden können, weil sie in die allgemeine Problematik der Entwicklungsländer gehören. Diese ist aber für die Betrachtungsweise der Untersuchung nicht von unmittelbarer Bedeutung.

Typisch dagegen scheinen die im Zusammenhang mit der Agrarreform entstandenen Probleme politischer Natur zu sein. Sie bestehen vor allem in den Hindernissen, die von dieser Seite her der Durchführung der Agrarreform in den Weg gelegt werden. Unter den von der UN

befragten Ländern kann der chilenischen Antwort auf die Frage nach den Hindernissen der Agrarreform ein repräsentativer Charakter beigemessen werden. In aller Offenheit stellt sie fest:

„Owing to the economic and political structure of the country, land reform in Chile is difficult to carry out. Landholders who would be affected by any action of an economic, political, administrative, legal or social nature will vigorously oppose its implementation, and their political and economic influence is very powerful . . .“⁸².

Eine bezeichnende Stelle bei Kneschaurek⁸³ heißt auch: „Die Bestrebungen zu einer durchschlagskräftigen Landreform sind jedoch bisher weitgehend gescheitert, und zwar an der unnachgiebigen Haltung und dem Mangel an sozialem Verantwortungsbewußtsein auf Seite der Großgrundbesitzer, . . . vor allem aber am Unvermögen und am Unwillen, das Problem der Landreform als das zentrale Entwicklungsproblem Lateinamerikas anzuerkennen.“

In Chile z. B. scheiterte der Agrarplan von 1935, der eine Revision der Landkonzessionen an ausländische und einheimische Gesellschaften wie auch eine Enteignung der großen Latifundien bezweckte, um Kleingrundbesitz zu begünstigen. Wenn auch dieser Mißerfolg z. T. auf mangelnde finanzielle Mittel zurückzuführen war, so kam jedoch hinzu, daß der weitaus größte Teil der Fonds für die Agrarentwicklung den Großgrundbesitzern zwecks Erweiterung ihrer ohnehin übermäßig großen „Estancias“ zugute kam. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß sie sich der Landreform erfolgreich widersetzen konnten. Daraus resultierte die Verstärkung der wirtschaftlichen Macht der Latifundisten und damit die unvermeidliche Etablierung einer politischen Oligarchie. Die Entwicklung des „Peonage“- und Pacht-systems trug zur Aufrechterhaltung der vorhandenen Sozialstruktur und zur weiteren Machtkonzentration in den Händen der Großgrundbesitzer bei. Gleichgültig, ob einer ihrer Gruppe selbst an der Macht war oder nicht, waren sie immer in der Lage, das politische Leben weitgehend zu beeinflussen.

In Argentinien haben Untersuchungen in der Provinz Buenos Aires gezeigt, wie die zur Förderung des Kleingrundbesitzes erleichterten Kreditbedingungen vielfach mißbraucht wurden. Gesellschaften und einzelne Großgrundbesitzer erzielten erhebliche Gewinne, indem sie Land kauften und es an die kleinen Pächter weiterverkauften. Die zu diesem Zweck notwendigen Mittel verschafften sie sich durch Anleihen des „Banco Hipotecario“ — der staatlichen Hypothekenbank —, die damit indirekt der Landspekulation Vorschub leistete. Daraus entstand für die Kleinpächter ein Abhängigkeitsverhältnis, das, verbunden mit

ihrer ohnehin prekären Situation, nicht leicht zu beseitigen war. Ihre unterlegene Position gegenüber den Großgrundbesitzern wurde ferner durch den Umstand verstärkt, daß diese kraft ihrer auf dem Landbesitz beruhenden politischen Macht, insbesondere durch ihre traditionelle Beherrschung des Bundessenats, in der Lage waren, ihren Immobilienbesitz außerhalb der legislativen Kontrollsphäre zu halten⁸⁴.

Heute läßt sich das Verlangen nach gerechter Landbesitzverteilung schlechterdings nicht überhören. Überhaupt läßt sich die Beseitigung der noch auf diesem Gebiet herrschenden Mißstände nicht umgehen, wenn die Agrarerzeugung gesteigert und die Diskrepanz zwischen dieser und der Wachstumsrate der Bevölkerung verringert werden soll. Als Bestätigung dieses Zusammenhanges kann man folgende Feststellung von Prof. Bruno Moll (Universität Lima) anführen: „... die Erreichung des Zieles: Erhöhung des Lebensstandards der Masse und Schaffung gleichmäßiger Verteilung, (ist) auch nicht erreichbar, wenn, wie an vielen Orten, die Oberschicht gleichgültig und engherzig nur auf die Wahrung ihrer Vorzugsstellung und auf die Vergrößerung ihres Besitzes bedacht ist⁸⁵.“

Unter den Faktoren, die sich in dieser Hinsicht günstig auswirken, nimmt die fortschreitende Industrialisierung eine Schlüsselstellung ein. Nicht nur direkt (Steigerung der Exporte, d. h. vorwiegend der Agrarproduktion, um den Bedarf an Kapitalgütern decken zu können), sondern auch indirekt trägt sie zur Agrarreform bei. Im letzten Falle handelt es sich darum, daß sie z. B. das Heranwachsen neuer Schichten von Geschäftsleuten und Unternehmern fördert, welche einsehen, daß die Erschließung neuer Märkte für ihre Produkte u. a. von einer Erhöhung des Gesamtverbrauchs und damit des Lebensstandards abhängt, wozu soziale Reformen erforderlich sind. Mit der rein technisch-wirtschaftlichen Seite der Industrialisierung verbindet sich also darüber hinaus auch ein soziologischer Umwandlungsprozeß, der nicht minder bedeutend ist.

II. Der Industriesektor

1. Tatbestand der Industrialisierung

Hatte man in den dreißiger Jahren unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise die Forderung nach verstärkter Industrialisierung überall erhoben, um die Abhängigkeit von den Auslandsmärkten einzuschränken, so bekamen diese Bestrebungen neue Impulse sowohl im Verlaufe des zweiten Weltkrieges als auch nach 1945. Während des Krieges waren für das Industrialisierungsbestreben u. a. folgende Faktoren

wirksam: die erhöhte Nachfrage nach Rohstoffprodukten, das Aufkommen neuer Investitionsmöglichkeiten durch das Eindringen des aus Europa geflüchteten Kapitals und die Knappheit der Importgüter als Folge der Schrumpfung vieler Auslandsmärkte.

In dem Jahrzehnt nach Ende des Krieges hat sich der Industrialisierungsprozeß fortgesetzt und die lateinamerikanische Wirtschaft als solche beträchtlich gewandelt. Man kann daher heute von der Industrialisierung als der hervorstechendsten strukturellen Erscheinung Lateinamerikas sprechen. In einigen Ländern hat sie größere Ausmaße angenommen als in anderen und konnte dort auch auf einem höheren Ausgangsniveau aufbauen. Dessen unbeschadet bleibt sie in allen Ländern eine Tatsache, die in den Vordergrund der Wirtschaftspolitik getreten ist.

Die industrielle Entwicklung weist die verschiedensten Formen auf, von der einfachen Gewinnung oder Be- und Verarbeitung eines Rohstoffes oder agrarischen Grundstoffes für die Ausfuhr bis zur vollständigen Herstellung von Maschinen für die Industrie, einer Stufe, die bereits einige Länder erreicht haben; dazwischen der ganze Bereich der Herstellung von Verbrauchsgütern, Eisen- und Stahlwaren, von chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen, Baumaterialien, Autozubehör, Haushaltsgeräten usw. Bei aller Unterschiedlichkeit von Land zu Land ließe sich der Industrie Lateinamerikas folgende Unterteilung zugrunde legen:

a) die *traditionelle Industrie* auf der Basis der Mineralvorkommen: Ölindustrie in Venezuela, Kolumbien, Mexiko; Bergbau besonders in Chile (Kupfer), Bolivien (Zinn), Mexiko (Silber);

b) *landwirtschaftliche Industrien*: Zuckerfabriken (Kuba), Kaffeeaufbereitungsbetriebe, Baumwollaufbereitung und Textilindustrie, Getreidemöhlen, Großschlächtereien und Konservenindustrie (besonders Argentinien und Uruguay);

c) *moderne Investitions- und Konsumgüterindustrien*, zu deren Entwicklung der zweite Weltkrieg den entscheidenden Anstoß gegeben hat. Sie reichen von der Stahlindustrie (Hochöfen in Brasilien, Chile, Peru, Kolumbien, Mexiko und Venezuela) über die metallverarbeitende Industrie (z. B. Automobil- und Traktorenbau in Brasilien und Argentinien) zur chemischen Industrie (auch Düngemittelindustrie), Bauindustrie, Bekleidungs-, Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie⁸⁶.

Das industrielle Wachstum ist — schon auf Grund der unterschiedlichen Kapitalausstattung — in jeder dieser Branchen und je nach dem Lande verschieden. Sehr wahrscheinlich können z. B. kleine Länder wie Paraguay und Haiti nicht hoffen, den Standard hochindustrialisierter Län-

der zu erreichen, wenn auch ihre heute einseitige agrarische Wirtschaft stärker industrialisiert werden kann. Ferner: während in Ekuador, Peru und Uruguay die Konsumgüterindustrien vorherrschen, werden in Argentinien und Brasilien Investitionsgüterindustrien immer stärker ausgebaut. Solche Unterschiede müssen Berücksichtigung finden, wenn man sich anschickt, globale Angaben über die lateinamerikanische Industrieentwicklung zu machen. Diese brauchen aber dadurch an Aussagekraft nichts einzubüßen. Die nachstehende Tabelle spiegelt die Indizes der industriellen Produktion Lateinamerikas sowie einzelner Länder von 1951 bis 1955 wider.

Tabelle 8 a* Indizes der industriellen Produktion Lateinamerikas
von 1951–1955
Basisjahr 1950 = 100

Länder	1951	1952	1953	1954	1955
Lateinamerika	107	109	113	121	128
Argentinien	102	95	93	100	110
Brasilien	110	116	121	134	139
Chile	92	107	115	121	116
Ekuador	103	110	116	126	134
Guatemala	99	104	102	102	105
Kolumbien	106	118	137	139	142
Mexiko	109	110	114	122	134
Venezuela	119	139	153	167	187

* UN: ESLA 1955. New York 1956 S. 58, auch für die folgende Analyse dieser Indizes.

In den Jahren 1951/1952 erhielten die Kapitalgüterindustrien — Stahl, Eisen, Zement — einen starken Impuls in Brasilien, Chile, Kolumbien und Peru, während die Expansion in den Konsumgüter-, Baumwoll- und Textilindustrien nachließ. 1953 ging die Entwicklung weiter aufwärts: der Import von Maschinen und industriellen Ausstattungen blieb in vielen Ländern auf einem hohen Niveau; außerdem wurden neue Produktionsbranchen eingeführt. Der allgemeine Trend war jedoch unterschiedlich: der Index der industriellen Produktion stieg von 100% im Jahre 1950 (Basisjahr) auf jeweils 153% in Venezuela, 137% in Kolumbien, 121 % in Brasilien, während er in Argentinien — dem führenden Land im Industriesektor Lateinamerikas — auf 93 % herab-

sank. Ein neuer Impuls – stärker als in den vergangenen Jahren – machte sich 1954 bemerkbar. Er kam daher, daß Argentinien eine fühlbare Gesundung erfuhr und die Expansion in der Industrie Brasiliens sowie Venezuelas wesentlich weitergefördert wurde. Die Produktion dieser Länder wies im Vergleich zum Vorjahr eine Zuwachsrate von jeweils 13 und 14 % auf. Mit einigen Abweichungen blieb diese allgemeine Aufwärtsentwicklung auch 1955 bestehen.

Die Periode von 1955 bis 1959 zeichnete sich durch zwar weitere, aber stark verlangsamte Steigerung des Industrialisierungstempos aus (beispielsweise betrug die Zuwachsrate für 1957 nur 3,3 % gegenüber 4,5 % im Vorjahr).

Dies zeigt folgende Tabelle:

Tabelle 9* Lateinamerikanische Industrieproduktion 1956–1957
1955 = 100

	1956	1957 ^a
Insgesamt	104,5	107,9
Kapital- und dauerhafte Konsumgüter	108,9	116,3
Nichtdauerhafte Konsumgüter	102,5	105,0

^a Vorläufig

* UN: ESLA 1957. New York 1959. S. 91.

Bemerkenswert ist, daß sich die Produktion von Kapital- und dauerhaften Konsumgütern schneller als die von nichtdauerhaften Konsumgütern entwickelte. Das bedeutet, daß die stärker industrialisierten Länder Lateinamerikas sich auf die Entwicklung der „dynamischen Industrien“ konzentrierten, die etwa der oben erwähnten dritten Kategorie von Industrien entsprechen. Hieraus läßt sich ablesen, daß die noch vorwiegend landwirtschaftlich orientierten Länder sich weiterhin primär der Förderung der Agrarproduktion zuwenden müssen. Nach Errechnung der CEPAL (Comisión Económica para América Latina)⁸⁷ wuchs die Gesamterzeugung der Land- und Viehwirtschaft Lateinamerikas im Jahre 1959 nur um 1,9 %, wobei sich die Versorgung des Inlandsmarktes um 1,7 % erhöhte und der Rest für die Ausfuhr zur Verfügung stand. Da aber die Bevölkerung Lateinamerikas im selben Jahr um 2,6 % zunahm, ergab sich bei Lebensmitteln eine Fehlmenge von etwa 1 %. Obwohl man heute, im großen und ganzen gesehen, von einer Konsolidierung der Wirtschaftsexpansion Lateinamerikas spre-

chen kann, wird jedoch dessen Industrie in den nächsten Jahren weiterhin die Aufgabe haben, den ständig zunehmenden Bedarf des eigenen Wirtschaftsraumes zu befriedigen. Daher ist man bestrebt, zu einer vielseitigeren Produktion zu kommen. In diese Richtung zielen z. B. die von vielen Ländern verfolgte restriktive Importpolitik für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, die Zollreform und die Maßnahmen zur Förderung der Industrialisierung.

Diese letzteren sind sowohl wirtschaftlich als auch politisch von außerordentlicher Bedeutung. Die spezifisch wirtschaftlich-technischen Faktoren, von denen die Industrialisierung und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung abhängen, können hier nicht erschöpfend behandelt werden: sie sind in bezug auf andere Entwicklungsländer außerhalb Lateinamerikas heute hinreichend bekannt und damit dem hier betrachteten Gebiet nicht eigentümlich. Allerdings müssen sie, um in ihrer dortigen Besonderheit deutlich zu werden, in die lateinamerikanische Perspektive eingerückt werden. Es gilt aber vor allem, die politische und soziale Problematik dieser Frage zu erhellen, welcher, bedingt durch die Staats- und Gesellschaftsstruktur der betreffenden Länder, eine entscheidende Bedeutung zukommt.

2. Technisch-wirtschaftliche und politische Probleme der Industrialisierung

Es werden viele Gründe angeführt, um die relative industrielle Rückständigkeit Lateinamerikas zu erklären. Hinweise auf die allgemeinen Hindernisse der Industrialisierung gelten der schwierigen Topographie (vorwiegend gewaltige Gebirgsketten, Hochplateaus, brütende Urwälder und dürre Wüsten), dem teilweise ungünstigen Klima, der Dürftigkeit der Infrastruktur, dem die Arbeitsproduktivität einschränkenden niedrigen Lebensstandard usw. Obgleich tatsächlich die hier vorgebrachten Faktoren die Industrialisierung offensichtlich hemmen, stellen sie doch keine unüberwindlichen Hindernisse für den Aufbau eines modernen Landwirtschafts- und Industriegewesens in Lateinamerika dar. Ernsthaftere Sorgen dürfte die Struktur dessen, was Kneschaurek „das Fähigkeitskapital“ nennt⁸⁸, bereiten. Es handelt sich um den überall auftretenden Mangel an geschulten Arbeitskräften, Technikern, Ingenieuren usw. Deren sind viel zu wenig, um das Tempo der Produktionssteigerung genügend zu beschleunigen, die industrielle Ausstattung rasch zu erneuern und der modernen Entwicklung anzupassen. Hinzu kommt die mangelhafte Verwaltungsorganisation, in deren Rahmen die Industrialisierung vorangetrieben werden soll. Sie verursacht durch ihre ungenügende Leistungsfähigkeit hohe Kosten und Verzögerungen,

welche die Risiken und Bürden der Industrialisierung erheblich vermehren.

Ein Problem für sich ist die fehlende Schicht von „Kapitalisten“ mit unternehmerischem Geist und entsprechender „Risikofreudigkeit“. Mit Recht wird hervorgehoben: „Zwar gibt es in Lateinamerika Menschen mit unternehmerischem Können. Ihre Interessenssphäre beschränkt sich jedoch auf das Kommerzielle, was eine hochgradig spekulative Gesinnung zur Folge hat. Was hingegen in höchstem Maße fehlt, ist der Sinn für ein langfristiges Disponieren und Planen sowie für eine Unternehmenspolitik, die auf die Bedarfsdeckung mit einheimischen Produkten durch Bereitstellung qualitativ einwandfreier Standardwaren nach dem Grundsatz ‚niedriger Stückgewinn/großer Umsatz‘ ausgerichtet ist⁸⁹.“

Ähnlich klingt folgende Feststellung: „Ein erheblicher Teil der (an sich schon nicht zahlreichen) Kapitalbesitzer sind nicht Kapitalisten, d. h. nicht bereit, zugunsten der Spar- und Investitionstätigkeit auf Aufwandskonsum zu verzichten und ihre verfügbaren Mittel neuartigen produktiven Unternehmen langfristig zur Verfügung zu stellen, anstatt sie in traditionellem, als sicher betrachtetem Landbesitz oder in risikofreien Grundstücksspekulationen im Umkreis der rasch wachsenden Großstädte zu verwenden⁹⁰.“ Hier gewinnt das Latifundienproblem von neuem grundsätzliche Bedeutung: es hemmt nicht nur die Agrarproduktion, sondern wirkt sich auf den Industrialisierungsprozeß auch lähmend aus, da die Großgrundbesitzer dem industriellen Wachstum zumindest mißtrauisch gegenüberstehen, wenn sie es nicht sogar bewußt verhindern. Zugeständnisse an die „moderne“ Entwicklung werden eingeräumt, sofern sie schmerzlos sind und die vorhandene soziale Schichtung nicht wesentlich beeinflussen. Nicht von ungefähr besteht eine der subtileren und gefährlicheren Wirkungen des Latifundiensystems in dem Prestige, welches mit dem Grundbesitz im Gegensatz zu anderen Formen des Reichtums verknüpft ist: der Bodenbesitz wird zum Maßstab des gesellschaftlichen Ansehens. Diese Einstellung hat zur Folge, daß sich eine wirtschaftliche Führungsschicht nur langsam mit der Überwindung solcher Vorurteile heranbilden kann.

Im Zusammenhang mit der Landwirtschaft muß ferner darauf hingewiesen werden, daß die Industrialisierung nur allzu oft auf deren Kosten vorgenommen wird. Die Vernachlässigung des Agrarsektors führt im allgemeinen einerseits zur Abwanderung der Landarbeiter und Kleinpächter in die höhere Einkommen verheißenden Industrien und in die lockenden Städte, andererseits zu einer überhasteten Industrialisierung.

Landflucht als Folge der Diskrepanz zwischen industriellem Wachstum

und landwirtschaftlicher Entwicklung ist eine den meisten Ländern Lateinamerikas gemeinsame Erscheinung. Sie führt zu dem sozialen Problem der Slumbildung in den Großstädten, d. h. zur Bildung solcher Elendsquartiere, in denen das Industrieproletariat zusammengeballt ist und die an die gleichen Erscheinungen des Frühkapitalismus erinnern. Dieses Nebeneinanderbestehen von luxuriösen Wohnhäusern und brüchigen Hütten hat Behrendt folgendermaßen treffend beschrieben: „Diese Großstädte sind zu Zentren einer Wohnkultur des Betons und Stahls geworden, die in drastischem Widerspruch zu den wirklichen Erfordernissen und Möglichkeiten der Völker steht. In ihnen feiern die Konzentrationen von Wolkenkratzern, Verwaltungspalästen, Kintempeln, Luxushotels, Herrensitzen der neuen Elite und Prachtstraßen mit Strömen von Mammutautomobilen wahre Orgien – wobei man allerdings niemals weit zu gehen braucht, um große Stadtbezirke zu betreten, in denen ungepflasterte Straßen eingerahmt sind von Hütten, ja von Höhlen, ohne elementarste hygienische Einrichtungen, und wo die einzigen Verkehrsmittel bestenfalls uralte, stets überfüllte Straßenbahnwagen oder Autobusse sind⁹¹.“ Es liegt auf der Hand, daß hier ein Nährboden für soziale Spannungen gegeben ist, welche sich den bereits bestehenden als weiterer Explosivstoff zugesellen.

Da die Industrialisierung in diesen Ländern ohnehin teilweise ein emotionales Symbol des Fortschritts und der nationalen Erstarkung darstellt, führt sie, wenn sie überforciert und überhastet ist, zu Fehlentwicklungen und Exzessen, die auf Kosten der relativ gleichmäßigen Entwicklung gehen. Diese entartete Industrialisierung besteht in der Verwirklichung hochtrabender Projekte, die viel mehr den Motiven des nationalen Prestiges und Stolzes als denen der Wirtschaftlichkeit und der Rentabilität zuzuschreiben sind. Eine Erklärung für solche Fehlleitungen wird darin gesehen, daß es bei einer Politik der Wirtschaftlichkeit und der Rentabilität „bedeutend weniger politische Lorbeeren zu ernten gibt und die erzielten Erfolge auch weniger augenfällig in Erscheinung treten, als mit der Errichtung einer glanzvollen Großstadtfassade oder einer rein äußerlichen Dekorkultur“⁹².

Eine Rückwirkung dieser einseitigen Industrialisierung besteht in der Verminderung der Importkapazität. Durch die Vernachlässigung der Landwirtschaft werden die Exporteinnahmen, welche, im wesentlichen und in manchen Ländern hauptsächlich, aus dem Agrarsektor fließen und zur Deckung der Einfuhren von Maschinen und industriellen Rohstoffen dienen, stark vermindert. Dies trifft besonders auf Argentinien, Chile, Uruguay, weniger dagegen auf Brasilien zu. Eine Erklärung für den unterschiedlichen Wirkungsgrad dieser Situation kann man in dem

Umstand sehen, daß — im Gegensatz zu den anderen Ländern — Brasilien über größere Mengen an industriellen und landwirtschaftlichen Rohstoffen verfügt. Abgesehen von solchen Ausnahmen wie Brasilien oder auch Mexiko, das als Beispiel für ein vergleichsweise ausgeglicheneres Wachstum angesehen werden kann, bleibt für das wirtschaftliche Wachstum Lateinamerikas als solches der Zusammenhang zwischen Industrialisierung und Export von grundsätzlicher Bedeutung. Dazu meint Teichert: „... the progress of industrialisation in Latin America is intimately linked with the success of each nation in promoting its own exports, since generally it is only with the proceeds of exports that a country can cover import needs and the servicing of foreign capital already invested, or that may be invested in the future. The promotion and diversification of exports must therefore be considered a fundamental aspect of developmental policy, since it would be a mistake to assume that each republic will always be able to supplement — through imports — its own resource base to the extent that its internal development may require. A nation's traditional exports of primary products might not be sufficient to accomplish this feat⁹³.“ Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang schließlich das Inflationsproblem. Es handelt sich nicht um die Inflation als Dauererscheinung, welche dazu führt, daß z.B. der Aufwandkonsum stimuliert, die ohnehin geringe Spartätigkeit noch mehr gehemmt und das Volkseinkommen noch einseitiger verteilt werden. Vielmehr geht es um die Inflation als Finanzierungsmittel der Industrialisierung und der Wirtschaftsentwicklung überhaupt. Sie wird im allgemeinen damit begründet, daß, weil die betreffenden Länder arm, sprich: kapitalarm, sind, Defizitfinanzierung und daher Inflation sich notwendigerweise aufdrängen, wenn die Regierungen, denen ja die Aufgabe der Wirtschaftsentwicklung zufällt, die notwendigen Investitionen vornehmen sollen. Diese Argumentation scheint — wenn auch nicht gänzlich falsch — so doch zumindest irreführend zu sein. Es gibt Länder, in denen Entwicklungsprogramme ohne großes Defizit durchgeführt worden sind (Beispiel: Mexiko, Ekuador, Costa Rica), andere dagegen, die zwar eine beträchtliche Inflationsrate aufweisen, jedoch angesichts ihrer unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur einen schlüssigen Vergleich nicht erlauben, so z. B. Chile und Bolivien, letzteres sogar mit einer schon traditionellen hohen Inflationsrate. Während Bolivien u. a. über einige Hilfsquellen verfügt, eine schwierige Topographie besitzt und eine niedrige Wachstumsrate verzeichnet, ist zum Beispiel Chile ein vergleichsweise reiches Land mit einer dynamischen Bevölkerung und einer substantiellen Wachstumsrate. Die nachstehende Tabelle spiegelt die unterschiedliche Lage

in den Ländern wider. Sie stellt die jährliche Durchschnittsrate der Inflation für die Periode von 1953 bis 1959 und die Indexziffern der Lebenshaltungskosten für 1959 einander gegenüber.

Tabelle 10 Indexziffern der Lebenshaltungskosten und jährliche Durchschnittsrate der Inflation 1953–1959
(1953 = 100)*

Land	Indexziffer der Lebenshaltungskosten ^a 1959	Jährliche Durchschnitts- rate der Inflation
Bolivien	3 047	491
Paraguay	245	24,1
Chile	1 124	170
Argentinien	539	73
Brasilien	358	43
Peru	162	10,3
Kolumbien	164	10,6
Uruguay	252	8,6
Mexiko	155	9,1
Nicaragua	96 ^b	– 1,3
Panama	99	– 0,16
El Salvador	107	1,1
Venezuela	113	2,1
Costa Rica	112	2
Ekuador	102	0,33
Guatemala	104	0,66
Honduras	109	1,5
Dom. Rep.	103	0,5
Kuba	97 ^c	– 0,75
Haiti	113 ^d	2,6

* UN: Monthly Bulletin of Statistics. Vol. 14, Feb. 1960. S. 150 ff.

^a meist für die Hauptstadt

^b 1956

^c 1957

^d 1958 = 100

In der Auseinandersetzung über das Inflationsproblem wird häufig unterstellt, daß sich die Länder mit niedrigster Inflationsrate schneller

entwickeln als diejenigen mit rasch steigendem Preisniveau. Die in der Tabelle gemachten Angaben bestätigen diese Annahme nicht. Wie aus der Tabelle ersichtlich ist, lassen sich drei Ländergruppen mit jeweils hoher, mittlerer und niedriger Inflationsrate unterscheiden. Schnell sich entwickelnde Länder sind in jeder Gruppe anzutreffen, und nicht alle Länder mit hoher Inflationsrate sind stationär oder stagnierend. Ferner besteht darüber kein Zweifel, daß die Länder mit niedriger Inflationsrate nicht notwendigerweise die reichsten sind. Im Gegenteil: einige von ihnen weisen die niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen in Lateinamerika auf (Ecuador, Guatemala, Haiti). Sie gehören außerdem zu den am wenigsten industrialisierten Ländern Lateinamerikas.

Abschließend kann man feststellen, daß eine Inflationsrate von mehr als 15 % jährlich das Wirtschaftswachstum verlangsamt zu haben scheint oder zumindest die vorangegangene Wachstumsrate vermindert hat. Über 15 % hinaus kann das genaue Verhältnis zwischen Inflation und Wirtschaftsentwicklung nicht eindeutig aufgezeigt werden, weil Länder mit mittlerer Inflationsrate sich schneller entwickelt haben als diejenigen ohne Inflation oder mit niedriger Inflationsrate⁹⁴. Dabei soll nicht übersehen werden, daß eine mittlere oder gar hohe Inflationsrate zumindest eine gewisse Unsicherheit im Ablauf der Wirtschaftsvorgänge mit sich bringt, was die Pläne der Wirtschaftsentwicklung selbst gefährdet. Als Faustregel kann aber gelten, daß weder die fehlende Inflation eine Garantie für Wirtschaftswachstum, noch deren Vorhandensein ein Symptom für Regression darstellt. „It is not inflation as such that hinders development in every instance, but rather the fact that in some nations inflation necessitates government intervention which in turn becomes the real brake on development. It is only in this indirect sense that we could definitely say that inflation in the long run might hinder development, or at least slow down the potential rate of growth, since it is with inflation and with controls that most of the twenty Latin American republics are growing⁹⁵.“

Mit dem Industrialisierungsprozeß ergab sich zugleich die Möglichkeit, die politische Willensbildung zu beeinflussen⁹⁶. In dem Maße, wie diese Entwicklung an Boden gewann, vermehrten sich der ausländische Kapitalzufluß als das begehrte Mittel zur Erreichung der gesteckten Ziele und damit dessen Einflußmöglichkeiten auf Entscheidungen wirtschaftlicher und politischer Natur der betreffenden Länder. Nach Behrendt war es unvermeidlich, „daß (die finanziellen Hilfeleistungen) von politischen Erwägungen beeinflußt wurden, daß sie demzufolge nicht

immer den wirtschaftlich dringlichsten und produktivsten Zwecken zugute kamen und daß sie in mehr als einem Falle zur Milderung der Folgen verfehlter wirtschaftlicher Maßnahmen latein-amerikanischer Regierungen dienten und auf diese Weise die Beibehaltung unrealistischer und anti-ökonomischer Einstellungen ermöglichten und eine Rückkehr zu rationalen und freiheitlicheren Formen der Wirtschaftsorganisation verhinderten“⁹⁷.

Die Kapitalgewährung, die auch entscheidende Fragen des politischen und sozialen Lebens berührt, wird daher nicht ohne Grund hier unter den politischen Faktoren der Industrialisierung behandelt, zumal da bestimmte Verbindungen, ja Wechselwirkungen zwischen ihr und dem sogenannten Wirtschaftsnationalismus bestehen. Gegen die zunehmende „Überfremdung“ des einheimischen Wirtschafts- und politischen Lebens liefen nämlich immer stärker werdende nationalistische Kräfte Sturm, die sich das Ziel setzten, die eigene Nation wirtschaftlich „stark und unabhängig“ zu machen. Auf diese Kräfte war die Nationalisierungswelle zurückzuführen, die in den dreißiger Jahren Lateinamerika überflutete: sie begünstigte vor und nach dem zweiten Weltkriege das Entstehen bzw. das Erstarken dieses Wirtschaftsnationalismus, der heutzutage zu einem nicht mehr wegzudenkenden Element des Wirtschaftslebens vieler Länder geworden ist. „Der Nationalismus setzt heutzutage gleichsam den Rahmen für die gesamte Wirtschaftspolitik. Er wird von fast allen Klassen und Interessengruppen geteilt“⁹⁸. Bei der Ermittlung der kausalen Zusammenhänge, die manchen reformistischen und revolutionären Bestrebungen zugrundeliegen, hat er sich vielfach als eine der wirksamsten Triebkräfte erwiesen.

Bis zum ersten Weltkrieg war, wie bereits an früherer Stelle (S. 25) erwähnt, Großbritannien hauptsächlich Kapitalgeber Lateinamerikas. Nach dem Kriege wurde es von den USA allmählich verdrängt, die dank ihrer gleichzeitig zunehmenden Weltstellung ihre Position ausbauten und sie dann nach dem zweiten Weltkrieg eindeutig durchsetzten. In den folgenden Ausführungen werden deshalb die nordamerikanischen Kapitalinvestitionen besonders hervorgehoben. Da sie in erster Linie mit der Problematik des Wirtschaftsnationalismus eng zusammenhängen, sind sie ohnehin für die Untersuchung von ausschlaggebender Bedeutung.

Auf eine Darstellung der Investitionen anderer europäischer Staaten kann verzichtet werden, weil sie in der betrachteten Periode — im Gegensatz zu den britischen und vor allem den amerikanischen — nicht vermocht haben, das wirtschaftliche Gesicht Lateinamerikas in

entscheidendem Maße zu wandeln und zu prägen. Ergänzend sei jedoch hinzugefügt, daß die Erholung der westeuropäischen Wirtschaften nach 1945, genauer ab 1952, deren Einfluß auf die lateinamerikanische Wirtschaft zunehmend verstärkt hat. Diese Entwicklung machte sich besonders 1957 bemerkbar, als die Kapitalinvestitionen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und der Schweiz an Umfang gewannen⁹⁹. Als mögliche Vergleichsbasis zum amerikanischen Kapital in Lateinamerika gibt die nachstehende Tabelle die entsprechenden Zahlen für Großbritannien von 1913 bis 1951.

Tabelle 11 Britische Investitionen in Lateinamerika 1913, 1930, 1938, 1951

	Wertpapiere		(in Mill. £)		Regierungs- und Gemeindegeldanlagen		
Jahre:	1913	1930	1938	1951	1930	1938	1951
Insges.:	757	694	754	245	—	173	44

N. B. Die Zahlen sind in Nominalwerten angegeben. Der Vergleich mit den amerikanischen Zahlen hat infolgedessen beschränkte Geltung, da diese Realwerte darstellen. — UN: Foreign Capital . . ., S. 156.

Die nun folgende Untersuchung des US-Kapitals in Lateinamerika umfaßt zunächst dessen Umfang für bestimmte Jahre, und zwar sowohl als direkte Investitionen wie als Anleihen der US-Regierung über die Export-Import-Bank an Lateinamerika. Um eine Vorstellung auch über einige Wirtschaftszweige, denen dieses Kapital zugute kam, zu vermitteln, folgt dann eine entsprechende Darstellung. An diese schließt sich eine Analyse des Ganzen unter Berücksichtigung z. B. der Struktur und Arbeitsweise des Kapitals, dessen Entwicklung unter dem Einfluß politischer Strömungen (New Deal, Nationalismus) an. Da nach 1945 Bestrebungen zur „Internationalisierung“ des in Lateinamerika arbeitenden Auslandskapitals immer mehr an Boden gewannen, wird auch die Kapitalgewährung internationaler Organisationen (Weltbank, International Finance Corporation) in Betracht gezogen.

Die Periode zwischen 1930 und 1939 kennzeichneten ständige politische und soziale Unruhen in Lateinamerika. Sie bot also nicht die gewünschte Atmosphäre für einen vermehrten Kapitalzufluß aus dem Ausland. Das in Lateinamerika investierte US-Kapital ging von

Tabelle 12 Direkte^a US-Investitionen in Lateinamerika
1929, 1936, 1943, 1950, 1952 — in Mill. Dollar

Land	1929	1936	1943	1950	1952
Argentinien	331,8	348,3	380,1	355,6	393
Bolivien	61,6	18,3	13,2	10,8	—
Brasilien	193,6	194,3	232,7	644,2	1013
Chile	422,6	483,7	328,3	540,1	623
Costa Rica	22,2	13,3	30,4	60,0	61
Dom. Rep.	69,3	40,7	70,5	105,7	123
Ekuador	11,8	4,9	10,8	14,2	14
El Salvador	29,5	17,2	14,9	18,5	—
Guatemala	70,0	50,4	86,9	105,9	108
Haiti	14,2	9,7	14,1	12,7	—
Honduras	71,5	36,4	37,0	61,9	81
Kolumbien	124,0	107,5	117,0	193,4	234
Kuba	919,0	666,3	526,3	642,4	686
Mexiko	682,5	479,5	286,3	414,5	490
Nicaragua	13,0	4,5	4,0	9,0	—
Panama	28,5	26,7	110,3	348,0	383
Paraguay und					
Uruguay	40,5	19,0	14,8	61,0	71 ^b
Peru	123,7	96,1	70,8	144,5	230
Venezuela	232,5	186,3	372,8	993,0	1184
Insgesamt:	3461,9	2803,0	2721,2	4735,2	5758

Quelle: UN: FC in LA. S. 159.

^a Der hier verwendete Begriff schließt die Auslandszweige und Niederlassungen von Unternehmungen, die zwar in den USA eingetragen sind, aber Ausländern gehören, aus; nicht einbegriffen sind auch Aktiengesellschaften des Auslandes, deren Aktien im allgemeinen in den USA gehalten werden, aber ohne beherrschende Beteiligung der USA an deren Handhabung.

^b nur Uruguay; Paraguay in der Gesamtsumme einbegriffen.
Für die Gesamtsumme — ausgenommen Spalte 1943 — läßt sich bei den Spalten 1929–1936 eine Abweichung um je 0,1 Mill., bei der Spalte 1950 um 0,2 Mill. feststellen. Die für Spalte 1952 ausgewiesene Gesamtsumme zeigt eine Abweichung um 64 Mill., welche vermutlich für Paraguay stehen dürfte.

Für den Zeitraum von 1946 bis 1958 werden die direkten Investitionen der USA in Lateinamerika auf mehr als $\frac{1}{3}$ der gesamten US-Auslandsinvestitionen geschätzt. Danach würden sie von 3 bis 8 Mrd. Dollar betragen (ESLA 1958 S. 42, Fußnote 8).

Tabelle 13 Anleihen der US-Export-Import-Bank an Lateinamerika 1950–1957 in Mill. Dollar

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
Neu ausgeschrieben	188	131	156	311 ^a	153	220	420	250
Für Entwicklungsprojekte	50	37	97	98	108	73	75	181
Für Zwecke der Zahlungsbilanz	24	92	5	300	—	45	—	53
Gesamtauszahlungen	74	129	102	398	108	118	75	234
Amortisationszahlungen	–46	–39	–43	–46	–85	–118	–130	–130
Empfangener Nettobetrag	28	90	59	352	23	—	–55	104

Quelle: ESLA 1957. S. 58.

^a Einbegriffen eine Anleihe von 300 Mill. Dollar an Brasilien für Zwecke der Zahlungsbilanz.

Tabelle 14 US-Investitionen in Lateinamerika nach Industrien 1954–1957, in Mill. Dollar

Industrie	1954	1955	1956	1957
Erdöl				
Insgesamt für Lateinamerika	–22 ^a	49	365	580
(Venezuela*)	7	24	333	480
Bergbau und Stahl	17	6	50	75
Verarbeitende	24	60	76	185
Andere	68	26	121	160
Insgesamt:	88 ^{aa}	141 ^b	612	1000

Quelle: ESLA 1957. S. 53.

* In der Gesamtsumme nicht einbegriffen.

^a Die im Lande erzielten Gewinne überschritten die Investitionen und ermöglichten Kapitaltransfer ins Ausland.

^{aa} Genauer: 87 Mill., obwohl 88 Mill. im Text angegeben, wahrscheinlich als Schätzung.

^b Für 1955 ist die Gesamtsumme auf 193 Mill. Dollar revidiert worden.

3,4 Mrd. Dollar im Jahre 1929 auf 2,8 Mrd. Dollar im Jahre 1936 zurück (Tab. 12). In einzelnen Ländern, wie Argentinien, Uruguay und Brasilien, überwog noch das britische das amerikanische Kapital.

Der entscheidende Wandel vollzog sich jedoch nach dem letzten Weltkrieg: die britischen Kapitalanlagen in Lateinamerika verminderten sich nämlich von 754 Mill. Pfund im Jahre 1938 auf 245 Mill. Pfund im Jahre 1951 (Tab. 11).

Von 1945 bis 1952 kam das Gros der Direktinvestitionen in Lateinamerika aus den USA. Diese waren in dieser Zeit das einzige Land, das über genügend große Reserven an Sparguthaben verfügte, um sie in der sich entwickelnden Erdölindustrie – besonders in Venezuela – anzulegen. Von 1952 an hörten jedoch die Erdölinvestitionen auf, die größte Rolle zu spielen. Beträchtliche Investitionen fanden auch in der verarbeitenden und in der Metallindustrie statt. Nicht zuletzt trug der Koreakrieg dazu bei, sie auf andere, geographisch und wirtschaftlich neue Investitionsfelder zu verlagern.

Ein Rückgang der Investitionen machte sich 1953/1954 vor allem aus zwei Gründen bemerkbar: 1. Der Umschlag des Booms in die Rezession reduzierte in den USA den Anreiz für Auslandsinvestitionen; 2. dieser Rückgang war auch eine Reaktion auf die Krise der amerikanischen Zahlungsbilanz im Jahre 1952 und auf die entsprechenden Maßnahmen, zu denen sich einige Länder veranlaßt fühlten. Erwähnenswert ist hier die Neubelebung der Investitionen aus der Bundesrepublik Deutschland nach einer Periode der totalen Stagnation.

Die Aufwärtsbewegung setzte 1955 ein und beschleunigte sich. Hauptgrund war die erneute Steigerung der Erdölinvestitionen in Venezuela, Peru, Bolivien, Argentinien, Chile und Mexiko. Die Suez-Krise gab hierzu einen spürbaren Anstoß. Unter den Ländern Europas, deren Investitionen sich in Lateinamerika 1956/1957 verstärkten, verdienen Großbritannien, die Niederlande und wiederum die Bundesrepublik Deutschland Erwähnung. Für diese erreichten die lateinamerikanischen Investitionen in der betrachteten Periode einen jährlichen Durchschnitt von 32 Mill. Dollar im Vergleich zu 11 Mill. Dollar für 1952 bis 1955¹⁰⁰. 1958 gingen die Investitionen in Lateinamerika abermals zurück, da die direkten Privatinvestitionen sich erheblich verminderten, dies hauptsächlich deswegen, weil die offiziellen Anleihen und Schenkungen an Umfang zunahmen (siehe unten: Anleihen der Eximbank 1958) und die mittelfristigen Privatkreditinvestitionen das Niveau von 1957 beibehielten. Die USA bleiben nach wie vor der Hauptkapitalgeber Lateinamerikas, wenn auch jetzt mit zunehmender internationaler Beteiligung vor allem Westeuropas und Japans.

Charakteristisch für das in Lateinamerika arbeitende amerikanische Kapital ist, daß es sich zum größten Teil um Konzernkapital handelt. Die wichtigsten US-Unternehmen in Lateinamerika sind entweder Fi-

lialen der in den Vereinigten Staaten etablierten Muttergesellschaften oder zusammengeschweißt aus lokalen und europäischen Unternehmen, denen man formal und äußerlich einen gewissen Grad der Selbständigkeit gelassen hat. So sind auch manche britisch-lateinamerikanischen Kapitalanlagen amerikanischen Ursprungs, und in vielen britisch firmierenden Gesellschaften findet man Vertreter des amerikanischen Kapitals. Da die amerikanischen Trusts, wenn sie — wie es häufig der Fall ist — nur auf Personalunion gestellt sind und in verschiedenen Ländern unter dem Deckmantel nationaler Gesellschaften arbeiten, von dem betreffenden Lande aus praktisch unangreifbar sind, wird ihr großer wirtschaftlicher und politischer Einfluß von den Lateinamerikanern nicht ohne Sorge betrachtet¹⁰¹.

Diese Bedenken gegen das amerikanische Kapital versuchten die USA im Rahmen der Roosevelt'schen Politik der „guten Nachbarschaft“ abzubauen. Als neue Grundlage für die interamerikanischen Beziehungen wurde auf der panamerikanischen Konferenz von Montevideo im Dezember 1933 die Klausel der Nichteinmischung in die inneren oder äußeren Angelegenheiten eines anderen Staates angenommen. Es wurde aber — sehr wahrscheinlich mit Recht — darauf hingewiesen, daß diese ideologische Kehrtwendung auch ihre „realistischen“ Motive gehabt habe, wie z. B. „der Bedarf nach strategischen Rohstoffen im Hinblick auf den Verlust oder die Gefährdung normaler Bezugsquellen in anderen Kontinenten, und der Wunsch, der Gefahr der Infiltration der totalitären Mächte in den südlichen Nachbarländern zu begegnen“¹⁰².

Wie dem auch sei, es wurden drei Jahre später, auf der Konferenz von Buenos Aires, zwei Beschlüsse gefaßt, die dazu dienen sollten, dem Mißtrauen und der zunehmenden „Anti-Yankee-Einstellung“ Lateinamerikas entgegenzuwirken: eine stufenweise Herabsetzung der Zolltarife und die Partnerschaftspolitik als Richtlinie für den interamerikanischen Handel. Auf allen folgenden panamerikanischen Konferenzen von 1938 bis 1945 wurden weitere Beschlüsse gefaßt oder Empfehlungen in diesem Sinne gegeben. Vor allem wurde eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit gefordert. Aber es blieb oft nur bei den Empfehlungen. Die USA haben sich häufig zum Wortführer dieser Bestrebungen gemacht, ihre Wünsche scheiterten jedoch an dem Mißtrauen der Lateinamerikaner, die immer fürchteten, wirtschaftlich oder politisch unter nordamerikanische Herrschaft zu kommen.

Nach 1945 wurden die Bemühungen um die „Liberalisierung“ der interamerikanischen wirtschaftlichen Beziehungen fortgesetzt. Eine wesentliche Rolle fiel dabei der US-Export-Import-Bank (Eximbank) zu, die zwar seit 1934 zu funktionieren begonnen hatte, jedoch für Latein-

amerika besonders nach 1945 in Erscheinung trat (siehe Tab. 13). Ihr erklärter Hauptzweck ist die Förderung des amerikanischen internationalen Handels. Ihre Geschäfte tragen aber faktisch zur Importkapazität und zum Wirtschaftswachstum Lateinamerikas bei. Die meisten ihrer Anleihen haben langfristigen Charakter, müssen aber dafür, wenn sie zum Kauf technischer Ausstattungen verwendet werden, in Amerika hergestelltes Material beziehen und schließlich der Durchführung eines wohldefinierten Entwicklungsprojektes gewidmet werden¹⁰³.

1958 betrugen die neuausgeschriebenen Anleihen der Bank an 15 Länder Lateinamerikas 477 Mill. Dollar — die höchste jemals in den 25 Jahren ihrer Existenz an die westliche Hemisphäre gewährte Gesamtsumme. Ende Dezember 1958 erreichten die gesamten, überhaupt für Lateinamerika ausgeschriebenen Kredite 3700 Mill. Dollar im Vergleich zu 3600 Mill. Dollar an Europa. Unter den oben erwähnten 477 Mill. Dollar waren 219 Mill. Dollar für Entwicklungsprojekte und 258 Mill. Dollar für Zwecke der Zahlungsbilanz bestimmt. Die höchsten Kreditraten für Entwicklungsprojekte gingen an Argentinien (106 Mill.), Brasilien (25 Mill.), Mexiko (35 Mill.) und Peru (19 Mill.)¹⁰⁴.

Das jüngste amerikanische Hilfsprogramm für Lateinamerika besteht in der sogenannten „Alianza para el progreso“, die die Kennedy-Regierung im Anschluß an die interamerikanische Bogotá-Konferenz vom September 1960 vor dem amerikanischen Kongreß am 14. März 1961 verkündete. Das Programm sieht einen Kredit von 500 Mill. Dollar vor (der bereits von der Eisenhower-Regierung angeregt worden war); dieser Kredit geht an den „Interamerikanischen Fonds für sozialen Fortschritt“. Neu — und zugleich problematisch — an diesem Programm ist, daß es die Gewährung der Wirtschaftshilfe von der Realisierung gewisser innerer Reformen, darunter der Agrarreform, abhängig macht. In der Botschaft des Präsidenten heißt es: „Von Anfang an wird die Unterstützung aus dem Sozialfonds nur unter der Bedingung gewährt werden, daß solche Maßnahmen ergriffen werden. Den Vorrang hierfür werden Projekte nicht nur nach Maßgabe der Bedürftigkeit haben, sondern auch nach Maßgabe der von den Regierungen bewiesenen Bereitschaft, Reformen an ihren eigenen Institutionen vorzunehmen, die einen wirklich dauerhaften sozialen Fortschritt versprechen ...“¹⁰⁵. Da dem Programm eine Entwicklung von 10 Jahren zugrunde gelegt wurde (in der sog. Charta von Punta del Este vom 17. August 1961), wird sich die gesamte Hilfe bei einer Jahresrate von 2 Mrd. Dollar auf 20 Mrd. Dollar belaufen. Daran wollen sich die USA mit 1,1 Mrd. Dollar beteiligen, während die rest-

liche Summe auf die Weltbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank und sonstige ausländische Privat- und öffentliche Institutionen entfallen soll, und zwar zu je 300 Mill. Dollar¹⁰⁶.

An diesem Beispiel zeigt sich auch, daß internationale Organisationen zur Kapitalausstattung Lateinamerikas herangezogen werden. Zu dieser Entwicklung haben die Errichtung internationaler Institutionen wie z. B. der Weltbank, der International Finance Corporation (IFC), des Internationalen Währungsfonds (IMF) sowie die zunehmende Übernahme wirtschaftlicher Aufgaben durch die zuständigen Spezialabteilungen der UN (besonders für Lateinamerika: die Economic Commission for Latin America = ECLA) wesentlich beigetragen. Und nicht zuletzt die Integrationsbestrebungen der lateinamerikanischen Länder selbst (siehe Abschnitt „Wirtschaftsnationalismus“) werden dieser Entwicklung einen weiteren Impuls geben.

Von den internationalen Organisationen seien hier die Weltbank und die IFC hervorgehoben¹⁰⁷. Die vom IMF gewährten Kredite sollen vorübergehende Defizite der Zahlungsbilanz beheben helfen; dessen Geschäfte können infolgedessen als Vorgänge ausgleichender Natur betrachtet werden. Dagegen sind die Anleihen der Weltbank ähnlich denjenigen der US-Eximbank. Sie werden z. B. auf die Höhe der für das vorgelegte Projekt notwendigen Importkosten beschränkt. Kredite werden in der Regel nicht gewährt, wenn das kreditsuchende Land sie anderweitig beziehen kann, wenn dessen Kreditwürdigkeit als ungenügend betrachtet wird oder wenn es seinen Auslandsschuldendienst einseitig eingestellt hat. Zwischen beiden Banken (Eximbank und Weltbank) bestehen aber wichtige Unterschiede. So können – im Gegensatz zur ersten – die mit den Anleihen der Weltbank vorgenommenen Käufe in jedem beliebigen Land stattfinden; zum anderen, was die Bank selbst anbelangt, sind ihre Finanzquellen bescheidener als die der Eximbank.

Die nachstehende Tabelle 15 zeigt ihre Anleihen an Lateinamerika für den Zeitraum von 1950 bis 1958.

Zwischen 1951 und 1955 bewegte sich der gesamte Kredit der Weltbank an Lateinamerika um einen Durchschnitt von 60 Mill. Dollar. 1956 läßt sich ein relativer Aufschwung feststellen, der 1957 noch stärker in Erscheinung trat. Die 1958 ausgezahlten Kredite waren allerdings um fast 50 % niedriger als im vorangegangenen Jahr. Bemerkenswert ist dabei, daß mehr als 80 % dieser Summe an Brasilien, Kolumbien und Mexiko vergeben wurden, um Entwicklungsprojekte im Energiesektor zu finanzieren.

Betrachtet man die Tätigkeit der Bank Lateinamerika gegenüber im

Tabelle 15 Anleihen der Weltbank an Lateinamerika 1950–1958*
in Mill. Dollar

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Neuausge- schrieben	53	85	54	30	100	123	73		
Auszahlungen	39	57	66	60	69	78	100	162	76,3
Amortisations- zahlungen	—	—	—1	—2	—7	—13	—20	—30	—32
Empfangener Nettobetrag	39	57	65	58	62	65	80	132	44,3

* ESLA 1957. S. 61; für 1957–1958, ESLA 1958. S. 46.

großen und ganzen, so kamen diesem Gebiet zwischen 1948 und 1958 25 % der gesamten Anleihen der Weltbank — gegenüber 5 % zwischen 1946 und 1949 — zugute. Es ist also nicht zu übersehen, daß die Weltbank eine zunehmend große Rolle in der Kapitalversorgung Lateinamerikas spielt.

Was die International Finance Corporation, die ihre Geschäfte erst im Jahre 1957 aufnahm, anbelangt, so ist ihr erklärter Zweck, das Wachstum der weniger entwickelten ihrer Mitgliedsländer zu fördern. Dies geschieht durch in Privatunternehmungen angelegte Investitionen, welche von staatlichen Garantien nicht gedeckt zu werden brauchen. Die IFC, die der Weltbank angeschlossen ist, finanzierte 1957 in Lateinamerika nur ein einziges Projekt in Mexiko mit einem Betrag von 560 000 Dollar. 1958 erreichte ihr Anleiheanteil an Lateinamerika fast 5 Mill. Dollar, darunter 70 % an Brasilien und der Rest an Mexiko und Chile.

Aus der dargestellten Entwicklung des Auslandskapitals geht hervor, daß über seine Notwendigkeit für die wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas kein Zweifel bestehen kann. Die Fehlleitungen, die hier und da vorgekommen sind, dürfen nicht den Blick für die großen Fortschritte trüben, die Lateinamerika den Auslandsinvestitionen verdankt. Sie versetzten die Regierungen in die Lage, über große Kapitalbeträge zu verfügen und sie dort einzusetzen, wo es den Bedürfnissen der Länder am meisten zu entsprechen schien. Die Bestrebungen zur „Internationalisierung“ dieses Auslandskapitals bedeuten keineswegs Verzicht auf bilaterale Kapitalhilfe, was einer Verzögerung der wirtschaftlichen Entwicklung um viele Jahre gleichkäme. Sie entsprechen vielmehr dem Wunsch der lateinamerikanischen Staaten, die Herrschaft einzelner

Kapitalgeber möglichst auszuschalten, sowie ihrem Streben nach wirtschaftlicher Selbstbestimmung. Beides bildet den eigentlichen Kern des sog. Wirtschaftsnationalismus.

Als Bewegung gegen die Herrschaft ausländischen Kapitals und für die autonome Gestaltung der einheimischen Wirtschaft kann der Wirtschaftsnationalismus Lateinamerikas in drei Perioden eingeteilt werden:

Die erste Periode reicht vom Ende des 19. bzw. Anfang des 20. Jahrhunderts bis ungefähr in das Jahr 1933. Sie ist durch die Entstehung verschiedener Doktrinen gekennzeichnet, die von südamerikanischen Juristen als Mittel zur Eindämmung des Einflusses des Auslandskapitals aufgestellt wurden. Die bekanntesten waren die Calvo-Doktrin (1868), später durch die sogenannte Calvo-Klausel ergänzt, und die Drago-Doktrin (1902)¹⁰⁸. Von einigen Unterschieden abgesehen bestand ihr Zweck vor allem darin, den Herkunftsländern der ausländischen Kapitalgeber gewisse Rechte zur Intervention zu nehmen. Damit sollte in erster Linie militärischen Aktionen vorgebeugt werden.

Diesen Doktrinen trugen viele südamerikanische Staaten insofern Rechnung, als sie sie in ihre Verfassung übernahmen oder als Richtlinien für den Abschluß von Wirtschaftsverträgen mit ausländischen Unternehmen oder Kapitalgebern betrachteten. Aber sie wurden nicht in der internationalen Praxis als allgemeingültige Gesetze anerkannt und konnten deshalb die unerwünschten Interventionen in vielen Ländern nicht verhindern. 1933 wurden sie praktisch gegenstandslos, als die interamerikanische Konferenz von Montevideo das Prinzip der Nichteinmischung verkündete.

Die zweite Periode, die hiermit einsetzte, umfaßt die Zeitspanne von 1933 bis etwa 1948/1949. Sie ist sozusagen die Bewährungsperiode des Wirtschaftsnationalismus, eine Periode, in der man zur praktischen Durchführung dieses Nationalismus überging. Die schon erwähnten Nationalisierungsbestrebungen wurden in manchen Ländern Wirklichkeit: Mexiko enteignete die britische und amerikanische Ölindustrie, Argentinien nationalisierte seine Eisenbahnen, das Nachrichtenwesen, das Fernsprechwesen und die Kraftanlagen; Brasilien traf Vorkehrungen für die allmähliche Verstaatlichung der Mineralvorkommen, Wasserfälle und sonstigen Kraftquellen sowie der Banken und des Versicherungswesens. Andere Länder, wie z. B. Peru, Kolumbien, führten staatliche Vorschriften und Kontrollen verschiedenen Grades ein.

Von 1950 an und bis zum heutigen Tage hat zwar der Wirtschaftsnationalismus an Stärke und Gestalt gewonnen, ist jedoch durch unver-

kennbare Anpassungstendenzen, die der „internationalen Interdependenz“ Rechnung tragen, mehr und mehr geprägt worden. Man kann z. B. auf Bolivien hinweisen, das 1953 die drei großen Zinnkonzerne des Landes, an denen amerikanisches Kapital beteiligt war, enteignete und doch neue Investitionen aus den USA — wenn auch unter anderen Bedingungen — suchte. 1958 bemühten sich mehrere lateinamerikanische Länder, Erleichterungen in ihre Finanzsysteme einzubauen, um das Auslandsinvestitionskapital zu begünstigen: zwar unterzeichnete damals nur Honduras ein Abkommen auf diesem Gebiet mit den USA, aber Chile, Kuba, Mexiko, Peru und Uruguay verhandelten über die Möglichkeit eines Abkommens, das die Doppelbesteuerung verhindern sollte; schließlich kamen zwischen Argentinien und mehreren Auslandsunternehmen verschiedene Arrangements über die Erforschung und Beförderung von Petroleum zustande¹⁰⁹.

Nach Teichert könnte man in dieser Hinsicht von einer „Konterrevolution in der Wirtschaftspolitik“ sprechen, so sehr habe sich die allgemeine Haltung (gegenüber dem Auslandskapital) geändert¹¹⁰.

Zur „Modernisierung“ des Wirtschaftsnationalismus tragen nicht zuletzt die wirtschaftlichen Integrationsbestrebungen der lateinamerikanischen Länder selbst bei¹¹¹. Als Gründe für die Integration lassen sich anführen: 1. die Tendenz, ein Gegengewicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft darzustellen; 2. der Wunsch, die Interessen der Rohstoffländer einheitlich und damit wirkungsvoller auf den Weltmärkten zu vertreten; 3. vor allem das Bemühen jedes einzelnen Landes, das Wachstum seiner Volkswirtschaft zu beschleunigen und der äußerst schnellen Bevölkerungszunahme anzugleichen.

Es haben sich drei regionale Gruppierungen gebildet:

- a) Mittelamerika (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua),
- b) Südamerika — mit der sog. „Lateinamerikanischen Freihandelszone“ (Argentinien, Brasilien — evtl. Bolivien —, Chile, Peru, Paraguay und Uruguay), der sich Mexiko angeschlossen hat,
- c) die nördlichen Länder des Subkontinents (Kolumbien, Ekuador, Panama, Venezuela).

Nachdem sich die fünf Republiken der ersten Gruppe bereits 1951 zur „Organización de Estados Centroamericanos“ (ODECA), einer losen Staatenvereinigung, zusammengeschlossen hatten, vereinbarten sie eine gemeinsame Zollnomenklatur (Nomenclatura Arancelaria Uniforme Centro-Americana-NAUCA) und schlossen zahlreiche bilaterale Freihandelsabkommen ab, die dann im Jahre 1958 durch die sog. „Verträge von Tegucigalpa“ in ein multilaterales Vertragswerk, den „Tratado

Multilateral de Libre Comercio e Integración Centroamericana“, eingebaut wurden. Ziel dieses Vertrages ist die Errichtung einer Zollunion innerhalb von zehn Jahren unter Aufstellung eines gemeinsamen Außenzolls, der nach einem Zusatzabkommen vom September 1959 innerhalb von fünf Jahren eingeführt werden soll. Der zweite Vertrag von Tegucigalpa, der „Convenio sobre el Régimen de Industrias Centroamericanas de Integración“, strebt die Ausschaltung unrentabler Industriezweige und die Koordinierung der Industrieproduktion in den fünf Republiken an. Ferner haben sich drei Länder der Fünfer-Gemeinschaft (El Salvador, Guatemala, Honduras) durch einen Vertrag vom 6. Februar 1960 zu einer „Asociación Económica“ zusammengeschlossen, um die Entwicklung des gemeinsamen Marktes wie auch die des Gebietes im allgemeinen zu beschleunigen und den Lebensstandard ihrer Bevölkerung zu heben. Als Letztes ist die Errichtung der „Zentralamerikanischen Bank für wirtschaftliche Integration“ (Banco Centroamericano de Integración Económica) aus demselben Jahr zu erwähnen. Ihre Aufgabe besteht in „der Förderung in- und ausländischer Kapitalinvestitionen und solcher wirtschaftlicher Projekte, die geeignet sind, die Wirtschaft der einzelnen Länder aufeinander abzustimmen“¹¹². Was den in Montevideo am 18. Februar 1960 unterzeichneten „Vertrag über die lateinamerikanische Freihandelszone“ anbelangt, so verdankt er sein Entstehen vor allem der „Comisión Económica para América Latina“ (CEPAL), der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika, die bereits seit einem Jahrzehnt verschiedene Vorschläge zur Errichtung von übernationalen Wirtschaftsorganisationen in Süd- und Mittelamerika vorgelegt hatte. Die Freihandelszone soll durch den stufenweisen Abbau (8% pro Jahr) der Binnenzölle und aller sonstigen Exportbeschränkungen innerhalb von 12 Jahren verwirklicht werden. Ferner gibt es Bestrebungen, die auf eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Kolumbien, Ekuador und Venezuela (bei einigen Projekten einschließlich Panamas) hinzielen. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob sich diese ehemaligen Bolívar-Staaten zu einer eigenen Wirtschaftsgemeinschaft zusammenschließen und sich als solche der „Lateinamerikanischen Freihandelszone“ assoziieren oder ob jedes Land für sich später einmal dem Montevideo-Vertrag beitreten wird. Eine wesentliche Rolle in der Wirtschaftsentwicklung Lateinamerikas wird schließlich die „Interamerikanische Entwicklungsbank“ (Banco Interamericano de Desarrollo-BID) spielen. Der Zweck der am 1. Oktober 1960 geschaffenen Bank ist nicht sosehr in der Gewährung umfassender Entwicklungsanleihen zu sehen, als vielmehr in der Vorbereitung von Entwicklungsplänen auf privatem und öffentlichem Ge-

biet. Eine weitere wichtige Hilfe für Lateinamerika sieht die Bank in der Bereitstellung von Technikern und Experten sowie in der Unterstützung kleinerer und mittlerer Betriebe.

Zur Beurteilung dieser Integrationsbestrebungen kann der derzeitige Direktor der UN-Kommission für Lateinamerika, Victor L. Urquidí, zitiert werden: „Die abgeschlossenen Verträge, insbesondere der Vertrag von Montevideo, sind ein Zeichen für die Reife, die das lateinamerikanische Denken in seiner Einstellung zu wichtigen Fragen der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung erreicht hat. Trotzdem handelt es sich dabei um Vertragswerke, die von sich aus die Probleme des Freihandels nicht lösen, sondern lediglich allgemeine Grundsätze aufstellen, auf die die nationale Politik jedes beteiligten Landes und die von allen Mitgliedern gemeinsam zu befolgende Politik ausgerichtet sein sollen“¹¹³.

Es wird oft übersehen, daß parallel zu der sozialen und politischen Entwicklung auch eine wirtschaftliche Umwandlung im Gange ist, durch welche die lateinamerikanischen Länder mit neuen Problemen konfrontiert werden, Problemen, für die sie eben „nationale Lösungen“ anstreben. Diese weisen freilich Unterschiede auf, aber gemeinsam ist ihnen der Wille, gegenüber dem Auslandskapital eine möglichst unabhängige Haltung einzunehmen, um sich freier entscheiden zu können.

Der vorwiegend politische und soziale Charakter vieler Ereignisse der jüngsten Geschichte Lateinamerikas hat vielfach diese wirtschaftliche Triebkraft nicht deutlich genug in Erscheinung treten lassen, so daß hierbei Fehltritte und Trugschlüsse nur allzu leicht entstehen können. Man muß sich einen offenen Blick dafür bewahren, daß ein enger Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen und politischen Komponenten der nationalistischen Bewegungen besteht. Getragen werden diese durch Parteien, Gewerkschaften und auch die traditionellen Machttäger: Armee, Kirche. Für das Verständnis des gesamten Zusammenhanges erweist sich somit die Analyse dieser Kräfte als ebenso unerläßlich.

KAPITEL II: POLITISCHE GEGEBENHEITEN

Hier handelt es sich darum, zunächst die Kräfte darzustellen, die das politische Leben in Lateinamerika bestimmen und gestalten. Behandelt werden solche Kräfte, die vor allem institutionell einen politischen Einfluß ausüben (Armee) oder ausüben können (Parteien, Gewerkschaften), aber auch solche, die historisch oder aus der gesellschaftlichen Entwicklung heraus über eine gewissermaßen abgeleitete politische Macht verfügen (Kirche, Interessengruppen)¹¹⁴. Diese Skizze des lateinamerikanischen Lebens und Milieus beabsichtigt nicht, genau zu zeigen, wie diese dargestellten Kräfte sich in der politischen Willensbildung einspielen¹¹⁵, sie soll vielmehr einen allgemeinen Überblick über die Wechselwirkungen zwischen Staat und Gesellschaft vermitteln — wenn auch damit keine Gegenüberstellung von zwei voneinander isolierbaren Einheiten gemeint ist. Für das Verständnis und die Beurteilung der durch den Staatsstreich hervorgerufenen Zusammenhänge ist die Darstellung der erwähnten Komponenten der politischen Struktur, hier wahrscheinlich noch unmittelbarer als im Falle der Wirtschaftsstruktur, eine unerläßliche Voraussetzung.

A · HAUPTKRÄFTE DES POLITISCHEN LEBENS

I. Die Armee: Tatbestand, Ursprung und Entwicklung sowie Bedeutung und Wandel des lateinamerikanischen Militarismus

Geht man davon aus, daß „das Problem des Verhältnisses von Militärgewalt und Zivilgewalt nur aus den besonderen Verhältnissen eines jeden individuellen Landes verstanden werden (kann)“¹¹⁶, so lassen sich in Anlehnung an Meynaud¹¹⁷ drei Typen zugrunde legen:

- a) die Armee als Instrument der Zivilgewalt,
- b) die Armee als Faktor der Regierungsentscheidungen,
- c) die Armee als Regierungselement der Politik.

Im ersten Falle handelt es sich um die grundsätzliche Unterwerfung der Armee unter die zivile Regierungsgewalt. Die Hauptrolle der Ar-

mee besteht darin, der Regierung die Aufrechterhaltung der öffentlich-verfassungsmäßigen Ordnung zu ermöglichen und äußere Angriffe abzuwehren. Es wird die ausschließliche Zuständigkeit der Zivilgewalt postuliert, u.a. die Reglements für die Rekrutierung, das Funktionieren und die Unterhaltung der Armee festzulegen. Daraus folgt, daß hier von der Armee eine „apolitische Haltung“ erwartet wird: „l'apolitisme revient, sous cet angle, à spécifier que l'armée doit exécuter sans discuter¹¹⁸.“

Ein geradezu klassisches Beispiel für ein solches Verhältnis bietet die amerikanische Verfassung, die so viele Vorkehrungen getroffen hat wie keine andere geschriebene Verfassung, um die Vorherrschaft der Zivilgewalt über das Militär zu sichern. So hat der Kongreß nach Art. 1, Section 8, Abs. 12–16 u. a. das Recht, „Armeen aufzustellen und zu unterhalten . . . eine Flotte zu bauen und zu unterhalten; Reglements für Führung und Dienst der Land- und Seestreitkräfte zu erlassen usw.“¹¹⁹. Art. 2, Section 2 sieht vor, daß „der Präsident der Oberbefehlshaber der Armee und der Flotte der Vereinigten Staaten und der Miliz der Einzelstaaten (ist), wenn diese zur aktiven Dienstleistung für die Vereinigten Staaten aufgerufen wird . . .“ Besondere Bedeutung kommt außerdem den „congressional committees“ zu. „Sie sind heute das wichtigste Mittel, um die Suprematie der zivilen über die militärische Gewalt sicherzustellen¹²⁰.“

Angesichts der zunehmenden Technisierung der Armeen im 20. Jahrhundert und vor allem der immer enger werdenden Verflechtung von Militärmacht und Außenpolitik kann man aber heutzutage nicht mehr von einer totalen Unterwerfung des Militärs unter die Zivilgewalt sprechen. Durch die gegebene Konstellation des internationalen Kräftegleichgewichts sind die Vereinigten Staaten und andere weltpolitisch vergleichbare Staaten gezwungen, dem Militär eine mehr und mehr aktive Rolle bei den Regierungsentscheidungen einzuräumen. Dies führt praktisch zum zweiten Typ von Beziehungen zwischen Militär- und Zivilgewalt.

Hier hört die Armee auf, ein passives Instrument zu sein: sie nimmt am Zustandekommen der sie betreffenden Maßnahmen teil und sucht ihren Standpunkt durchzusetzen (USA seit dem zweiten Weltkriege). Diese Entwicklung bedeutet eine „allmähliche Entleerung der Zivilgewalt und die größer werdende Rolle des Militärs in der Vorbereitung der Regierungspolitik“¹²¹.

Im dritten Fall bemächtigt sich die Armee der staatlichen Kommandogewalt und übt sie selbständig aus. Von einer tatsächlichen oder potentiellen Gewaltlage ausgehend, ersetzt die Militärhierarchie die Zivil-

ordnung. Die Armee greift in die Politik ein — unter welchem Vorwand auch immer. Zu dieser Kategorie gehören die meisten lateinamerikanischen Staaten. Diese als Militarismus bekannte Erscheinung ist zwar nicht erst in diesen Ländern entstanden, gehört jedoch immer noch zu ihren wesentlichen Strukturmerkmalen, so daß man davon ausgehen kann, um die Rolle des Militärs im gesellschaftlich-politischen Gefüge zu zeigen.

Ein Rückblick auf die jüngste Vergangenheit Lateinamerikas zeigt z.B., daß acht der zehn Staatsoberhäupter Argentiniens seit 1930 bis 1957 aus der Armee stammten und daß drei der fünf peruanischen Präsidenten während derselben Periode auch Militärs waren¹²². Für das Jahr 1953 waren es nur drei der südamerikanischen Republiken — nämlich Bolivien, Ekuador und Uruguay —, die nicht unter militärischer Herrschaft standen¹²³. Zwar kennen die Verfassungen der einzelnen Republiken zahlreiche Bestimmungen, die der Armee feste Grenzen setzen, indem sie sie z. B. als eine „unpolitische Institution“ behandeln, von der „Gehorsam“ erwartet wird. In vielen Verfassungen kehrt fast stereotyp der Satz wieder: „The Army is non-political, obedient, and non-deliberating“¹²⁴. Formal-rechtlich fällt der Armee nach den Buchstaben dieser Verfassungen im allgemeinen die Aufgabe zu, die territoriale Einheit der Länder und deren Souveränität zu sichern, die Herrschaft des Gesetzes und die Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Grundrechte zu garantieren. Von geradezu symptomatischer Bedeutung ist der Art. 112 der Verfassung von El Salvador vom 8. September 1950: „La fuerza armada está instituída para defender la integridad del territorio y la soberanía de la República, hacer cumplir la ley, mantener el orden público y garantizar los derechos constitucionales. Velará especialmente por que no se viole la norma de la alternabilidad en la Presidencia de la República.“

Es gibt Staaten, in denen kein Angehöriger der Armee zum Präsidenten oder zu anderen hohen Staatsämtern gewählt werden darf¹²⁵. Wie im Falle des Art. 112 der Verfassung von El Salvador gewinnen hier auch zwei Bestimmungen der Verfassungen Guatemalas (11. 3. 45) und Nicaraguas (1. 11. 50) einmalige Bedeutung, weil sie nämlich den Anführern von Revolutionen und Staatsstreichern und deren Verwandten bis zum vierten Grade den Weg zum Präsidentenamt versagen. Es sind jeweils der Art. 131 der guatemalteckischen und der Art. 186, Abs. 6 und 7, der nicaraguensischen Verfassung. Als Beispiel sei die letzte angeführt. Wie es dort heißt, dürfen nicht zum Präsidenten der Republik gewählt werden:

„el caudillo, los jefes de un golpe de Estado, de revolución o de cual-

quier movimiento armado, ni sus parientes dentro del cuarto grado de consanguinidad o afinidad, para el período en que se interrumpa el régimen constitucional y el siguiente;

el que hubiese estado ministro de Estado o tenido alto mando militar en el Gobierno de facto que hubiese alterado el régimen constitucional, ni sus parientes dentro del cuarto grado de consanguinidad o afinidad, para los períodos a que se refiere el inciso anterior.“

Schließlich entziehen manche Verfassungen den Soldaten das Wahlrecht: Kolumbien, Verf. v. 16. 2. 45, Art. 168; Nicaragua, Verf. v. 1. 11. 50, Art. 316; Venezuela, Verf. v. 11. 4. 53, Art. 57.

Aus allen solchen Bestimmungen spricht die Sorge der Verfassungsgeber der verschiedenen Länder vor unberechtigten Eingriffen der Armee in das politische Leben. Jedoch haben die verfassungsrechtlichen Sicherungen wenig dazu beigetragen, diese zu verhindern: einer unter vielen anderen Beweisen für die tiefe Kluft, die in Lateinamerika zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit besteht¹²⁶.

Wird also allgemein in den westlichen Demokratien die nationale Verteidigung als die Hauptaufgabe der Armee angesehen, so ist es dagegen charakteristisch für die meisten Länder Lateinamerikas, daß die Armee — trotz gegenteiliger Verfassungsbestimmungen — oft ein entscheidendes Bestimmungselement der politischen Auseinandersetzungen darstellt. Weder auf kontinentaler noch auf internationaler Ebene spielen die Armeen Lateinamerikas eine ins Gewicht fallende Rolle: Als erwähnenswerte Grenzstreitigkeit, die zum bewaffneten Konflikt zwischen zwei Ländern führte, ist der zwischen Bolivien und Paraguay erstmals 1928 ausgebrochene, dann 1932 wieder aufgenommene Krieg um das Grenzgebiet „Gran Chaco“ (daher Chaco-Krieg) zu nennen. Sonst haben immer internationale Instanzen oder seit 1948 die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) solche Differenzen geschlichtet. Was die Teilnahme an Weltkonflikten anlangt, so haben viele lateinamerikanische Länder auf seiten Amerikas — nicht selten unter dessen Druck — gestanden, aber ihre effektive Beteiligung beschränkte sich hauptsächlich auf die Kriegserklärung: so hat z. B. im zweiten Weltkrieg nur Brasilien ein Kontingent nach Italien und Mexiko einige Luftwaffeneinheiten in den Pazifik entsandt. Am Koreakrieg war von den lateinamerikanischen Staaten nur Kolumbien beteiligt¹²⁷.

Aus dem Vorangegangenen geht hervor, daß kein Zusammenhang zwischen dem lateinamerikanischen Militarismus und irgendwelchen Erfordernissen der Außenpolitik besteht. Betätigungsfeld des Militarismus ist also nach wie vor die Innenpolitik: darauf weist die maßgebliche Literatur einstimmig hin¹²⁸. Dieser Umstand erklärt jedoch

noch nicht den lateinamerikanischen Militarismus als solchen. Zu diesem Zweck muß man die Frage aufwerfen, warum es diesen überhaupt gegeben hat bzw. gibt, welche Rolle er spielt und welche Bedeutung ihm zukommt.

Nach Erlangung ihrer Unabhängigkeit in den ersten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts gerieten die Länder Lateinamerikas in ein politisches Vakuum, das durch den Wegfall der königlichen Autorität entstanden war. Dieses konnten aber nur die Befreiungsarmeen als einzige einheimische organisierte Kräfte füllen, so daß ihnen bereits damals außermilitärische, d. h. in diesem Falle politische Aufgaben zufielen¹²⁹. Und je unbedeutender ihre eigentliche Aufgabe, nun die neuen Nationen gegen Rückeroberungsversuche des einstigen Mutterlandes zu schützen, wurde, desto tiefer drangen sie in die Innenpolitik, desto stärker identifizierten sie sich mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen der regierenden Oberschicht von Großgrundbesitzern. Zu der mangelnden Zivilverwaltung kam als weiteres den Militarismus begünstigendes Moment die Passivität der Massen hinzu, welche an der Emanzipationsbewegung nur insofern teilnahmen, als sie das Menschenmaterial für die Befreiungsarmeen lieferten, jedoch selbst außerstande waren, sich am politischen Leben zu beteiligen.

Es begann die Ära der Caudillos: u. a. Juan Manuel de Rosas in Argentinien, José Antonio Páez in Venezuela, Ramón Castilla in Peru, Juan José Flores in Ekuador, André Santa Cruz in Bolivien, Francisco Solano López in Paraguay usw. Sie wurde durch ständige bewaffnete Aufstände, Pronunciamientos, Bürgerkriege gekennzeichnet, die alle die Eroberung der obersten politischen Macht – des Präsidentenamtes – zum Ziel hatten, da jeder General sich berechtigt glaubte, die Präsidentenschaft anzustreben. Hatte er sie einmal erobert (im militärischen Sinne), so regierte er absolut, den Bestimmungen der Verfassung zum Trotz, bis er durch Intrigen, Faktionskämpfe im eigenen Lager oder einfach durch einen anderen erfolgreichen Caudillo aus dem Amt vertrieben wurde (abgesehen von den wenigen, denen es gelang, langjährige Diktaturen aufzubauen).

Mit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verlor dieses „System“ an Bedeutung, d. h. verschwand allmählich der Caudillismus alten Stils. In Chile wurde er bereits 1830 überwunden mit dem Erfolg, daß faktisch ein verfassungsmäßiges Regime eingeführt wurde. In Argentinien wurde 1861 Urquiza gestürzt, der letzte Caudillo auf National-ebene; in den nächsten zehn Jahren folgten die anderen auf Landes-

oder Provinzebene. Sogar in Bolivien, das einen sehr krassen, nicht selten brutalen Militarismus gekannt hatte, konnte eine Zivilregierung diesen gegen Ende des Jahrhunderts ablösen. In Peru nahm die Zivilreaktion gegen die Militärherrschaft einen so betonten Grundsatzcharakter an, daß die 1872 an die Macht gekommene Partei sich „zivilistisch“ nannte¹³⁰. In Brasilien wußte die kaiserliche Regierung lange Zeit ihre Autorität über das Militär zu behaupten, aber nach 1870 stärkte der gegen Paraguay gewonnene Krieg das Bewußtsein der militärischen Führer, so daß sie 1889 den Kaiser zur Abdankung zwingen konnten. Jedoch versagte die reine Militärregierung der ersten fünf Jahre der Republik gänzlich, was die Rückübernahme der politischen Führung durch das Zivilelement ermöglichte. In Uruguay schließlich, das bis dahin ungewöhnlich unruhige Zeiten hatte, verschwand 1904 der letzte militärische Caudillo, Saravia, von der politischen Bühne.

Für diese deutliche Abnahme des Caudillismus lassen sich einige Gründe anführen. Man kann zunächst auf die Tatsache hinweisen, daß die bewaffneten Kräfte mehr und mehr zu Nationaleinheiten wurden; so stellten sie nur noch in geringerem Maße Anhängsel miteinander konkurrierender politischer Faktionen dar. Diese Entwicklung war hauptsächlich auf Modernisierungstendenzen und technisch-militärische Einflüsse aus dem Europa des ausgehenden 19. Jahrhunderts zurückzuführen. So wurden in den achtziger Jahren nach dem Beispiel Preußens und Frankreichs reguläre stehende Heere in Argentinien und Mexiko errichtet¹³¹.

Damit zusammenhängend ist auch der Trend zum Berufssoldatentum zu erwähnen. Die Zeit der selbsternannten Generäle ging zu Ende in dem Augenblick, in dem die Militärlaufbahn sich nunmehr durch die Ausbildung in der Militärakademie eröffnete. Diese Entwicklung bedeutete für die Armeeangehörigen einen notwendigen Rückzug auf die rein militärischen Funktionen, wenn sie der zunehmenden Spezialisierung und Technisierung des Militärberufes gerecht werden wollten. Denn, wie Lieuwen dazu schreibt, „Professionalism meant, first, that the officer corps turned its energies to the exercise and development of its military function; second, that the armed forces tended to become the servants rather than the masters of the state; third, that their function became increasingly limited to the ‚legitimate‘ military duties of maintaining internal security and defending the country against external aggression“¹³². Diese Entwicklung zum Berufsheer schien also dem Militarismus vorerst Einhalt zu gebieten, aber, wie gleich zu zeigen sein wird, sie war zweischneidig.

Der Rückgang des Militarismus bedeutete noch nicht eine Gefährdung

der bestehenden statischen Gesellschaftsordnung Lateinamerikas, die durch die bekannte Dreiecksherrschaft: Militär – Großgrundbesitz – Kirche aufrechterhalten wurde. Nach dem ersten Weltkrieg, besonders ab 1920, erlebte ein Land nach dem anderen beträchtliche Wirtschaftsdepressionen, die, zusammen mit den dadurch verstärkten sozialen Spannungen, mehr oder weniger unmittelbar zum Sturz einiger Regierungen konservativer oder liberaler Richtung beitrugen. In dieser Zeit sah nämlich die neue Generation von Berufsoffizieren die Möglichkeit, in die Politik einzugreifen, was in ihren Augen als eine Pflicht erscheinen mochte. Es scheint, daß das Phänomen der Juntas von daher datiert. Die von ihnen errichteten Diktaturen erhielten sogar ideologische Rückendeckung: der Argentinier Carlos Octavio Bunge, der Peruaner Francisco Ventura Calderón und der Venezolaner Laureano Vallenilla Lanz waren die bekanntesten Verfechter dieser angeblich aufgeklärten, aber sicher paternalistischen Diktaturen¹³³.

Aber durch diesen Militarismus „moderner“ Prägung bahnte sich eine neue Entwicklung an: durch den Wegfall der Caudillos alten Stils, die sich ja mit den Interessen des Großgrundbesitzes weitgehend identifiziert hatten, verlor nunmehr der Agrarfeudalismus seinen sozusagen „caudillesken“ Charakter, d. h. eine Distanzierung des Militärs vom bisher mit ihm verbundenen Großgrundbesitz machte sich teilweise bemerkbar. Mit anderen Worten, die bis dahin geltende Sozialordnung wurde dadurch in Frage gestellt. Die Weltwirtschaftskrise gab dieser Entwicklung einen weiteren Anstoß und leitete damit zugleich einen neuen Abschnitt dieser Problematik ein.

Hier tritt man nun in die neuere Phase des lateinamerikanischen Militarismus ein. Sie ist hauptsächlich durch das Pendeln zwischen der alten Ordnung und der Durchführung radikaler Reformen gekennzeichnet. Das Militär befindet sich bald auf der einen, bald auf der anderen Seite, aber nie allzu weit vom Machtzentrum. Besonders sichtbar wird durch die Wirtschaftsdepression der Konflikt zwischen den alten, traditionellen Machthabern und den neuen, nach oben drängenden Schichten. Die Züge dieser Entwicklung sind nicht überall gleichzeitig feststellbar, aber zum Verständnis der Rolle des Militärs lassen sich einige Grundlinien verfolgen. Hierzu kann die Dreiperiodeneinteilung von Lieuwen¹³⁴ von Nutzen sein.

Er unterscheidet folgende Perioden: Die erste, von 1930 bis zum Ende des zweiten Weltkrieges, zeichnet sich im allgemeinen durch mißlungene Umwälzungsversuche der bisherigen Gesellschaftsordnung aus; 1929 waren rechtseingestellte Militärdiktaturen bereits an der Macht: in Kuba Gerardo Machado, in Venezuela Juan Vicente Gómez. In den

nächsten Jahren kamen noch acht weitere dazu. So setzte General José Uriburu den argentinischen Staatspräsidenten Hipólito Irigoyen 1930 ab. Seinem Beispiel folgten Oberst Luis Sánchez Cerro in Peru, Oberst Luis Larrea Alba in Ekuador, General Maximiliano Hernández Martínez in El Salvador. In Mexiko bog General Plutarco Elías Calles den links-zentristischen Kurs der bisherigen Regierung ab. Trujillo und Jorge Ubico bemächtigten sich der Staatsmacht in der Dominikanischen Republik und in Guatemala. General Bartolomé Blanche Espejo schickte den chilenischen Präsidenten ins Exil.

Entgegengesetzte Entwicklungen hielten sich zahlenmäßig zwar nicht die Waage mit den eben geschilderten, verdeutlichten aber trotzdem das Pendeln zwischen der traditionellen Ordnung und den angestrebten Gesellschaftsformen. Die Revolten in Brasilien (1930) und in Panama (1931) bedeuteten eine Niederlage für die regierenden Schichten, zumal das Militär – wenn auch unter ziviler politischer Führung – hierbei eine wesentliche Rolle spielte. Ansätze zu Sozialreformen und autoritärem Nationalismus waren auch in Paraguay mit Franco (1936), in Bolivien mit Toro (1936) und Busch (1937) festzustellen (siehe insb. Kap. über Bolivien). Schließlich bestanden Zivilregierungen nur noch in Uruguay, Costa Rica und Kolumbien.

Der Rechtskurs verschärfte sich am Vorabend des zweiten Weltkrieges. Eine Erklärung dafür läßt sich in dem durch die Kriegsatmosphäre bedingten Sicherheitsbedürfnis erblicken, das wirtschaftliche und Sozialexperimente als unerwünscht erscheinen ließ. So gesehen nimmt es nicht wunder, daß beim Ausbruch des Krieges mehr als die Hälfte der latein-amerikanischen Staaten unter rechtsgerichteter Militärherrschaft stand: Quintanilla in Bolivien, Trujillo in der Dominikanischen Republik, Alberto Rodríguez in Ekuador, Ubico in Guatemala, Carias in Honduras, Anastasio Somoza in Nicaragua, Benavides in Peru, Hernández Martínez in El Salvador, Contreras in Venezuela und Estigarribia in Paraguay. In Argentinien, Panama und Haiti wurden mit Hilfe des Militärs „traditionelle“¹³⁵ Regimes aufrechterhalten, während die durch das Militär gestützten Diktaturen von Vargas und Batista sich in Brasilien und Kuba konsolidierten. Unberührt von dieser ausgesprochenen Militärherrschaft blieben Chile, Kolumbien, Costa Rica, Uruguay und Mexiko, wenn auch in den beiden letzten – allerdings unter umgekehrtem Vorzeichen – zwei Armeeeingehörige, die Generäle Alfredo Baldomir und Lázaro Cárdenas, als Staatshäupter regierten.

Den ersten Bruch mit dieser Entwicklung vollzog Perón in Argentinien durch den am 4. Juni 1943 durchgeführten Staatsstreich. Am 20. Dezember 1943 folgte Bolivien mit Villaroel, unter dessen Führung

die jüngere Generation von Berufsoffizieren der dreißiger Jahre mit teilweise ziviler Unterstützung wieder an die Macht kam. Damit setzte die zweite Periode ein, die etwa das Jahrzehnt nach Ende des Krieges umfaßte. 1944 stürzten junge Offiziere die traditionellen Regimes in Ekuador und Guatemala, während Batista als de-facto-Regierungschef vorläufig gehen mußte, nachdem „sein“ Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1944 einer Oppositionskoalition unterlag. Auch Vargas in Brasilien wurde 1945 zum Rücktritt gezwungen. Venezuela und Peru verzeichneten im selben Jahr den Sieg der Sozialreformen bejahenden Parteien „Acción Democrática“ und „APRA“ (siehe S. 89). Diese Entwicklung ließ sich auch 1948 in Salvador und Costa Rica, 1952 in Panama verfolgen; sie erreichte ihren Höhepunkt mit der bolivianischen Revolution vom April 1952, der tiefstgreifenden Umwälzung, die jemals in diesem Lande stattgefunden hatte. Schließlich setzte das Militär 1953 das rechtsextremistische Regime Laureano Gómez in Kolumbien ab.

Parallel zu diesem Trend zur Sozialrevolution verlief der reaktionäre Gegenzug zur Konterrevolution, so daß zwar faktisch von einer dritten Periode, jedoch chronologisch genauer von einer simultanen Gegenphase derselben Entwicklung gesprochen werden kann. Diese war eine Folge der oft nicht planmäßig durchgeführten Sozialreformen und machte sich bereits 1947 bemerkbar. Am Anfang dieser Reaktion standen Marcos Pérez Jiménez in Venezuela und Manuel Odría in Peru, die beide 1948 gewaltsam die Macht an sich rissen. 1952 kehrte Batista durch Staatsstreich an die Staatsspitze zurück, während dem linksradikalen Regime von Jacobo Arbenz in Guatemala 1954 durch die „Revolutionskräfte“ von Castillo Armas ein Ende gemacht wurde. Es folgte 1955 die Ermordung von José Antonio Remón in Panama.

Auch in solchen Ländern, in denen das Militär keinen politischen Aktivismus mehr entfaltete, war, sei es aus wirtschaftlichen oder aus taktischen Überlegungen, eine Art Dämpfung des Sozialreformismus festzustellen. Typisch dafür waren die Regierungen von Miguel Alemán (1946–1952) und Adolfo Ruiz Cortínez (1952–1958) in Mexiko. Nach Entgegennahme der amerikanischen Wirtschaftshilfe 1954 zeigte sich sogar die bolivianische Revolutionsregierung etwas gemäßigter. Einen ähnlichen Trend zur Verlangsamung der revolutionären Bestrebungen brachten 1958 die Präsidentschaftswahlen in Costa Rica, Chile und Uruguay mit sich.

Was letztlich das Militär anlangt, so läßt sich abschließend feststellen, daß es nach beiden hier aufgezeigten Richtungen hin eine maßgebliche Rolle gespielt hat bzw. noch spielt. Nachdem anhand der historischen

Entwicklung die faktische Handhabung dieser Rolle (in Form von Interventionen, Staatsstreichen usw.) dargestellt wurde, muß nun die spezifische Bedeutung des Militärs im Rahmen der gesamten Staats- und Gesellschaftsordnung herausgearbeitet werden. Damit hängt auch der Wandel, dem der Militarismus als solcher durch verschiedene Faktoren (u. a. Aufstieg der Mittelschichten, stärkere Beteiligung von Parteien und Massenorganisationen an der politischen Willensbildung, Stabilisierungseffekte der Wirtschaftsentwicklung) unterworfen wird, zusammen. Hierbei wird man schließlich nach Ländern differenzieren müssen; die unterschiedliche politische und Gesellschaftsentwicklung macht dies — hier wie auf anderen Gebieten — erforderlich.

Der verbreitete Ausspruch: „Die Armee ist in Lateinamerika ein Staat im Staate“¹³⁶, bringt in seiner lakonischen Knappheit die Tatsache zum Ausdruck, daß sich die Armee im politischen und sozialen Leben der einzelnen Staaten einer zentralen Bedeutung erfreut. Gewisse Grade der militärischen Hierarchie gewinnen symptomatische Bedeutung, so z. B. Major, Oberstleutnant. Für eine solche Situation spricht das nicht minder treffende Bonmot, der letzte Schritt in der militärischen Karriere sei das Präsidentenamt. Typisch ist auch die Vorstellung, eine Wahl könne mit der Armee, ohne die Armee, in keinem Fall aber gegen die Armee gewonnen werden. Damit fällt dem Militär eine teils unausgesprochene, teils offene Schiedsrichterrolle zu, die oft zu der Annahme geführt hat, die Armee funktioniere als ein Ersatzmechanismus für den fehlenden demokratischen Herrschaftswechsel.

Damit hängt zusammen, daß die Armee eine Art sozialer Integrationsfunktion zu erfüllen scheint. Wenn auch der in der Militärhierarchie erreichte Grad und die daraus abgeleitete politische Macht den Betreffenden nicht automatisch den Zugang zu den gehobenen Schichten der alten Gesellschaft öffnen, so ermöglicht ihnen die Militärkarriere als solche doch in gewissen Grenzen eine Art sozialen Ausgleiches. Das der Armee eigentümliche Prestige, der Nimbus, mit dem sie sich umgibt, und der Aufwand, mit dem sie umworben wird, vor allem aber die besonderen Vorteile, die sie ihren Angehörigen gewährt, wie hohes Einkommen und rasche Beförderungsmöglichkeiten, all das bewirkt, daß das Militär als eine besondere Schicht der Gesellschaft angesehen wird und daß es sich selbst als solche betrachtet. Das läßt sich aus der Sozialstruktur Lateinamerikas heraus erklären.

Diese weist — wenn auch hier und dort etwas differenzierter — im allgemeinen folgende Grundzüge auf: Auf der oberen Ebene findet man

eine dünne Schicht, historisch die herrschende, die je nach Land aus Großgrundbesitzern und Industriellen bestehen kann und die sogenannte Oligarchie darstellt. Es folgen die als Mittelstand geltenden Schichten: sie bilden das Reservoir der nationalen Bourgeoisie, des Kleinbürgertums, des Handwerks und nicht zuletzt der Intelligenz — diese vor allem aus Juristen, Lehrern, Ärzten bestehend —, welche den Großteil der politisch aktiven Minderheit stellen. Auf der untersten Stufe der Klassenleiter befinden sich schließlich die Massen der besitzlosen Landarbeiter, Pächter und Kleinbauern — je nach Gegend „peones“, „cholos“, „rotos“ oder „llaneros“ genannt — und die Industriearbeiter.

Charakteristisch für diese Sozialstruktur ist die ausgeprägte soziale Distanz, welche die Klassenschichtung auszeichnet. Daraus ergibt sich — im Gegensatz zu der viel berufenen Mobilität der entwickelten Industriegesellschaften — die Tatsache, daß es dem Einzelnen fast unmöglich ist, von unten nach oben emporzusteigen. Hinzu kommt, daß die Oberschicht in den meisten Ländern es während eines Jahrhunderts verstanden hat, ihr Machtmonopol und damit ihre gesellschaftsbestimmende Stellung aufrechtzuerhalten. Gerade die Armee bietet nun die Chance, die sozialen Barrieren zu überspringen. Den größten Nutzen aus dieser Entwicklung ziehen die fast überall aufsteigenden Mittelschichten¹³⁷.

Bahnbrechend hat in dieser Hinsicht die mexikanische Revolution gewirkt, unter deren Einfluß Angehörige der Land- und Industriearbeiterschichten, des Handwerks usw. mehr und mehr in die umorganisierte Armee aufgenommen wurden. Ähnliche Ziele verfolgte das von Perón am 6. November 1951 erlassene Dekret zur Schaffung einer bestimmten Anzahl von Stipendien für die Militärschulen. Danach sollten 50 % der Plätze den Söhnen von Arbeitern, Unteroffizieren, Angestellten sowie Rentnern, Berufstätigen usw., deren monatliches Einkommen 800 Pesos nicht überschritt, zur Verfügung gestellt werden¹³⁸. Schließlich wurde bei der Reorganisation der bolivianischen Armee im Jahre 1953 der Mittelstand zu 50 % berücksichtigt (siehe Kap. über Bolivien).

Abgesehen von dieser sozialen Funktion der Armee kann man ihre Rolle als Mitgestalterin des politischen Prozesses verallgemeinernd als teils positiv, teils negativ betrachten. Ihre Interventionen im zweiten Sinne sind so oft erfolgt, daß man geneigt ist, die ersten zu übersehen und als vorübergehend abzutun. Es gilt hier beide Aspekte zu berücksichtigen.

Auf eine frühe positive Wirkung der Armee weist Mörner¹³⁹ hin, näm-

lich auf die Entwicklung und Förderung der Idee der nationalen Einheit. Zu Beginn ihrer staatlichen Existenz stellten die lateinamerikanischen Länder äußerst künstliche Gebilde dar, die infolge des Auseinanderfallens des ehemaligen Kolonialreiches entstanden waren. Es war eben die Armee, die in jedem Land „die Nation“ verkörperte. Dies war aber eine Aufgabe, die vor allem gegenüber den Nachbarländern ihre Bedeutung bekam.

Hatte sich das Militär fast ein Jahrhundert lang mit den herrschenden Schichten identifiziert und so zur Aufrechterhaltung der traditionellen Gesellschaftsordnung beigetragen, so trat um 1920 ein neuer Militarismus hervor, der sich dadurch auszeichnete, daß er für die Ideen der Sozialreformen und des Fortschritts empfänglich war. Für die Zeit vor 1930 ist als typisches Beispiel Chile zu erwähnen, wo 1924 das Militär im Namen des Volkes den Autoritätskonflikt zwischen dem Präsidenten Alessandri und dem konservativen Kongreß zugunsten des ersten entschied. Zwischen 1930 und 1945 beherrschten als neue Typen von sozialgesinnten Militärführern die politische Szene: Major Ibáñez in Chile (1930–1931), Oberst Rafael Franco in Paraguay (1936–1937), Oberst Busch (1936–1938) und Major Villaroel (1943–1946) in Bolivien, General Cárdenas in Mexiko (1934–1940).

Als allgemeiner Rechtfertigungsgrund für die militärischen Interventionen wurde das Versagen der Zivilregierung angegeben. Zwar verstieg man sich hierbei manchmal zu hochfliegenden patriotischen Deklamationen, aber es war seit eh und je eine selbstgestellte Aufgabe der Armee in Lateinamerika, in Krisenzeiten die Nation „retten“ zu wollen. Nur: die Ehrlichkeit dieser Absicht war erst am späteren Verhalten der Armee festzustellen. In der hier betrachteten Periode ging es weniger um die demokratische Gestaltung des politischen Lebens (im institutionellen Sinne) als vielmehr um den Abbau der krassen sozialen Unterschiede und damit der hierdurch bedingten Spannungen. Daher wurden solche Maßnahmen getroffen, die vor allem den sozialen Mißständen abhelfen sollten. In Brasilien erschloß die Armee das Landesinnere, errichtete telegraphische und telephonische Dienststationen. Ähnliche Aufgaben übernahm die Armee in Peru in den vierziger Jahren. In Mexiko und Argentinien trug sie zum Bau von Straßen, Schulen und Spitälern bei. In Kuba führte sie nach 1936 vor allem pädagogische Aufgaben durch, indem sie mit Hilfe der sogenannten „Escuelas Rurales Cívico-Militares“ das Ziel verfolgte, das Analphabetentum zu bekämpfen und die Lebensbedingungen auf dem Lande zu verbessern.

Nach 1945 wurde die Armee auf den Plan gerufen, um den nunmehr

verschärften Konflikt zwischen den traditionellen Kräften des Status quo und denjenigen des gesellschaftlichen Umbaus zu entscheiden (in einem anderen Zusammenhang wurde bereits darauf hingewiesen, daß hierbei sich zwei Entwicklungstendenzen überlagert haben).

Entschied sich die Armee für die gesellschaftliche Umwälzung, so verbündete sie sich bezeichnenderweise mit den Arbeiterkräften und teilweise mit den mittelständischen Organisationen, deren Interessen die Gewerkschaften, die Parteien und die sonstigen Massenorganisationen immer mehr Nachdruck zu verleihen versuchten. Erstes Beispiel für dieses Zusammengehen von Armee und Massen lieferte Perón ab 1945 in Argentinien, dem Arbenz in Guatemala (1950–1954) folgte. Ein weiteres Beispiel war Remón in Panama (1952–1955). In Venezuela unterstützte die Armee zwischen 1945 und 1948 das Regime Betancourt-Gallegos. Alle diese Militär- bzw. militär-zivilen Regierungen schrieben die neuesten Forderungen der Zeit auf ihre Fahne: Industrialisierung, Agrarreform, Beseitigung der Herrschaft des Auslandskapitals, höhere Löhne für Industrie- und Landarbeiter, Ausbau des Sozialversicherungswesens usw.

Dem wirkte die Rückkehrbewegung zum Status quo entgegen, welche diese Entwicklung gleichzeitig neutralisierte, wenn nicht gar überwog, da die Ansätze zu Sozialreformen bis zu dieser Zeit ohnehin schwach und verstreut waren. (Bereits in den dreißiger Jahren dauerten die sozialreformistisch gesinnten Regierungen durchschnittlich nur zwei Jahre.) Diese negative Rolle der Armee war um so bedeutsamer, als sie entweder die eingeleitete politische und gesellschaftliche Entwicklung um Jahre zurückwarf (Peru, Venezuela, Kuba, Panama, Guatemala) oder die alte Ordnung noch mehr befestigte (Dominikanische Republik, Paraguay). Abgesehen von den Folgen wirtschaftlicher und sozialer Natur, die sich daraus ergaben, läßt sich die politische Bedeutung dieser Rückentwicklung darin erblicken, daß sie nicht nur den nominalistischen Charakter des Verfassungslebens verstärkte, sondern darüber hinaus Methoden der Machtausübung zur Anwendung kommen ließ, die in vielfacher Hinsicht denen des Totalitarismus nicht unähnlich waren (hinreichend bekannte Beispiele: Dominikanische Republik, Paraguay, Nicaragua).

So gesehen, scheint das Urteil Lieuwens gerechtfertigt: „Despite the fact that young officers led social revolutions in many republics at certain stages of their history, especially in the 1943–1953 decade, the conclusion is inescapable that, *on balance*, the armed forces have represented a static or reactionary social force in Latin American politics since 1930¹⁴⁰.“

Es wäre jedoch verkehrt, würde man die bereits eingetretenen Wandlungen in der Rolle der Armee übersehen. Diese sind durch zweierlei Umstände bedingt: erstens durch die zunehmende Bedeutung anderer Machtorganisationen im politischen Leben Lateinamerikas und zweitens durch den ab 1954 bis etwa 1960 erkennbaren Rückgang des Militarismus.

Was die Machtorganisationen anlangt, so ist zunächst das Heranwachsen neuer, gut organisierter und disziplinierter Parteien zu erwähnen, welche im allgemeinen Volksparteien sein wollen. Sie machen sich zum Sprachrohr der bisher unterdrückten Schichten, erheben soziale und wirtschaftliche Forderungen, die zumindest auf einen Ausgleich der herrschenden Sozialverhältnisse abzielen, und vermögen durch die Unterstützung der hinter ihnen stehenden Massen wenigstens passiven Widerstand (durch Generalstreik z. B.) gegen militärische Aktionen zu leisten.

Auch die Gewerkschaften erlangen mehr und mehr die Möglichkeit, in bezug auf den Militarismus eine einschränkende Wirkung auszuüben. Sie werden vielfach als die „dritte Kraft“ angesehen, die sich zwischen Armee und Kirche einschiebt. Hier wird auch eine Wirkung des Industrialisierungsprozesses deutlich. Je mehr dieser fortschreitet, desto entwicklungsfähiger wird die Gewerkschaftsbewegung, deren Anfangsstadium bekanntlich in dem Entstehen eines Industrieproletariats wurzelt. Durch die organisierte Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen treten die Gewerkschaften in die politischen Auseinandersetzungen ein, wobei sie sich mit den erwähnten Massenparteien verbünden können. Dadurch kann die alte Allianz zwischen der Armee und den herrschenden Schichten in Frage gestellt, wenn nicht gar zerbrochen werden, wie es in Argentinien 1943 und in Bolivien 1952 der Fall gewesen ist.

Ein weiteres Element ist die immer größer werdende Bedeutung der Mittelschichten, denen der Industrialisierungsprozeß offensichtlich zugute kommt. Ihre wirtschaftliche Macht hat an Stärke gewonnen und ihnen eine Möglichkeit gegeben, das politische Leben zu beeinflussen und mitzugestalten. Da sie aus ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung heraus an stabilen Verhältnissen interessiert sind, tragen sie auch dazu bei, einen allzu häufigen Regierungswechsel durch Staatsstreich zu verhindern, zumal mehr und mehr Angehörige der Armee aus ihren Reihen stammen (Beispiele: Mexiko, Bolivien).

Damit ist die Tatsache angedeutet, daß die Armee selbst sozusagen von innen her die Wandlung vollzieht, die zur Normalisierung ihrer Stellung im politischen Leben Lateinamerikas führen soll. Sie wird — zu-

mindest in der jüngeren Generation – anfällig für die neuen sozialen Ideen und Strömungen, die z. B. in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Uruguay aus dem politischen Leben nicht mehr wegzudenken sind. Hiermit hängen die Spaltungserscheinungen, die in den Sektoren der Armee einiger Länder auftauchen, zusammen. Das heißt, diese Sektoren bevorzugen unterschiedliche politische Lösungen, wodurch sie oft miteinander in Konflikt geraten. Dies ist besonders der Fall in Ländern, in denen außer dem Heer auch die Marine und die Luftwaffe eine gewisse Bedeutung besitzen (Argentinien, Brasilien, Chile, Peru). Im allgemeinen sind Marine und Luftwaffe für liberale und gemäßigte Bewegungen empfänglicher gewesen als das Heer¹⁴¹. Vielleicht tragen gerade diese ideologischen Unterschiede zum Rückgang des Militarismus bei.

Bereits 1954 war ein gewisser antimilitaristischer Zug erkennbar. Dazu meint R. Aron¹⁴²: „In Mexiko, in Brasilien, in Chile sind die Generäle offensichtlich bestrebt, den Respekt vor der Verfassung zu festigen, da sie sich bewußt sind, daß vom Augenblick an, wo die Massen an den demokratischen Prozeduren teilnehmen, eine Intervention der Streitkräfte gefährlich ist, selbst wenn diese Tendenz zur Achtung der Verfassung stärker und allgemeiner wird ...“ Jedoch angesichts der noch in vielen Ländern anhaltenden Bedeutung des Militärs läßt sich die totale Überwindung des Militarismus in absehbarer Zeit nicht mit Sicherheit voraussehen.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, eine Differenzierung nach Ländern vorzunehmen, was im Laufe der vorangegangenen Ausführungen schon erkennbar war. Da es sich hier bis auf wenige Ausnahmen vorwiegend um Wahrscheinlichkeiten handelt, sind die Grenzen der aufgestellten Typologie verschiebbar (als Korrekturmaßstab kann nur jeweils die faktische Entwicklung zugrunde gelegt werden). Folgendes Beispiel kann diese Situation verdeutlichen:

Th. Wyckoff¹⁴³ unterscheidet drei Ländergruppen, in denen die Armee

1. immer,
2. niemals oder fast niemals,
3. gelegentlich eine Rolle spielt.

Danach gehören:

- Zu 1.: die Dominikanische Republik, Guatemala, Haiti, Honduras, Nicaragua, Paraguay;
- Zu 2.: Costa Rica, Uruguay;
- Zu 3.: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, El Salvador, Kolumbien, Kuba, Mexiko, Panama, Peru und Venezuela.

Dagegen gibt Lieuwen¹⁴⁴ folgendes Unterscheidungsschema:

1. Ländergruppe, in der die Armee die Politik beherrscht: Dominikanische Republik, Nicaragua, Paraguay, El Salvador, Haiti, Honduras, Panama;
2. Ländergruppe, in der sich die Armee im Übergang von einer politischen zu einer unpolitischen Institution befindet: Argentinien, Brasilien, Ecuador, Guatemala, Kuba, Venezuela, Peru;
3. Ländergruppe, in der die Armee unpolitisch ist: Bolivien, Chile, Costa Rica, Kolumbien, Mexiko, Uruguay.

Die Gegenüberstellung beider Schemata läßt einige nicht unerhebliche Unterschiede erkennen. Die Gruppe 1 stimmt in beiden Fällen bis auf Guatemala (Wyckoff), El Salvador und Panama (Lieuwen) überein. Nach dem zugrunde gelegten Unterscheidungsmerkmal können die Gruppe 3 bei Wyckoff und die Gruppe 2 bei Lieuwen miteinander verglichen werden; unterschiedlich eingestuft werden Bolivien, Chile, El Salvador, Kolumbien, Mexiko, Panama (Wyckoff) und Guatemala (Lieuwen). Schließlich können Gruppe 2 bei Wyckoff und Gruppe 3 bei Lieuwen gleichgestellt werden: Costa Rica und Uruguay erscheinen in beiden Fällen, während Bolivien, Chile, Kolumbien, Mexiko bei Lieuwen hinzukommen.

Wyckoff erkennt ausdrücklich eine gewisse Relativierung seines Schemas an: „The above three examples of the role of the military in contemporary Latin American politics represent only three points on a continuum. Many intermediate points are referred to only by implication¹⁴⁵.“ So könnten z. B. nach seiner Meinung Peru, Bolivien oder Venezuela manche Züge sowohl der Gruppe „immer“ als auch der Gruppe „gelegentlich“ aufweisen. Auch eine genauere Untersuchung in Chile oder jetzt in Mexiko würde Elemente der Gruppen „gelegentlich“ und „niemals“ feststellen können.

Zu beiden Schemata kann man folgendes bemerken. Es scheint, daß Wyckoff der Realität näher ist, wenn er Guatemala zu der „Immer-Gruppe“ zählt, während Lieuwen es in die „Übergangsgruppe“ einbezieht. Dagegen wird El Salvador richtiger von Lieuwen als zur „die Politik beherrschenden“ Gruppe gehörig betrachtet und nicht wie bei Wyckoff zur „Gelegentlich-Gruppe“. Genau das Umgekehrte gilt für Panama. Wenn schließlich Lieuwen die Armee in Bolivien, Chile, Kolumbien und Mexiko als „unpolitisch“ bezeichnet, so könnte diese Kategorisierung gegenüber Uruguay und Costa Rica, wo es faktisch und verfassungsmäßig (hier Costa Rica) der Fall ist, etwas irreführen¹⁴⁶. Zwar hat die mexikanische und die bolivianische Revolution die Armee jeweils umorganisiert, diese ist aber eben dadurch zur Stütze der Re-

volution geworden. Insofern kann sie nicht als „unpolitisch“ angesprochen werden.

Zusammenfassend und etwas verallgemeinernd läßt sich feststellen, daß — unbeschadet der oben eingeräumten Vorbehalte — die Armee in der Gruppe 1 beider Schemata ihre alte Rolle noch behält. Es handelt sich bei dieser Gruppe bezeichnenderweise um solche Länder, deren gesellschaftlich-politische Entwicklung im Vergleich zu den Ländern der anderen Gruppen sehr stark zurücksteht. Für Lateinamerika als Ganzes wird das Verhältnis von Militär- und Zivilgewalt von der Entwicklung in den Ländern der Gruppe 3 (Wyckhoff) und der Gruppe 2 (Lieuwen) abhängen. Die meisten dieser Länder sind bereits in einer starken wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwandlung begriffen und können durch ihr hiervon gewonnenes politisches Gewicht durchaus beispielgebend wirken.

II. Die Parteien

Wegen der zentralen Stellung der Armee im lateinamerikanischen politischen Leben waren die Parteien im 19. Jahrhundert — hauptsächlich in Föderalisten und Zentralisten, später in Liberale und Konservative geteilt — kein Machtfaktor von erheblicher Bedeutung. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg wick der bisherige Dualismus der Parteien den geistigen Strömungen der Zeit und den Einflüssen von außen. Die neuen Ideologien fanden ihren Niederschlag in neuen Gruppierungen, und so wurde die Parteienomenklatur allmählich um neue Namen bereichert. In dieser Zeit entstanden z. B. die Radikalen und die Sozialisten.

Durch den um sich greifenden Nationalismus der dreißiger Jahre und seinen „Sieg“ gegen Ende des zweiten Weltkrieges kristallisierte sich ein neuer Parteitypus heraus, der sich dadurch auszeichnete, daß er die jeweiligen spezifischen Probleme eines Landes in den Mittelpunkt stellte und „nationale“ Lösungen für sie anstrebte. Es handelt sich um die sogenannten „APRISTA“-Parteien, deren erstes Muster sich in Peru offiziell 1931 etablierte, aber schon 1924 illegal geschaffen worden war.

Das heutige Parteienbild Lateinamerikas ist vielfältig zusammengesetzt. Vereinzelt weist es zwar einheitliche Züge auf, es überwiegt jedoch im großen und ganzen die Differenziertheit der Zusammensetzung. Es ist außerdem keineswegs so, daß Parteitypen, -ideologien und -programme sich immer decken, was sich u. a. aus der Struktur der verschiedenen Parteien erklären läßt.

Ein Blick auf das Parteiensystem, auf die Typologie der Parteien und schließlich eine Untersuchung ihrer wesentlichen Strukturmerkmale sollen dazu beitragen, die Bedeutung der Parteien als Träger der politischen Willensbildung im lateinamerikanischen öffentlichen Leben abzuschätzen.

1. Das Parteiensystem

Angeichts der Vielfalt der Parteigruppierungen in manchen Ländern wird man nicht selten auf den Standpunkt stoßen, es habe nicht viel Sinn, eine Systematisierung dieser Parteien vorzunehmen. So meint z. B. Galíndez¹⁴⁷: „Die ibero-amerikanische Realität, in der die Demokratie noch nicht befestigt ist, macht es haarspalterisch, den Parteien-dualismus oder -pluralismus zu analysieren; das Interessante ist zu analysieren, ob sie existieren oder nicht.“ Diese Einstellung charakterisiert zwar die Sachlage treffend in bezug auf die Art der politischen Auseinandersetzung, aber dem Forschenden versperrt sie den methodischen Weg zur Durchdringung des Parteiengefüges, indem sie eine Systematisierung von vornherein ablehnt. Zahlreich sind auf der anderen Seite die Versuche, das Parteiengebilde Lateinamerikas systematisch zu erfassen. So legt z. B. Blanksten¹⁴⁸ unter Anwendung der klassischen Kategorien des Ein-, Zwei- und Mehrparteiensystems folgende Zusammensetzung dar:

a) Einparteiensystem

Hier werden zwei Kategorien unterschieden: die diktatorische und die beherrschend-nicht-diktatorische Partei. In dem ersten Falle identifizieren sich die Regierung und die an der Macht befindliche Partei. Da diese ex definitione die einzig legale Partei ist, befinden sich andere nicht in der Opposition, sondern in der Rebellion – offen oder versteckt, da Opposition vom Gesichtspunkt der Regierung aus gesehen als staatsgefährdend gilt. Ein solches System funktionierte z. B. in Venezuela während der Herrschaft des Diktators Marcos Pérez Jiménez von 1953 bis 1958. Es existiert noch in Paraguay, das allerdings einen Grenzfall darstellt, nämlich insofern, als neben den „Colorados“ – der Regierungspartei – auch die Oppositionsparteien legal sind, wenn auch nur theoretisch, denn die Mitwirkung in ihnen bedeutet oft Gefängnis oder Exil.

Im zweiten Falle – der beherrschend-nicht-diktatorischen Partei – besitzt eine Seite das faktische Monopol der Macht dadurch, daß sie jede Wahl gewinnt; aber andere Parteien sind legal und dürfen als solche fungieren. Typisch hierfür sind Uruguay und Mexiko.

Aus dem Einparteiensystem ergibt sich zwangsläufig eine einseitige

Beeinflussung und Gestaltung des politischen Lebens, in der zweiten Kategorie allerdings mit der Möglichkeit einer Wachablösung durch die im anderen Lager stehende Partei. (Dies ist tatsächlich im November 1958 bei den Präsidentschaftswahlen in Uruguay eingetreten, als die bisherige Mehrheitspartei, die liberal gesinnte „Colorado“-Partei, durch eine Koalition der konservativen „Blanco“-Partei und der Kleinlandwirte-Bewegung abgelöst wurde.) Während das System in Uruguay zu einer Stabilisierung des öffentlichen Lebens und zu einem relativen Ausgleich der sozialen Kräfte geführt hat, ist es in Paraguay zu einer eingleisigen Befehlsherrschaft erstarrt, in der praktisch keine Opposition existieren darf. Eine umfassendere Betrachtung der Ergebnisse dieses Systems in den betreffenden Ländern müßte jedoch andere Elemente mit einbeziehen, wie z. B. die Übernahme einer kollektiven Exekutive¹⁴⁹ und die Einführung des Staatssozialismus in Uruguay, die das Funktionieren des Systems erleichtert haben mögen.

b) Zwei- und Mehrparteiensystem

Hier unterscheidet Blanksten zwischen dem Zweiparteien- und dem Mehrparteiensystem. Im ersten Falle besitzen zwei Parteien soviel Macht, daß sie in der Lage sind, einander abzulösen. „Dritte“ oder „Minoritätsparteien“ sind hier legal, stellen aber keine ernste Konkurrenz für die beherrschenden Parteien dar. In dieser Hinsicht ist dieses System eher selten in Lateinamerika. Das beste Beispiel dafür ist Kolumbien, wo die Konservativen und die Liberalen turnusmäßig an der Macht sind.

In dem Mehrparteiensystem sind drei oder mehr Parteien anzutreffen. Keine ist so mächtig, daß sie allein die Mehrheit im Parlament erlangen kann. Dieses System ist am deutlichsten in Chile vertreten, wo mindestens sechs Parteien ins Repräsentantenhaus einziehen. Weitere Beispiele sind Argentinien, Bolivien, Brasilien und Peru.

Dieses System ermöglicht das Zustandekommen der politischen Willensbildung von verschiedenen Seiten her, enthält aber zugleich die Tendenz zur Zersplitterung, so daß vielfach das Eingreifen einer „über den Parteien“ stehenden Kraft — meistens der Armee — durchgesetzt wird, um das Gleichgewicht wieder herzustellen.

Es kann hier kein Urteil darüber gefällt werden, welches System die besten Garantien für das Funktionieren einer Regierung bietet. Diese Frage kann nur entschieden werden, wenn man die jeweilige Verfassungswirklichkeit der einzelnen Länder zugrunde legt, aus der sich das Parteiensystem entwickelt. Für die bloße Feststellung der parteipolitischen Gegebenheiten mag es genügen, von einem Umriss des Parteiensystems in der oben ausgeführten Form auszugehen.

2. *Typologie der Parteien*

Von der historischen Perspektive aus gesehen, läßt sich die lateinamerikanische Parteienzusammensetzung wie folgt typisieren: es gibt traditionelle und moderne Parteien.

Diese Art der Betrachtung scheint die zweckmäßigste zu sein, weil die Anwendung anderer Maßstäbe, wie z. B. Ideologie, Parteiplattform, Herkunft der Mitglieder, organische Zusammensetzung usw., zu viele Zweideutigkeiten zulassen und daher ein verschwommenes Bild ergeben würde. Dies erklärt sich u. a. dadurch, daß das tatsächliche Parteileben — wie schon erwähnt — keineswegs immer in Übereinstimmung mit den theoretisch festgelegten Normen steht.

a) Die traditionellen Parteien

Die beiden großen alten Parteien, die Konservativen und die Liberalen, sind traditionell in dem Sinne, daß zwei klassische Probleme des lateinamerikanischen politischen Lebens seit dem 19. Jahrhundert bis heute ihre gemeinsame Grundlage gebildet haben, nämlich der Großgrundbesitz und die Stellung der römisch-katholischen Kirche.

Die Konservativen vertreten die Interessen des Großgrundbesitzes und befürworten im allgemeinen eine einflußreiche Stellung der Kirche im politischen und sozialen Leben; nicht selten treten sie für den Katholizismus als Staatsreligion ein. Die Liberalen verfechten dagegen die Beseitigung des Großgrundbesitzes oder zumindest die Durchführung einer Landreform. Sie sind nicht unbedingt antiklerikal, treten aber für die Trennung von Staat und Kirche ein und im allgemeinen für die Einschränkung der Einflußmöglichkeiten der Kirche.

Beide Parteien haben freilich seit ihrer Entstehung im 19. Jahrhundert ihre Parteiplattformen revidiert, ergänzt oder erweitert. Die erwähnten Grundzüge sind jedoch erhalten geblieben und werden noch aufrechterhalten, solange das Problem des Großgrundbesitzes und die Rolle der katholischen Kirche als Grundtatsachen des lateinamerikanischen politischen und sozialen Lebens anzusehen sind.

Als repräsentative Beispiele für die konservative Richtung sind die konservativen Parteien Argentiniens, Kolumbiens und Ekuadors sowie die „Blanco“-Partei Uruguays anzuführen. Liberale Parteien sind die radikale Partei Argentiniens und Chiles, die liberale Partei Kolumbiens, die radikalliberale Partei Ekuadors und die „Colorados“ Uruguays.

b) Die modernen Parteien

Wenn heute eine breitere Beteiligung der Parteien am politischen Willensbildungsprozeß festzustellen ist, so kann das vor allem auf die Auswirkungen des Industrialisierungsprozesses zurückgeführt werden. Es läßt sich sogar annehmen, daß beide Komplexe in einem direkten

Wirkungszusammenhang miteinander stehen; während z. B. in Paraguay — einem wirtschaftlich rückständigen Gebiet — diese Entwicklung sich kaum bemerkbar machte, war sie für die fortgeschrittenen Länder Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay und Venezuela von entscheidender Bedeutung. Sie manifestierte sich u. a. in dem Anwachsen der Städte, in dem Aufstieg der Mittelschichten, der Entstehung eines Industrie-proletariats und in der allmählichen Herausbildung einer neuen Schicht von Industriellen. Dementsprechend verlor der politische Kampf mehr und mehr den traditionellen Charakter einer Auseinandersetzung zwischen den Großgrundbesitzern, der Kirchenhierarchie, der Armee und einer Handvoll Berufspolitiker.

Klassenkämpfe zeichneten sich ab, die selbstverständlich je nach der Wirtschafts- und politischen Struktur der einzelnen Länder verschiedene Ausdrucksformen annahmen. Diese Faktoren fanden ihren Niederschlag in den vor und nach dem ersten Weltkriege entstandenen Parteien, die, durch die neuen geistigen Strömungen in Europa stark beeinflusst, an die Industriearbeiter, Bauern und Intellektuellen appellierten. Dadurch, daß sie als neue Träger der politischen Willensbildung auftraten, modifizierten sie grundlegend das bisherige Parteienbild Lateinamerikas. Den herkömmlichen Liberalen und Konservativen gesellten sich auf der einen Seite die Sozialisten und die Kommunisten zu und seit den dreißiger Jahren die „einheimischen“ Parteien auf der anderen Seite.

Die Entstehung der erstgenannten Parteien steht in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Lateinamerika. Diese ist in den einzelnen Ländern nicht einheitlich verlaufen, gemeinsam ist ihr jedoch der Übergang von den Hilfsvereinen über den sogenannten Anarcho-Syndikalismus bis zu der eigentlichen Arbeiterbewegung mit den entsprechenden Gewerkschaftsorganisationen. Mit diesem letzten Schritt, der auf die sich verbreitenden sozialistischen Ideen zurückzuführen ist, war eine der Voraussetzungen geschaffen, die zur Bildung sozialistischer Parteien beitragen sollten. Einige dieser Parteien entstanden Ende des 19. Jahrhunderts, manche sogar vorher. Für die meisten ist aber der Anfang des 20. Jahrhunderts als Entstehungszeit anzusehen. Ihre Mitglieder stammen z. T. aus der Industriearbeiterschaft, aber auch aus den Reihen der marxistisch beeinflussten Intellektuellen. Den sozialistischen Parteien scheint der Hang innewohnen, „doktrinär, akademisch und intellektualisiert“¹⁵⁰ zu werden. In der Tat, trotz ihrer starken Anlehnung an die Arbeiterschaft, ist ihr Einfluß auf die Arbeitermassen nicht von entscheidender Bedeutung.

Die historisch bedeutendste sozialistische Partei Lateinamerikas besteht in Argentinien; sie wurde 1896 unter der Führung von Juan B. Justo gegründet. Nach einer Periode steilen Aufstiegs in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg machten sich 1914/1915 Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei bemerkbar, so daß 1918 eine Spaltung nicht mehr aufzuhalten war. Die Partei konnte jedoch in den zwanziger Jahren wieder an Stärke gewinnen und die wesentlichen Arbeiterorganisationen des Landes bis 1942 unter Kontrolle halten. In dieser Zeitspanne errang sie mehrere Wahlsiege, z. B. in den Jahren 1931 und 1940. Mit der um sich greifenden peronistischen Bewegung verlor sie allmählich die Kontrolle über die Gewerkschaften — mindestens über die wichtigsten — und über die Arbeitermassen überhaupt. Ihre eher gemäßigten als revolutionären Parolen waren nicht geeignet, der starken Anziehungskraft des Peronismus entgegenzuwirken. Nach dem Sturz des Justizialismus führten 1957 interne Auseinandersetzungen zur Spaltung der Partei in zwei rivalisierende Organisationen. Hieraus erklärt sich, daß sie heute zwar weiterhin ein Bestandteil des argentinischen politischen Lebens ist, jedoch nicht richtunggebend zu wirken vermag. Außerdem wird an ihr bemängelt, daß sie nicht in der Lage sei, innerhalb der Gewerkschaften eine mit ihren Zielen übereinstimmende Führungsschicht heranzubilden¹⁵¹.

Neben der argentinischen ist auch die chilenische sozialistische Partei, deren Anfänge sogar noch weiter zurückreichen, zu erwähnen. Sie leitet ihren Ursprung von der Demokratischen Partei her, die 1877 gegründet wurde. Auch in dieser Partei gab es Abspaltungen des linken Flügels. Die heutige Partei — „Partido Socialista de Chile“ genannt — wurde 1933 gegründet. Schließlich gibt es kleinere sozialistische Parteien in Brasilien, Venezuela, Ekuador, Peru und Uruguay.

Zwischen den beiden Weltkriegen gehörten nur zwei südamerikanische sozialistische Parteien der II. Internationale an, die Argentinien und Uruguays. Im Jahre 1946 wurde eine interamerikanische Konferenz der sozialistischen Parteien in Santiago de Chile abgehalten, auf der aber nur Parteien aus den vier Ländern Argentinien, Chile, Ekuador und Uruguay vertreten waren. Die Wirkungsmöglichkeiten dieser Parteien werden heute mehr und mehr durch linksextremistische Bestrebungen und vor allem durch die sogenannten „einheimischen“ Parteien eingeschränkt.

Die kommunistischen Parteien Lateinamerikas sind meistens unmittelbar aus den sozialistischen Parteien hervorgegangen. Der größte Teil davon entstand in den zwanziger Jahren; die übrigen wurden in den dreißiger Jahren geschaffen. Charakteristisch für diese Parteien war es,

daß sie lange Zeit nach ihrer Gründung in der Illegalität leben mußten, so z. B. in Ekuador, Paraguay und Peru. Heute werden sie vielfach als verfassungswidrig deklariert, aber ihre Agitation stößt deshalb nicht auf taube Ohren: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ekuador, Kolumbien, Venezuela sind Länder, in denen die dort bestehenden kommunistischen Organisationen durchaus als ein immer mehr ins Gewicht fallendes Element des politischen Lebens anzusehen sind.

Trotzdem ist es nicht leicht, den kommunistischen Einfluß in Lateinamerika einigermaßen richtig einzuschätzen, denn es ist zur Gewohnheit geworden, seitens der Regierungen jede oppositionelle Bewegung beliebig als kommunistisch abzustempeln oder auch umgekehrt, eine Regierung deshalb als kommunistisch zu bezeichnen, weil sie gewisse ungewöhnliche Maßnahmen auf dem wirtschaftlichen oder sozialen Gebiet trifft. Man kann indes bemerken, daß viele Länder durch ihre sozialen Mißstände einen fruchtbaren Nährboden für die Entwicklung kommunistischer Bestrebungen abgeben.

Die vielfach ausgebliebene Landreform, die Entstehung eines Industrieproletariats und nicht zuletzt der überall herrschende Nationalismus in seinen mannigfaltigen Ausdrucksformen werden als begünstigende Faktoren ausgenutzt. Als mögliche Hindernisse für eine Ausbreitung des Kommunismus werden der Individualismus der lateinamerikanischen Völker, ihr politischer Idealismus und ferner der Einfluß des Katholizismus angeführt¹⁵³.

Wichtig scheint auch die Wirkung der erwähnten „einheimischen“ Parteien, welche den kommunistischen Parteien manches Tätigkeitsfeld erfolgreich streitig machen.

Es sind die „APRISTA“-Parteien, deren Name aus dem peruanischen Vorbild, der APRA (Alianza Popular Revolucionaria Americana = Revolutionäre Amerikanische Volksallianz) abgeleitet wird. Obwohl diese Parteien getrennt voneinander und fast ohne Kontakt miteinander entstanden sind, haben sie doch in ihren Grundsätzen und ihrer Ideologie einige gemeinsame Züge entwickelt. Ausgangsbasis ist die Verwirklichung der Demokratie nicht nur auf politischem, sondern auch auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet. Daher die zentrale Forderung nach einer tiefgreifenden sozialen und wirtschaftlichen Umwandlung, wobei eine radikale Landreform in den Vordergrund gestellt wird. Zur Durchsetzung der vertretenen Ideologie wird an den Nationalismus als Triebkraft appelliert und die Integration der Massen — vor allem durch gewerkschaftliche Aktivität — angestrebt. Die Mitglieder der „APRISTA“-Parteien rekrutieren sich zunächst aus Arbeiter-

schichten der Bevölkerung (vor allem Indios), welche bisher in den politischen Willensbildungsprozeß nicht mit einbezogen waren, dann z. T. aus Intellektuellen und anderen Angehörigen der Mittelschichten, aus deren Reihen die Führer der Partei vielfach hervorgehen.

Aus diesen Schichten stammende Industrielle neigen dazu, die „einheimischen“ Parteien zu unterstützen, da sie nur so den mächtigen Großgrundbesitzern wirksamer entgegentreten können. Schließlich muß hervorgehoben werden, daß diese Parteien mehr ideologische Bestrebungen und Parteidisziplin als die traditionellen Organisationen entfalten. Sie haben sich zwar nicht ganz von dem in den lateinamerikanischen Parteien noch feststellbaren „Personalismo“ befreien können, d. h. von der Tendenz, einer „starken“ Persönlichkeit zu folgen. Ihre Existenz beruht jedoch nicht primär auf solchen Persönlichkeiten.

Prototypen dieser Parteien sind die peruanische APRA, die Tralabhi-sta-Partei Brasiliens, die demokratische Aktion (Acción Democrática) Venezuelas und in kleinerem Umfang der „Partido Febrerista“ Paraguays. Trotz der eben skizzierten Gemeinsamkeiten zeigen diese Parteien – zumal bei der Machtausübung – einige Abweichungen, die sich aus den besonderen Verhältnissen jedes Landes ergeben. So rücken z. B. bei der peruanischen APRA die Agrarreform und die Förderung der indianischen Bevölkerung in den Vordergrund. Ferner wird in der „Acción Democrática“ Venezuelas der Wirtschaftsplanung ein besonderer Platz eingeräumt, während sie bei den übrigen Parteien nicht so sehr betont wird. Obwohl die Verstaatlichung der Industrie im Parteiprogramm angeführt ist, wird sie nicht überall mit der gleichen Intensität angestrebt. Schließlich bemühen sich diese Parteien, in der Frage des Nationalismus ihre grundsätzliche Haltung der internationalen Entwicklung der letzten Jahre anzupassen.

Außer den Parteien sind weitere Gruppierungen zu nennen, in erster Linie solche, die eine christlich-soziale Ideologie vertreten. Von einiger Bedeutung ist die „Falange Nacional“ Chiles. Ideen- und programmäßig stehen sie den europäischen Christlichen Demokraten nahe. Diese Richtung findet auch starke Vertretung in Kolumbien und Ecuador, während sie in Argentinien und Brasilien kaum zum Durchbruch gekommen ist.

Von weit geringerer Bedeutung sind die sogenannten „ad hoc-Parteien“, d. h. flüchtige Zusammenschlüsse, die in aller Eile – vor allem im Wahlkampf – organisiert werden, um irgendwelche kurzfristigen Ziele zu erreichen. Sie verschwinden von der politischen Bühne, sobald sie diese

Aufgabe erledigt zu haben glauben, oder wenn sie daran gescheitert sind. Diese Gruppierungen sind besonders in Bolivien, Ekuador, Peru und Paraguay anzutreffen.

Mit dieser letzten Kategorie ist eine mehr oder weniger abgerundete Darstellung der Parteienzusammensetzung in Lateinamerika gegeben worden. Sie konnte schon deshalb nicht erschöpfend sein, weil die Parteien selbst durch die Labilität des politischen Lebens einer ständigen Umwandlung unterworfen sind. Jede neue Entwicklung bringt eine Umgruppierung mit sich, so daß z. B. Liberale und Konservative eine unterschiedliche Vorstellung in diesem oder jenem Lande hervorrufen. Mehr noch: innerhalb eines Landes ist manchmal die Grenze zwischen einigen Parteien, die ihrer Ideologie oder ihrem Programm nach verschiedene Gebilde darstellen sollten, recht verwischt, so z. B. zwischen manchen sozialistischen und den „APRISTA“-Parteien. Daher galt es, eine Momentaufnahme durchzuführen und daraus die entscheidenden Komponenten herauszugreifen, welche historisch und strukturell als Grundtypen angesehen werden können.

3. Strukturmerkmale der Parteien

Angesichts der Mannigfaltigkeit der parteipolitischen Gruppierungen können auch hier nur die wesentlichen Züge, welche mit einiger Regelmäßigkeit anzutreffen sind, hervorgehoben werden. In Übereinstimmung mit der maßgeblichen Literatur¹⁵⁴ kann man folgende Merkmale in den Vordergrund stellen:

a) die noch anhaltende Bedeutung des „Personalismo“

Der „Personalismo“ wirkt sich zunächst dadurch aus, daß die politische Auseinandersetzung von ihrem sachlichen Inhalt entleert wird und in eine subjektive und damit einseitige Betrachtung entartet. Es geht nicht mehr um Ideen, sondern um Personen. Nicht Liberale, Konservative, Radikale und Sozialisten stehen im Kampf miteinander, sondern „Batllistas“, „Peronistas“ usw., je nachdem, ob man Anhänger von Batlle in Uruguay, von Perón in Argentinien usw. ist. Daher die Bitterkeit, mit der jede politische Auseinandersetzung ausgetragen wird: sie nimmt fast den Charakter eines Freund-Feind-Verhältnisses an. Die Meinungen werden dogmatisch, absolut verfochten. Diese Haltung hat zur Folge, daß man dem Gegner mit Intoleranz entgegentritt, wobei es nicht ausbleiben kann, daß nach dem Sieg bzw. nach der Niederlage beide Lager sich weiter bekämpfen.

Man hat in der letzten Zeit einen beträchtlichen Rückgang des „Personalismo“ in einigen Ländern — darunter Ekuador, Chile, Venezuela — festgestellt. Es ist aber nicht abzusehen, wann er als Triebkraft gänzlich

an Bedeutung verlieren wird. Diese Entwicklung wird in starkem Maße davon abhängen, wieweit die modernen Parteien sich durchsetzen können, und nicht zuletzt davon, wieweit eine Einschränkung der exekutiven Gewalt, die in den meisten Ländern allein entscheidend ist, vorgenommen werden kann.

b) Das Fehlen von vorher festgelegten Parteiprogrammen

Die Fixierung von Programmen wird als die Erfüllung einer Formalität, nicht als eine grundsätzliche Notwendigkeit angesehen. Dies trifft allerdings nicht auf die mit einer ausgeprägten Ideologie ausgestatteten Parteien zu. Im allgemeinen wirkt es sich so aus, daß die Parteien keine verbindlichen Ansatzpunkte bieten oder daß diese auf Versprechungen genereller Art reduziert werden. Eine Folge davon ist, daß die Führer der Parteien keine eigenen Entscheidungen treffen, sondern vielfach dem Druck ihrer Anhänger und Mäzene nachgeben. Damit wird eher den persönlichen als den nationalen Interessen Rechnung getragen. Diese Politik hat ihren Niederschlag in einem vielsagenden Ausdruck des politischen Jargons gefunden, nämlich in dem Wort „Amiguismo“, das man mit „Förderung der Freunde“ übersetzen kann.

c) Disziplinlosigkeit und Organisationsschwäche

Ein drittes Merkmal ist die Disziplinlosigkeit und die Organisationschwäche vieler Parteien. Hier bedingt das eine das andere. Man kann darin eine Folge der schwankenden Grundlage vieler parteipolitischer Gruppierungen erblicken, die es nicht ermöglicht, einen festen Zusammenhalt zu bewahren und eine entsprechende Verhaltensweise festzulegen. Daraus erklärt sich die relative Leichtigkeit einer eventuellen Umstellung von einer Partei auf die andere. Hervorzuheben ist auch die Beherrschung der Parteimaschinerie durch Fraktionen, die, geschart um eine Persönlichkeit, sich gegenseitig auszuspielen versuchen. Hier aber — genauso wie auf anderen Gebieten — muß man sich vor Verallgemeinerungen hüten. So wirken insbesondere die modernen Parteien dieser Entwicklung entgegen.

Selbst den traditionellen, speziell den liberalen Parteien kann man nicht eine gewisse Organisation absprechen. Sie werden sogar dazu gezwungen, wenn sie die organisierte Schlagkraft anderer Parteien abwehren wollen. Zu der Frage der Parteien als Träger der politischen Willensbildung kann man zusammenfassend bemerken, daß eine Anzahl von Faktoren ihre Stellung im politischen Leben erheblich verstärkt hat.

Unter den wichtigsten sind hervorzuheben:

der Durchbruch neuer sozialer Kräfte, die den traditionellen Herrschaftsgruppen die Machtausübung streitig machen wollen;

das Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung;
die allmähliche Integration der bisher unbeteiligten Massen in den politischen Willensbildungsprozeß
und nicht zuletzt in manchen Ländern der Rückgang des „Personalismo“ als bestimmendes Element des politischen Lebens und damit die Versachlichung der Auseinandersetzungen durch die Wiedereinführung von Prinzipien.

III. Die Gewerkschaften:

Entwicklung und Stellung im politischen Leben

Im Zusammenhang mit der Entstehung der sozialistischen Parteien wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung in Lateinamerika der Schaffung von Hilfsorganisationen im Falle von Krankheit, Alter, Tod usw. galten. Damals konnte eine Gewerkschaftsbewegung infolge der mächtigen politischen Oligarchien, der schwachen Entwicklung der Industrie und der Unerfahrenheit der Arbeiter nicht entstehen. Erst Anfang des 20. Jahrhunderts waren die Gewerkschaften in der Lage, festen Fuß zu fassen und sowohl Ortsgruppen als auch Landesverbände von Bestand zu schaffen. Die wichtigsten nationalen Organisationen entstanden: in Argentinien 1890 die „Federación Obrera de la República Argentina“ (FORA) und die „Unión General del Trabajo“ (UGT), ferner in Brasilien 1929 die „Confederação geral dos Trabalhadores do Brasil“ (CGTB) und in Chile 1907 die „Gran Federación Obrera Chilena“ (seit 1917 ohne „Gran“ — FOCh)¹⁵⁵.

Es kann hier nicht im einzelnen aufgezeigt werden, wie die Entwicklung in jedem Lande verlaufen ist, wohl aber, welche Grundtendenzen für die Bewegung allgemein typisch gewesen sind. Daran anschließend wird die Bedeutung der Gewerkschaften als Machtträger neben der Armee, den Parteien und den sonstigen gesellschaftlichen Kräften untersucht.

Die zu Anfang des Jahrhunderts einsetzende Gewerkschaftsbewegung hat Impulse von hauptsächlich drei Richtungen empfangen: vom sogenannten Anarcho-Syndikalismus, vom Sozialismus bzw. Kommunismus und — in geringerem Maße — vom Katholizismus, der sich erst später, seit den dreißiger Jahren, in die Auseinandersetzungen einschaltet hat.

Der Anarcho-Syndikalismus, heute im Absterben begriffen, und der Kommunismus waren in den zwanziger Jahren die beherrschenden

Elemente der Arbeiterbewegung. Seit dem Jahre 1930 erfreute sich der Kommunismus eines Vorsprunges, der sich 1940 sogar vergrößerte. Nach einem beträchtlichen Aufstieg in der unmittelbaren Nachkriegszeit verminderte sich sein Einfluß unter der Auswirkung der anrückenden „einheimischen“ Ideologien und des wachsenden Interesses der Kirche für soziale Fragen.

Es verdient festgehalten zu werden, daß es in den Anfängen europäische Einwanderer — vor allem in Argentinien, Chile und Uruguay — waren, welche die Ideen der Gewerkschaftsbewegung propagierten und in die Tat umzusetzen halfen. Die ersten Führer der lateinamerikanischen Gewerkschaftsbewegung waren Intellektuelle, Akademiker, die die neuen Ideen aus Europa übernahmen und sie auf die Verhältnisse in ihren Ländern einfach übertrugen. Während man in Europa auf praktische Erfahrungen des Wirtschaftslebens zurückgreifen konnte, war es in Lateinamerika auf Grund der ökonomischen und sozialen Entwicklung nicht leicht, an die konkreten Aufgaben heranzugehen. Statt dessen wurden theoretische und ideologische Debatten mit besonderer Leidenschaft ausgetragen.

Die Faktoren, die sich hierbei hemmend auswirkten, waren verschiedener Natur. Ein Hindernis wirtschaftlicher Art bildete die Tatsache, daß im lateinamerikanischen Produktionssystem die landwirtschaftliche Erzeugung eine überwiegende Stellung einnahm. Das Latifundiensystem erschwerte es ungemein, die Landarbeiter organisatorisch zu erfassen, zunächst, weil sie weit verstreut und wegen mangelnder Transportmöglichkeiten nicht jederzeit erreichbar waren, vor allem aber, weil die Großgrundbesitzer sich dieser Tätigkeit erfolgreich widersetzen konnten. Man kann außerdem hinzufügen, daß auch ein gewisser Interessenkonflikt zwischen Land- und Industriearbeitern in diesem Punkt eine Rolle spielte. Während die einen in der Anschaffung eines Stückes Land die einzige Möglichkeit für die Verbesserung ihrer sozialen Lage sahen, bestanden die anderen auf den üblichen Forderungen wie Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung, Sozialversicherung usw. Einen weiteren hemmenden Faktor stellte politisch das Übergewicht der Exekutive im Regierungssystem dar, die naturgemäß kein Interesse daran haben konnte, eine autonome, auf Machtgewinnung abzielende Organisation neben sich entstehen zu lassen. Die Reaktion der meisten diktatorischen Regierungen auf die ersten Anfänge der Gewerkschaftsbewegung war deshalb unerbittlich hart. Die Jahre 1907 in Chile, 1919 und 1921 in Argentinien, 1925 in Peru und Ekuador und 1928 in Kolumbien kann man in dieser Hinsicht als schmerzliche Daten in der Geschichte der lateinamerikanischen Gewerkschaftsbewegung ansehen. Schließlich läßt

sich juristisch ein Hindernis in der Tatsache erblicken, daß in den Verfassungen vieler Länder Südamerikas die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit nicht verankert war. Bis zum Jahre 1941 lassen sich in dieser Hinsicht etwa folgende Kategorien aufstellen:

1. unbeschränkte Organisationsfreiheit: Argentinien, Chile, Kolumbien;
2. beschränkte Organisationsfreiheit: Ekuador, Peru, Venezuela;
3. so gut wie gar keine Organisationsfreiheit: Brasilien, Paraguay.

Heute hat sich dieses Bild wenn nicht fundamental, so doch wesentlich geändert, da die meisten Verfassungen nach 1945 ausdrückliche Bestimmungen über die Koalitions- und die Versammlungsfreiheit enthalten. Das Prinzip der Gewerkschaftsbewegung hat sich als solches durchgesetzt; Unterschiede bestehen in der Wirksamkeit und der tatsächlichen Handlungsfreiheit der Organisationen in den einzelnen Ländern. Die Ideologien, die ihnen zugrunde liegen, sind mannigfaltig und ebenso ihre Bezeichnung, so z. B. Syndikat, Liga, Union, Föderation, Verband usw. Sie erfüllen jedoch die gleichen Funktionen, die einer Gewerkschaft grundsätzlich zukommen. In den letzten zwanzig Jahren hat sich ihre Zahl vermehrt, selbst wenn man von den staatlich gelenkten und von den sogenannten Betriebsgewerkschaften absieht. Diese sind zweifellos auf das Bestreben der Regierungen und Unternehmen zurückzuführen, dem anhaltenden Wachstum der selbständigen Gewerkschaften entgegenzuwirken. Diese Bemühungen bieten eine Erklärung dafür, daß in der jüngsten Geschichte Lateinamerikas die Arbeiterorganisationen eine neue Orientierung bekommen haben. Sie werden vielfach als die Kraft angepriesen, die politische Entscheidungen mit herbeiführen helfen kann.

Die direkte Beteiligung der Gewerkschaften am politischen Geschehen ist, wie Jorin hervorhebt¹⁵⁶, ein relativ neuer Tatbestand. Ihre Teilnahme an der Politik beschränkte sich bisher hauptsächlich darauf, eine protestierende Haltung gegenüber den autoritären und diktatorischen Regimen einzunehmen und gegebenenfalls bei Umsturzbewegungen durch Streiks mitzuwirken.

Mit dem Durchbruch der peronistischen Bewegung im Jahre 1945 wurde jedoch ein Wendepunkt erreicht: die Arbeiterorganisationen traten nunmehr als bestimmende Kraft neben die Armee und die traditionellen Herrschaftsgruppen. Diesem Beispiel folgten 1952 die Bergwerkgewerkschaften in Bolivien.

Die Bedeutung dieses Wandels wird klar, bedenkt man, daß dadurch nicht nur die Art der politischen Auseinandersetzungen, sondern auch

deren jeweiliger konkreter Inhalt geändert wird. Waren sie bisher Machtkämpfe zwischen einzelnen Herrschaftsgruppen, in denen die Armee meistens das letzte Wort hatte, so geht es jetzt durch den Appell an breite Massen der Bevölkerung darum, politische Konzeptionen zu entwickeln und Aktionsprogramme für die gesamte politische und Sozialordnung auszuarbeiten. Diese Notwendigkeit haben sowohl die Regierungsparteien als auch die nach Regierungsgewalt strebenden Kräfte eingesehen. Daher versuchen beide Seiten, die von den organisierten Massen ausgehende Machtentfaltung für sich zu gewinnen: die Regierungen durch staatlich gelenkte Gewerkschaften; die der Arbeiterbewegung nahestehenden Parteien, indem sie deren Forderungen übernehmen und in den Vordergrund stellen.

Die Auswirkungen dieser Entwicklung machen sich nicht nur im Kampf zwischen den traditionellen und den modernen Parteien bemerkbar, sondern darüber hinaus in der ganz speziellen Frage der militärischen Intervention. Durch die Anwendung der Generalstreikmethode sind die Gewerkschaften – zumindest in den Gebieten, wo sie wirksam sein können – theoretisch in der Lage, einem unberechtigten Eingriff der Armee erfolgreich Widerstand zu leisten. Das setzt aber voraus, daß diese Streiks ihre volle Wirkung erreichen können, nämlich die Lahmlegung des Wirtschaftslebens; hier wird der Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und politischer Entwicklung von neuem deutlich.

Besonders in den Ländern, die noch keine grundlegenden Sozialreformen erfahren haben, ist es denkbar, daß sich die Beispiele Argentiniens und Boliviens wiederholen. Harold E. Davis meint sogar: „Solange in einem gegebenen Lande die lateinamerikanische Sozialrevolution noch nicht stattgefunden hat, wird es weiterhin eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaftsbewegung sein, die fundamentale Änderung der sozialen und politischen Struktur herbeizuführen¹⁵⁷.“

Die den Arbeiterorganisationen hiermit zugedachte Zukunftsrolle kann nicht eindeutiger formuliert werden. Es soll allerdings hinzugefügt werden, daß die Gewerkschaften zur Durchführung dieser Rolle der aktiven Unterstützung anderer in derselben Richtung arbeitender Kräfte bedürfen, da die unmittelbare Verantwortung für die Gestaltung und Ordnung im Politischen nur durch politische Parteien oder Gruppen, die ähnliche Funktionen erfüllen, übernommen werden kann. Es läßt sich nicht mit Bestimmtheit abschätzen, in welchem Grade diese Unterstützung bereits gewährt wird, weil separatistische Tendenzen und Einzelgängertum vielfach noch vorherrschen. Man kann immerhin feststellen, daß die Gewerkschaftsbewegung – zumindest in den Län-

dern, wo sie bereits über gut organisierte Verbände verfügt — sich mehr und mehr zu einer bedeutenden Kraft entwickelt, die nicht übersehen werden kann.

B · NEBENKRÄFTE DES POLITISCHEN LEBENS

Mannigfaltige weitere Faktoren sind für die politische Entwicklung von Bedeutung; sie weisen allerdings einige unterschiedliche Züge je nach dem Lande auf. Aus diesem Grunde werden hier wiederum typische Fälle hervorgehoben, welche historisch oder auf Grund der Sozialstruktur schlechthin als solche angesehen werden können. Es sind vor allem die Kirche, genauer die römisch-katholische Kirche, und einzelne Interessengruppen. Eine kurze Betrachtung soll zum Schluß den sonstigen Strömungen, die hier und da eine Rolle spielen, gewidmet werden.

I. Die Kirche

Nach Erlangung der politischen Unabhängigkeit waren in Lateinamerika zwei Grundsatzfragen von entscheidender Bedeutung für die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche: die Abgrenzung des weltlichen Aufgabenbereiches der Kirche und die Einschränkung ihres Güterbesitzes. Mit anderen Worten, es ging darum, der aus der Kolonialzeit herrührenden politischen Macht der Kirche feste Grenzen zu setzen. In Lateinamerika — besonders in Argentinien und Chile — machten sich die ersten antiklerikalen Tendenzen in den Jahren 1820 und 1830 bemerkbar. Drastische Maßnahmen, wie die Abschaffung des Zehnten sowie der religiösen Orden, die Beschlagnahme kirchlicher Güter usw., wurden von den einzelnen Regierungen ergriffen.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts verschärfte sich die Lage mit dem Erlaß ausgesprochen antiklerikaler Gesetze in Kolumbien, Venezuela, Chile und Ekuador, welche sogar teilweise die Trennung von Staat und Kirche — so z. B. in Kolumbien 1853 — nach sich zogen. Dieser Trend hielt bis zum Ende des 19. Jahrhunderts an, 1890 vollendete auch Brasilien die in Kolumbien erreichte Entwicklung. Eine Ausnahme bildete Ekuador, wo es auf Grund der Stärke der klerikalen Kräfte zu einer Konsolidierung der kirchlichen Macht kam. Die Trennung von Staat und Kirche erfolgte 1917 in Uruguay, 1925 in Chile¹⁵⁸.

In der jüngsten Vergangenheit haben die peronistische Bewegung in Argentinien — spätestens ab Ende 1954 — und die bolivianische Revolution des Jahres 1952 die Beziehungen zwischen Staat und Kirche um-

zugestalten versucht und z.T. entsprechende Lösungen eingeleitet bzw. durchgesetzt.

Waren die erwähnten Maßnahmen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts als Eindämmungs- und Vergeltungsaktionen gegen die politische Macht der Kirche zu verstehen, so wurden sie mehr und mehr mit theoretischen Argumentationen untermauert, welche die Bestandteile einer staatspolitischen Konzeption werden sollten. Führende Politiker, wie Juárez in Mexiko, Balmaceda in Chile, formulierten Grundsätze und Aktionsprogramme, die übernommen und erweitert wurden. Man trat nunmehr der Kirche entgegen, weil sie politisch eine konservative Kraft darstellte, die sich meistens mit den Interessen der traditionellen Herrschaftsschichten identifizierte, so das Status-quo-Denken begünstigte und sozialen Reformen widerstrebte.

Unter dem Einfluß der nationalistischen Bestrebungen der dreißiger Jahre mußte die Kirche ihre Einstellung zu grundsätzlichen Fragen des politischen und sozialen Lebens allmählich revidieren. Die Enzyklika des Papstes Pius XI. „Quadragesimo anno“ vom Jahre 1931 bot Ansatzpunkte für Anpassungsinitiativen wie z. B. die Aufstellung einer katholischen Soziallehre. In der Praxis machte sich diese Entwicklung hauptsächlich darin bemerkbar, daß die Kirche durch rege Beteiligung an der Gewerkschaftsbewegung und die Errichtung kirchlich orientierter Parteien Einfluß auf das politische Geschehen auszuüben versuchte. Heute sind ihre entsprechenden Organisationen von Bedeutung in Ekuador, Chile und Kolumbien, wo christliche Gewerkschaften und kirchlich beeinflusste Parteien eine entscheidende Stütze ihrer Hausmacht darstellen. In Ekuador sind es die „Confederación Nacional de Trabajadores Católicos“ und die „Confederación Ecuatoriana de Obreros Católicos“; in Kolumbien die „Unión de Trabajadores Colombianos“. Die auf christdemokratischer Basis arbeitende Partei Chiles ist die schon erwähnte „Falange Nacional de Chile“.

Diese Entwicklung zeigt, daß die Kirche — selbst in den Ländern, wo die Trennung zwischen Staat und Kirche nicht vollzogen worden ist — sich nicht mehr eindeutig auf die Seite der konservativen Kräfte stellen kann, ohne Gefahr zu laufen, ihre Einflußmöglichkeiten stark zu vermindern. Durch das Aufkommen neuer Elemente in der politischen Auseinandersetzung (Umgruppierung der sozialen Schichten, wirtschaftliche Entwicklungsbestrebungen, zunehmende Beteiligung der Massen an dem politischen Willensbildungsprozeß usw.) wird sie dazu gezwungen, eine beweglichere Haltung einzunehmen und so — ähnlich der Armee — die „innere Wandlung“ zu vollziehen, die den sozialen und politischen Verhältnissen der jüngsten Epoche Rechnung trägt.

Eine gänzliche Ausschaltung des kirchlichen Einflusses ist jedoch in der unmittelbaren Zukunft nicht wahrscheinlich, da diese politische Macht nicht primär auf institutioneller Basis beruht, sondern vielmehr aus der faktischen Stellung der Kirche im sozialen Leben abgeleitet wird.

II. Interessengruppen

Unter Interessengruppen werden solche Zusammenschlüsse verstanden, welche durch die soziale oder wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder politische Entscheidungen zu beeinflussen vermögen, jedoch die unmittelbare Verantwortung für diese nicht tragen. Ihr Ziel ist es, mit Hilfe verschiedener Methoden — Lobbyismus, Patronage, Einschüchterung und Drohung usw. — zu erreichen, daß bestimmte Interessen durchgesetzt werden.

Als wichtige Interessengruppen sind zunächst die Großgrundbesitzerorganisationen zu erwähnen. Angesichts der Bedeutung des Latifundiensystems in der Wirtschaftsstruktur vieler lateinamerikanischer Staaten und der daraus resultierenden politischen Macht spielen diese Verbände zweifellos eine entsprechende, wenn auch nicht immer sichtbare Rolle bei der Gestaltung und Festlegung der Regierungspolitik. Eine bekannte Großgrundbesitzerorganisation in Lateinamerika ist der argentinische „Jockey Club“. Ferner fungieren ausländische Gesellschaften als Interessengruppen. Beispiele dafür sind die emsige „United Fruit Company“ — allerdings mehr in Mittelamerika als im übrigen Lateinamerika — und einige Petroleumgesellschaften — vor allem in Venezuela. In Argentinien, Chile und Paraguay ist der Einfluß mancher britischer Firmen beachtlich.

Zum Schluß könnte man auf einzelne Berufsverbände hinweisen; auch Veteranenbünde sind — besonders in Paraguay und Bolivien — anzutreffen. In Bolivien hat der nach dem Chaco-Krieg gegründete Veteranenbund z. T. den Kern der späteren Revolutionspartei — MNR — gebildet.

III. Sonstige Strömungen

Zu erwähnen sind hier in erster Linie die durch das Universitätsmilieu bestimmten Stellungnahmen zu Fragen der aktuellen Politik. Es ist den Ländern Lateinamerikas eigentümlich, daß Universitätsprofessoren und Studenten das politische Geschehen des öfteren entscheidend beeinflußt haben. Motive für die studentische politische Tätigkeit sind vor allem die Verteidigung der Universitätsautonomie gegen Übergriffe der Re-

gierung und die Forderung eines Mitspracherechts über die Hochschulpolitik gewesen.

Die Studentenbewegungen auf dem eigentlichen politischen Gebiet richteten sich gegen willkürliche Maßnahmen autoritärer bzw. diktatorischer Regierungen oder überhaupt gegen die Regierungen selbst. Ursprünglich als zeitlich begrenzte Aktionen gedacht, nahmen sie mehr und mehr ideologischen Charakter an und wiesen — vor allem nach 1945 — meistens linksgerichtete Tendenzen auf¹⁵⁹.

Zahlreich sind die Beispiele für die aktive Beteiligung der Studenten an den politischen Auseinandersetzungen. Repräsentative Fälle waren die folgenden: im Jahre 1930 haben die Studenten in starkem Maße zum Sturz der Präsidenten Irigoyen in Argentinien und Siles in Bolivien beigetragen. In Chile waren Umsturzbestrebungen seitens der Studenten im September 1938 zu verzeichnen. Auch andere Länder, wie Kolumbien und Venezuela, haben eine rege politische Betätigung der Studentenschaft aufzuweisen. In der jüngeren Vergangenheit — d. h. in den Jahren 1957 und 1958 —, als es galt, die Diktatoren Rojas Pinilla und Marcos Pérez Jiménez zu stürzen, haben der „nationale Studentenstreikausschuß“ in Kolumbien und die „venezolanische Studentenfront“ einen beträchtlichen Beitrag zum Sturz der Regierung geliefert.

Charakteristisch für diese und ähnliche Unternehmungen ist die Opferbereitschaft der Beteiligten, die sich z. B. darin zeigt, daß sie ungeachtet der Schlagkraft einer im allgemeinen mit modernen Waffen ausgerüsteten Polizei zu Gewaltmethoden greifen, um die Auseinandersetzungen einem Höhepunkt zuzutreiben. Die betroffenen Regierungen antworten vielfach mit drastischen Gegenmaßnahmen, wie der Schließung der Universität, dem Verhängen des Ausnahmezustandes usw., aber in vielen Fällen haben diese Studentenbewegungen — auf lange Sicht gesehen — ihr Endziel nicht verfehlt.

Eine weitere Strömung stellt der Regionalismus dar, d. h. die Tendenz einzelner Gebiete, sich von den übrigen Teilen abzusondern, so z. B. in Peru und Ekuador, wo ein Gegensatz zwischen den „an der Küste“ — d. h. westlich der Anden — liegenden Gegenden und den „Sierra-Gebieten“ besteht. Die „Küstengebiete“ zeichnen sich z. B. dadurch aus, daß sie den Handel und die Industriebestrebungen fördern, während die „Sierra-Gebiete“ die Aufrechterhaltung des Latifundiensystems begünstigen und den Säkularisierungstendenzen entgegenwirken. In Argentinien läßt sich feststellen, daß die „Gebiete des Innern“ die Interessen der Großgrundbesitzer und der Kirche gegen die Ansprüche der Gegend um Buenos Aires verfechten. Es handelt sich hier um Fragen, die

zur täglichen politischen Wirklichkeit dieser Länder gehören. Das erwähnte Problem des Regionalismus läßt diese Fragen in einem besonderen Licht erscheinen und kann damit zu ihrer Erhellung wesentlich beitragen.

Der Blick auf die strukturellen Gegebenheiten der Länder Lateinamerikas sollte dazu dienen, die wirtschaftlichen und politischen Grundlagen abzustecken, in deren Rahmen sich die vorliegende Untersuchung bewegt. Wird dadurch einerseits die soziologische Vermittlung zwischen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur sichtbar, so fordert die Eigentümlichkeit der Verhältnisse in den einzelnen Ländern andererseits dazu auf, sich ständig vor gefährlichen Verallgemeinerungen zu hüten. Da jedoch die Untersuchung auf ein ausgedehntes geographisches Gebiet abgestellt ist, mußten gleichzeitig die vielen gemeinsamen Merkmale hervorgehoben werden, um den Einheitscharakter des Gesamtkomplexes zu bewahren. Daher mußten die entsprechenden Aussagen bewußt elastisch gehalten werden; sie sollten es erlauben, die Verschiedenartigkeit der Probleme und ihre Ähnlichkeit zugleich zu erfassen.

Eine andere Methode, z. B. das Zugrundelegen festgefügtter Denkschemata, kann diesen ständig in Umwandlung begriffenen Ländern nicht gerecht werden und würde dazu führen, daß man sich von der tatsächlichen jeweiligen Wirklichkeit entfernt. Die hier bevorzugte Verfahrensweise bedeutet für die folgenden Ausführungen, daß die ausgewählten Staatsstreiche zuerst als Einzelfälle im Rahmen der Länder, in denen sie sich abgespielt haben, untersucht werden. Davon ausgehend sollen die gemeinsamen und die voneinander abweichenden Merkmale aufgezeigt werden, um daraus schließlich mögliche Schlußfolgerungen für das betrachtete Gebiet ziehen zu können.

ZWEITER HAUPTTEIL: DER STAATSTREICH ALS MITTEL POLITISCHER ENTWICKLUNG

Das Auswahlprinzip, das den hier untersuchten Staatsstreichen zugrunde gelegt wurde, ergibt sich aus den in der Einleitung festgehaltenen Richtlinien. Allerdings muß auf eine ins Detail gehende Schilderung der einzelnen Vorgänge verzichtet werden, denn der geringe geschichtliche Abstand und die damit zusammenhängenden Schwierigkeiten, an etwa vorhandenes Archivmaterial heranzukommen, gestatten eine solche Darstellung des Verlaufes der einzelnen Staatsstreiche nicht. Es soll aber durch eine Erörterung der Fakten das Grundschema deutlich gemacht werden.

KAPITEL III: ARGENTINIEN

A · DER STAATSTREICH VOM 6. SEPTEMBER 1930

I. Genesis

Der Ausgang der Präsidentenwahlen des Jahres 1916 stellte einen entscheidenden Wendepunkt in der argentinischen Innenpolitik dar. Waren bisher die Konservativen — im argentinischen Sprachgebrauch die Oligarchie — die alleinigen Inhaber der Staatsmacht, so gelang es jetzt der Radikalen Partei — der „Unión Cívica Radical“ —, begünstigt durch die erstmalig zur Anwendung gekommene sogenannte „Ley Sáenz Peña“¹⁶⁰, die Staatsspitze mit ihrem Kandidaten Hipólito Irigoyen zu erobern. Damit setzte die Herrschaft der Radikalen ein, die bis zum Jahre 1930 dauern sollte. Irigoyen amtierte von 1916 bis 1922, gefolgt von Marcelo T. de Alvear bis 1928. Der nun sehr alt gewordene Irigoyen wurde in diesem Jahr für eine weitere Amtsperiode gewählt. Der Sieg der Radikalen Partei bedeutete nicht nur eine Umbesetzung des Führungpersonals des Staates, sondern leitete darüber hinaus zugleich eine in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht neue Entwicklung ein, da mit dieser Partei die argentinischen Mittelschichten zum ersten Male die oberste politische Macht ausübten. (Es ist nicht von ungefähr, daß Irigoyen als der erste „Mittelstands-Präsident“ bezeichnet wurde.) Tatsächlich hat sich der Mittelstand erst im Laufe dieser Jahre in das argentinische politische Leben integriert und auch beträchtlich dazu beigetragen, die Führungskräfte des Landes in allen Aspekten zu erneuern¹⁶¹. Jedoch war damit keineswegs erreicht, daß den Konservativen jegliche Machtausübung genommen wurde. So konnten sie trotz der tatsächlichen Herrschaft der Radikalen eine breite Mehrheit im Abgeordnetenhaus aufrechterhalten, fast den gesamten Bundesrat beherrschen — in dem die „Unión Cívica Radical“ niemals die Mehrheit erzielte —, ferner elf der dreizehn Provinzregierungen bilden und wichtige Posten im Justizwesen besetzen. Hinzu kam, daß die großen Presseorgane auch die konservative Orthodoxie unterstützten.

Kurz, die Radikalen regierten zwar, vermochten ihre Maßnahmen jedoch nicht vollkommen gegen den erheblichen Widerstand der Konservativen durchzuführen. Den Wirkungsmöglichkeiten der Regierung waren dadurch Grenzen gesetzt, so daß die von den Radikalen gewünschte grundlegende Umwandlung der bisherigen Machtverhältnisse nicht herbeigeführt werden konnte.

Ab 1928 machte sich dieser Umstand noch stärker bemerkbar, als Irigoyen, durch Alter und Krankheit geschwächt, seine zweite Amtsperiode antrat. Diese stand vor allem unter dem Zeichen der Wirtschaftsdepression und der offensichtlichen Lähmung der Verwaltung. Die argentinische Wirtschaft erfreute sich einer allgemeinen Expansion bis zum Jahre 1928. Von der zweiten Hälfte des Jahres 1929 an manifestierten sich jedoch die ersten Krisenzeichen: u. a. Absinken der Exporte, Erschütterung der Zahlungsbilanz ab Oktober 1929, Schrumpfung der Devisenreserven. Am 24. Dezember 1929 nahm die Regierung eine Anleihe in Höhe von 5 Mill. Pfund Sterling auf. Am 30. Juni 1930 bewilligte die „Chatham Phoenix Corporation“ der Stadt Buenos Aires ebenfalls eine Anleihe von 16,1 Mill. Dollar¹⁶². Damit war offenbar, daß sich die Lage verschlechterte. Die oppositionellen Gruppen, die von den Wirtschaftsmaßnahmen der Radikalen betroffen wurden, erhielten durch die Krise einen willkommenen Auftrieb und Kraftzuwachs für ihren Kampf gegen die staatliche Wirtschaftspolitik.

Ferner übertrug sich die Lähmung der Regierungspartei auf die durch Intrigen, Inkompetenz u. a. m. geplagte Verwaltung. Besonders angeprangert wurde die Korruption, die dort fast in jedem Verwaltungszweig herrschte. So berichtete z. B. Ysabel F. Rennie: „Es gab Räuberei in der Postverwaltung, der staatlichen Eisenbahn, der Zollverwaltung, der Nationallotterie, in jedem Posten der Regierung, wo Geld zu unterschlagen war“¹⁶³.

Irigoyen vermochte nicht mehr seine persönliche Autorität durchzusetzen, nicht nur, weil ihm die Steuerung der Regierungsmaschinerie auf Grund seines vorgeschrittenen Alters und seines gesundheitlichen Zustandes entglitten war, sondern auch, weil er innerhalb der Partei nicht mehr der unbestrittene Führer war. Die „Unión Cívica Radical“ war nämlich schon 1924 in sogenannte „Personalistas“ und „Antipersonalistas“ zersplittert, wobei vor allem die auf die Person Irigoyens abgestellte Führung der Partei bejaht bzw. abgelehnt wurde. Schließlich brachte der Regierungspartei die am 2. März 1930 bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus erlittene Niederlage einen empfindlichen Prestigeverlust ein.

Während man sich in der „Unión Cívica Radical“ auf eine „Umorga-

nisierung“ zu besinnen anfang, sammelte die Opposition in den letzten Monaten vor dem 6. September ihre Kräfte. Auf parteipolitischer Ebene waren es vor allem die Konservativen und die Unabhängigen Sozialisten — eine abgefallene Gruppe der sozialistischen Partei und Sieger bei den März-Wahlen in Buenos Aires —, die die Führung der oppositionellen Bewegung übernahmen. Durch parlamentarische Kundgebungen, öffentliche Versammlungen und Pressekampagnen versuchten sie die „revolutionäre“ Atmosphäre zu schaffen, die zum Staatsumsturz führen sollte.

Die konservativen Kreise des „Jockey Club“ hatten ihr Pendant in dem „Círculo Militar“ der Armee. Nach Angaben von zehn Journalisten, die nach dem 6. September über die Verschwörung berichteten, sollen die ersten gemeinsamen Sitzungen im Januar 1930 stattgefunden haben¹⁶⁴.

An der Spitze der zum Schluß gebildeten Militärjunta standen Generalleutnant José F. Uriburu und General Augustín P. Justo¹⁶⁵. Wie immer die „Revolución“ in den einzelnen Phasen geplant sein mochte, ihr erklärtes Ziel war, „die Republik durch Absetzung der Regierung Irigoyen mit Hilfe einer Einheitsbewegung zu retten“¹⁶⁶. Daher die Bildung der „Liga Republicana“ und der „Legión de Mayo“ (genannt nach den Militärbaracken Campo de Mayo). Als ein „vorrevolutionäres Manifest“ wurde die am 9. August 1930 von 44 Senatoren und Abgeordneten — Konservativen und Unabhängigen Sozialisten — unterschriebene Kollektivschrift bezeichnet, in der Konservative und Unabhängige Sozialisten gegen die Eingriffe („Intervenciones“) der Regierung in den Provinzen und gegen ihre verschwenderischen Ausgaben protestierten¹⁶⁷. Am 6. September setzte Uriburu, „dem einmütigen Aufruf des Volkes folgend“, wie es in einer am selben Tage erlassenen Proklamation hieß¹⁶⁸, die Regierung Irigoyen gewaltsam ab.

II. Motive

Aus dem Dargestellten lassen sich schon die Motive erkennen, die in den amtlichen Proklamationen und in den parteipolitischen Beteuerungen angegeben wurden. Es waren eben die offiziellen, besser: die offiziellen Motive. Die wahrscheinlichen Gründe können nur aus dem Zusammenhang heraus angedeutet werden. An erster Stelle müssen hier die Zustände angeführt werden, die man unter der Überschrift „Versagen des Radikalismus“ zusammenfassen kann.

In ihrem am Tage des Staatsumsturzes erlassenen „Manifiesto al pueblo“ sprach die Militärjunta u. a. von der „Untätigkeit und der Kor-

ruption der Verwaltung, von der Anarchie an der Universität, von der Improvisation und der Verschwendung in der Wirtschaft und Finanzverwaltung, von dem deprimierenden Nepotismus . . .“ usw., die es zu beseitigen gelte¹⁶⁹. Obwohl bei solchen Erklärungen eine Verallgemeinerung einzelner Erscheinungen und eine zweckmäßige Übertreibung mancher Fehler immer denkbar ist, neigen einige Autoren dazu, dieser Version zuzustimmen. So meint z. B. Colmo, der primäre und grundlegende Faktor, das, was man die effektive Ursache nennen könnte, sei das allgemeine Empfinden (*el sentir general*), das Kollektivbewußtsein gewesen, welches der Bewegung einen sozialen Charakter gegeben habe¹⁷⁰. Außer den „äußeren Ursachen“ des Staatsstreiches — wie z. B. der Weltwirtschaftskrise, den Erdölintrigen, der oligarchischen Mobilisierung der Opposition — will auch Ramos die „innere Ursache, die tiefere und die wirkliche“ darin erblicken, daß „Irigoyen seinen Zyklus vollkommen erschöpft und der traditionelle Radikalismus sich seinem Ende genähert hatte“¹⁷¹.

Die Fehler des Irigoyenismus und die damals herrschende Krisenlage waren unbestreitbar, konnten aber an sich keine objektive Rechtfertigung für das Vorgehen der Armee und der konservativen Kreise abgeben. Dagegen sprach z. B. die Haltung eines Teiles der Opposition, der selbst zu der Anti-Radikalenstimmung beitrug, jedoch, das gewaltsame Ende ahnend, vor einem Eingreifen der Armee mit den Worten warnte: „Wahlen ja; Waffen nein!“¹⁷². In der Tat waren die schon erwähnten März-Wahlen eine erste deutliche Absage an den Radikalismus. Man hat sogar gemeint: „Es gab nichts in der argentinischen Situation von 1930, was nicht mit dem Stimmzettel hätte geheilt werden können“¹⁷³. Diese optimistische Einschätzung der Sachlage scheint allerdings mit den realen Machtverhältnissen auch einige Monate nach dem Staatsstreich nicht übereinzustimmen. Aus den im April 1931 von der Regierung Uriburu abgehaltenen Parlaments- und Gouverneurswahlen für die Provinz Buenos Aires gingen bezeichnenderweise die Radikalen, nicht die Konservativen als Sieger hervor.

Nach Angaben der Berliner „Vossischen Zeitung“ vom 13. Juni 1931 waren bei den Gouverneurswahlen der Provinz Buenos Aires 218 000 Stimmen auf die Radikalen, 187 000 Stimmen auf die Konservativen entfallen. In derselben Zeitung werden die Wahlergebnisse wie folgt kommentiert: „ . . . Die Konservativen sind die Landfürsten-Partei, die Banken-Partei, die Großindustrie-Partei, den Yankees freundlich. Und die Radikalen — nun, auch Geldpartei, aber mit sozialen Anwandlungen und Anti-Yankee. Sie stürzten — mit Irigoyen — daran, daß sie ihre sozialen Reformen in den landesüblichen Korruptions-Sumpf kut-

schierten. Und darin steckenblieben. Aber, immerhin, in ihren Programmen wenigstens stehen die Reformen. Also wählen die Landarbeiter radikal und die Stadtarbeiter sozialistisch. Nicht konservativ. Nicht für die siegreiche Revolution des Generals Uriburu. Hinter ihm stehen das Militär, der Großgrundbesitz, das Großkapital. Aber das Volk trennt sich von ihm. Vom Gefängnis aus siegt der alte Irigoyen¹⁷⁴.“

Allein schon aus diesen Wahlergebnissen geht hervor, daß die von der Konservativen Partei entfachten Umsturbewegungen nicht von den breiten Massen der Bevölkerung getragen wurden und die Herrschaft der Radikalen Partei infolgedessen mit dem Stimmzettel nicht ohne weiteres aufzuheben gewesen wäre.

Es sprechen vielmehr Gründe dafür, daß der 6. September als eine Reaktion, als ein Revancheakt der Konservativen verstanden werden kann, der darauf hinauslief, den Radikalismus als politische und soziale Bewegung zu beseitigen. Abgesehen von der lange aufgestauten Erbitterung über ihre Verdrängung von der Staatsmacht seit dem Jahre 1916, waren diese Schichten — sprich Latifundisten, Großkapitalisten und mit ihnen ausländische Investoren — von der Radikalen-Wirtschaftspolitik viel zu oft betroffen worden, als daß sie nicht an eine Rückgewinnung des politischen Machtapparates gedacht hätten.

So hat man — um nur ein Beispiel herauszugreifen — den 6. September als einen „Erdöl-Coup“ bezeichnet. Am deutlichsten kommt das bei Arturo Frondizi¹⁷⁵ zum Ausdruck, der versucht hat, diesen Zusammenhang zu erhellen. Diese Bezeichnung (Erdöl-Coup) erkläre sich, so meint er, dadurch, daß der Staatsstreich die Realisierung von großen Plänen über die Erdölpolitik gerade verhindert habe und daß viele mit den ausländischen Erdölinteressen verbundene Persönlichkeiten an dem Coup beteiligt gewesen seien und hohe Regierungsposten in der de facto-Regierung bekleideten. Ferner vertritt Frondizi die Ansicht, die radikale Erdölpolitik habe eine Reihe von Folgen nach sich gezogen, die in ihrer vollen Bedeutung nicht bemerkt worden seien. So konnte das Prinzip der Nationalisierung der Erdölvorkommen und deren ausschließliche Ausbeutung durch den Staat nie wieder aufgegeben werden — ein schwerwiegendes Faktum für die englischen Interessenten, noch bedeutsamer aber für die amerikanischen, die gerade um Reserven in allen Gebieten der Welt rangen. Noch bedrohlicher dürfte jedoch der Vorschlag der Radikalen in der Senatssitzung vom 12. Dezember 1929 gewesen sein, sich von den englischen und nordamerikanischen Monopolen unabhängig zu machen, indem man über die Iugamtorg-Gesellschaft russisches Naphtha gegen Landwirtschafts- und Viehzuchtprodukte einhandeln sollte.

Die verfolgte Politik deutete weit über das Erdölproblem hinaus eine Wendung der allgemeinen Energiepolitik an. Man zog z. B. die Nationalisierung der hydroelektrischen Energiequellen in Erwägung, wobei Präsident Irigoyen sofort eingriff, um die Beherrschung dieser Quellen in der Provinz Córdoba durch ein amerikanisches Konsortium zu verhindern. All dies habe nach Frondizi wiederum nicht nur die privaten Erdöluntersuchungen zum Stillstand gebracht, sondern auch eine Neuorientierung gegenüber den Auslandsinvestitionen bedeutet. Danach, so schließt er, war logischerweise nur zu erwarten, daß die betroffenen einheimischen und ausländischen Interessen heftig reagierten, wie sie es auch taten.

Von anderen Autoren ist ebenfalls auf diese Seite des Problems hingewiesen worden¹⁷⁶. Man darf sie jedoch nicht überbetonen, zumal ihre Hauptthesen hier dokumentarisch nicht nachgewiesen werden können. Man muß sie vielmehr in dem Gesamtzusammenhang sehen, auf den es ja schließlich ankommt, um der vertretenen Betrachtungsweise Überzeugungskraft zu verleihen. Ein Mittel hierzu sei, der Grundtendenz der nach dem 6. September von den konservativen bzw. konservativ beeinflussten Regierungen verfolgten Politik nachzugehen.

III. Folgen

General Uriburu amtierte zwei Jahre lang, von 1930 bis 1932, als Präsident der de-facto-Regierung. Daß diese vorwiegend von den Konservativen beherrscht wurde, zeigte sich an der Besetzung der Schlüsselposten des Staatsapparates und an den sehr umfangreichen Personalveränderungen, die, wie Rennie bemerkt, bis zum kleinsten Postangestellten reichten¹⁷⁷. Die Radikalen wurden nicht nur aus ihren Stellungen gejagt, sondern auch den bei solchen Umwälzungen üblichen Verfolgungen und Schikanen ausgesetzt, denn es galt offensichtlich, die Machtverhältnisse so weit wie möglich umzukehren. Charakteristisch dafür war z. B. die Aufhebung des durch die „Ley Sáenz Peña“ verkündeten allgemeinen Wahlrechts. Ferner führte Uriburu, um der wachsenden Opposition wirksam zu begegnen, eine scharfe Pressezensur ein und verhängte den Belagerungszustand. Im großen und ganzen blieb das Uriburu-Regime eine Militärdiktatur, die sich sogar als faschistisch gefärbt bezeichnen ließe.

Dem Uriburu-Regime folgte die Regierung des Generals Augustín P. Justo, der aus von seinem Vorgänger abgehaltenen Wahlen, an denen die Radikale Partei nicht teilnehmen durfte, als Präsident hervorgegangen war. General Justo sagt man eine ausgesprochene politische Ge-

schicklichkeit nach, mit deren Hilfe er es verstanden habe, sich der nunmehr einander bekämpfenden Faktionen zu bedienen, so daß er sogar eine relative Beruhigung der politischen Lage erreichen konnte¹⁷⁸.

Der neue Präsident stammte zwar aus den „Anti-Personalistas“ der Radikalen Partei, hatte aber, wie schon angedeutet, an dem Staatsstreich teilgenommen und wurde von den Konservativen unterstützt. Damit konnten diese während seiner Amtsperiode von 1932 bis 1938 die Richtlinien der Regierungspolitik weiterhin mitbestimmen.

Den wieder gesammelten Radikalen gelang es jedoch, bei den nächsten Wahlen eine Kompromißformel durchzusetzen: ein gemäßigter Radikaler, Roberto M. Ortiz, wurde Präsident und der Konservative Ramón S. Castillo Vizepräsident. Ein Gleichgewicht der Kräfte schien sich hier anzubahnen, pendelte aber infolge Ortiz' Erkrankung und frühzeitigen Ablebens zugunsten der Konservativen zurück. Castillo übernahm das Provisorium von 1940 bis 1942, als er zum Nachfolger von Ortiz gewählt wurde. Während seiner Amtsausübung glaubte er, eine ausschließliche Konservativen-Politik durchführen zu können. Er überschah nicht nur die Armee, die nunmehr seit dem 6. September 1930 ein bestimmender Faktor des politischen Lebens geworden war, sondern auch die Opposition, die sich soweit gefestigt hatte, daß sie das Abgeordnetenhaus beherrschen konnte. Hinzu kam schließlich, daß er dem neuen Element des argentinischen politischen Lebens — den vorwärtstrebenden Massen — nicht Rechnung trug. Damit waren die Ansätze gegeben, die zum neuen Wendepunkt vom 4. Juni 1943 führen sollten.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß es den Konservativen nach dem 6. September 1930 durchaus gelang, die Führung des Staatsapparates zurückzugewinnen und sie bis zum 4. Juni 1943 zu behaupten. Der Staatsstreich hat sich darin erschöpft, der Herrschaft der Radikalen ein Ende zu bereiten und sie durch die konservative zu ersetzen. Daher ist die Bezeichnung „reaktionär“, mit der man ihn charakterisiert hat, weitgehend gerechtfertigt¹⁷⁹. Selbst der bereits zitierte Colmo, der allerdings die Bewegung als solche dem „allgemeinen Empfinden“ zuschrieb, mußte schon feststellen, daß „sie . . . den Invektiven der Manifeste und den Versprechungen zum Trotz nicht ein einziges neues Prinzip in bezug auf das Grundlegende — das Wirtschaftliche und vor allem das Soziale — in sich trug, (und) daß sie sich letztlich auf die Vertreibung einer Partei und auf eine Personensubstitution in der Regierung beschränkte“¹⁸⁰.

B · DER STAATSSTREICH VOM 4. JUNI 1943

I. Genesis

Dieser zweite Staatsumsturz wurzelt unmittelbar in der seit Castillos Amtsübernahme ins Wanken geratenen Führung der konservativen Kräfte. Damit gehört er auch in den allgemeinen Rahmen der seit dem 6. September 1930 eingeleiteten politischen Entwicklung. Die Versuchung liegt daher nahe, anzunehmen, es habe eine Wiederholung des gleichen Tatbestandes — allerdings mit umgekehrten Vorzeichen — stattgefunden. Die Voraussetzungen, die zum 4. Juni 1943 führten, sind jedoch in ihrer Zusammensetzung und im Vergleich zu der Atmosphäre des Jahres 1930 so grundverschieden, daß sie keinen Anhaltspunkt für eine solche Annahme bieten können. Die Castillo-Regierung sah sich im Gegensatz zu der von Irigoyen keiner einheitlichen Oppositionsfront gegenüber, die offen — wie seinerzeit die Konservativen und die Unabhängigen Sozialisten — auf einen Regierungsumsturz drängte. Es war vielmehr die Armee, welche auf Grund der inneren Widersprüche der konservativen Führung und ihrer betont einseitigen Politik die Entscheidung traf. Sie hat damit die eigene, durch das Castillo-Regime gefährdete Stellung gerettet und es verstanden, zugleich den nach oben drängenden Schichten ein Ventil zu geben. Die Armee war also nicht wie damals das bloße Instrument, sondern der Motor und der eigentliche Träger des Staatsstreiches, womit auch erklärt ist, daß es überflüssig war, diesem den Mantel einer angeblichen Volksbewegung umzuhängen, um ihn nach außen hin zu rechtfertigen.

Es bestand ferner keine allgemeine Wirtschaftskrise, welche die Regierung wie 1930 zu Maßnahmen veranlaßt hätte, die im Sinne der herkömmlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik unpopulär gewesen wären. Die von der Castillo-Regierung auf diesem Gebiet verfolgten Richtlinien entsprangen vielmehr der parteipolitischen Grundhaltung. Als daher die Armee noch in der letzten Minute versucht haben soll, Castillo zu einer elastischeren Führung zu bewegen, stieß sie auf dessen Ablehnung und griff ein¹⁸¹. Der Coup vom 4. Juni wurde, wie Rennie hervorhob, „sanft und unerwartet“ durchgeführt¹⁸². In der Tat: Innerhalb von wenigen Stunden nach dem Beginn der Operationen am frühen Morgen unterlag die Regierung Castillo.

II. Motive

Die Beweggründe, die zunächst aus der Reaktion der Armee gegen die Politik Castillos abgeleitet werden könnten, scheinen sich letztlich um einen Punkt kristallisiert zu haben: um die von Castillo bestimmte Kandidatur des Zuckerindustriellen Robustiano Patrón Costas für die im September 1944 abzuhaltenden Präsidentschaftswahlen. Diese Kandidatur dürfte nicht nur bei den Oppositionsgruppen auf schroffe Ablehnung gestoßen sein, sondern auch keine vorbehaltlose Unterstützung seitens der Latifundisten innerhalb der Konservativen Partei gefunden haben.

Diese fürchteten nämlich, daß ihre Interessen durch den zumal als englandfreundlich geltenden Patrón Costas gefährdet würden. Da andererseits der Industrialisierungsprozeß nicht mehr aufzuhalten war, hätte der Nachfolger Castillos in der Lage sein müssen, einen Mittelweg einzuschlagen, der die Interessen sowohl der eingesessenen Großgrundbesitzerorganisationen als auch der neuen Industrieunternehmen berücksichtigt hätte. Gerade durch seinen Industriellen-Status „disqualifizierte“ sich Patrón Costas. Jedoch hätte die offene Ablehnung seiner Kandidatur einen fatalen Bruch in den Reihen der Konservativen hervorgerufen, was den Oppositionsgruppen unweigerlich zugute gekommen wäre. Um das Dilemma zu entscheiden, trat dann die Armee sozusagen als Schiedsrichter auf¹⁸³. Hier aber — genau wie beim Staatsstreich vom 6. September 1930 (siehe Abschnitt „Motive“) — könnte man die ausschlaggebende Wirkung eines solchen Motivs nur dann behaupten, wenn dies unabweisbar zu belegen wäre. Für die Erhellung der Gesamtzusammenhänge mag es wiederum genügen, nachträglich festzustellen, in welchem Maße der weitere Verlauf der Ereignisse die oben angestellte Vermutung bekräftigt bzw. abschwächt.

Eine Reihe anderer Motive läßt sich aus der Zusammensetzung der militärischen Faktionen entnehmen, die den Staatsstreich organisierten und durchführten. Nach Angaben von Rennie¹⁸⁴ waren es hauptsächlich drei Gruppen: eine Gruppe um General Arturo Rawson, die danach trachtete, Argentinien Prestige wiederherzustellen und, in bezug auf den noch anhaltenden Weltkrieg, eine Zusammenarbeit mit den Alliierten anzustreben. Die der Radikalen Partei nahestehenden Offiziere sollen für die Rückkehr dieser Partei an die Macht eingetreten sein. Die letzte, unter der Bezeichnung GOU (Grupo de Oficiales Unidos) bekannte Gruppe — die eigentliche Triebkraft des Ganzen — war nationalistisch gesinnt. Unter der Führung des damaligen Obersten Juan Domingo Perón sollte sie später, nach zwei Jahren innerer

Machtkämpfe um die Führung, die ganze Staatsgewalt an sich reißen – allerdings gestützt auf die tätige Sympathie der Arbeitermassen.

Hier kommt ein weiterer Faktor zum Ausdruck, der im engen Zusammenhang mit dem Industrialisierungsprozeß steht. Infolge der fortschreitenden Industrialisierung konzentrierten sich besonders in der Gegend von Buenos Aires die großen Arbeitermassen, deren Ansprüche von den verschiedenen Regierungen nach 1930 nur mangelhaft – wenn überhaupt – berücksichtigt werden konnten. Zwar bemühten sich im Kongreß einige Liberale und Sozialisten, ein Mindestmaß an sozialer Gesetzgebung zu erkämpfen. Sie waren aber, wie Alexander hervorhob¹⁸⁵ „Propheten in der Wüste“, denen es erst nach zähem und langem Ringen gelang, einige dürftige Gesetze durchzubringen. Was die Gewerkschaften betrifft, so war die CGT (Confederación General de Trabajadores) 1942 in zwei Lager geteilt: eine orthodoxe Gruppe, gestützt vor allem auf die Eisenbahnergewerkschaft „Unión Ferroviaria“, und eine unter kommunistischer Führung stehende Gruppe. Die ohnehin schwach organisierten Arbeitermassen waren durch diese Zersplitterung in ein noch ungünstigeres Kräfteverhältnis gegenüber den regierenden Schichten versetzt worden.

Ferner verdient in diesem Zusammenhang ein soziologischer Tatbestand besondere Beachtung. Als Folge der großen Wirtschaftsdepression hatte die Einwanderung in Argentinien merklich nachgelassen und den Umfang der Zeitspanne von 1919 bis 1929 nie wieder erreicht. Die erste Arbeiteravantgarde bestand aber gerade aus europäischen Einwanderern – vor allem Spaniern und Italienern –, welche die sozialistischen Ideen der Alten Welt mitbrachten und sie drüben zu verwirklichen suchten. Die zweite Generation bestand zwar zum großen Teil aus Nachkommen dieser Einwanderer, war aber durch den „Argentinisierungsprozeß“ bereits so weit assimiliert worden, daß sie das „importierte“ Gedankengut ihrer Vorfahren nicht ohne weiteres übernahm und es sogar teilweise als „fremd“ empfand. Enttäuscht von den wenigen praktischen Errungenschaften, die diese Ideen in ihren Augen bewirkt hatten, war sie außerdem geneigt, sich nationalistischen, das bedeutete vor allem schlagkräftigeren, Parolen hinzugeben.

Es bleibt ein Verdienst Peróns, die Explosionskraft, die zugleich eine vorwärtstrebende Kraft war, in den verwandelten Arbeitermassen erkannt zu haben.

Es ist nicht von ungefähr, daß er erklärte, die Revolution sei auch notwendig gewesen, um das Bewußtsein der Massen aufzuwecken... und in politischer Hinsicht, um denselben Arbeitern zu zeigen, daß sie ihre Rechte durchsetzen konnten, ohne zu extremistischen Ideolo-

gien zu greifen, welche die überwältigende Mehrheit des argentinischen Volkes offen ablehnte¹⁸⁶. Auf dieser Grundlage konnte er jene Bewegung entfesseln, die, mit seinem eigenen Persönlichkeitsstempel versehen, historische Bedeutung gewann.

III. Folgen — Der Peronismus

Am 5. Juni, einen Tag nach dem Staatsstreich, übernahm General Arturo Rawson das Präsidentenamt als provisorischer Staatshauptmann. Jedoch am 6. Juni löste ihn General Pablo Ramírez ab, der das Amt nur bis 1944 verwaltete. Er kündigte zwei Grundtendenzen seines Regierungsprogramms an: in der Innenpolitik: Reformen zugunsten der Massen; in der Außenpolitik: die Erfüllung der argentinischen interamerikanischen Verpflichtungen¹⁸⁷.

Vielleicht war es dieses feierliche Bekenntnis zur interamerikanischen Organisation, das der de-facto-Regierung die rasche Anerkennung der USA — genau acht Tage nach dem Regierungssturz — einbrachte. Trotzdem wurde General Ramírez durch seinen Vizepräsidenten, General Edelmiro Farrell, ersetzt, der von 1944 bis 1946 amtierte. Unter ihm gab Argentinien die lange verfochtene Neutralitätspolitik auf und erklärte den Achsenmächten im März 1945 den Krieg.

Dieses Hin und Her in der Besetzung der Staatsspitze spiegelte die Machtkämpfe wider, welche die verschiedenen Faktionen einander lieferten. Inzwischen hatte Perón am 2. Dezember 1943 u. a. die Leitung des Arbeits- und Fürsorgeministeriums übernommen, von dem aus er es verstand, den Kontakt mit den Arbeitermassen immer enger zu gestalten. Außerdem nutzte er später als Vizepräsident der Republik die ihm dadurch gegebene Möglichkeit aus, seine Stellung in dem Verwaltungsapparat zu festigen und auszubauen.

Die durch seinen offensichtlichen „Willen zur Macht“ entstandenen Spannungen zwischen ihm und anderen Kreisen der Armee führten im Oktober 1945 zum offenen Bruch. Perón wurde am 10. Oktober festgenommen und am 12. sämtlicher Ämter enthoben. Dies jedoch nur für kurze Dauer, denn am 17. Oktober, unter dem Eindruck der immer gewaltiger werdenden Massendemonstrationen, wurde er wieder freigelassen und damit als faktisches Staatsoberhaupt bestätigt.

Bei den Präsidentschaftswahlen vom Februar 1946 trat er gegen den von einer Oppositionskoalition unterstützten Radikalen Dr. José Tamborini auf. Doch diese Kandidatur der Opposition wog in den Auseinandersetzungen weniger schwer als z. B. die feindliche Haltung des State Department gegenüber Perón, das im Höhepunkt des Wahl-

kampfes ein sogenanntes „Blaues Buch“ veröffentlichte. Von Perón besonders angegriffen wurde der damalige amerikanische Botschafter in Argentinien, Spruille Braden, den er der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Argentiniens bezichtigte. Hieraus entstand die berühmte, das Nationalgefühl aufputschende Wahlkampfparole: „Braden oder Perón“, die ihre Wirkung nicht verfehlen konnte. Am 24. Februar 1946 ging Perón als Sieger aus den Wahlen hervor; die offizielle Herrschaft des Peronismus setzte damit ein.

Die Beurteilung dieser neuartigen Bewegung in der argentinischen politischen Geschichte ist keineswegs einfach, da der Peronismus häufig als ein Mischmasch nationalistischer, faschistischer und sozialistischer Ideen abgetan wird. Dabei übersieht man, daß diese Bewegung nicht nur nicht zusammenhanglos dasteht, sondern über ihr Ende hinaus mit der unmittelbaren politischen Entwicklung Argentiniens weiterhin verbunden bleibt. Deshalb kann hier in Anlehnung an George Pendle festgehalten werden, daß „Perón und Peronismus... nicht einfach gewaltsamer und tragischer Einzelfall waren: Die argentinische Geschichte ist ein fortlaufender Prozeß, und die Ära Perón war eine Folge sowohl dessen, was vorangegangen war, als auch gegenwärtiger Umstände und Nöte“¹⁸⁸.

Um den Peronismus in seiner Bedeutung als Folge des Staatsstreiches vom 4. Juni 1943 erfassen zu können, werden zunächst dessen theoretische Grundlagen, sodann die damit erzielten Ergebnisse untersucht. Daran anschließend wird versucht, die eigentliche Kontur des Peronismus als Experiment zu umreißen.

1. Die theoretischen Grundlagen des Peronismus

Perón vertritt die Meinung¹⁸⁹, der 4. Juni habe „um der anorganischen, individualistischen, durch Enttäuschung und Betrug aufgelösten Masse des Volkes willen“ stattgefunden. Er wäre jedoch trotz seines hohen Zieles ruhmlos geblieben, hätte er nicht einen bedeutenden sozialrevolutionären Inhalt bekommen. Zur Durchführung dieser Revolution, deren „drei Fahnen“ – wie Perón schreibt – die soziale Gerechtigkeit, die wirtschaftliche Unabhängigkeit und die politische Souveränität sind, mußten zwei unerläßliche Aufgaben bewältigt werden: die Formulierung einer „nationalen Doktrin“ auf der „Grundlage der drei Fahnen“ und die Erfassung aller Sektoren der Nation, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Diese fand ihren Niederschlag in dem „Movimiento Nacional Peronista“, einer Dachorganisation, welche die peronisierte CGT, die peronistische Partei und die hinter Perón stehenden Sektionen der Armee umfaßte. Was die Doktrin anbelangt, so erhielt

sie die vielversprechende Bezeichnung: „Justicialismo“. Was ist darunter zu verstehen? Anhänger und Gegner Peróns haben sich in dem Bestreben überboten, festzustellen, was eigentlich der „Justicialismo“ bedeute. Die dadurch entstandene Literatur hat nicht immer zur Klärung der Frage beigetragen, so daß man, um sicher zu gehen, auf Perón selbst zurückgreifen muß. Hier ergibt sich aber die Schwierigkeit, aus den unzähligen Äußerungen Peróns über seine Doktrin das Wesentliche herauszuholen, ohne dabei der Gefahr einer gewissen Willkür zu unterliegen. Eine von ihm selbst aufgestellte Definition findet man in seinen Erläuterungen zum zweiten Fünfjahrplan 1953 bis 1957, wo es heißt: „... defínese como doctrina nacional, adoptada por el Pueblo Argentino, la Doctrina Peronista o Justicialismo, que tiene como finalidad suprema alcanzar la felicidad del Pueblo y la grandeza de la Nación, mediante la Justicia Social, la Independencia Económica y la Soberanía Política, armonizando los valores materiales con los valores espirituales, y los derechos del individuo con los derechos de la sociedad¹⁹⁰.“

Also der „Justicialismo“ oder „Doctrina Peronista“ hat als oberstes Ziel das Glück des Volkes und die Größe der Nation herbeizuführen. Die hierzu einzusetzenden Mittel sind die soziale Gerechtigkeit, die wirtschaftliche Unabhängigkeit und die politische Souveränität. Die Art der Mittelanwendung besteht in der Harmonisierung der materiellen und geistigen Werte sowie der individuellen und gesellschaftlichen Rechte. Mittelpunkt der Definition sind die zur Erreichung des obersten Zieles genannten Mittel. Sie sind aber nicht nur als solche, sondern auch als Selbstzweck aufzufassen, da erst ihre Verwirklichung es ermöglichen werde, durch Vereinigung aller drei ans oberste Ziel zu gelangen. Die Frage lautet daher: Wie sind diese „Mittel-Selbstzwecke“ zu erreichen?

Voraussetzung für die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit ist nach Perón die Abschaffung oder die Milderung des Klassenkampfes. Daher befürwortet er eine Einflußnahme des Staates auf das soziale Leben, „damit er sich vermittelnd in den Klassenkampf einschaltet und damit die Abwicklung der juristischen, wirtschaftlichen und sozialen Vorgänge zwischen Unternehmern und Arbeitern in friedlichem Zusammenleben (*pacífica convivencia*) stattfindet, wobei weder die ersten sich der Überwachung des Staates entziehen können, um der Erfüllung ihrer Pflichten zu entgehen, noch die Arbeiter unter Berufung auf die Vorherrschaft der Gewerkschaft sich Eigenschaften anmaßen, die dem Staat vorbehalten sind“¹⁹¹. Den Klassenkampf sucht Perón dadurch zu überwinden, daß „ein gerechtes Abkommen (*acuerdo*

justo) zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter dem Schutze des Staates abgeschlossen wird“¹⁹². Damit fällt dem peronistischen Staate eine Art Schiedsrichterrolle zu, die sich aber darüber hinaus auf die Organisation der Massen ausdehnt.

In der Tat: „Um zu vermeiden, daß die Massen, welche die notwendige und . . . soziale Gerechtigkeit erhalten haben, mit ihren Forderungen weitergehen, wird das Haupthilfsmittel sein, sie dahin zu organisieren, daß sie verantwortliche, logische, rationelle und gut gelenkte Organismen bilden, die nicht auf Ungerechtigkeit hinauswollen . . .“¹⁹³.

Im Hinblick auf die wirtschaftliche Unabhängigkeit meint Perón: „(darunter) versteht man die freie Selbstbestimmung der Staaten bei der Konzeption und Durchführung ihrer eigenen Wirtschaftsentscheidungen“¹⁹⁴. „Da er die wirtschaftliche Unfreiheit in der Herrschaft der internationalen Monopole erblickt, wird der peronistische Staat ihnen entgegenzutreten und zugleich die einheimischen Wirtschaftskräfte als Gegenpole fördern. Daher der Antiimperialismus und der Wirtschaftsnationalismus.

„Wir sind“, so schreibt Perón, „in keiner Weise Feinde des Kapitals, und man wird in der Zukunft sehen, daß wir seine wirklichen Verteidiger gewesen sind. Es ist nötig, klar zu unterscheiden zwischen dem, was der internationale Kapitalismus der großen Monopole im fremden Betrieb und dem, was das einheimische Kapital der Industrie und des Handels ist. Wir haben das letzte verteidigt und den ersten pausen- und erbarmungslos bekämpft. Der internationale Kapitalismus ist kalt und unmenschlich, das einheimische Kapital der Industrie und des Handels stellt, unserer Meinung nach, das Arbeitsinstrument der Unternehmer dar“¹⁹⁵.

Eng verbunden damit ist die Idee der politischen Souveränität, da der peronistischen Gedankenführung zufolge der Staat erst frei, also politisch souverän sein kann, wenn er es wirtschaftlich geworden ist.

Das erste setzt also das zweite voraus. Die politische Souveränität wird sich schließlich darin äußern, daß der peronistische Staat sich seinen eigenen Weg, die sogenannte „dritte Position“ sucht. Dies vollzieht sich in einer bestimmten Weise, die zugleich die Art der Mittelanwendung ist, nämlich durch richtige und harmonische Mischung von Geist und Materie sowie von Individuum und Gesellschaft.

2. *Die Praxis des Peronismus*

a) Die wirtschaftliche Praxis: Die Pläne von 1947 bis 1951, 1952 und 1953 bis 1957

Der Fünfjahrplan (Plan de Gobierno), den Perón dem Kongreß am 21. Oktober 1946 vorlegte, trat noch mitten in der Nachkriegskonjunktur – zum Jahresanfang 1947 – in Kraft. Diese für die Durchführung des Planes ausgesprochen guten Startbedingungen wußte der Peronismus dann auch auszunutzen¹⁹⁶. Der Plan setzte sich aus einem Katalog aller entscheidenden Reformen, vor allem wirtschaftlicher Art, zusammen, welche die Regierung durchführen wollte, um die vom Peronismus angestrebten Ziele – die wirtschaftliche Unabhängigkeit, die soziale Gerechtigkeit und die politische Souveränität – zu erreichen. Außer gesetzgeberischen und organisatorischen Reformen für die Verwaltung (Teil I) und die Armee (Teil II) wurde insbesondere ein ökonomisches Programm (Teil III) entworfen. Von den sieben Kapiteln dieses Wirtschaftsteils bezog sich das fünfte direkt auf die Industrialisierung, während alle anderen Kapitel Maßnahmen vorsahen, die indirekt die Industrialisierung erleichtern oder sie unmittelbar fördern sollten¹⁹⁷.

Die verschiedenen Teile des Planes können hier nicht im einzelnen besprochen werden. Da es für den Rahmen der Untersuchung vielmehr auf den Gesamtzusammenhang ankommt, werden nur einige, als repräsentativ geltende Zweige der argentinischen Wirtschaft herausgestellt, um die globalen Ergebnisse des Plans zu zeigen. Man kann aber schon hervorheben, daß durch diesen Plan die Regierung im allgemeinen in der Lage war, „Minimal- und Maximalpreise für fast alle Güter vorzuschreiben, knappe Waren zu rationieren, Produktionsziele aufzustellen, die Gewinnausschüttung zu begrenzen, die Arbeitgeber zu bestimmten Sozialleistungen zu verpflichten und Arbeitszeit und Lohn festzusetzen, nach Belieben die Einfuhrzölle zu verändern und schließlich den gesamten Außenhandel zu dirigieren“¹⁹⁸. Die unvermeidliche Konsequenz dieser umfangreichen Lenkungsmaßnahmen war die Konzentration der politischen und wirtschaftspolitischen Macht in den Händen der Exekutive, was für die Beurteilung des peronistischen Experiments von ausschlaggebender Bedeutung bleibt.

Die auf Grund des Planes ergriffenen Maßnahmen führten zeitweilig zu unbestreitbaren Leistungen, die jedoch teilweise durch Gegenmaßnahmen oder innere Widersprüche wieder zunichte gemacht wurden. Zu den ersten Maßnahmen gehörte die zwischen Dezember 1946 und Februar 1947 durchgeführte Verstaatlichung der im englischen und französischen Besitz befindlichen Eisenbahnen. Es eröffnete sich damit

die Möglichkeit, das Eisenbahnnetz zu verbessern, da die englischen Interessenten seit 1935 – und in den Jahren von 1939 bis 1945, eine Nationalisierung vorausahnend – keine Erneuerungen vorgenommen hatten¹⁹⁹. Es wurden neue Linien gelegt und auch das Tarifsystm neu aufgebaut. Zu erwähnen ist ferner die Überführung der schlecht funktionierenden „Unión Telefónica“, einer Hauptniederlassung der „American Telephone and Telegraph Corporation“, sowie der gesamten argentinischen Handelsflotte in staatlichen Besitz. Schließlich beseitigte die Regierung ebenfalls die privaten Beteiligungen an der argentinischen Luftfahrtgesellschaft und verstaatlichte das gesamte Versicherungswesen.

Hinzu kam die Kontrolle des Geld- und Kreditwesens. War die argentinische Zentralbank seit ihrer Gründung im Jahre 1935 ein halb staatliches, halb privates Institut, so wurde sie unter der peronistischen Herrschaft ein gänzlich staatliches Organ, dem die Aufgabe zufiel, fast die gesamte Wirtschaft, einschließlich des bereits dirigierten Außenhandels, zu überwachen. Ihr wurden nicht nur sämtliche zur Durchführung des Planes geschaffenen Kontrollkommissionen, sondern auch jede in diesem Rahmen von der Regierung neuerrichtete Instanz unterstellt. Nach Lütolf kann man sagen, daß „die Zentralbank die Stelle war, über welche die Regierung die unmittelbare Kontrolle über die gesamte Wirtschaft ausübte“²⁰⁰.

In dem Bankensystem selbst spielte die Zentralbank eine überragende Rolle. Den drei großen Regierungsbanken, nämlich der Industrie-Kreditbank (Banco de Crédito Industrial), der Nationalbank (Banco de la Nación, nicht zu verwechseln mit der Zentralbank) und der nationalen Hypothekenbank (Banco Hipotecario Nacional), wurden von nun an von der Zentralbank detaillierte Kreditquoten zugeteilt. Besonders begünstigt wurde die Industrie-Kreditbank, da die industrielle Entwicklung entsprechend den Erfordernissen des Fünfjahresplanes in den Vordergrund gestellt war. So wickelte sie 1948 13 149 Anleihegeschäfte in Höhe von 1,4 Mrd. Pesos ab²⁰¹.

Bis zum Ende der Ära Perón blieb dieser institutionelle Aufbau des Bankensystems²⁰² grundsätzlich unberührt. Einige Veränderungen wurden jedoch beim Übergang vom ersten zum zweiten Fünfjahrplan vorgenommen, als man der einseitigen Begünstigung der industriellen Entwicklung auf Kosten der Landwirtschaft abhelfen mußte. Zu diesem Zweck war eine entsprechende geld- und kreditpolitische Umorientierung notwendig. Davon wurde aber der Kontrollapparat kaum berührt.

In der Durchführung der von Perón konzipierten Wirtschaftspolitik

nahm ferner die Kontrolle des Außenhandels eine Schlüsselposition ein. Dies geschah durch das im Jahre 1946 gegründete „Instituto Argentino de Promoción del Intercambio“ (IAPI) – Argentinisches Institut zur Förderung des Handels. Zu diesem Zweck wurden dem IAPI umfangreiche Befugnisse eingeräumt, die ihm Merkmale eines partiellen Außenhandelsmonopols aufprägten. Neben einer allgemeinen Lenkung des Außenhandels, auf Grund deren Außenhandelsgeschäfte von privaten Exporteuren und Importeuren wohl betrieben werden konnten, aber im einzelnen genehmigungspflichtig waren, blieb die Ausfuhr des Hauptteils pflanzlicher und tierischer Produkte sowie einiger Minerale und die Einfuhr einer listenmäßig festgelegten Anzahl von Gütern ausschließlich dem IAPI vorbehalten. Im allgemeinen hatte das IAPI drei Möglichkeiten, im Export tätig zu werden:

1. Einen Teil der Güter seines Kompetenzbereiches kaufte es selbst bei den Erzeugern auf und führte das Exportgeschäft auf eigene Rechnung durch;

2. bei einem anderen Teil hatte es das alleinige Aufkaufsrecht für die Ausfuhr bei den Erzeugern; es verkaufte diese Güter aber an inländische Exporteure zu von ihm festgesetzten Preisen und überließ diesen dann das weitere Exportgeschäft;

3. für eine dritte Güterliste wurde privaten Exporteuren das Geschäft freigegeben, das IAPI belegte jedoch die bei der Ausfuhr erzielten fob-Preise mit einer prozentual festgesetzten Abgabe²⁰³.

Insbesondere war es Aufgabe des IAPI, die Preise vorzuschreiben, zu denen die Agrarprodukte abgeliefert werden mußten, und aus der Spanne zwischen Ablieferungspreisen und den beim Weiterverkauf ins Ausland erzielten Weltmarktpreisen entstanden die Gewinne oder Verluste dieser Behörde²⁰⁴. Zusammenfassend kann die folgende Feststellung über das IAPI als Kontrollbehörde für alle wichtigen Zweige des Außenhandels angeführt werden: „This governmental agency (IAPI) has become the sole purchaser and exporter of wheat, corn, oats, other grains, meat, hides and other agricultural products comprising the bulk of Argentina's exports. The scope of its import functions is more limited, but it acts as the chief governmental procurement agency abroad and as a channel for some imports destined to private consumers. In 1953 IAPI handled 61 per cent of Argentina's exports and 20 per cent of the imports²⁰⁵.“

Die Entwicklung des Außenhandels als bedeutender Finanzierungsquelle des Planes (siehe Anmerk. 203) mußte somit dessen Durchführung beeinflussen. Von 1948 bis 1952 gestaltete sich der Außenhandel Argentiniens wie folgt:

Tabelle 16 Außenhandel Argentinien 1948–1952*

Jahre	in Mill. Pesos		Einfuhr- (–) bzw. Ausfuhr- überschuß (+)
	Exporte	Importe	
1948	5541,8	6189,7	– 647,9
1949	3718,9	4641,7	– 922,8
1950	5427,3	4821,1	+ 606,2
1951	6710,9	10491,7	– 3780,8
1952	4392,0	8361,2	– 3969,2

* Quellen: Síntesis Estadística Mensual de la República Argentina. Buenos Aires. Nov. 1953, S. 1389.

Die Handelsbilanz spiegelt das wachsende Mißverhältnis zwischen der ständig gesunkenen Ausfuhrkapazität und dem tendenziell steigenden Eigenbedarf des sich industrialisierenden Landes wider. Mit Ausnahme des Jahres 1950 war die Außenhandelsbilanz ständig passiv. Die erste Gefährdung der Planausführung trat Mitte 1948 mit dem Rückgang der Ausfuhr ein. Die Regierung versuchte jedoch, die Einfuhrseite auf der am Plan gemessenen Bedarfshöhe zu halten. Dies geschah nicht nur durch Verschärfung der Einfuhrkontrollen – Einfuhrzölle, Importkursfestsetzungen, Importlizenzen und -subventionen –, sondern darüber hinaus mit Hilfe eines Außenhandelsdefizits. Dennoch nahm der Wert der Einfuhr 1949 und 1950 um ein Drittel gegenüber 1948 ab. Die Politik des Einfuhrüberschusses ließ sich auf die Dauer auch nicht durchhalten, „da sich die Lieferländer – insbesondere die Vereinigten Staaten – mehr und mehr gegen Kreditgewährungen an Argentinien sperrten“²⁰⁶. Dank der Korea-Konjunktur konnte 1950 ein Ausfuhrüberschuß erzielt werden, dem aber 1951 der bisher mengenmäßig stärkste Rückgang der Ausfuhr – vor allem auf Grund der Dürreperiode – folgte. Dieser Trend setzte sich 1952 fort.

Besonders zwei Gründe scheinen die Außenhandelsschwierigkeiten auf der Ausfuhrseite hervorgerufen zu haben: Der Leistungsrückgang in der Landwirtschaft und der Nachfrage-, insbesondere aber der Preisrückgang am Auslandsmarkt. Die Vorgänge auf dem Weltmarkt konnten von der argentinischen Regierung kaum in ihrem Sinne beeinflußt werden. Das Nachlassen der landwirtschaftlichen Produktionsleistung ließ sich jedoch im wesentlichen als eine Folge der Landflucht und der vom IAPI verfolgten Preispolitik erklären. Die auf Kosten der Landwirtschaft betriebene forcierte Industrialisierung bewirkte die Abwanderung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in die Industrie²⁰⁷. Was

die vom IAPI festgesetzten Ablieferungspreise für Agrarprodukte betrifft, so waren sie „zu niedrig für die Aufrechterhaltung der Betriebsrentabilität und boten keinen Anreiz, die landwirtschaftliche Produktion im hergebrachten Umfang fortzusetzen“²⁰⁸.

Da die Ausfuhr somit nicht in der Lage war, ihre Aufgabe zu erfüllen, nämlich den Gewinn zwecks Finanzierung des Planes zu maximieren und soviel Devisen einzubringen, wie zur Bestreitung des geplanten Einfuhrbedarfs erforderlich waren, wurden angesichts dieser Situation einige Maßnahmen erforderlich: Reduzierung der Investitionsvorhaben und der öffentlichen Arbeiten, die ohnehin eine sich mehr und mehr ausbreitende Inflation nach sich zogen, Kreditrestriktionen und nicht zuletzt eine intensivere Berücksichtigung der Landwirtschaft gegenüber der bisher bevorzugten Industrie.

In diesem Zusammenhang lassen sich als weitere Eckpfeiler der peronistischen Wirtschaftspolitik ihre Industrialisierungsbestrebungen anführen. Mit dem Ziel, den Übergang vom Agrar- zum Industriestaat so rasch wie möglich zu vollziehen, stellte der Plan die Industrialisierung bewußt in den Vordergrund (vgl. S. 117). Auf diesem Gebiet sah der Plan vor²⁰⁹, die bestehenden Industrien zu schützen sowie die Entwicklung neuer Industrien zu fördern. Unter den ersten waren solche zu verstehen, die mit einheimischen Rohstoffen arbeiteten, und außerdem solche, die — mit teilweiser oder völliger ausländischer Rohstoffgrundlage — für den Inlandkonsum produzierten. Die neu zu schaffenden Industrien sollten dazu dienen:

- a) den (bisherigen) Import der entsprechenden Industriegüter zu ersetzen;
- b) neue Güter für den Export zu erzeugen;
- c) die Landesverteidigung zu verstärken.

Die nach dem Plan zur Förderung der Industrialisierung (für beide Industriekategorien) notwendigen Maßnahmen waren mannigfaltig: Importlizenzen, -quoten und -subventionen, Neufestsetzung der Tarife, Einschränkung der Zölle für importierte Rohstoffe, billige Energieversorgung, technische Hilfe usw. Außerdem sollte Arbeit beschafft, die Produktivität und die Sparkapitalbildung erhöht werden, die Industrielöhne sollten verbessert und der Inlandmarkt für Agrarerzeugnisse erweitert werden.

Die Ergebnisse dieser Anstrengungen zeigt Tabelle 17.

Auffallend ist zunächst das ziemlich große Wachstum der dauerhaften Güter. Es ist darauf zurückzuführen, daß im Baujahr 1943 die Erzeugung dieser Güter auf Grund des durch den Krieg bedingten Rohstoffmangels einen Tiefstand erreicht hatte, während die Produktion von

Tabelle 17 Entwicklung der Industrieproduktion Argentiniens
1945–1952*
(Mengenindices, 1943 = 100)

Jahre	Industrie- produktion insges.	Verarbeitende Industrie			Rohstoff- gewinnung
		insges.	dauer- hafte Güter	kurz- lebige Güter	
1945	112,2	114,2	120,5	111,5	92,1
1946	125,3	128,8	141,7	123,3	80,8
1947	143,5	148,4	187,1	131,7	88,3
1948	146,2	150,3	178,6	137,5	88,2
1949	141,8	144,8	162,3	137,2	85,3
1950	146,7	149,2	165,9	141,9	86,8
1951	150,8	152,9	177,2	142,3	91,5
1952	141,3	152,9	165,9	131,1	95,9

* Quelle: Síntesis Estadística Mensual . . . 1949. 1952. 1953.

kurzlebigen Gütern – z. B. von Lebensmitteln und Textilien – sich in vollem Aufschwung befand. Umgekehrt ist bei der Rohstoffgewinnung festzustellen, daß z. B. die Erzförderung 1943 einen Höchststand erreichte, weil sie während der Einfuhrnot der Kriegsjahre um jeden Preis gesteigert wurde. Aus der Tabelle geht deutlich ein steiler Produktionsanstieg im ersten Jahr des Plans (1947) hervor, aber insgesamt betrachtet verblieb der Index der Industrieproduktion – mit der nicht sehr bedeutenden Ausnahme des Jahres 1951 – seit 1949 unter dem Niveau von 1948. Der Schluß liegt nahe, daß die Industrialisierung – global gesehen – nicht die Fortschritte erzielte, die nach dem Fünfjahrplan zu erwarten gewesen wären. (Eindeutig negative Resultate waren z. B. in der Petroleumindustrie, auf dem Gebiet der Elektrizität und im Transportwesen zu verzeichnen.) Obwohl die von der Plandurchführung ausgehenden Impulse die Industrialisierung Argentiniens stark angetrieben haben, entbehrte die Industrialisierungspolitik der Regierung offensichtlich des Sinnes für Wirtschaftlichkeit und Rationalität. Wie hervorgehoben wurde: „Es fehlte der Sinn für das Maß, für das Zweckmäßige und für die unter den gegebenen Verhältnissen zu beobachtende Dringlichkeitsskala²¹⁰.“ Man darf aber nicht übersehen, daß in diesem Zusammenhang politische Motive – z. B. Propaganda-Effekte im Inland, Aufwertung des Regimes im benachbarten Ausland – sehr wahrscheinlich eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt haben.

Dies kann am Beispiel der Lohnpolitik der Regierung illustriert werden. Da die im Lande verfügbare Arbeitskraft seit 1943 bereits vollbeschäftigt war, versuchte die Industrie während der ersten Phase der Industrialisierung, d. h. bis 1948, zusätzliche Arbeitskräfte heranzuziehen. Es erfolgte eine beträchtliche Binnenwanderung von Landarbeitern in die Städte, so daß der Beschäftigungsindex für Industriearbeiter bis 1947 steigen konnte. Trotzdem blieb das Arbeitsangebot ständig hinter der Nachfrage zurück. Diese Lage begünstigte eine stetige Aufwärtsbewegung der Industriearbeiterlöhne. In der zweiten Phase der Plandurchführung verschärfte sich der Arbeitskräftemangel in der Industrie: von 130,4 im Jahre 1949 sank der Beschäftigungsindex (Basisjahr 1943 = 100) auf 124,5 im Jahre 1952²¹¹. Aus dieser Ausgangsposition heraus setzte die Industriearbeiterschaft immer neue Lohnforderungen, Gratifikationen und eine Ausdehnung der bezahlten Freizeit durch. Die offizielle „Politik der sozialen Gerechtigkeit“ selbst lieferte ihr die Rechtfertigung ihrer Forderungen. Daraus, daß diese Lohnzugeständnisse infolge der nachhinkenden Arbeitsproduktivität die Preise ins Wanken geraten lassen mußten, wurde nicht die richtige Konsequenz gezogen. Das heißt, man setzte den Hebel zur Inflationseindämmung nicht auf der Lohnseite an. Im Gegenteil: die Regierung vermied dies grundsätzlich und versuchte vielmehr, die Preisseite einseitig zu stabilisieren, was jedoch den gewünschten Erfolg nicht erzielte.

Schließlich muß noch als wichtiges Element der peronistischen Wirtschaftspolitik im Rahmen des ersten Fünfjahrplans die Behandlung des Auslandskapitals erwähnt werden.

Perón pflegte sich gern in einen anti-imperialistischen Mantel zu hüllen. In der wirtschaftlichen Wirklichkeit wurde dieser Anti-Imperialismus aber bald zu einem — wie Ricardo Rojo es treffend formulierte — „anti-imperialismo de balcón“²¹². Den Einfluß des Auslandskapitals suchte Perón durch verschiedene — zum Teil propagandistische — Maßnahmen einzudämmen, so z. B. durch Enteignung, Protektionismus, Devisenkontrolle und nicht zuletzt mit sozialpolitischen Eingriffen, indem z. B. den betreffenden Unternehmen höhere Nominallohne oder Sozialabgaben auferlegt wurden. Die ausländischen Kapitalanlagen wurden ferner einer strengen Überwachung unterstellt. Waren die ausländischen Unternehmen nicht in Staatsbesitz übernommen, so wurden ihre Gewinne begrenzt und eine bewußte Begünstigungspolitik des einheimischen Kapitals betrieben, welche eingestandenermaßen zum ideologischen Bestandteil des Peronismus gehörte. Zu erwähnen ist auch die Tatsache, daß neue Investitionen des Auslandskapitals von

einer Bewilligung der Zentralbank abhängig gemacht wurden. Schließlich erlaubten die hierüber bestehenden Bestimmungen es kaum, Fremdkapital in nennenswertem Umfang zu transferieren.

Aber bereits 1948 wurden diese Bedingungen dahin gelockert, daß nach dem 1. Januar 1948 eingeführtes Kapital zum freien Kurs und unter Berücksichtigung der argentinischen Devisenlage transferiert werden durfte. Auch 1950 wurden ähnliche Maßnahmen getroffen, die jedoch auf Grund ihres restriktiven Charakters ebensowenig wie die voraufgegangenen einen Impuls für den Kapitalimport mit sich bringen konnten.

Einen entscheidenden Wendepunkt in dieser Hinsicht stellte das am 26. August 1953 erlassene Gesetz Nr. 14 222 über die Auslandsinvestitionen dar. Es gewährte jedem Auslandskapital — sei es in Form von Devisen oder Kapitalgütern —, das zwecks Investition in der Industrie oder im Bergbau ins Land gebracht wurde, bestimmte Vorteile, vorausgesetzt, daß es vorschriftsmäßig registriert wurde und sich an den Entwicklungsplänen der Regierung beteiligte. Nach dem Gesetz durften die Investoren nach zwei Jahren bis 8 % sowohl des registrierten Kapitals als auch der Gewinne ins Herkunftsland transferieren. Nach zehn Jahren durfte das Kapital in Jahressätzen von 10 bis 20 % repatriiert werden. Und wenn die durch die Investition hervorgerufene Aktivität von der Regierung zum „nationalen Anliegen“ erklärt wurde, konnten die Investoren die gleichen Vorteile wie die einheimischen Kapitalisten beanspruchen, beispielsweise Zollbegünstigungen, Importquoten, Produktionssubventionen usw.²¹³.

Damit lenkte Perón in dieser Frage eindeutig ein. Überhaupt zog er 1952 aus der ständigen Verschlechterung der Wirtschaftslage — Schrumpfung der Industrieproduktion, Schwankungen der Außenhandelsgewinne, zunehmende Inflation usw. — die Konsequenzen. Die Inkraftsetzung des zweiten Fünfjahrplanes (1953 bis 1957) verschob er auf das Jahr 1954 und gab gleichzeitig einen besonderen Wirtschaftsplan für die Zwischenperiode bekannt.

Der Wirtschaftsplan von 1952 enthielt nichts anderes als ein Austerity-Programm, das im wesentlichen die Einschränkung der Importe und des Verbrauchsvolumens, die Stabilisierung der Löhne und Preise, die Reduzierung der Staatsausgaben, eine restriktive Kreditpolitik u.dgl.m. vorsah. Diese Politik wurde ziemlich konsequent durchgeführt und zeitigte in einigen Fällen die gewünschten Ergebnisse — ein Phänomen, das in Lateinamerika vielleicht einzig dastand, wie hervorgehoben wurde²¹⁴. So war 1953 eine Erholung der Wirtschaftslage zu verzeich-

nen, zu der vorwiegend die erhöhte Agrarproduktion beitrug. Das spiegelte sich im Ausfuhrindex desselben Jahres wider, der mit einem Prozentsatz von 84,7 zwar das Basisniveau von 1948 nicht erreichte, jedoch im Vergleich zu 1952 – 39,3 % – immerhin eine Erhöhung um 45 % bedeutete. Die industrielle Produktion, die 1952 zu sinken begonnen hatte, blieb dagegen weiterhin in der Abwärtsbewegung. Besonders betroffen war sie durch die Importeinschränkungen, welche die Rohstoffversorgung und die Erneuerung der Ausstattung erschwerten. Obwohl die Rezession in diesem Sektor ernst war, ließ sie die Industriestruktur unangetastet. Eine allgemeine Erholung setzte hier erst Ende 1953 ein.

Am 1. Dezember 1952 legte Perón dem Kongreß seinen zweiten Fünfjahrplan vor, dessen oberstes Ziel war, „die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu konsolidieren, um die soziale Gerechtigkeit zu sichern und die politische Souveränität aufrechtzuerhalten“²¹⁵.

Der Plan verfolgte weiterhin drei Kategorien von Zielsetzungen: die grundlegenden, welche die Politik des Staates bestimmten; die generellen, welche Normen und Mittel zur Erreichung des obersten Zieles anzeigten, und die speziellen, welche die eigentlichen Endaufgaben des Planes zwischen dem 1. Januar 1953 und dem 31. Dezember 1957 darstellten²¹⁶.

Die eigentliche Wirtschafts- und Sozialpolitik befaßte sich also mit der zweiten Kategorie von Zielsetzungen. Was sie im wesentlichen bezweckte, war einerseits, im Anschluß an den vorangegangenen Wirtschaftsplan die Krisenlage zu bekämpfen und andererseits die Wirtschaftsexpansion weiterhin zu fördern. Bemerkenswert war aber, daß die staatliche Aktivität im Vergleich zu der Periode von 1947 bis 1952 deutlich eingeschränkt wurde. Der Plan trat erst 1954 in Kraft, wurde aber schon ein Jahr später zu Fall gebracht, als dem peronistischen Experiment am 19. September 1955 ein Ende gesetzt wurde.

Um zu einer abschließenden Würdigung der peronistischen Wirtschaftspolitik zu kommen, muß man den ersten Fünfjahrplan zugrunde legen, da der Wirtschaftsplan von 1952 einen Notbehelf zur Bekämpfung der sich ausbreitenden Wirtschaftskrise darstellte und der zweite Fünfjahrplan nur ein Jahr bis zum Sturz Peróns in Kraft blieb. Der erste Fünfjahrplan war, wie mehrfach hervorgehoben, vorwiegend auf die möglichst rasche Industrialisierung Argentiniens ausgerichtet. Die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen ist auf ihre Ergebnisse – positive und negative – hin bereits erläutert worden.

Insgesamt läßt sich hier feststellen, daß das Vorhaben der Industrialisierung überstürzt und mit Mitteln betrieben wurde, die oft sich gegen-

seitig aufhebende Ergebnisse zeitigten. Bemängelt werden muß vor allem die Tatsache, daß angesichts der Exportstruktur Argentiniens die landwirtschaftliche Produktion, welche nach wie vor einen beträchtlichen Teil der Exportbasis ausmachte, zugunsten der Industrialisierung vernachlässigt wurde. Man beraubte sich selbst dadurch wesentlicher Mittel zur Durchführung der verschiedenen Entwicklungspläne. Auch die in Kauf genommene Lohninflation und die damit zusammenhängende Verschlechterung der Gesamtlage der Wirtschaft hätten beim rationelleren Entwicklungstempo und besseren Einsatz des Anti-Inflationsmechanismus vermieden werden können. Eine weitere Schwäche der Plandurchführung ist auch darin zu erblicken, daß z. B. die Arbeitsvorhaben nicht auf die tatsächlich verfügbaren Arbeitskräfte und Rohstoffe abgestimmt waren, und ferner, daß die Regierung bei ihren Investitionsplänen zugleich auf Jahre hinaus ihren Einfuhrmehrbedarf plante, ohne selbst auf die Einfuhrentwicklung Einfluß zu haben. Unbeschadet dieser Fehlmaßnahmen und -ergebnisse kann man feststellen, daß der Fünfjahrplan den bisher stärksten Antrieb zur Industrialisierung Argentiniens darstellte. Insbesondere die soziale Umwälzung, die er anstrebte, wurde als entscheidend für die künftige Entwicklung der Industrialisierung angesehen, da „seine sozialpolitischen Maximen auf die Überwindung einer individualistischen Gesellschaftsorientierung der Nation gerichtet (waren)“²¹⁷. Allerdings stimmte — wie die nachfolgenden Ausführungen kurz zeigen sollen — die sozialpolitische Praxis nicht immer mit den Maximen überein, die sie voraussetzte, und führte diese sogar vielfach ad absurdum. (Dazu vgl. auch den Abschnitt über die repressive Gesetzgebung Peróns.)

b) Die sozialpolitische Praxis

Der wichtigste Teil der peronistischen Sozialpolitik bestand in der Reform des Sozialversicherungswesens. Hatte sich die bisherige Gesetzgebung lediglich mit der Einrichtung von Versicherungsinstituten zum Schutz gegen das Risiko der Arbeitsunfähigkeit durch Alter oder Invalidität und mit der Hinterbliebenenfürsorge begnügt, so sollte nunmehr allmählich erreicht werden, daß sich der Versicherungsschutz ausnahmslos auf alle Einwohner des Landes — ohne Unterschied des Geschlechts — erstreckte und die Versicherungsmitgliedschaft für jedermann obligatorisch wurde. Zu diesem Zwecke wurden einheitliche Versicherungsleistungen, d. h. ohne soziale Staffelung eingeführt, während die Pflichtbeiträge der Versicherten je nach Höhe des Einkommens scharf progressiv gestaffelt wurden.

Besonders erwähnenswert ist der eingeführte Rentenfonds mit einer Beteiligung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer von 15 bzw. 10%.

Die Verwaltung der Gelder oblag dem „Instituto Nacional de Previsión Social“, das die Überschüsse an den Staat gegen Sozialversicherungsscheine und Schuldverschreibungen lieferte. Dieses Rentenfondssystem, das anfangs nur den städtischen Arbeitern diente, wurde 1954 auf die Landarbeiter ausgedehnt, wobei der Betrag des Arbeitgebers auf 7%, der des Arbeitnehmers auf 5% festgesetzt wurde. Diese Sozialgesetzgebung wurde als solche im allgemeinen gutgeheißen, jedoch wegen der Art ihrer Durchführung, vor allem wegen der den Arbeitnehmern auferlegten, ziemlich hohen Beteiligungskosten heftig kritisiert.

Als weitere Leistung der Pensionskassen können die Baukredite, die Überbrückungskredite in Sterbefällen, bei Krankheiten u. a. erwähnt werden. Ferner führte der Peronismus in der Frage der sozialen Betreuung der arbeitenden Bevölkerung eine ganze Skala von Reformen ein: u. a. Bestimmungen über den bezahlten Urlaub und die Vierzig-Stunden-Woche – allerdings nur für die städtischen Arbeiter –, ferner Entschädigungen für entlassene Angestellte und für Betriebsunfälle, Gesetze zum Mutterschutz und zur Beschränkung der Kinderarbeit usw. Im Gesundheitswesen wurden nach Angaben des argentinischen Gesundheitsministeriums beachtliche Fortschritte erzielt. Während z. B. 1946 in Argentinien 66 300 Krankenhausbetten vorhanden waren, verfügte man 1951 bereits über 114 609 und 1952 über 127 967 Krankenhausbetten²¹⁸.

An früherer Stelle ist schon auf die Tatsache hingewiesen worden, daß Perón es bereits nach dem 4. Juni 1943 verstanden hatte, vom Arbeits- und Fürsorgeministerium aus die Aufmerksamkeit der Massen auf sich zu lenken und vor allem den Anschluß an die Gewerkschaftsführer zu finden. Er soll es z. B. während seiner damaligen Tätigkeit bis auf 29 Verordnungen von bedeutender sozialpolitischer Tragweite, 319 Kollektivabkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und 174 Vermittlungen gebracht haben²¹⁹. In dieser Hinsicht ist die im November 1945 erlassene Verordnung Nr. 33 302 hervorzuheben, auf Grund derer ein gemeinsamer Ausschuß der beiden Sozialpartner gebildet wurde, um den Mindestlohn und die Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmensgewinn zu fixieren.

Die von Perón verfolgte Politik sicherte ihm tatsächlich die Unterstützung vieler Gewerkschaftsführer, so daß der Massenbewegungscharakter des Peronismus im Jahre 1946 voll in Erscheinung trat. Zur Durchdringung der CGT verhalf ihm außerdem die Uneinigkeit, die in dieser Organisation seit 1945 herrschte. Daher gab Perón die Parole aus, die Massen zu organisieren. Von 1946 an wurde die vollständige Pe-

ronisierung der CGT von oben durchgeführt. (Ab 1952 nahm der Generalsekretär der CGT gemäß einer Anordnung Peróns an den Kabinettsitzungen teil.) Damit verfügte Perón über eine zweite Hausmacht neben den ihm ergebenen Sektoren der Armee.

Sozialpolitisch bedeutete für ihn die Beherrschung der Gewerkschaftsorganisationen ein wichtiges – wenn nicht das wichtigste – Mittel zur Erreichung des großen Zieles: Abschaffung oder mindestens weitgehende Milderung des Klassenkampfes. In der Tat gelang es ihm – begünstigt durch die gute Ausgangsbasis –, ein Mindestmaß an sozialem Frieden in den ersten Jahren seines Regimes zu schaffen. Dabei verfuhr er doppelgleisig: einer Politik der hohen Löhne standen Subventionen an die wichtigsten Unternehmungen gegenüber, um unerwünschte Preiserhöhungen zu unterbinden. Aber dies war nur möglich, solange die Konjunktur eine entsprechende Manövrierfreiheit zuließ. Mit den ersten Rückgangerscheinungen verringerte sich auch der Umfang der zugunsten der Arbeiter ergriffenen Maßnahmen. Zwar konnten z. B. am Höhepunkt der Krise 1952 die Nominallohne aufrechterhalten werden, während die Subventionen an die Industrie erheblich gekürzt wurden, aber die Verteuerung der Lebenshaltungskosten spiegelte sich in den Reallöhnen wider, womit praktisch eine Verminderung des Wohlstandes eintrat. Die in den Jahren 1948 bis 1952 ausbrechenden Sozialunruhen wurden streng, nicht selten blutig niedergekämpft. Ihrer Aktionsfreiheit und ihrer Autonomie beraubt, blieb dann die CGT einfach ein Machtinstrument der staatlichen Politik.

c) Der Peronismus als politisches Experiment

Um zu einer Würdigung des Peronismus zu kommen, sowohl in seiner Eigenschaft als selbständige politische Bewegung wie auch als Phase der politischen Entwicklung Argentiniens, wird folgender Weg eingeschlagen: ausgehend von den eigenen Vorstellungen Peróns über Form und Praxis seiner Regierung, wird diesen – wenn auch in großen Zügen – die von ihm geschaffene Wirklichkeit gegenübergestellt. Zum Schluß wird versucht, den Standort der Bewegung zu fixieren.

In der zitierten Botschaft an den Kongreß vom 1. Mai 1954²²⁰ erklärte sich Perón absolut damit einverstanden, daß die echte und wahrhafte Demokratie diejenige sei, in der „die Regierung frei von einem freien Volk gewählt ist, mit dem Volk und logischerweise für das Volk regiert“. Man glaube meistens, daß diejenige Regierung frei und demokratisch sei, die vom Volk gewählt sei. Dies sei jedoch eine beschränkte Auffassung der Demokratie und der Freiheit, denn „wenn ein Volk nicht frei ist, wird es niemals seine Regierenden frei wählen können“. Die politische Freiheit eines Volkes sei nicht allein im Wahlrecht ver-

körpert. Als Beispiel für das Vorangegangene führt Perón folgendes an: „Ein der Ausbeutung des Kapitalismus preisgegebenes Volk — wie es das unsere bis 1943 war — wählte nicht die Regierung, die es wünschte, welche keine andere sein konnte als die seiner Befreiung. . . Das Wahlrecht in einer solchen ‚Demokratie‘ ähnelte genau der Freiheit eines zum Tode Verurteilten, dem konzidiert wird, den Baum zu wählen, von dessen Zweigen aus er zwischen Leben und Ewigkeit schaukeln möchte.“

Nun, wie regiert man für das Volk und mit dem Volk? „Um mit dem Volk zu regieren, ist das nötig . . . was wir zum Grundsatz erheben: eine organisierte Gemeinschaft.“ Dies sei schwierig, wenn die Politik als ein Selbstzweck im Dienst der Regierenden betrachtet werde . . . Es sei aber leicht, wenn die Politik als ein Mittel konzipiert und realisiert werde . . . „Niemals“, so behauptete Perón, „haben wir aus der Politik einen Endzweck gemacht, d. h. einen Beruf, sondern ein Mittel, ein Instrument, um voranzukommen in dem Bemühen, unser oberstes Mandat zugunsten des Vaterlandes zu erfüllen.“

Nach diesen theoretischen Ausführungen über das Wesen der Demokratie und den dahin führenden Weg stellt Perón einige Betrachtungen an über die aktuelle Situation in Argentinien und meint, „. . . daß es ja nur zwei Strömungen gibt: den ‚Movimiento Nacional Peronista‘ und den ‚Antiperonismo‘, den ‚Justicialismo‘ und den ‚Antijusticialismo‘, die ‚Revolución‘ und die ‚Contrarrevolución‘, die ‚acción constructiva‘ und die ‚reacción destructora‘, den einen (Sektor), der das neue Argentinien will, und den, der dem anderen nachtrauert.“ Damit beansprucht der Peronismus die totale Identifizierung mit dem Fortschritt der Nation selbst. Daher sagt Perón in diesem Zusammenhang: „. . . Heute, wie immer, seit 1943 und seit 1946, zählt für uns nichts mehr als das Volk. Die übrigen Bewohner der Republik haben zwei Wege zu gehen: entweder sie schließen sich dem organisierten und bewußten Volke an, oder sie verdienen ignoriert zu werden . . .“

Dann, nachdem er einige Normen für die Zukunft festgelegt hat, meint Perón, daß es dadurch möglich sein werde, das seit 1943 gehegte Ideal zu erreichen: „die Einheit des argentinischen Volkes auf den Grundlagen der Nationalverfassung zu gestalten . . .“ Die letzte Konsequenz ist schließlich die Verwirklichung seiner Vorstellungen von einem idealen Regierungssystem.

„Wir werden“, so schließt Perón, „— frei gewählt von einem durch seine soziale Gerechtigkeit, seine wirtschaftliche Unabhängigkeit und seine politische Souveränität freien Volk — frei regieren. Wir werden mit dem Volk regieren unter Mitbeteiligung seiner verantwortlichen

Organisationen an der Regierung. Unsere Regierung wird... Lenkungsregierung (*gobierno de conducción*) sein: gerechte und harmonische Stellung zwischen den liberalen Konzeptionen... die alles der Herrschaft der individuellen Zügellosigkeit überlassen und den kollektivistischen Konzeptionen, die alles der obersten, diktatorischen Entscheidung unterwerfen.“

Reduziert man diese Ausführungen auf einige Kerngedanken, so läßt sich hervorheben, daß Perón zunächst im Hinblick auf die demokratische Gestaltung des Staates die wichtigste Voraussetzung darin erblickt, daß das Volk frei sein muß, nicht nur politisch, sondern vor allem wirtschaftlich. Für das Volk und mit dem Volk — hier durch Mitbeteiligung an der Regierung — muß regiert werden. Dabei wird die Politik als Gestaltungshandeln, nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zur Erreichung des großen Zieles angesehen. Perón bringt ferner den politischen Willensbildungsprozeß auf eine Formel: Peronismus und Antiperonismus. Dies ist wesentlich. Daraus ergibt sich die zwingende Konsequenz, daß die von ihm praktizierte Politik von vornherein darauf abgestellt ist, die argentinische Nation nach der von ihm verkündeten Doktrin umzuformen, um sie am Ende zu einer Einheit zusammenzuschweißen. Daher wird die Regierung eine „Lenkungsregierung“ sein — eine Mischform zwischen liberalistischer und kollektivistischer Regierungsform.

Wie wurde nun diese Theorie in die Praxis umgesetzt? Betrachtet man zunächst das Verhältnis Peróns zu den Massen, so muß man anerkennen, daß er sie tatsächlich in das politische Leben integriert hat. In diesem Sinne hat er sie, wie S. Frondizi es unterstreicht, „psychologisch befreit und dabei dieselbe Rolle wie Irigoyen für den Mittelstand gespielt“²²¹.

Die Massen wurden mit Hilfe der verschiedensten Massenmedien — nicht zuletzt durch die wirkungsvolle Gestalt von Evita Perón — stets direkt angesprochen und so unmittelbar politisiert. Das Ergebnis war, daß sie sich ihrer eigenen sozialen Bedeutung bewußter wurden. Die Opposition soll von diesem Politisierungsprozeß der Massen anfangs kaum Notiz genommen und ihn als demagogischen Schachzug abgetan haben. Erst um 1948 herum merkte sie den „qualitativen Wandel“, den der Peronismus in den Massen herbeizuführen vermochte. „Die drei alten Parteien: die konservativen ‚Demokraten‘, die liberalen ‚Radikalen‘ und die Sozialisten erkannten die Bedeutung der peronistischen Reformen erst, als sie ihren Einfluß auf die Wählermassen zum großen Teil bereits eingebüßt hatten...“²²².

Aber es war von Anfang an klar, daß Perón die organisierten Massen

— etwa im Rahmen der Partei oder der Gewerkschaftsorganisationen
— nie als selbständige Kraft auftreten lassen wollte. Auf die frühe Verbürokratisierung der CGT, durch welche die Arbeiterbewegung als solche in vorher von oben festgelegte Bahnen gelenkt werden konnte, ist schon hingewiesen worden. Um die Arbeiterzentrale weiterhin neutralisieren zu können, wurden Nebenorganisationen errichtet, so z. B. die „Confederación General Obrera“, die „Confederación General Económica“, die „Confederación General Universitaria“ usw.

Das gute Verhältnis zwischen Peronismus und Arbeiterbewegung begann sich aufzulösen, als infolge der ersten Kontraktionserscheinungen in der Wirtschaft mehr und mehr repressive Maßnahmen ergriffen wurden, um Demonstrationen, Proteste, Streiks u. dgl. m. zu unterdrücken. Eine umfangreiche prohibitive Gesetzgebung wurde hierzu erlassen, die aber in einem anderen Zusammenhang erörtert werden soll.

Mit den gleichen Einschüchterungsmitteln, Verboten und sonstigen Maßnahmen, die geeignet erschienen, der „Lenkungsregierung“ den Weg zu ebnen, wurde auch der Antiperonismus in der Presse, den Parteien und in anderen Organisationen und Gruppen bekämpft. So wurde z. B. 1947 „La Vanguardia“, Organ der Sozialistischen Partei, verboten; die „Provincias Unidas“ der „Unión Cívica Radical“ und die „Tribuna Demócrata“ einiger konservativer Kreise erlitt später dasselbe Schicksal. Die unabhängige Presse blieb ebenfalls nicht verschont. Ab 1948 wurde die Seitenzahl der Tageszeitungen festgesetzt: von 16 Seiten im Oktober 1948 und 12 im März 1949 wurden sie im März 1951 auf 8 reduziert. Anfang 1949 wurde sogar das gesamte Zeitungspapier von der Regierung beschlagnahmt, und ab 1950 wurde es nur noch durch die Regierungsstellen verteilt. Auf dem Interamerikanischen Pressekongreß 1950 in New York gab der argentinische Regierungsvertreter zu, die Regierung habe 110 Zeitungen verboten, darunter 13 wegen aufrührerischen Verhaltens und 34 wegen verwaltungsmäßiger Unstimmigkeiten²²³.

Auch der Rundfunk wurde dem Peronisierungsprozeß unterworfen: zwischen Oktober 1947 und November 1948 eignete sich die Regierung über das IAPI mehr als 15 Rundfunkstationen an, die der staatlichen Propaganda dienen sollten. Dies wurde auch auf das Fernsehen, das Kinowesen, die Magazine usw. ausgedehnt.

Für die Oppositionsparteien bedeuteten nicht nur diese Maßnahmen, sondern — in viel gewichtigerem Maße — auch die 1950 vollzogene Erklärung der peronistischen Doktrin als „nationale Doktrin“, daß ihre Existenzberechtigung in Frage gestellt war. Der Peronismus wurde

ideologisch gleichzeitig Desintegrations- und Integrationselement. Daran ließ die Regierung keinen Zweifel: nicht nur wurden dann und wann — so z. B. in der Nacht vom 15. April 1953 — die Parteien Terrorakten ausgesetzt, sondern sie konnten auch durch die Wahlreform des Jahres 1953 kaum zur Geltung kommen, abgesehen von allen übrigen mannigfaltigen Schwierigkeiten, die ihnen in den Weg gelegt wurden. So eroberten bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus vom April 1954 beispielsweise die Peronisten mit 844 890 Stimmen 14 Sitze in der Bundeshauptstadt, während die „Unión Cívica Radical“ mit 645 018 Stimmen nur einen Sitz erhielt.

Ein Blick in die repressive Gesetzgebung des Peronismus läßt erkennen, daß sie bewußt darauf abgestellt war, die ihm entgegenlaufenden Strömungen, Handlungen, ja, Geisteshaltungen zu beseitigen und ihnen gegebenenfalls mit äußerster Entschiedenheit entgegenzuwirken. So wurden im Hinblick auf gewerkschaftliche Aktivitäten bereits ab 1945 Verordnungen erlassen, die diesen bestimmte Schranken setzten. Am 28. August 1945 wurde die Verordnung 536 über Delikte gegen die Staatssicherheit erlassen. Der Artikel 2 bestrafte mit Gefängnis von zwei bis drei Jahren denjenigen, der eine im Strafgesetzbuch nicht vorgesehene Handlung beging, die darauf hinauslief, die industrielle Produktion zu beeinträchtigen. Eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis drei Jahren sah der Artikel 34 für denjenigen vor, der Streiks u. a. in staatlichen Unternehmungen, kommunalen Verteilungsämtern oder in halbstaatlichen Unternehmungen oder öffentlichen Diensten herbeiführte. Und mit einer Zuchthausstrafe mußte derjenige rechnen, der die Aufrechterhaltung eines Streiks in Privatbetrieben irgendwie förderte, wenn dieser durch die zuständigen Behörden als illegal erklärt worden war.

Noch schwerwiegender war die Bestimmung des Gesetzes Nr. 13 234 des Jahres 1948 über „Einrichtungen der Nation für die Kriegszeiten“, die in den Artikeln 27, 28 und 36 verfügte, daß die einfache Streik-erklärung in Friedenszeiten von der Regierung unbeschränkt als „Katastrophe oder schwerer Notstand“ erklärt werden könne, indem sie die Mobilisierung der Streikenden befahl und sie den Sanktionen des Militärgesetzbuches unterwarf, das sogar die Todesstrafe vorsah. Das Gesetz über Spionage, Sabotage und Verrat vom 11. Oktober 1950 verfügte im Artikel 6, daß derjenige mit Gefängnis von einem Monat bis zu vier Jahren bestraft würde, der ohne Erlaubnis wirtschaftliche, politische, militärische, finanzielle oder industrielle Angaben weitergab, vermittelte, veröffentlichte oder verbreitete, die, ohne geheim oder vertraulich zu sein, nicht für die Veröffentlichung oder Verbreitung be-

stimmt waren, von denen er Kenntnis hatte oder die ihm auf Grund seiner Beschäftigung, Funktion... anvertraut worden waren. Etwas lakonisch klingt der Artikel 8 desselben Gesetzes, wenn er meint, daß mit Gefängnis von einem bis acht Monaten derjenige bestraft werde, der öffentliche Unruhe erregt oder die öffentliche Meinung deprimiert(!). Am 28. September 1951 gipfelte diese Gesetzgebung in der Verordnung Nr. 19376, ratifiziert durch das Gesetz Nr. 14062, welche den „internen Kriegszustand“ einführte. Diese in ihrer Auslegungsweite und in ihrem Anwendungsbereich bisher schwerwiegendste Bestimmung bedeutete gegenüber den herkömmlichen Einrichtungen dieser Art — dem Ausnahmezustand und dem Standrecht — die Möglichkeit für den Präsidenten der Republik, jeden Staatsbürger unter automatischer Ausschaltung jedes gerichtlichen Verfahrens verhaften und von einem Ort des Staatsgebietes zum anderen versetzen zu lassen.

Aus diesem gesetzlichen Apparat und aus der vorher dargestellten peronistischen Handhabung der Staatsmacht geht hervor, daß die Verwirklichung der von Perón vertretenen Staatsauffassung ebenso konsequent wie in den Mitteln unbedenklich angestrebt wurde. Ein Werturteil darüber fällen zu wollen, erscheint für den folgenden Zusammenhang, in dem es um die Standortbestimmung einer historischen Erscheinung geht, wenig sinnvoll. Man kann zwar z. B. einräumen, daß der Peronismus in den letzten Jahren vor seinem Sturz dem Totalitarismus nahe Züge angenommen habe. Aber diese Aussage allein wirkt bei der jetzigen Betrachtung nicht einleuchtend. Ganz anders dagegen, wenn man feststellt, daß die dem Totalitarismus verwandten Erscheinungen des Regimes Abweichungen von der eigenen Grundsatzvorstellung, harmonische Mischform zwischen Demokratie und totalitärer Regierungsform zu sein, bedeuten. Außerdem deckt man dadurch zugleich einen Widerspruch in der inneren Dialektik des Peronismus auf. Und eben hier ist ein Punkt, wo die Standortbestimmung dieser Bewegung angesetzt werden kann.

Es spricht manches dafür, daß dem Peronismus von Anfang an ein wesentliches Dilemma innegewohnt hat, das auf die Bedingungen seiner Entstehung zurückzuführen ist. Als 1943 die konservative Führungsschicht sich nicht mehr einigen konnte und bestimmten neuen Elementen der argentinischen Soziallage nicht Rechnung trug, wurde der Staatsstreich vom 4. Juni zwar ohne Massenbeteiligung, aber auch nicht ohne Rücksichtnahme auf gewisse Teilinteressen der abgelösten Regierungskreise durchgeführt. Durch die daraufhin rasch aufeinander folgenden Regierungen kam die Rivalität der Militärfaktionen um die Führung zum Ausdruck. Die Gruppe, der Perón faktisch vorstand

— die GOU —, erfreute sich aber einer gewissen Vormacht, da sie sozusagen die „Zeichen der Zeit“ — Nationalismus, Aufstieg der Massen usw. — erkannte. Ihr Führer — eben Perón — konnte vom Arbeits- und Fürsorgeministerium aus sich dieser Faktoren sehr nachdrücklich bedienen und sich dadurch eine Massenunterstützung sichern.

Als sich der Peronismus formierte, offenbarte er sogleich seinen hybriden Charakter: er trug in sich sowohl die weniger sichtbaren konservativen Erbteile als auch das eklatante Massenelement. Seiner zwitterhaften Herkunft bewußt, gab er daher vor, eine Versöhnungspolitik betreiben zu wollen, um am Ende die Einheit aller Argentinier herbeiführen zu können. Dies bedeutete für Perón, daß er das Gleichgewicht der hinter ihm stehenden Kräfte stets aufrechterhalten mußte. Er vermochte es bis 1949. Von da an veränderten sich die Bedingungen der Ursprungssituation: Perón mußte nunmehr gegen die Massen selbst vorgehen und ihnen mehr und mehr Fesseln anlegen; 1951 mußte er Revolten auch in der Armee unterdrücken. Den Höhepunkt dieser Zerfallssituation bildete die von ihm selbst drei Jahre später aufgestellte Formel, daß es von nun an nur zwei Sektoren im argentinischen Volk gebe: „den Peronismus und den Antiperonismus“.

Die peronistische Politik verstrickte sich dann mehr und mehr in Widersprüche und endete Mitte September 1955 in der Sackgasse folgender Kräftekonstellation: völlige Zersplitterung der Armee, offene Feindschaft der katholischen Kirche, die doch von 1946 bis 1950 eine sichere Stütze des Regimes gewesen war, und auseinanderstrebende Massenorganisationen. Perón scheiterte an dem Versuch, über diesen heterogenen Kräften zu stehen und sie gleichzeitig zusammenzuhalten. Von der beabsichtigten peronistischen „Totalrevolution“ blieb daher nur eine verbürokratisierte Umwälzung mit sozialreformistischen Ansätzen übrig.

KAPITEL IV: BOLIVIEN

A · DER STAATSTREICH VOM 17. MAI 1936

Während der Staatsstreich vom 6. September 1930 in Argentinien im Vergleich zu der bisherigen politischen Entwicklung des Landes ein neues Faktum bedeutete, war diese Art Staatsstreich in Bolivien bereits seit 1920 als Mittel und Möglichkeit der Politik bekannt und hatte sich während des Krieges mit Paraguay (1930 und 1934) von neuem bewährt. Der hier zu untersuchende Staatsstreich vom 17. Mai 1936 stellte also sozusagen eine neue Auflage eines in der unmittelbaren Vergangenheit schon durchexerzierten Geschehens dar.

Der Verlauf der Ereignisse war jedoch in beiden Ländern verschieden: während die Entwicklung in Argentinien nach 1930 verhältnismäßig geradlinig und infolgedessen überschaubar blieb, gestaltete sich der Prozeß der politischen Auseinandersetzung in Bolivien sichtlich bewegter und komplizierter. Man kann diesen Unterschied mit der verschiedenartigen politischen und sozialen Struktur des Landes erklären; für die folgenden Ausführungen verlangt er jedenfalls eine entsprechende Änderung der Verfahrensweise. Konnte für Argentinien eine weitgehende Systematisierung der Ereignisse vorgenommen werden, so müssen hier die Weichen mit größerem Abstand gestellt werden.

I. Vorgänge

Mit der Anfang 1936 erfolgten Einstellung der kriegesischen Auseinandersetzungen mit Paraguay um das Chaco-Grenzgebiet setzte in Bolivien eine Periode sozialer Spannungen ein, die verschiedene Stadien durchliefen und ihren Höhepunkt in der revolutionären Explosion vom 9. April 1952 erreichten. Schon in den Schützengräben des Krieges war in den Gemütern der jungen Offiziere und Soldaten, die den Verlust des Krieges dem Versagen der hohen Militärs und der unzulänglichen Zivilregierung in La Paz zuschrieben, die Erbitterung über die bestehende politische und soziale Ordnung und damit verbunden

das Bedürfnis nach neuen Ideen und Idealen gewachsen. Der Krieg schuf das neue Bewußtsein Boliviens. Insbesondere bildeten sich zwei Hauptströmungen heraus: ein unversöhnlicher Nationalismus und das revolutionäre Bestreben, Boliviens Sozialstruktur umzugestalten.

Die Gruppe von jungen Offizieren, die sich sozialistisch gebärdeten, stand unter der Führung des Obersten David Toro, der zwar der alten Garde angehörte, jedoch durch Verdienste auf dem Schlachtfelde Sympathien in der jüngeren Generation erworben hatte. Auch unter der Zivilbevölkerung manifestierten sich diese zunehmende Unruhe und der Wunsch nach einer Veränderung. Im April 1936 kam in der mit dieser Bewegung sympathisierenden Presse zum Ausdruck, daß eine Koordinierung der Aktion der Parteien durch die Militärs notwendig sei²²⁴.

Diese Stimmung steigerte sich in der Zeit zwischen Ende April und Anfang Mai, als die Demobilisierung angeordnet wurde und die ersten Kontingente von Gefangenen aus Paraguay heimkehrten: ein neues emotionelles Element verschärfte die ohnehin gespannte Situation. Am 9. Mai brach in La Paz ein Streik der Druckereiarbeiter aus, der den Zeitungsbetrieb bis zum 21. Mai lahmlegte. Aber schon am 17. Mai griff der Generalstabschef der Armee, Oberstleutnant Germán Busch, ein: er veranlaßte den als Präsidenten fungierenden Vize-Präsidenten Tejada Sorzano zur Niederlegung seines Amtes, das Busch bis zur Rückkehr des Obersten Toro aus dem Chaco übernahm. Schon vom 20. Mai ab amtierte dieser als Präsident der Republik.

Busch unterstrich den Staatsstreichcharakter seines Unternehmens, indem er betonte, daß dieses mit der einhelligen Zustimmung der Armee, deren Ideologie mit der neuen Ideologie des Landes übereinstimme, stattgefunden habe und daß es seine feste Absicht sei, den Staatssozialismus mit Hilfe der Linksparteien einzuführen²²⁵.

In der Tat: Es waren „republikanische Sozialisten“ und „Sozialisten“, die das ideologische Rückgrat des Staatsstreiches darstellten. Die unter ihrer Beteiligung gebildete Regierungsjunta nahm am 26. Mai ein Aktionsprogramm an, das u. a. folgende Punkte vorsah: Endgültige Regelung der Chaco-Angelegenheit, Anerkennung der Bürgerrechte der Frau, Zwangssyndikalismus, Prüfung des Privatvermögens ehemaliger Regierungsbeamter, Revidierung des Abkommens mit der „Standard Oil Co.“, schrittweise Nationalisierung der Transportmittel, Reform der bisherigen Sozialgesetzgebung usw.

II. Dem Staatsstreich folgende Entwicklungen: Toro-Regime und Busch-Regime

Die Regierungskoalition zerbröckelte schon in den ersten Juni-Tagen infolge erheblicher Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden sozialistischen Gruppen. Nach Meinung der Militärs trugen die „republikanischen Sozialisten“ die Hauptschuld an dem Zerfall der Koalition. Am 21. Juni 1936 übernahm die Armee allein die Regierungsverantwortung, jedoch mit faktischer Unterstützung der „Sozialisten“. Von nun an machte sich Toro daran, die Voraussetzungen für den ihm vorschwebenden Staat – den „Estado Sindical Boliviano“ – zu schaffen, indem er eine Unzahl von Verordnungen erließ. Die wichtigsten davon sollen kurz erwähnt werden.

Im Juli 1936 wurde die Verordnung über die Pflichtarbeit erlassen, nach der alle arbeitsfähigen Männer zwischen 18 und 60 Jahren eine produktive Arbeit aufnehmen mußten. Damit wollte Toro die Zahl der Arbeitslosen reduzieren und gleichzeitig die Grundlagen für eine umfassende, unter staatlicher Aufsicht funktionierende Gewerkschaftsbewegung schaffen. Daher folgte am 19. August der Erlaß über die gewerkschaftliche Pflichtmitgliedschaft (*Sindicalización obligatoria*). In diesem Zusammenhang wurden das „Departamento Sindical“, das „Registro General de Sindicatos“ usw. gegründet.

Der Propagierung sozialistischer Ideen diene das durch Verordnung etablierte „Departamento Nacional Socialista de Propaganda y Publicaciones del Estado“. Ferner gelten als besondere Errungenschaften der Toro-Regierung die Anerkennung der Bürgerrechte der Frau durch den Erlaß vom Oktober 1936 und die erstmalige Gründung eines Arbeitsministeriums. Historische Bedeutung bekam schließlich der Erlaß vom 13. März 1937, der die Konzessionen an die „Standard Oil of Bolivia“ für nichtig erklärte und die Gesellschaft durch ein staatliches Unternehmen – die „Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos“ (YPFB) – ersetzte.

Aber dieser Sozialisierungsprozeß fand nicht den nötigen Widerhall im Volke. Es fehlte an organisatorischen Kräften, welche die Maßnahmen der Regierung koordinierten und sie für die breiten Massen wirksam gemacht hätten. Die rasch aufeinander folgenden Verordnungen wirkten vielmehr verwirrend, so daß zwar die „Strukturierung“ des geplanten sozialistischen Staates auf dem Papier stehen blieb, in Wahrheit aber das überkommene Gesellschaftsgefüge fortbestand. Toro wurde von seinem eigenen Generalstabschef, Germán Busch, wegen „revolutionärer Abweichung“ am 13. Juli 1937 abgesetzt²²⁶.

Bei seinem Amtsantritt als provisorischer Staatschef erklärte Busch²²⁷, daß er eine Friedenspolitik betreiben und die öffentliche Ordnung aufrechterhalten werde, ohne jedoch zuzulassen, daß die Interessen der Öffentlichkeit noch länger den Privatinteressen einzelner geopfert würden; ferner, daß er weder eine politische Partei unterstützen noch deren Unterstützung suchen werde. Er appellierte schließlich an alle Menschen guten Willens, die über Erfahrungen im Verwaltungswesen verfügten, an die ehemaligen Chaco-Kämpfer sowie an die „denkende Jugend“²²⁸.

Auf diese Erklärung reagierten die politischen Parteien — vor allem die liberale und die beiden republikanischen (Genuino und Socialista) — wohlüberlegt. Sie boten ihm eine politische Waffenruhe an und ersuchten die Regierungsjunta dringend, Wahlen auszuschreiben, um das interne Leben des Landes zu normalisieren.

Daraufhin erließ Busch am 31. Juli 1937 eine Verordnung, welche die Verfassung von 1880 mit den durch den Konvent des Jahres 1920 und das Referendum von 1931 eingeführten Veränderungen in Kraft setzte. Das hinderte ihn aber nicht, einen Rückhalt bei der Legion der ehemaligen Chaco-Kämpfer zu suchen, deren Vorsitzender er bis zum 13. Juli 1937 war. Konventswahlen wurden für den 13. März 1938 vorgesehen. Während dieser ersten sechs Monate der Busch-Regierung schien es, als ob der 13. Juli nur eine einfache Wachablösung gewesen wäre.

Eine Wende trat jedoch ein, als am 20. Januar 1938 die Regierungsjunta mit einhelliger Zustimmung ihrer Mitglieder ihr unerschütterliches Festhalten an den Prinzipien des bolivianischen Sozialismus, dessen ... Postulate der Präsident ... Oberstleutnant Germán Busch verkörpere und in der Regierung ... verwirkliche, bekanntgab²²⁹. Einige Tage später verkündeten die liberale und die republikanische Partei (Genuino), daß sie den kommenden Wahlen fernbleiben würden. Aus den Wahlen vom 13. März ging die sozialistische Einheitsfront als Siegerin hervor, und Busch wurde vom Konvent am 27. Mai zum verfassungsmäßigen Präsidenten gewählt.

Ein weiterer Faktor gewann immer mehr Bedeutung: die Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der mächtigen Bergbauindustrie, die traditionell das Wirtschafts- und politische Leben Boliviens beherrschte. Eine bedeutsame Maßnahme der Regierung Buschs war in diesem Zusammenhang die Schaffung eines Erdöl- und Bergbauministeriums. Busch förderte auch die Gewerkschaftsbewegung unter den Bergbauarbeitern, so daß z. B. Ende 1939 ein Bergbauarbeiterbund zustandekommen konnte. Ein neuer Arbeitskodex, der eine verbesserte Sozialgesetzgebung enthielt, wurde mit seiner Hilfe verkündet.

Am 22. März sah sich Busch einer unter dem Namen „Concordancia“ zusammengeschlossenen Oppositionsfront gegenüber, die aus Republikanern und Liberalen bestand. Busch reagierte mit dem „Manifest vom 24. April 1939“, durch das er sich zum „Diktator“ machte, indem er alle Staatsgewalt übernahm. Zu diesem Schritt sollen ihn verschiedene Umstände bewogen haben, so u. a. die Spaltung des Militärs in sogenannte „Buschistas“ und „Toristas“, das Fehlen eines starken Rückhalts bei den Sozialisten, die Auseinandersetzungen mit der Industrie usw.²³⁰.

Von nun an radikalisierte sich die Politik der Busch-Regierung. Die jetzt ergriffenen Maßnahmen ließen keinen Zweifel mehr an dem eingeschlagenen Weg: Verstaatlichung der Zentralbank, Nationalisierung von Industrien, Devisenkontrolle usw. Sie gipfelten in der am 7. Juni 1939 erlassenen Verordnung, welche die Bergbauindustrie unter strenge Staatskontrolle bringen sollte. Was Busch damit bezweckte, erläuterte er in einer Botschaft vom 10. Juni, in der er u. a. sagte, daß es darum gehe, „die totale Unabhängigkeit Boliviens durch die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erreichen“²³¹.

Das Busch-Regime fand jedoch mit dem ungeklärten Tod des Präsidenten am 23. August 1939 — wahrscheinlich durch Mord — ein plötzliches Ende. Das Experiment, das er, anfangs zögernd, eingeleitet hatte, wurde abgebrochen.

Die letzten Monate der Busch-Regierung lassen eine eindeutige Schwenkung zum Wirtschaftsnationalismus und zum Staatssozialismus erkennen. Aus diesem Grunde beriefen sich die Führer des Staatsstreiches vom 20. Dezember 1943 und vor allem der Revolution vom 9. April 1952 auf ihn. Die Busch-Regierung war, so lautete z. B. ein Urteil, „der erste, romantische vielleicht ... aber aufschlußreiche Versuch, mit dem Volke zu regieren“²³². Andererseits wird aber eingeräumt: „In Busch existierte — und bis zum Ende — ein unerschütterliches nationalistisches Temperament. Aber ihm fehlte eine Doktrin; er sah nicht den Kern der Sache, er war intuitiv ... Die wahrhafte Weltweite seines Werkes bestand nicht in seinen Regierungsverfügungen. Was der Oberst Busch Bolivien gab, war viel bedeutsamer: er gab ihm das Vertrauen zu sich selbst zurück“²³³.

Wie man die historische Bedeutung Buschs auch immer einschätzen mag, es bleibt die Tatsache, daß er einen Weg einschlug, dessen Spuren sich in den nächsten zwei Jahrzehnten verfolgen lassen.

Die provisorische Nachfolge Buschs trat General Quintanilla an. Am 15. April 1940 wurde General Peñaranda zum Präsidenten gewählt. Unter ihm kehrte man zur „Verfassungsmäßigkeit“ zurück. Viele der

entscheidenden Maßnahmen der Busch-Regierung wurden rückgängig gemacht, oder es wurde ihnen bewußt entgegengearbeitet, so z. B. der gewerkschaftsfreundlichen Politik des Regimes. Die Regierung griff mehr und mehr zu repressiven Maßnahmen. In einem Bericht der Zeitschrift „Interamerican Affairs“ von 1943 wurde sie als „eine Karikatur der Demokratie“ bezeichnet, die im Begriff sei, „die letzten Spuren der individuellen Freiheit und des demokratischen Prozesses zu beseitigen und ein durch und durch autoritäres Regime zu errichten“²³⁴.

Eine Folge der blutigen Unterdrückung eines Arbeiteraufstandes des Jahres 1942 war das Zusammenrücken der gerade im Organisationsstadium befindlichen Linksparteien. Die Peñaranda-Regierung wurde dadurch mehr und mehr in die Defensive gedrängt, bis sie am 20. Dezember dem gemeinsamen Vorgehen der erwähnten Parteigruppierungen und eines Teils der Armee unterlag.

B · DER STAATSTREICH VOM 20. DEZEMBER 1943

I. Vorgänge

Zwischen 1939 und 1941 entstanden drei politische Parteien, die für die weitere Entwicklung Boliviens von besonderer Bedeutung werden sollten. Es war der „Partido de la Izquierda Revolucionaria“ (PIR), der „Partido Obrero Revolucionario“ (POR) und der „Movimiento Nacional Revolucionario“ (MNR). Der PIR ging aus einem Zusammenschluß marxistischer Linksintellektueller hervor, die aber vorgaben, eine „unabhängige marxistische Partei“ zu sein. Jedoch ein Jahrzehnt später zersplitterte die Gruppe, und aus ihren Reihen formierte sich die offizielle kommunistische Partei Boliviens. 1940, also kurz nach ihrer Entstehung, stellte sie bei den Präsidentschaftswahlen den Führer der Partei, José Antonio Arze, als Gegenkandidaten zu General Peñaranda auf und bekam überraschend in einzelnen Städten die Stimmenmehrheit. 1943 strahlte sie bereits soviel Kraft aus, daß sie in der Lage war, die Hauptgewerkschaftsorganisation Boliviens — die „Confederación Sindical de Trabajadores Bolivianos“ (Bolivianische Arbeiterkonföderation) — zu beherrschen. Ihre Hausmacht bildete die Transportarbeitergewerkschaft.

Den Kern des POR stellte eine während des Chaco-Krieges im argentinischen Exil lebende Gruppe dar. Als ihr Führer — Tristán Maroff — unter der Busch-Regierung nach Bolivien zurückkehrte, organisierte er

zunächst eine Übergangspartei, den „Partido Socialista Obrero Boliviano“ (PSOB), der aber bald in dem POR aufging. Diese Partei zeichnete sich durch ihre betont trotzkistische Ideologie aus, machtpolitisch blieb sie aber wesentlich hinter dem PIR zurück.

Schließlich, als ausgesprochen nationalistische Partei, entstand 1941 der MNR unter der Führung u. a. von Víctor Paz Estenssoro, Hernán Siles und Luis Peñaloza. In dem MNR wirkten auch ehemalige Marxisten und marxistisch orientierte Intellektuelle mit, die aber dem Nationalprinzip den Vorrang gaben. Die spezifische Problematik dieser Partei wird in einem späteren Zusammenhang eingehender erörtert.

Hier gewinnt die Tatsache besondere Bedeutung, daß es unter den erwähnten Parteien der MNR war, der durch gemeinsames Handeln mit einem Teil der Armee entscheidend zum Sturz der Peñaranda-Regierung beitrug. Die Offiziersgruppe, mit der er sich zusammentat, bildete eine Art Loge unter der Bezeichnung „Radepa“ (Razón de Patria) und stand unter der Führung von Major Gualberto Villaroel. Die „Radepa“ entstand in der Chaco-Kriegszeit und gehörte der Busch-Generation an. Ähnlich wie 1936/1937 verspürten ihre Mitglieder das Bedürfnis nach einer Veränderung, aber, wie Velarde bemerkt, wußten sie nicht genau, was zu tun sei²³⁵. Der erste Kontakt zwischen dem MNR und der „Radepa“ soll nach Angaben desselben Autors bei einem Gründungsmitglied des MNR – Augusto Céspedes – stattgefunden haben, wobei der Staatsumsturz beschlossen worden sei. Verhandlungspartner seien Paz Estenssoro auf der einen und Major Villaroel sowie Major Pinto auf der anderen Seite gewesen. Andere Gruppen, besonders sozialistische, denen Major Pinto nahestand, wurden später hinzugezogen²³⁶.

Kennzeichnend für die Lage war eine am 8. November 1943 von Paz Estenssoro gehaltene Rede, in der er sagte: „... wir wollen nicht, daß das bolivianische Vaterland, unser Vaterland, auf eine einfache Handelsniederlassung reduziert bleibt... um diese Situation zu ändern, ist ein neues Recht notwendig... Aber, um einen Plan zu verwirklichen, der die Reichtümer Boliviens einer Regie, welche zugunsten der Allgemeinheit etabliert wird, unterwirft, ist unerläßliche Voraussetzung, in die Regierung zu kommen, die Machtinstrumente in der Hand zu haben...“²³⁷.

Die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens beider Kräfte ergab sich aus der Überlegung, daß einerseits der MNR die gewünschte Veränderung allein nicht hätte herbeiführen können und andererseits die „Radepa“ angesichts der wachsenden Macht der modernen Parteien eines starken zivilen Rückgrates nicht zu entbehren ver-

mochte. Daß die Militärs dieses vorwiegend bei dem MNR fanden, mochte daran liegen, daß beide Gruppen ein Mindestmaß an ideologischer Übereinstimmung aufwiesen und dadurch die Grundlage für ein gemeinsames Aktionsprogramm vorhanden war. Die weitgehend reibungslos verlaufene Durchführung des Staatsstreiches am 20. Dezember kann als Bestätigung dieser Ausgangsbasis gedeutet werden: „In sieben Stunden“, so wurde berichtet, „war die Revolution vollzogen. Nicht ein einziger Schuß war gefallen“²³⁸.

II. Dem Staatsstreich folgende Entwicklungen

1. *Das Villaroel-Regime*

Die Regierung Villaroel begann ihre Tätigkeit unter einem negativen außenpolitischen Vorzeichen: Das „State Department“ verdächtigte die MNR-Gruppe nationalsozialistischen Gedankengutes²³⁹ und verweigerte der Regierung sechs Monate lang die völkerrechtliche Anerkennung. Dem Beispiel der USA folgend, unterhielt die Mehrheit der lateinamerikanischen Staaten vorerst keine diplomatischen Beziehungen zu Bolivien. Diese Haltung kam einer moralischen Verurteilung gleich und stellte für die Opposition, die sich nicht nur aus den traditionellen Parteien, sondern auch aus dem PIR zusammensetzte, eine indirekte Hilfe dar.

Die erste Kabinettsbildung spiegelte die Kräftekonstellation, die die Koalitionsregierung stützte, wider: der MNR und die „Radepa“ wurden durch je drei Minister vertreten, während zwei andere Posten einer sozialistischen Minderheitsgruppe zufielen. In das Kabinett wurde auch der Major Taborga aufgenommen, der nach Velarde früherer Vertrauensmann des abgelösten Regimes war, aber an dem Staatsstreich aktiv mitgewirkt hatte²⁴⁰. Auf Grund unterschiedlicher Vorstellungen unter den Militärs über die Dringlichkeit der Probleme und die zu ihrer Lösung notwendigen Maßnahmen mangelte es der Koalitions-Regierung von vornherein an einem festen Zusammenhalt und vor allem an einem einheitlichen Aktionskriterium. Dem MNR z. B. kam es besonders darauf an, das Produktions- und Arbeitsverhältnis in der Bergbauindustrie neu zu regeln, ein Anliegen, das er später als selbständig fungierende Massenpartei tatsächlich in den Vordergrund seines Parteiprogramms stellte.

Mit der Anerkennung der Regierung Villaroel durch die USA und nach dessen Wahl zum verfassungsmäßigen Präsidenten im August 1944 kam es zu einer Legalisierung der am 20. Dezember 1943 geschaffenen De-facto-Situation. Dieser Legalisierung maß Paz Estens-

so in einer Parlamentsdebatte am 6. August eine spezifische Bedeutung bei, indem er meinte, es gehe nicht um den bloßen Übergang vom De-facto- zum De-jure-Regime, sondern vielmehr darum, den Ausgangspunkt zu schaffen, um die neue Legalität, die revolutionäre Legalität herbeizuführen²⁴¹.

Der Villaroel-Regierung gelang es während ihres zweieinhalbjährigen Bestehens, einige bedeutende Maßnahmen – wenn auch teilweise nur im Ansatz – durchzusetzen. Zu ihren Aktivposten zählte die Forderung der Bergarbeiter und ihrer Zentralorganisation: der „Federación Sindical de Obreros Mineros“. Unter Villaroel wurde ein indianischer Nationalkongreß ins Leben gerufen, der sich besonders mit den Problemen der indianischen Massen beschäftigen sollte. Villaroel ordnete die Abschaffung des „Pongueaje“-Systems an, das personelle Dienstleistungen der indianischen Pächter für die Großgrundbesitzer verlangte; tatsächlich beseitigt wurde es erst mit der Revolution von 1952. Für illegal erklärt wurde auch die in der Bergbauindustrie bisher geltende Übung, Arbeiter wegen ihrer gewerkschaftlichen Bindung zu entlassen.

Gegenüber der Bergbauindustrie bewegte sich Villaroel in den Fußtapfen Buschs. Nicht nur mußten die drei mächtigsten Monopolisten der Zinnindustrie, Patiño, Hochschild und Aramayo, ihre rückständigen Steuern bezahlen, sondern auch von nun an einen erheblichen Teil der durch den Verkauf von Zinnprodukten an das Ausland erworbenen Devisen dem Fiskus überlassen, was eine staatliche Devisenkontrolle notwendig machte. Schließlich gab es Ansätze zu einer Landredistribution, die aber wie vieles andere erst zehn Jahre später Wirklichkeit werden sollte.

Der anfangs angedeutete Gegensatz innerhalb der Regierungskoalition machte sich etwa 1944/1945 noch stärker bemerkbar. Besonders zwischen dem MNR und der Militärgruppe um den inzwischen zum General beförderten Pinto hatten sich zwei Fronten gebildet: beide gaben vor, die nationalen Interessen verteidigen zu wollen, ihre sozialen Vorstellungen waren jedoch grundverschieden.

Während der MNR durch tiefe Eingriffe in die bestehende wirtschaftliche und politische Ordnung eine Umgestaltung der Sozialstruktur Boliviens herbeiführen wollte, beharrten die „Pintistas“ auf faschistisch gefärbten Denk- und Aktionsmethoden. Villaroel fiel dabei offensichtlich eine Schiedsrichterrolle zu, der er aber nicht gewachsen war, einerseits, weil ihm die persönliche Entscheidungskraft fehlte, andererseits, weil General Pinto eine faktische Herrschaft über die Armee ausübte. Außerdem schwächten verschiedene Gewaltakte vor allem

der Militärgruppe — Morde, Attentate usw. — den Zusammenhalt der koalitierten Gruppen noch mehr und lieferten der Opposition willkommenen Angriffspunkte. Anfang Juli 1946 war die Kluft so tief, daß Villaroel nicht mehr regierte, sondern nur noch verwaltete. Während die Koalitionskräfte durch ihr Auseinanderstreben Villaroel in die Isolierung trieben, war die Opposition im Begriff, „auf die Straße zu gehen“. Der Rücktritt der MNR-Minister in der darauffolgenden Woche bestätigte die Zerfallssituation.

Am 21. Juli 1946 erlag Villaroel einer von der Opposition entfesselten Mob-Aktion (Villaroel wurde an einem Laternenpfahl aufgehängt), der sich die Armee nicht sonderlich entgegenstellte. Einige Tage vorher war ein Lehrerstreik um bessere Löhne und Anerkennung der gewerkschaftlichen Rechte ausgebrochen, der seltsamerweise die „selbstlose Unterstützung“ des Handels, vor allem der sogenannten „besseren Leute“ (*la gente bien*) fand, ein Umstand, in dem ein Hinweis auf die tragenden Kräfte der „Gegenrevolution“ erblickt wurde²⁴².

2. Die Nachfolge Villaroels

Die Regierungen vom 21. Juli 1946 bis zum 9. April 1952 sind in Bolivien vielfach als die Herrschaft der „Rosca“ bezeichnet worden. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die Latifundisten, die Großindustriellen, die mächtigen Finanzkreise, kurz, die „Oligarchie“, die Macht während dieser Zeit zurückgewannen. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Grundlinien dieser Regierungen in der Tat dahin tendierten, wirtschafts- und sozialpolitisch die mit dem 20. Dezember 1943 eingeleitete Umgestaltung der Kräfteverhältnisse rückgängig zu machen und machtpolitisch die Stellung der traditionellen Parteien zu erschüttern und ihre Massenorganisationen möglichst aktionsunfähig zu machen.

Nachdem zwei De-facto-Regierungen die unmittelbare Nachfolge Villaroels vom 21. Juli 1946 bis zum 10. März 1947 angetreten hatten, wurde Enrique Hertzog am 5. Januar 1947 zum verfassungsmäßigen Präsidenten gewählt. Er blieb bis zum 24. Oktober 1949 im Amt. Um diese Zeit trat er wegen Erkrankung zurück und wurde von dem Vize-Präsidenten Mamerto Urriolagoitia ersetzt. Bereits im Juli 1946 mußten die meisten Führer des MNR wegen der harten Verfolgung, der sie sich ausgesetzt sahen, ins Exil flüchten. Diese Verfolgungsaktionen der Regierung waren noch nicht mit einer entsprechenden Behandlung der Gewerkschaftsorganisationen gekoppelt, die ja eine bedeutende Hausmacht des MNR darstellten. Aber gerade während dieser Zeit wuchs sich der MNR zum Brückenkopf der Opposition aus; nur

der PIR und die „Falange Socialista Boliviana“, eine ebenfalls Ende der dreißiger Jahre entstandene Oppositionspartei, die aber den spanischen Falangisten nacheiferte, gingen ihren eigenen Weg.

Ein Beweis für die – trotz Unterdrückung und Verfolgung – gewachsene Kraft der Opposition war die Wahl von Juan Lechín, dem Führer der Bergarbeitergewerkschaft, zum Senator bei den Kongreßwahlen vom Jahre 1947. Schon zwei Jahre später konnte der MNR einen Wahlsieg verzeichnen. Am 29. Mai 1949 brachen Unruhen in einzelnen Zentren der Bergbauindustrie aus. Im August wurde ein Aufstandsversuch des MNR unterdrückt.

Während die Autorität der Regierung durch mehrere repressive Maßnahmen geschwächt wurde, erweiterte die Opposition ihre Aktionsbasis durch die Bildung einer Dachorganisation am 7. Oktober 1950 in Santiago de Chile: der sogenannte COSPI (= „Coalición de Organismos Sindicales y Partidos de Izquierda“ – Koalition der Gewerkschaftsorganisationen und der Linksparteien). Ihr trat außer dem MNR auch der POR („Partido Obrero Revolucionario“) bei²⁴³.

Man kann hier feststellen, daß die eigentliche ideologische Durchdringung der Massen durch den MNR in diesen Jahren erreicht wurde, als ihnen gleichzeitig die revolutionäre Praxis beigebracht wurde. Anders ließe sich z. B. die Tatsache nicht erklären, daß bei den Präsidentschaftswahlen vom 6. Mai 1951 der MNR im Begriff war, sozusagen vom Exil aus zu siegen, wie die Tabelle 18 zeigt.

Trotz dieses nach der absoluten Stimmenzahl eindeutigen Sieges des MNR berief sich die Regierung darauf, daß Estenssoro nicht den verfassungsmäßigen Prozentsatz von 51% der Stimmen auf sich vereinigt habe und der Kongreß infolgedessen eine Entscheidung treffen müsse. Urriolagoitia ließ sich jedoch durch eine von General Hugo Ballivián geführte Militärjunta am 16. Mai absetzen. Damit wurde der Gegensatz zwischen Regierung und Opposition auf einen Höhepunkt getrieben, der die politische Auseinandersetzung wie einen Kampf auf Tod und Leben erscheinen lassen mußte.

Die Militärjunta trug ihrerseits zur Zuspitzung der Lage bei, indem sie die von ihren Vorgängern getroffenen Maßnahmen noch um eine weitere vermehrte und die Situation verschärfte. So verbot sie Streiks und jede Art von Kundgebungen, die als Sabotageakt oder Gefährdung der Staatssicherheit angesehen werden konnten. Die schon vorhandene Pressezensur wurde noch rigorosier gehandhabt. Und schließlich schien die Militärjunta – entgegen ihrem Versprechen – nicht daran zu denken, die Staatsführung rechtzeitig an eine zivile Macht weitzerzugeben.

Tabelle 18 Präsidentschaftswahlen vom 6. Mai 1951* in Bolivien

Kandidaten ¹	Parteien	Stimmen
Paz Estenssoro—Siles Zuazo	MNR ^a	54 049
Gosálvez—Arce	PURS ^b	39 940
Bilbao—Flores	FSB ^c	13 180
Gutiérrez—Salmón	ACB ^d	6 559
Arze—Villarando	PIR ^e	6 441
T. M. Elio—Ballón	PL ^f	5 170
Insges.:		125 339

* Quelle: Barcelli: a. a. O. S. 260.

N.B. Die angegebenen Zahlen dürften einen hohen Wahrscheinlichkeitswert haben, denn, verglichen mit einer anderen Quelle, weisen sie nur sehr geringe Abweichungen auf. So gibt z. B. Trigo: (a. a. O. S. XLI) für Paz Estenssoro und Gosálvez jeweils 54 129 und 40 381 Stimmen an. Die Gesamtzahl der Stimmen wird bei ihm mit 126 123 angegeben.

¹ Die Namen beziehen sich jeweils auf das Präsidenten- und Vizepräsidentenamt.

- | | |
|--|--------|
| a „Movimiento Nacional Revolucionario“ | = MNR |
| b „Partido Unión República Socialista“ | = PURS |
| c „Falange Socialista Boliviana“ | = FSB |
| d „Acción Cívica Boliviana“ | = ACB |
| e „Partido de la Izquierda Revolucionaria“ | = PIR |
| f „Partido Liberal“ | = PL |

Auf der Seite der Opposition herrschte eine durchaus revolutionäre Atmosphäre. Viele Gewerkschaftsführer und politisch Verbannte waren heimlich zurückgekehrt und arbeiteten intensiv daran, die Herbeiführung einer Entscheidung zu beschleunigen, indem sie ihre Organisationen festigten und ausbauten und gleichzeitig die hinter der Regierung stehenden Kräfte von innen her zu sprengen und mindestens zu neutralisieren versuchten. In diesem Sinne wurden Kontakte zu bestimmten Stellen der Armee und der Verwaltung aufgenommen²⁴⁴. Fest steht z. B., daß der Chef der Polizei, General Seleme, für die Sache der Revolution gewonnen werden konnte, zu deren Sieg er mit materieller Hilfe beitrug. Dies hob Paz Estenssoro besonders hervor, als er in der anläßlich des MNR-Parteitages am 13. Februar 1953 gehaltenen Rede sagte: „... (auf der anderen Seite) ermöglichte es die von Seleme und den „carabineros“ (Mitglieder des Hauptpolizeiverbandes) geleistete Hilfe, das Kräftegleichgewicht dieses Regimes zu brechen...“²⁴⁵.

Ähnliche Hilfe oder Neutralitätsversprechungen, welche die Revolutionäre hier und da in der Armee bekamen, hinderten sie aber nicht daran, auch die Massen, besonders die Bergarbeiter, zu bewaffnen, um Rückschläge wie z. B. 1943 unter Villaroel vorzubeugen. Als die Revolution am 9. April 1952 nach geheimen Absprachen zwischen den entsprechenden Stellen der Armee und des MNR ausbrach, waren sie in der Lage, den regierungstreuen Truppen drei Tage lang standzuhalten, bis die Entscheidung am 11. April zugunsten der Revolutionsarmee fiel. Die von der Militärjunta verkündete Annullierung der Wahlergebnisse vom 6. Mai 1951 machte die siegreiche Revolution rückgängig, indem Víctor Paz Estenssoro und Hernán Siles Zuazo als Präsident und Vizepräsident für die Amtsperiode vom 15. April 1952 bis 6. August 1956 proklamiert wurden. Damit war der MNR zum zweitenmal an der Macht, aber diesmal als selbständige revolutionäre Regierungspartei.

3. *Die Revolution vom 9. April 1952*

a) Die theoretischen Grundlagen der Revolution

Der am 9. April 1952 in Bolivien eingeleiteten sozio-ökonomischen Umwälzung sind keine breitangelegten ideologischen Auseinandersetzungen vorausgegangen. Man hat daher behauptet, sie sei vor allem eine „praktische und realistische“ Revolution gewesen²⁴⁶. Damit soll nicht gesagt sein, sie sei nicht von vorher festgelegten Grundsätzen untermauert gewesen und habe sich — ähnlich wie z. B. die mexikanische Revolution — erst nach der „Staatskatastrophe“ und im Verlaufe der revolutionären Machtausübung ihr ideologisches Rüstzeug verschafft. Dagegen spricht nicht nur die vorrevolutionäre Betätigung der mit der Revolution identischen Regierungspartei, sondern auch vor allem die von maßgebenden Führern des MNR vertretene Interpretation der bolivianischen Gesamtwirklichkeit. Es erscheint daher zweckmäßig, den dem MNR zugrunde liegenden Prinzipien nachzugehen.

Schon die Initialen — MNR — sollen eine Synthese des Ganzen darstellen. Zunächst sei der MNR — so wird behauptet²⁴⁷ — eine „Bewegung“ (Movimiento) und nicht eine Partei, weil eine Partei die Interessen einer bestimmten Klasse vertrete, der MNR dagegen die Avantgarde aller unterdrückten, durch ein gemeinsames antiimperialistisches und antifeudalistisches Interesse vereinten Klassen Boliviens sei. Sie sei nationalistisch, weil sie für die Rückgewinnung der nationalen Reichtümer zugunsten der Bolivianer eintrete. Und schließlich sei sie revolutionär, weil sie die Ansicht vertrete, daß es, um letzteres zu er-

reichen, notwendig sei, das Wirtschafts- und Sozialsystem von Grund auf zu liquidieren und es durch ein anderes zu ersetzen. Der so verstandenen Partei wurden folgende Richtlinien für ein Aktionsprogramm zugrunde gelegt:

1. Bekämpfung der „Liquidationsdemokratie“ (*democracia entreguista*),
2. Bekämpfung des Pseudo-Sozialismus als Instrument einer neuen Ausbeutung,
3. Verfechtung des revolutionären Nationalismus,
4. Konsolidierung des Staates und Sicherheit des Vaterlandes,
5. wirtschaftliche Befreiung und Souveränität des bolivianischen Volkes²⁴⁸.

Dieses Programm ist nicht als eine zusammenhanglose, beliebige Aktionsbasis zu verstehen, sondern wird aus der Interpretation der sozialen Wirklichkeit abgeleitet.

Paz Estenssoro definiert diese dahin, daß Bolivien strukturell ein Halbkolonialland sei und wirtschaftlich nicht in seinem Interesse, sondern zugunsten der internationalen Monopole, die das Land ausbeuteten, regiert werde... (daß) ein anachronistischer Feudalismus im Innern und ein Superkapitalismus von außen unter Beihilfe einer Oligarchie ohne Horizont und einiger im Solde ausländischer Unternehmen stehender Parteien das nationale Leben erstickten²⁴⁹.

Der MNR, der sich als die Reaktion auf eine so verstandene Situation betrachtete, setzte sich daher die Aufgabe, diese Wirtschafts- und Sozialstruktur umzukehren, indem er den Einfluß des Imperialismus und des Großbürgertums durch Nationalisierung ihrer Machtquellen — in diesem Falle vorwiegend des Bergbaues — beseitigen, den Großgrundbesitz aufteilen und so das wirtschaftliche Potential in breiter Streuung ausweiten wollte. Daraus erklärt sich, daß zur Bewältigung dieser Aufgabe nicht nur ein Teil, sondern sämtliche vorwärtstrebenden Kräfte des Volkes — angefangen bei den proletarischen Arbeitermassen über den Mittelstand bis hin zum Kleinbürgertum — aufgerufen wurden. Den Erfolg des MNR und damit der Revolution will Paz Estenssoro eben darauf zurückführen, daß „der MNR eine Partei des Proletariats, des Bauerntums, des Mittelstandes und der Kleinbürger ist...“ „Diese Tatsache“, fährt er fort, „ist von Bedeutung, weil die Arbeiter, in dem sozialen Kampf innerhalb eines Halbkoloniallandes wie Bolivien, nicht allein waren. Es gelang... alle unterdrückten Schichten durch das Bewußtsein der nationalen Befreiung zusammenzuschweißen... So konnte der Weg zur Nationalen Revolution oder Befreiung beschritten werden²⁵⁰.“ Auf diesem ziemlich klar umrissenen

ideologischen Unterbau sollte nun das Gebäude der neuen politischen und Sozialordnung Boliviens errichtet werden.

b) Die Praxis der Revolution

Betrachtet man die erste Amtsperiode der Revolutionsregierung (1952 bis 1956), so fällt auf, daß sie hauptsächlich von fünf grundlegenden Verordnungen geprägt war, welche dazu bestimmt waren, die unmittelbaren Zielsetzungen der Revolution zu verwirklichen. Es waren die Verordnung über das allgemeine Wahlrecht vom 21. Juli 1952, die Verordnung über die Nationalisierung der Bergwerke vom 31. Oktober 1952, die Verfügung vom 15. Dezember 1952 über die Arbeiterkontrolle in der Bergbauindustrie, die Verordnung vom 24. Juli 1953 über die Reorganisierung der Armee und die Verordnung vom 2. August 1953 über die Agrarreform.

aa) *Das allgemeine Wahlrecht*

Hatten die bisherigen Verfassungen Boliviens das sogenannte „qualifizierte Wahlrecht“ vorgesehen, auf Grund dessen nur diejenigen wahlberechtigt waren, die lesen und schreiben konnten und über ein bestimmtes Mindesteinkommen verfügten, so wurde durch die Revolution das Wahlrecht jedem bolivianischen Bürger ab 18 Jahren, wenn er verheiratet, ab 21 Jahren, wenn er ledig war, ohne Berücksichtigung des Geschlechts, der Rasse, der Religion oder der Parteizugehörigkeit zugesprochen. Einschränkungen waren für Verräter, Wahlrecht- und Eidbrecher, bestimmte verurteilte Kriminelle usw. vorgesehen. Dieses Gesetz kam erstmalig bei den Kongreß- und Präsidentschaftswahlen vom 17. Juli 1956 zur Anwendung. Eine Gegenüberstellung der Wahlergebnisse dieser Epoche mit denen vom 5. Januar 1947 läßt den krassen Unterschied der Wahlbeteiligung in beiden Fällen deutlich erkennen. (Siehe Tabelle 19.)

In seiner Botschaft an den Kongreß vom Juli 1956 hob Präsident Paz Estenssoro die Bedeutung dieses Gesetzes wie folgt hervor: „... mit dieser Maßnahme, einer der wichtigsten unter den zahlreichen, die während der letzten vier Jahre unsere nationale Physiognomie verändert haben, wurde das alte System beseitigt, nach dem ein qualifiziertes Wahlrecht die Eigenschaft des Staatsbürgers auf nicht mehr als 100 000 Personen in einem Lande mit 3,5 Mill. Einwohnern beschränkte ...“²⁵¹

Die weitreichende Bedeutung dieser Maßnahme wird noch deutlicher, bedenkt man, daß die großen indianischen Massen auf einmal wahlberechtigt wurden. Daß dadurch eine selbständige Führung indianischer Abstammung entstehen könnte, ist in der unmittelbaren Zukunft nicht wahrscheinlich, da dieser Teil der bolivianischen Bevölkerung an-

Tabelle 19 Wahlergebnisse vom 5. Januar 1947 und 17. Juli 1956*

Jahr/1947		Jahr/1956	
Partei	Stimmen	Partei	Stimmen
PURSa	43 581	MNR	786 729
UN ^b	43 302	FSB ^c	130 494
MNR ¹	5 194	PCB ^d	12 273
MNR ²	1 907	POR ^e	2 329
		Enthaltungen	13 014
		Ungültig	10 510
		Abgegeb. Stimmen	955 349
		Nichtabgegeb. Stimmen	143 698

* Quelle: Barcelli: a. a. O. S. 7–8.

a „Partido Unión Republicana Socialista“.

b Der volle Wortlaut ist im Text nicht angegeben, wahrscheinlich eine Koalitionsgruppe.

c „Falange Socialista Boliviana“.

d „Partido Comunista de Bolivia“.

e „Partido Obrero Revolucionario“.

MNR 1: Kerngruppe des „Movimiento Nacional Revolucionario“.

MNR 2: Splittergruppe desselben unter Villaroels Vorzeichen, daher bezeichnete sie sich als „MNR-Villaroelista“.

nähernd zu 85 % aus Analphabeten besteht. Wohl aber als geschlossene Wahlgruppe ist die indianische Bevölkerung nunmehr in die Lage versetzt worden — gegenwärtig zumindest theoretisch —, den politischen Willensbildungsprozeß entscheidend zu beeinflussen.

Indessen sollte man angesichts der Tatsache, daß sich der MNR ideologisch und faktisch mit den Interessen der indianischen Bevölkerung identifiziert, den erwähnten qualitativen Wandel der politischen Auseinandersetzung nicht überschätzen. Man kann ihn sogar als eine substantielle Ausweitung der eigenen Hausmacht des MNR ansehen.

Eine weitere, jedoch nach dem tatsächlichen Kräfteverhältnis unwahrscheinliche Auswirkung dieses Gesetzes ließe sich darin erblicken, daß die Opposition unter Ausnutzung verschiedener Fehlschläge der Regierungspolitik die politische Unerfahrenheit der indianischen Bevölkerung dazu benutzen könnte, eine Umstimmung in deren Reihen hervorzurufen. Das neue Wahlgesetz wird daher erst dann seine volle Wirkung haben, wenn die breiten Massen das ihnen zugesprochene

Recht bewußt zu gebrauchen in der Lage sind, mit anderen Worten, wenn die Regierung die Voraussetzung dafür schafft: nämlich die allgemeine Schul- und Erwachsenenbildung. Damit ist ein anderer wichtiger Aspekt des Problems angedeutet.

Der MNR-Führung ist offenbar dieser Fragenkomplex nicht entgangen: am 30. Juni 1953 wurde ein Studienausschuß gebildet, dessen Aufgabe es war, die Bedingungen für eine „integrale Reform der öffentlichen Erziehung“ zu untersuchen. Eine besondere Rolle fiel dabei dem Kultusministerium und dem Ministerium für Bauernangelegenheiten zu. Später wurde sogar durch Erlaß vom 20. Januar 1956 ein „Erziehungsgesetzbuch“ geschaffen, um der Erziehungsfrage besonderes Gewicht zu verleihen²⁵².

bb) Die Nationalisierung der Bergwerke

Mit der Verordnung vom 31. Oktober 1952 setzte die Revolutionsregierung einen ihrer Kerngrundsätze in die Tat um, der seit Gründung des MNR zu seinem ideologischen Bestand zählte. Von der Parteiplattform aus gesehen, gehört dieser Kernsatz zur allgemeinen Interpretation der bolivianischen sozialen Wirklichkeit durch die MNR-Führung. Aber als praktischer Regierungsmaßnahme wurde der Nationalisierung eine spezifische machtpolitische Bedeutung beigemessen: sie sollte die jahrzehntelange wirtschaftliche und politische Herrschaft der drei Monopolgesellschaften — „Patiño“, „Hochschild“ und „Aramayo“ — für immer beseitigen. Dazu meinte Paz Estenssoro: „... Die Bergbaugesellschaften hatten das ganze Leben des Staates in ihren Händen. Unter hundert Beispielen gibt es zwei... objektive: das eine ist, daß ein im Dienste Patiños, Hochschilds und Aramayos stehender Ausländer, Rafael Ordorica, als Beauftragter des Bergbauindustrieverbandes für ‚public relations‘ Kabinettskrisen herbeiführte und Ministerien fabrizierte; das andere ist, daß er den Ausgang der Wahlen ignorierte, wenn ihre Ergebnisse Carlos Víctor Aramayo nicht paßten. Das Leben einer ganzen Nation kann nicht von der Laune dreier Personen — so mächtig sie auch sein mögen — abhängen“²⁵³.

Diese Aussage einer der bedeutendsten Persönlichkeiten der Bewegung mag darauf hinweisen, daß aus der wirtschaftlichen Macht der erwähnten Gesellschaften politische Macht abgeleitet wurde. Allein die Tatsache, daß der überwiegende Teil des Exports Boliviens aus Mineralien besteht, legt die Annahme nahe, daß hierdurch eine potentielle Beeinflussung der Gesamtwirtschaft und damit des politischen Lebens gegeben ist. Die nachstehende Tabelle zeigt diese Schlüsselstellung der Mineralien im Export Boliviens für eine Zeitspanne von mehr als dreißig Jahren:

Tabelle 20 Zusammensetzung des Exports Boliviens (in %)*

	1925 bis 1929	1930 bis 1940	1941 bis 1945	1946 bis 1949	1950 bis 1952	1953 bis 1955	1956
Sämtliche Mineralien	93,3	94,8	95,3	95,6	96,8	96,6	93,2
Zinn	74,2	74,8	72,9	71,5	63,5	61,5	55,6
Wolfram	0,3	3,0	8,9	2,6	6,8	14,1	13,5
Blei	4,8	2,6	2,2	5,9	8,5	6,1	7,1
Zink	1,3	2,5	2,5	2,7	7,7	5,2	4,7
Silber	6,0	7,4	3,7	5,2	4,5	4,7	6,4
Andere Mineralien	6,7	4,5	5,1	7,7	5,8	5,0	5,9
Erdöl	—	—	0,1	0,2	0,2	1,0	2,7
Agrarprodukte und Sonstiges	6,7	5,2	4,6	4,2	3,0	2,4	4,1

* Quelle: Economic Commission for Latin America.

Report on Bolivian Economy. 1957. Vol. I, S. 74.

Ferner betrug, einer amtlichen Vorlage des Jahres 1955 zufolge, der Anteil des Mineralienexports am Gesamtexport bei einem Jahresdurchschnitts-Exportvolumen in Höhe von 115 Mill. Dollar für die Periode von 1948 bis 1951 = 96,98 % oder 111,5 Mill. Dollar. 1953 betrug der Gesamtexport etwas mehr als 113 Mill. Dollar, davon entfielen 109,8 Mill. auf Mineralien, d. h. 97,14 %. Für das Jahr 1955 wurde der Anteil der Mineralien am Export auf 90 % geschätzt.²⁵⁴

So betrachtet, erscheint die Nationalisierung der Bergwerke als eine Maßnahme, die zwar der ideologischen Färbung nicht entbehrt, jedoch vor allem aus der Wirtschaftsstruktur Boliviens zu verstehen ist. Sie kann daher nicht primär als eine grundsätzliche Tendenz zur Sozialisierung gedeutet werden. In seiner am 31. Oktober 1952 anlässlich des Nationalisierungsaktes gehaltenen Rede sagte Paz Estenssoro: „... die Nationalisierung der Bergwerke ‚Patiño‘, ‚Hochschild‘ und ‚Aramayo‘ bedeutet nicht, daß die Regierung der Nationalen Revolution ein Feind der Privatinitiative wäre. Im Gegenteil: weil wir der Privatinitiative neue Perspektiven eröffnen wollen, haben wir die drei großen Bergwerksgesellschaften nationalisiert. Die überwältigende Macht von Patiño, Hochschild und Aramayo erstickte jedoch andere wirtschaftliche Aktivität, die nicht ihren Interessen unterworfen war; nun, da diese Macht liquidiert worden ist... eröffnet sich ein unbegrenztes Feld, damit die Privatinitiative die verschiedenen Reichtumsquellen... verwerten kann“²⁵⁵.

Für die Verwaltung der nationalisierten Gesellschaften wurde eine staatliche Körperschaft gebildet, die sogenannte COMIBOL = „Corporación Minera de Bolivia“. Seit den ersten Tagen ihres Bestehens mußte diese Institution unzählige Schwierigkeiten, vor allem völlig neuartige Probleme bewältigen, ohne auf frühere Erfahrungen zurückgreifen zu können. Eine der Schwierigkeiten bestand in dem durch die Nationalisierung verursachten Kapitalmangel. Um dieser Situation zu begegnen, nahm die Regierung eine Banknotenausgabe vor, die den ohnehin herrschenden Inflationsprozeß noch beschleunigte. Die COMIBOL war, um ihren Devisenbedarf zu decken, auf den Export angewiesen. Da aber der Export von Mineralien praktisch die einzige Devisenquelle darstellte, mit der die Regierung den Import finanzierte, konnte die COMIBOL nur einen geringen Teil der angeschafften Devisen für Neuausstattungen und andere Ausgaben verwenden.

Während Bolivien 1948 noch das zweitwichtigste unter den Zinn produzierenden Ländern war, nahm es nach der Förderung von 1958 (18 000 t) den dritten Platz hinter Indonesien (ca. 80 000 t) und Malaya (50 000 t) ein. Seit 1952 erreichte Boliviens Zinnproduktion nur noch folgende Mengen (in 1000 t): 1952: 32,5; 1953: 35,4; 1955: 28,4; 1956: 27,2; 1957: 28,2. Diese Lage ist um so bedenklicher, als die COMIBOL mit durchschnittlich über 80% am Gesamtexport Boliviens beteiligt ist²⁵⁶.

Ein weiteres Problem, nicht nur für die COMIBOL, sondern für die gesamte Wirtschaft Boliviens, waren die Absatzschwierigkeiten der Bergbauprodukte. Auf dem Weltmarkt fielen die Zinnpreise fast unmittelbar nach der Nationalisierung – allerdings aus Gründen, die mit der bolivianischen Problematik nichts oder mindestens wenig zu tun hatten.

Im wesentlichen wird die Situation in Zukunft davon abhängen, inwieweit die bolivianische Industrie fähig sein wird, mehr als bisher zu produzieren und zu exportieren. Dies hängt sowohl mit inneren Faktoren – Verbesserung bzw. Erweiterung des bisherigen Produktionsapparates, Reduzierung der Produktionskosten, Milderung der Spannungen auf dem Arbeitssektor usw. – als auch mit äußeren Faktoren – vor allem Erzielung besserer Weltmarktpreise – zusammen. Solange die Regierungsbestrebungen nach vielfältiger Gestaltung der Wirtschaftsstruktur die gewünschten Auswirkungen jedoch nicht zeitigen, wird die Bergbauindustrie nach wie vor ihre Zentralstellung in der Wirtschaft Boliviens beibehalten und damit ein Kernstück der Bewährungsprobe der Revolution bleiben.

cc) Mitbestimmung der Arbeiter

Schon der Artikel 17 der Verordnung über die Nationalisierung der Bergwerke verfügte ausdrücklich ein Mitspracherecht der Arbeiter in der Verwaltung der COMIBOL. Zwei der sieben Direktoren dieser Institution werden gemäß der erwähnten Bestimmung von den Gewerkschaften gestellt. Ihre eigentliche Aufgabe besteht in der Überwachung der Ausgaben der COMIBOL für Ausstattungen, Löhne usw. In der Praxis jedoch haben sie ihren Tätigkeitsbereich erweitert. So befaßten sie sich mit Problemen, die dadurch entstanden, daß sich die Arbeiter im Vollbewußtsein ihres veränderten Status verleiten ließen, ihre Rechte zu mißbrauchen. Nicht selten erzwangen sie die Entlassung von Ingenieuren und Managern wegen angeblicher Amtsüberschreitungen. Es konnte unter solchen Umständen nicht ausbleiben, daß die Arbeitsdisziplin und -produktivität erheblich nachließ, was sich allerdings auch dadurch erklärte, daß alle zwischen 1946 und 1952 entlassenen Arbeiter wieder beschäftigt wurden.

Außer in der COMIBOL besteht auf Grund der Verfügung vom 15. Dezember 1952 eine Arbeiterkontrolle auch in der Zentralbank und im Wirtschaftsministerium. Hier haben die Vertreter der Gewerkschaften bei der Schlichtung von Streitfällen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern mitgewirkt und bei der Verteilung von Nahrungsmitteln und anderen Konsumgütern bis 1956 eine Schlüsselstellung innegehabt. Ferner sind die Arbeiter an der eigentlichen Regierungstätigkeit beteiligt. Seit dem 9. April 1952 bleiben den Gewerkschaften vier Ministerien vorbehalten: das Bergbau- und Petroleumministerium, das Ministerium für Bauernangelegenheiten und das Ministerium für Arbeit und Transport.

Man kann schließlich darauf hinweisen, daß die Revolutionsregierung für ihre innere Sicherheit in starkem Maße auf die Arbeiter- und Bauernmilizen angewiesen ist, die vor allem in den ersten Zeiten nach der Revolution polizeiliche Aufgaben übernehmen und die Gegenschläge der Reaktion abwehren mußten.

Das Prinzip der „Arbeiterkontrolle“ gehört zu den wesentlichsten Errungenschaften der Revolution. Es hat sich nicht in vollem Umfange bewährt und entscheidende Schwächen gezeigt, die die Einrichtung als solche gefährden können. Oft ist z. B. die Bestimmung nicht eingehalten worden, nach der der „Kontrolleur“ auf seine ursprüngliche Funktion zurückkehren mußte, wenn die vorgesehene Dauer seiner Kontrolltätigkeit erreicht ist. Ebenfalls haben die „Kontrolleure“ es vielfach versäumt, die monatliche Rechenschaft über ihre Tätigkeit abzulegen, so daß die Kontrolle der Kontrolleure durch untere Instan-

zen auf dem Papier blieb. Die Folge davon ist eine Bürokratisierung der Kontrollfunktion, welche dem Geist der Institution widerspricht. Es wird nicht zuletzt von dem Verantwortungsbewußtsein sowohl der Führungskräfte als auch der einzelnen Mitglieder der Gewerkschaften abhängen, ob diese bedeutende Sozialeinrichtung künftig den ihr beigemessenen Sinn erfüllt.

dd) Die Reorganisierung der Armee

Bolivien ist bekanntlich mit Paraguay eines der Länder Süd- bzw. Lateinamerikas, wo der Militarismus die stärksten Wurzeln schlagen konnte. Nach der Abschüttelung der spanischen Kolonialherrschaft blieben im Lande als Machtorganisationen die Kirche und die Befreiungsarmee bestehen. Die Großgrundbesitzer und die Kaufleute erkannten frühzeitig die Gefahr, die für ihre Privilegien und überhaupt für ihre soziale Stellung dadurch entstehen konnte, daß die Befreiungsbewegung über die Beseitigung der fremden Herrschaft hinausgehen würde, und suchten daher — und nicht ohne Erfolg — die Allianz mit diesen Kräften, besonders mit der Armee. Das faktische Bündnis, das in der Folgezeit entstand, sicherte ihnen weiterhin die wirtschaftliche, politische und soziale Vorherrschaft in der neuen Republik.

Durch die drastische Einschränkung der Macht der Kirche in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewann die Armee entsprechend an Bedeutung und wurde mehr und mehr zum begehrten Machtmittel der traditionell herrschenden Schichten, die es verstanden, die verschiedenen Faktionen unter den Militärs gegeneinander auszuspielen. Die Tradition des Caudillismo hatte hier ihre Wurzeln: das Militär mußte sich eine Schiedsrichterrolle an und griff immer mehr in das politische Leben ein.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gelang es der liberalen Bewegung, der militärischen „Expansion“ Einhalt zu gebieten. Die traditionelle Armee des 19. Jahrhunderts wurde aufgelöst und eine neue aufgebaut. Der Zivilcharakter der Regierung blieb bis zum Ausbruch des Chaco-Krieges bewahrt. Der erste Bruch trat ein, als im Jahre 1934 inmitten der Kriegereignisse der damalige Präsident Salamanca von der Armee abgesetzt und durch den Vizepräsidenten Sorzano ersetzt wurde. Von da an wurde die Armee wieder bestimmender Faktor des politischen Lebens. Unter den neun Staatspräsidenten, die Bolivien zwischen dem 17. Mai 1936 und dem 9. April 1952 regierten, waren sechs Mitglieder der Armee.

Wenn auch der Chaco-Krieg den Militarismus wieder aufleben ließ, so doch nicht — zumindest ursprünglich — im Sinne der alten Tradition. Es war vielmehr ein Erneuerungsbedürfnis, das die Armee dies-

mal zur Intervention veranlaßte. Diese Strömung verkörperte einigermaßen die Toro- und noch eindeutiger die Busch-Regierung. Nach Buschs Tod kam die alte Garde mit Quintanilla und Peñaranda wieder an die Macht. Von Dezember 1943 bis Juli 1946 wurde mit Villaroel nochmals versucht, an die Tradition der Erneuerer anzuknüpfen. Nach 1946 wurde das Pendelspiel zwar nicht unmittelbar fortgesetzt, denn die Armee stand selbst nicht an der Staatsspitze, aber sie stellte sich in den Dienst der herrschenden Reaktion zwischen 1946 und 1952. Durch die Revolution vom April kam es zu dem entscheidenden Wendepunkt, der zur Auflösung der besiegten Armee und zur Umstrukturierung ihrer bisherigen Zusammensetzung führte. Von diesem doppelten Vorgang erwartete man nunmehr die Ausschaltung der Armee als Faktor des politischen Willensbildungsprozesses. Die Auflösung betrachtete die Revolutionspartei als unerläßlich für die Konsolidierung der eingeleiteten Umwälzung, obwohl verschiedene Stellen dieser Armee für die Sache der Revolution gewonnen werden konnten. Man fürchtete dabei die Wiederholung des Falls von 1943, als der MNR zum ersten Male mit der Armee regieren konnte, die Koalitionsregierung jedoch infolge innerer Machtkämpfe schließlich auseinanderbrach.

Die Tatsache, daß der MNR sich auf eigene Streitkräfte — die Arbeiter- und Bauernmilizen — stützen konnte, erleichterte ihm die Auflösung der Armee. Aber die Milizen selbst wurden in der ersten Zeit nach der Revolution zum Gegenstand lebhafter Kontroversen. Während die Kommunistische Partei und die Trotzisten die Milizeinrichtung als ein Vorstadium der zu etablierenden „Arbeiter- und Bauernregierung“ ansahen, glaubten die Falangisten in ihnen schon den Beweis für den kommunistischen Charakter des MNR gefunden zu haben. Auch seitens der Mittelschichten waren Bedenken wegen des Fortbestandes der Milizen zu verzeichnen. Und nicht zuletzt machte man in Regierungskreisen geltend, es könnte zu einer gefährlichen Politisierung der Milizen kommen. Anderthalb Jahre nach der Revolution kreiste die Kontroverse um das heikle Thema der Aufstellung einer neuen nationalen Armee.

Innerhalb des MNR bildete sich eine starke Opposition gegen das Vorhaben, während zahlreiche Gewerkschafts- und Bauernführer fürchteten, ihren Einfluß auf die Regierung zu verlieren. Andere Kreise dagegen befürworteten das Projekt mit dem Argument, der neuen Armee könnte man soziale und wirtschaftliche Aufgaben anvertrauen, so daß sie eine zeitgemäße Einstellung zum sozialen und politischen Leben gewinnen würde.

Präsident Paz Estenssoro machte sich diese Auffassung zu eigen und erließ am 24. Juli 1953 die Verordnung über die Reorganisierung der Armee. Nach seiner Meinung soll diese Armee die alte, zur Verteidigung der oligarchischen Interessen organisierte und erzogene Armee ersetzen und im Dienste der Interessen und Bedürfnisse der Arbeiter, Bauern und der Mittelschichten stehen. Ferner soll sie zur Unterstützung von Entwicklungsvorhaben der Regierung bestimmt sein²⁵⁷.

Ende 1953 wurde die Militär-Akademie in La Paz wieder eröffnet. Der Rekrutierung der Kadetten lag ein Auswahlprinzip zugrunde, das der sozialen Abstammung der Bewerber und ihrer politischen Loyalität Rechnung trug. Die Rekrutierung sollte nach folgenden Grundsätzen vorgenommen werden: 20 % Bauernsöhne, 30 % Söhne der städtischen und Bergbauarbeiter, 50 % Söhne der Mitglieder des MNR aus den Mittelschichten, die der Partei mindestens sechs Jahre angehörten²⁵⁸.

Alle in der Folge ergriffenen Maßnahmen liefen darauf hinaus, der Wiederbelebung des Militarismus traditionellen Stils vorzubeugen; so wurde z. B. ein niedriges Militärbudget angestrebt und eine strenge Zivilkontrolle, die Entfernung wichtiger Teile der Armee aus der Hauptstadt, ihre Beschäftigung im Straßenbau, in der Landwirtschaft usw. verfügt. Schließlich scheint die Regierung auch bei der Reorganisierung der neuen Armee bestrebt gewesen zu sein, ein Gleichgewicht zwischen dieser, der Polizei – den Carabineros – und den Milizen zustande zu bringen, um jederzeit in der Lage zu sein, unerwartet eingetretenen Übergriffen von dieser oder jener Seite mit dem Gewicht der anderen zu begegnen. Es läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen, ob diese ausgeklügelten Maßnahmen den militärischen Interventionismus für immer ausgeschaltet haben. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß die bewußte Verflechtung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder dieser Armee bewirkt, daß diese sich mit den Zielen der Revolution identifizieren und sie lieber verwirklichen helfen als in das politische Abenteuerertum früherer Zeiten zurückzufallen.

ee) Die Agrarreform

Mit der am 2. August 1953 erlassenen Verordnung über die Agrarreform vollzog die Revolutionsregierung nach der Nationalisierung des Bergbaues einen weiteren, entscheidenden Schritt in ihren Bestrebungen, die bisherige Wirtschaftsstruktur Boliviens von Grund auf umzuwandeln. Schon die Tatsache, daß die Landwirtschaft mit einem Beschäftigungsanteil von mehr als 60 % der aktiven Bevölkerung nur 28 %

des Volkseinkommens ausmachte und dadurch zur Zeit der Verordnung sogar ein Haupthindernis der Wirtschaftsentwicklung Boliviens darstellte, ließ diese Maßnahme als unvermeidlich erscheinen²⁵⁹.

Die primäre Ursache des Zurückbleibens der Landwirtschaft wird in der bis August 1953 herrschenden Agrarstruktur mit ihrem halbfeudalen und unproduktiven Großgrundbesitz gesehen²⁶⁰. Hinzu kommen alle mit diesem Landbesitzsystem zusammenhängenden Probleme, die bereits für ganz Lateinamerika untersucht worden sind (s. S. 34 ff.), nämlich: antiquierte Methoden der Bodenbearbeitung und damit geringe Produktivität des bearbeiteten Bodens, Kleinpächterproblem usw. Für Bolivien ist zusammenfassend folgendes festgestellt worden: „Es sei ... erwähnt, daß früher die Latifundisten, in deren Händen sich vor der Reform das Land befand, ihre volkswirtschaftliche Aufgabe der ausreichenden Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse in keiner Weise erfüllten. Die auf ihrem Latifundium wohnenden Indios mußten ohne Lohn für die Besitzer Arbeit leisten und waren auch nicht einmal Eigentümer der kleinen Äcker, die sie zum Lebensunterhalt für sich und ihre Familien bestellten“²⁶¹. Dieser Situation ein Ende zu machen, ist erste Absicht der Verordnung vom August 1953, in deren Präambel die Ziele der Agrarreform angegeben werden. Faßt man diese zusammen, so geht es im wesentlichen darum: 1. den Bauern — sprich Indianern — gegenüber einen historischen Gerechtigkeitsakt zu vollziehen, indem man ihnen das Land, das ihnen der spanische Conquistador und dessen Nachkommen genommen haben, zurückgibt; 2. dem „Pongueaje“-System und damit dem menschenunwürdigen Status des Landarbeiters ein Ende zu bereiten, indem er nunmehr Besitzer des von ihm bearbeiteten Landes wird und ihm in bezug auf die Sozialgesetzgebung dieselben Rechte wie dem Industriearbeiter gewährt werden; 3. die rationelle und intensive Bodenausnutzung zu fördern, um die landwirtschaftliche Selbstversorgung sicherzustellen; 4. das kooperative System zu fördern und die staatliche Hilfe zugunsten der indianischen Gemeinden und der kleinen und mittleren Landbesitzer in Form von Krediten, Düngemitteln, Maschinen und erzieherischer Beihilfe zu intensivieren; 5. schließlich die interne Migration der in den Anden-Gebieten konzentrierten Landbevölkerung nach dem Osten zu fördern, um dadurch eine rationellere Bevölkerungsverteilung zu erzielen, die nationale Einheit zu festigen und Bolivien von seinem Monoproduktionscharakter zu befreien²⁶².

Als erstes wurde das Latifundium abgeschafft (Art. 30). Zugrunde gelegt wurden dabei die statistischen Ermittlungen des Agrarzensus

von 1950, der jedoch — wie in ESLA 1959 hervorgehoben wurde — viele wichtige Lücken aufweist und nur als eine grobe Schätzung der gegenwärtigen Situation angesehen werden kann²⁶³. Kleinerer und mittlerer Besitz wurde — wenn auch stellenweise enteignet — im Prinzip gefördert und seine Unantastbarkeit feierlich proklamiert (Art. 32 und 33). Die hierbei angelegten Maßstäbe variieren mit den geographischen Gegebenheiten und der Wirtschaftlichkeit der in Betracht gezogenen Gegend.

Vom Mai 1955, dem Beginn der Landredistribution, bis Juni 1959 wurden 34 357 Landbesitztitel — über 657 149 ha — an insgesamt 24 371 Bauern ausgegeben. Nach Juni 1959 wurde der Landaufteilungsprozeß beträchtlich beschleunigt, so daß innerhalb von sechs Monaten 12 500 Titel über 407 600 ha an 8 237 Bauern hinzukamen. Bis zum 31. Dezember 1959 bekamen 32 608 „Familienoberhäupter“ 46 857 Besitztitel — darunter 29 636 im Individual- und 17 221 im Kollektivbesitz —, was 1 064 749 ha Getreide- und Weideland entsprach²⁶⁴.

Die unmittelbare Durchführung der Landaufteilung verlief jedoch nicht ohne einige Übergriffe und Willkürakte. So wurden Verletzungen der Gesetzesbestimmungen festgestellt in dem Sinne z. B., daß landlose Bauern sich kleinerer und mittlerer Besitze bemächtigten, die nach dem Gesetz nicht enteignet werden durften, oder umgekehrt, daß mit modernen Methoden bearbeiteter Großgrundbesitz, der deswegen besonderen Bestimmungen unterlag, doch aufgeteilt wurde. Hervorgehoben sei auch die Tatsache, daß gewisse ausführende Organe der Agrarreform kein revolutionäres Bewußtsein besaßen und sich einbildeten, die Agrarreform erschöpfe sich in der Landaufteilung, ohne die Erfordernisse der Agrarwirtschaft in Betracht zu ziehen.

Ferner mußte der zur praktischen Durchführung der Agrarreform ins Leben gerufene „Servicio Nacional de Reforma Agraria“ eine gewisse Langsamkeit in dem Aufteilungsprozeß feststellen. Dies war zunächst auf den Mangel an qualifiziertem Personal, das in solchem Falle unerlässlich ist (siehe den Abschnitt über technisch-politische Probleme der Agrarreform) zurückzuführen. Es erklärte sich aber vor allem durch die angewandte Verfahrensweise, die dem expropriierten Großgrundbesitzer vier Instanzen zur Wahrnehmung seiner Interessen offenließ. In einer ersten Phase konnte er die durchgeführte topographische Aufnahme seines Besitzes bemängeln, in der zweiten gegen die Entscheidung des örtlichen Agrarausschusses protestieren, der festlegte, wieviel Land und in welcher Weise es aufzuteilen war. Die dritte Phase ermöglichte eine Berufung vor dem Rat des „Servicio Nacio-

nal“, und zum Schluß durfte er an den Präsidenten der Republik selbst appellieren. Mit diesem langwierigen Verfahren sollen z. B. Ende Juni 1956 nur 106 Großgrundbesitze durch Erlaß des Präsidenten aufgeteilt worden sein²⁶⁵.

Dem Wortlaut des Agrargesetzes nach sollte das Kooperationssystem als Methode der Bodenausnutzung angestrebt werden. In der Praxis zeigte die Regierung jedoch eine relativ elastische Haltung gegenüber den neuen Landbesitzern. Man trug der Tradition der einzelnen Bauernfamilien Rechnung. Es gab Gegenden, in denen eine kollektive Bearbeitung schon praktiziert wurde, andere dagegen, die das Individualprinzip vorzogen. Bis zum Zeitpunkt des UN-Berichtes (1959) waren 286 Kooperativen aufgebaut worden, denen sich 31 301 Bauern anschlossen²⁶⁶. Hinzu kam, daß die Regierung wegen der in der ersten Zeit nach der Revolution herrschenden Devisenknappheit ihr Vorhaben, den neuen Landbesitzern mit materieller und technischer Hilfe zu assistieren, nicht in vollem Umfange verwirklichen konnte. So vermochte die Agrarbank („Banco Agrícola de Bolivia“) – eine unter den zahlreichen, in der Durchführung der Agrarreform eingeschalteten Institutionen – von 1955 bis Juli 1959 nur 7174 Agrarkredite in Höhe von etwa 1,5 Mill. Dollar zu gewähren²⁶⁷.

Im Hinblick auf eine rationellere Verteilung der Landbevölkerung sind schließlich die Schwierigkeiten nicht unerheblich, die die Agrarreform zu bewältigen hat. Die bolivianische Landbevölkerung ist hauptsächlich in den Hochebenen, im sogenannten Altiplano, konzentriert, wo der Bestand an Kulturland, besonders in den Tälern, beschränkt, die Erosion im allgemeinen fortgeschritten und das Klima besonders rauh ist. Im Cochabamba-Tal z. B. beträgt die Bevölkerungsdichte 66 Einwohner pro km², dagegen in den tropischen oder halbtropischen Tälern im Osten weniger als einen Einwohner pro km². Diese Gegend ist also fast unbewohnt und darüber hinaus wegen der unzureichenden Transportmittel vom übrigen Lande ziemlich isoliert. Eine Bevölkerungsverschiebung würde dem etwas abhelfen, aber der bäuerliche Sierra-Bewohner hängt stark an dem Stückchen Land, auf dem er geboren ist und lebt; daher ist es sehr schwierig, ihn zum Umzug nach einer Gegend zu bewegen, in der das Klima, die Vegetation, ja die Bräuche anders sind. (Es sei hier an die ähnliche Problematik Haitis erinnert; siehe S. 41.)

Die ungünstige Bevölkerungsverteilung und die vielfach wegen der erwähnten Hindernisse ausgebliebene Bevölkerungsverschiebung haben in mancher Gegend, besonders im Cochabamba-Tal und in der

Umgebung des Titicaca-Sees, zu dem ernsthaften Problem der *Minifundien* geführt. Nach Erhebungen des Nationalrates für die Agrarreform betrug der Durchschnittslandbesitz pro Familie in solchen Gegenden 24,75 ha²⁰⁸; dieser Umstand veranlaßte den UN-Bericht (ESLA) von 1959 zu der Schlußfolgerung: „If a solution is not found to this problem in the near future, the first beneficial effects of the land reform will be completely nullified by the spread of minifundia, under-employment and an increasing imbalance between development in the agricultural sector and in the other sectors of the economy.“

Überhaupt fragt sich, wieweit sich die Agrarreform, angesichts der aufgetretenen Schwierigkeiten und Hindernisse, bewährt hat bzw. bewähren wird. Es ist unbestritten, daß in den ersten Jahren nach Inkrafttreten des Agrargesetzes die landwirtschaftliche Produktion trotz aller bereits getroffenen Maßnahmen stark zurückging. Dazu trugen verschiedene, zum Teil schon erwähnte Faktoren bei: das langwierige Landaufteilungsverfahren, die prekäre Finanzlage der Regierung und nicht zuletzt die mangelnde Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Behörden der Agrarreform: u. a. dem „Ministerio de Agricultura“, dem „Ministerio de Asuntos Campesinos“, dem „Consejo Nacional de Cooperativas“ usw.

Viele dieser negativen Erscheinungen sind aber aus der Umwälzung heraus, die die Reform mit sich brachte, zu verstehen und dürften nach einer Erfahrungs- und Anpassungsperiode und vor allem nach systematischer Erziehungsarbeit an der indianischen Bevölkerung nicht mehr in demselben Umfange festzustellen sein. (Es sei in diesem Zusammenhang an die mexikanische Agrarreform erinnert, die, wenn auch aus ihr spezifischen Gründen, nicht als abgeschlossen angesehen werden kann; siehe hierzu S. 39 ff.) Wieweit die eingetretenen Änderungen sich bereits bemerkbar machen, läßt sich in Ermangelung statistisch zuverlässiger Daten zahlenmäßig nicht genau angeben.

Nach ESLA von 1959 dürften die kultivierte Bodenfläche und das Produktionsvolumen insgesamt jeweils den Stand vor 1953 überschritten haben, und es gibt bereits Anzeichen dafür, daß die Produktivität in manchen Sektoren sich so erhöht hat, daß die Preise beträchtlich fallen konnten, womit die folgende Schlußfeststellung gerechtfertigt scheint: „In short it may be said that, despite all the problems which have harassed land reform in the course of its implementation and despite the lack of economic and technical resources, land reform has taken root and is beginning to make a definite contribution to the economic development of Bolivia . . .“²⁰⁹.

ff) Sonstiges

Außer den durch die fünf Verordnungen erfaßten Bereichen war die Revolutionsregierung in der betrachteten Periode auch bestrebt, entscheidende Umwandlungen in den übrigen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gebieten durchzuführen bzw. einzuleiten. Was die Wirtschaft betrifft, so war es immer ein Grundgedanke der Regierungspartei gewesen, ihren Monokulturcharakter zu beseitigen. In diesem Sinne wurden Entwicklungsprogramme eingeleitet, die verschiedene Aspekte dieses Problems berührten, so z. B. Straßenbau, Erhöhung der Zahl der elektrischen Kraftwerke, Aufschließung der reichen Gebiete im Osten Boliviens, Aufbau von Zuckerraffinerien und Zementindustrien usw. In Zusammenarbeit mit einer Kommission der Vereinten Nationen wurden auch in der Landwirtschaft Schritte unternommen, um die Mechanisierung auf diesem Gebiet voranzutreiben, die Produktivität zu erhöhen und den Bauern moderne technische Kenntnisse zu vermitteln. Mit Hilfe dieser ersten Maßnahmen war beabsichtigt, die semifeudale Wirtschafts- und Sozialstruktur Boliviens aufzuheben und die Grundlagen für ein vielseitigeres und damit krisenfesteres System zu schaffen.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik ist vor allem die Reform der Sozialversicherung zu erwähnen. Während vor 1952 den Arbeitern relativ hohe Kostenbeiträge aufgebürdet waren, wurde nun ein großer Teil davon von den Arbeitgebern und dem Staat übernommen. Entsprechend wurden die Versicherungsprämien erhöht. Ein weiterer wichtiger Beitrag zur Modernisierung des bolivianischen Sozialversicherungssystems war die Einführung eines Gesetzbuches über das Sozialversicherungswesen. Es führte die sogenannte „integrale Sozialversicherung“ — „Seguridad social integral“ — ein, die den Arbeiter und dessen Familie gegen jede Art von Risiko lebenslänglich schützen soll.

Diese Neuerungen und ähnliche Maßnahmen bedeuteten für den Staat erhöhte Ausgaben, die ihrerseits — zumal in den ersten Jahren nach der Revolution — der ohnehin herrschenden Inflation Vorschub leisteten. Die inflationäre Situation war allerdings schon auf den Chaco-Krieg zurückzuführen, so daß die Revolutionsregierung sie übernehmen und bekämpfen mußte. Im Mai 1953 wurden einige Anpassungsmaßnahmen ergriffen, die in verschiedenen Zweigen der Wirtschaft der Inflation begegnen sollten, aber ihnen folgte bald ein Preissturz von mehr als 30% im Mineralienexport. Hätte die Regierung unter diesen Umständen um jeden Preis eine Politik des Budgetausgleichs verfolgt, so wäre eine weitgehende Arbeitslosigkeit und damit

eine Senkung der Produktion eingetreten. Der Regierung blieb nichts anderes übrig, als eine fiskalische Defizitpolitik in Kauf zu nehmen. Daher stieg der monetäre Geldumlauf von 7,8 Mrd. Bolivianos im Mai 1953 auf 18,6 Mrd. im November 1954²⁷⁰.

Die Inflation stellte insofern eine besondere Gefahr dar, als sie die zur Erweiterung der strukturellen Grundlagen der Wirtschaft ergriffenen Maßnahmen zunichte machen konnte. Als Gegenmaßnahmen wurden eine quantitative und qualitative Kreditrestriktion und auch in geringerem Maße eine Einschränkung der Staatsausgaben vorgenommen. Trotzdem konnte der Inflationsprozeß bis 1958 nicht ganz rückgängig gemacht werden, weil er nur zum Teil eine Folge von internen Ursachen war. Der Hauptfaktor aber — der Preisfall der Mineralien — stand außerhalb der Regierungskontrolle.

Mit diesem letzten Blick auf die Tätigkeit der Revolutionsregierung läßt sich zusammenfassend feststellen, daß es in der Phase des Ab- und Umbaus darauf ankam, die Umwälzung in allen Bereichen der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ordnung einzuleiten und durchzuführen. Es wurde ziemlich rasch gehandelt, denn der Fahrplan war schon im Parteiprogramm erkennbar. Hinzu kam, daß die Regierungspartei über eine gewisse Erfahrung der Machtausübung verfügte. Nach Ablauf der Amtsperiode der ersten Revolutionsregierung im Jahre 1956 war sowohl am Umfang der ergriffenen Maßnahmen als auch an den von ihnen gezeitigten Resultaten nicht zu verkennen, daß diesmal der Bruch mit der Tradition vollzogen war.

c) Die Bedeutung der Revolution

Im Laufe der vorangegangenen Ausführungen wurde in bezug auf die bolivianische Bewegung des 9. April 1952 bewußt von der Revolution schlechthin, nicht von der „Revolution“ gesprochen. Damit sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß hier nicht die „typische lateinamerikanische Revolution“, von der in der Einleitung die Rede war, gemeint ist, sondern eine —ideologisch und faktisch — tiefgehende Umgestaltung der herrschenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse, wie sie bisher nur in Mexiko gelungen war. Durch die Erörterung der fünf grundlegenden Verordnungen wurde versucht, darzustellen, auf welche Fundamente sie sich stützt und auf Grund welcher Voraussetzungen die Bezeichnung Revolution gerechtfertigt ist. Es soll nun im folgenden skizziert werden, welche Bedeutung dem in der betrachteten Periode erreichten Stadium der Revolution sowohl in Bolivien als auch im Hinblick auf die übrigen Staaten in Südamerika zukommt.

Der Revolution, die bereits auf ein mehr als zehnjähriges Bestehen zu-

rückblicken kann, ist es gelungen, in erster Linie eine Umkehrung des bisherigen politischen Kräfteverhältnisses herbeizuführen und so die Grundlage für ihren eigenen Fortbestand zu schaffen. Setzte sich bis jetzt die Führungsgruppe aus der Schicht der Latifundisten, dem Großbürgertum und dem mit dieser Gruppe solidarischen Teil der Armee zusammen, so besteht sie nunmehr infolge der Nationalisierung der Bergwerke, der Agrarreform, der Auflösung der alten Armee usw. aus dem Mittelstand, dem Kleinbürgertum, dem Proletariat und dem Bauerntum. Entsprechend gestaltete sich auch die Gruppierung der Kräfte: während die früheren Machthaber — sofern sie noch am Leben und politisch aktiv sind — sich nunmehr in der reaktionären Betätigung zusammenfinden, behaupten die Revolutionskräfte die Staatsmacht. Das eigentliche Sammelbecken der Oppositionskräfte stellt die FSB (= „Falange Socialista Boliviana“) dar, da die sogenannten „historischen Parteien“ — Partido Liberal, Partido Unión Republicana Socialista usw. — abgenutzt sind und keine Anziehungskraft mehr ausüben vermögen. Die Tatsache, daß bei den Wahlen von 1956 nur die FSB als Oppositionspartei in der Lage war, Abgeordnete ins Parlament zu schicken, bestätigt das Versagen der „historischen Parteien“.

Als Regierungspartei sieht sich der MNR auch einer Linksopposition gegenüber, die aus dem PC (= „Partido Comunista“), dem PIR (= „Partido de la Izquierda Revolucionaria“) und dem POR (= „Partido Obrero Revolucionario“) besteht. Alle drei verfügen über eine beachtliche Hausmacht in der Hauptdachorganisation der Gewerkschaften — der COB (= „Central Obrera Boliviana“). Aber im Gegensatz zu der anderen Oppositionsgruppe stellen sie nicht das Prinzip der Revolution in Frage, divergieren jedoch von der eigentlichen Revolutionspartei z. B. über Art und Umfang der zu ergreifenden Maßnahmen. Diese Divergenzen lassen sich in der Hauptsache aus der verschiedenartigen Bewertung der Revolution ableiten. Für die Kommunisten sind die Nationalisierung der Bergwerke, die Agrarreform usw. grundsätzlich begrüßenswert, aber die Revolution, deren Eckpfeiler sie darstellen, wird als eine bürgerlich-demokratische Umwälzung charakterisiert und als Vorstufe zur „sozialistischen Revolution“ angesehen. Nach der MNR-Ideologie bleibt die „Bewegung“ eine nationale Revolution, die nicht auf eine Klasse, sondern auf alle vorwärtstrebenden Kräfte abgestellt ist.

In seiner Rede vor dem Parteitag am 13. Februar 1953 sagte dazu Paz Estenssoro: „... die Nationale Revolution muß als einziges Mittel zur Bekämpfung des Kommunismus bis zu ihren Extremen ent-

wickelt werden. Und ich möchte klarstellen, daß die Regierung in allen ihren Komponenten sowie die Partei selbst zutiefst revolutionär, nicht aber kommunistisch ist. Wer innerhalb oder außerhalb der Partei behauptet, wir seien Kommunisten, spielt das Spiel der ‚Rosca‘ (sprich Oligarchie) und der Reaktion²⁷¹.“

Angesichts der wesentlichen Verschiedenartigkeit beider Oppositionsfronten ist auch die Haltung des MNR entsprechend unterschiedlich gewesen: während die Regierung gegen die FSB bewußt und nicht selten hart vorgeht, da diese praktisch auf die Rückgängigmachung der Revolution hinauswollte, nahm sie gegenüber der radikalen Linken — mit der sie immerhin Kompromisse schließen kann — eine elastischere Haltung ein.

Diese Abwehrsituation gewinnt besondere Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß auch innerhalb des MNR eine Spaltung zwischen rechtem und linkem Flügel herrscht. Der rechte Flügel wird von Intellektuellen geführt, die dem zunehmenden Einfluß der Gewerkschaften in der Partei mißtrauen und daher die Regierung auf einen gemäßigten Kurs festlegen wollen. Die Führung des linken Flügels setzt sich hauptsächlich aus Gewerkschaftlern und teilweise aus Überläufern aus dem PIR und dem POR zusammen. Die Interessenvertretung beider Fraktionen ist organisatorisch gestaltet: während die Linke als Integrationsorgan die sogenannte VOM (= „Vanguardia Obrera Movimientoista“) ins Leben gerufen hat, betätigt sich die Rechte unter der Bezeichnung „Acción de Defensa del MNR“. Als Führer der Partei steht Paz Estenssoro vermittelnd zwischen beiden Organisationen.

In bezug auf die Zukunft der Revolution bedeutet diese Flügelbildung keine grundsätzliche Gefährdung ihres Fortbestandes, sondern vielmehr eine unterschiedliche Interpretation ihres Inhalts, die gelegentlich zu Krisensituationen führen kann, wie es beispielsweise 1953 und 1955 der Fall war²⁷². Es handelt sich jedoch nicht um eine Dauer-Begleiterscheinung des MNR als Revolutionspartei, sondern dieser Zustand scheint, nach den Erfahrungen mit früheren Revolutionen dieser Art zu urteilen (z. B. der mexikanischen), eine — vielleicht unvermeidliche — Evolutionsphase zu sein, von der sich allerdings im Augenblick nicht mit Sicherheit sagen läßt, wie sie sich angesichts der besonderen strukturellen Gegebenheiten Boliviens weiterentwickeln wird. Man stößt hier auf eine Grenze, deren Überschreitung zu unrealistischen Spekulationen verleiten könnte. Auch hätte eine Aussage in diesem Zusammenhang ohnehin nur hypothetischen Wert, da sich die Revolution in vieler Hinsicht noch in der Bewährungsprobe befindet.

In Süd- bzw. Lateinamerika läßt sich sowohl eine faktische als auch

eine ideologische Bewertung der bolivianischen Revolution feststellen. Auf beiden Gebieten hat man vielfach den Versuch unternommen, sie mit der mexikanischen Revolution zu vergleichen. Obwohl solche Parallelen Vereinfachungstendenzen in sich zu tragen pflegen, können sie doch dazu dienen, gemeinsame und divergierende Grundlinien aufzuzeigen, die für die Interpretation des Phänomens als Ganzes nicht ohne Bedeutung sind.

Dabei — um nur einige Punkte kurz zu streifen — zeigt der Vergleich zwischen Mexiko und Bolivien, daß beide Revolutionen zwar ihrer Entstehung und ihrem Verlauf nach unterschiedlich sind, inhaltlich jedoch fast dieselben Probleme berührt haben. Während die mexikanische Revolution zunächst als Aufstand gegen ein Regime entstand, der erst im Laufe der Zeit mit sozialrevolutionärem Inhalt ausgefüllt wurde, steuerten die Kräfte des MNR von Anfang an bewußt auf die gesellschaftliche Umwälzung zu. Dies erklärt vielleicht, warum der revolutionäre Prozeß in Mexiko langwierig und sprunghaft vor sich ging, in Bolivien hingegen fast schlagartig einsetzte und kontinuierlich verlief. Aber über diese Abweichungen hinaus hatte er dieselben Probleme zu bewältigen: Latifundien, Militarismus, Herrschaft mächtiger Industriekreise bzw. in Bolivien der Bergbaugesellschaften, zu deren Lösungen in beiden Ländern ähnliche Maßnahmen getroffen wurden: Agrarreform, Auflösung bzw. Umbau der Armee, Nationalisierung usw. Dadurch, daß diese Revolutionen die Problematik Lateinamerikas in ihren Grundzügen widerspiegeln und sozusagen den zu ihrer Lösung einzuschlagenden Weg wiesen, wurden sie beide zu historischen Präzedenzfällen, auf die gegebenenfalls zurückgegriffen werden kann²⁷³.

Es scheint, als hätte Bolivien bereits nach vier Jahren revolutionärer Umwälzung seine unmittelbaren Nachbarn — Peru und Ekuador — angesteckt. In Peru konnte z. B. in der Wachablösung, die durch die Wahlen von 1956 herbeigeführt wurde, das Zeichen einer neuen Orientierung erblickt werden. Die großbürgerliche Schicht, die bisher hinter der militärischen Herrschaft stand, habe ihr — so wurde erklärt — in jenen Jahren ihre Unterstützung versagt, um einem gewaltsamen Vorgehen von unten zuzukommen²⁷⁴. Es ist aber fraglich, ob und wie lange sie den Umgestaltungsprozeß aufzuhalten vermag, da gerade Peru die Entstehungsstätte des „Aprismo“ ist, jener von Haya de la Torre begründeten sozialrevolutionären Bewegung, die sich auf den Indianismus und vor allem auf die geopolitischen Realitäten Lateinamerikas stützen will. Auch in Ekuador wurde z. B. der Wunsch nach einer Agrarreform von der christlich-sozialen Gruppe der Konserva-

tiven Partei selbst ausgesprochen, für die eine solche Reform bisher tabu war.

Diese und ähnliche Reaktionen sollen aber nicht so verstanden werden, als wäre eine direkte Übertragung der bolivianischen Revolution auf andere Länder Südamerikas möglich. Davon kann schon deshalb nicht die Rede sein, weil die überall auftretenden, in ihren Bestandteilen und Grundzügen gleichartigen Probleme doch jeweils in anderen Zusammenhängen stehen und unter anderen Umständen auftauchen, so daß für die an sich gleichen Probleme in den verschiedenen Ländern nicht dieselben, sondern nur ähnliche Lösungen, die den spezifischen Verhältnissen des betreffenden Landes Rechnung tragen, angestrebt werden können. Auch sind die Erfahrungen, von denen ausgegangen wird, durchaus nationalen Charakters und beschränken damit ihren Übertragungswert selbst. Demgegenüber steht allerdings das Bestreben jeder dieser Bewegungen, „lateinamerikanisch“ zu sein und das Gemeinsame über das Trennende zu stellen.

Es ist nicht zuletzt auch auf diesen Willen zur Gemeinsamkeit zurückzuführen, daß die bolivianische Revolution in anderen südamerikanischen Ländern einen so starken Widerhall finden konnte.

SCHLUSSBETRACHTUNG: VON DER TRADITIONELLEN ZUR NEUEN GESELLSCHAFTSORDNUNG

A · VERSUCH EINER TYPOLOGIE DER UNTERSUCHTEN STAATSTREICHE

Als Ausgangsbasis für diesen Typisierungsversuch der Staatsstreiche werden rückblickend ihre Entstehungsbedingungen bzw. die durch sie hervorgerufenen weiteren Entwicklungen zugrunde gelegt; diese Verfahrensweise soll dem Hauptanliegen der Untersuchung, die Staatsstreiche im Zusammenhang mit ihrem wirtschaftlichen, politischen und sozialen Hintergrund zu betrachten, Rechnung tragen. Ausgehend von einer Charakterisierung der Tatbestände in dem jeweiligen Lande wird dann auf der Grundlage der so erarbeiteten einzelnen Merkmale eine Zusammenfassung für das ganze Gebiet vorgenommen, aus der schließlich eine Kategorisierung abgeleitet werden kann.

Vergleicht man die argentinischen Staatsstreiche vom 6. September 1930 und 4. Juni 1943, so kann man eine grundverschiedene Orientierung sowohl in ihrer Bedingtheit als auch in den ihnen folgenden Entwicklungen feststellen. Im ersten Falle galt es, der Herrschaft der Radikalen, an welche die Konservative Partei die politische Macht seit 1916 verloren hatte, ein Ende zu setzen und die Führung des Staates für die Konservative Partei zurückzugewinnen. Dies geschah durch das Zusammenspiel der Oppositionskräfte — geführt von den konservativen Kreisen — mit dem ebenfalls konservativ gesinnten Teil der Armee.

Die nach dem Staatsumsturz zustandegekommenen Regierungen zeichneten sich auf Grund sowohl der nach dem 6. September durchgeführten Umbesetzung des Staatsapparates als auch der verfolgten Regierungspolitik durch ihren vorwiegend restaurativen Charakter aus. Eine gewisse Einschränkung dieses Grundzuges bildete — zumindest theoretisch — die Periode zwischen 1932 und 1940, wo die Führung des Staates durch General Justo und Roberto Ortiz eine Beteiligung der Radikalen aufwies, da beide — der erste als „Anti-personalista“, also als Mitglied jener Splittergruppe, die gegen die Herrschaft Iri-goyens opponierte, der zweite als gemäßigter Radikaler aus den Rei-

hen der radikalen Partei stammten. Der ursprüngliche Weg wurde mit der Regierung Castillo wieder eingeschlagen, womit die Restaurationsbestrebungen von neuem betont wurden.

Der Staatsstreich vom 4. Juni 1943 unterschied sich dagegen gänzlich von seinem Vorgänger. War jener als „Reaktion“ bestimmter politischer Kreise gegen das bisher bestehende Machtverhältnis zu verstehen, so ergriff diesmal die Armee selbständig die Initiative, um zwischen den sich streitenden Teilinteressen der Machthaber zu entscheiden. Im Gegensatz zum 6. September 1930 leitete dieser Staatsumsturz außerdem eine neue Bewegung ein, welche ihren Niederschlag im Peronismus fand. Als neuartige Auffassung der Staats- und Gesellschaftsordnung versuchte dieser durch Beteiligung der Massen an der politischen Auseinandersetzung, grundlegende Reformen durchzuführen, die nach Meinung ihrer Urheber zur totalen Umformung der argentinischen Nation führen sollten.

Andererseits aber mußte er auch — entsprechend seinen Versöhnungsbeteuerungen — die gerade aus der Regierungsverantwortung verdrängten Schichten berücksichtigen. Die Folge davon war eine Zweideutigkeit der Bewegung und eine Zweischnelligkeit der ergriffenen Regierungsmaßnahmen. Die eingehende Analyse des peronistischen Experiments hat gezeigt, wie es an dieser ausweglosen Situation scheitern mußte. Man kann jedoch, um den Charakter des Staatsstreiches zu fixieren, davon absehen und festhalten, daß der 4. Juni eine „Evolution“ nach sich zog, die eine sozialrevolutionäre Gestalt hätte annehmen können, wären von vornherein die Grundlagen dieser Richtung eindeutig gelegt worden.

In Bolivien steuerten die Kräfte des 17. Mai 1936 auf eine Änderung der bis dahin herrschenden Verhältnisse zu. Sie versuchten, dem durch den Chaco-Krieg zum Durchbruch gekommenen Erneuerungsbedürfnis Rechnung zu tragen und die aus ihm hervorgegangenen neuen Impulse zu kanalisieren. Aber der schwankende Boden, auf dem man dieses Vorhaben realisieren wollte, und die mangelnde Koordinierung der unternommenen Schritte erlaubten es nicht, dauernde Resultate zu erzielen. Der Toro-Regierung schwebte ein nicht näher definierter „Estado Sindical“ — ein Gewerkschaftsstaat — vor, während Busch erst zum Schluß seiner Amtsperiode der von ihm verfolgten Politik des Wirtschaftsnationalismus deutliche Konturen aufdrückte.

Durch den Staatsstreich vom 20. Dezember 1943 wurde bewußt der Anschluß an den hier eingeschlagenen Weg gesucht. Die durch den MNR und einen Teil der Armee gebildete Koalitionsregierung setzte nicht nur die Politik der Devisenkontrolle, der Förderung der Ge-

werkschaften, der Einschränkung des Machtpotentials der Bergbaugesellschaften usw. durch, sondern sie war auch bestrebt, eine „neue, eine revolutionäre Legalität“ einzuführen. Hier waren zum ersten Male die Ansätze erkennbar, die zur Sozialumwälzung des 9. April 1952 führen sollten. So gesehen, bewegten sich beide Staatsstrieche jeweils in der Richtung einer Aufwärtsentwicklung. Zwar bestand zwischen beiden ein wesentlicher Gradunterschied, der darin zum Ausdruck kam, daß der 20. Dezember 1943 sich durch einen größeren ideologischen Zusammenhalt und mehr Organisationskraft auszeichnete, aber die Kontinuität der Absichten und der Vorstellungen war eindeutig.

Der paraguayische Staatsstreich vom 17. Februar 1936 ähnelt in vieler Hinsicht dem bolivianischen vom 17. Mai 1936 (s. Anhang). Auch er ist in Zusammenhang mit dem Chaco-Krieg zu verstehen: ihm lagen ähnliche Auswirkungen des Krieges zugrunde, u. a. ideologische Verwirrung, Änderungswille, Organisationsschwäche usw. Aber im Gegensatz zu Bolivien blieb der paraguayische „Febrerismo“ schon im Ansatz stecken, so daß er sich nicht wie dort sozusagen reproduzieren konnte. Indes, viele der „Absichten“ der „Febrerista“-Revolución wurden in abgewandelter Form von manchen nachfolgenden Regierungen übernommen, so z. B. Staatsintervention, Landaufteilung, soziale Fürsorge usw. Somit kann, wenn auch die von den „Febreristas“ angestrebte Sozialrevolution ausblieb, der Staatsstreich vom 17. Februar 1936 als ihr Vorbote angesehen werden.

Faßt man die Grundperspektiven der für den Zeitraum von 1930 bis 1955 untersuchten Staatsstrieche zusammen, so lassen sich zwei Haupttendenzen hervorheben: Ihre Urheber waren bestrebt, entweder die politische Macht zurückzugewinnen, um eine bestimmte Entwicklung rückgängig zu machen, oder aber die Staatsgewalt zu erobern, um eine neue Entwicklung einzuleiten, wobei die dazu ergriffenen Maßnahmen teilweise den Auftakt zu einer grundlegenden Umgestaltung der Staats- und Gesellschaftsordnung darstellten (argentinischer Staatsstreich vom 4. Juni 1943, bolivianischer Staatsstreich vom 20. Dezember 1943). Auf der Grundlage dieser Unterscheidungsmerkmale lassen sich folgende Kategorien aufstellen: 1. der restaurativ-reaktionäre Staatsstreich, 2. der reformistisch-evolutionäre Staatsstreich.

Während der Staatsstreich vom 6. September 1930 in Argentinien sich in die erste Kategorie einordnen läßt, können die übrigen — 4. Juni 1943 in Argentinien, 17. Mai 1936 und 20. Dezember 1943 in Bolivien und, mit den oben gemachten Einschränkungen, 17. Februar 1936 in Paraguay — der zweiten Kategorie zugerechnet werden.

Es sei auf den realtypischen Charakter dieser Klassifizierung aufmerk-

sam gemacht²⁷⁵; wenn auch die jeweilige faktische Gestaltung beider Fälle Abweichungen zeigt, die eine ergänzende Nuancierung innerhalb jeder Kategorie erforderlich machen würden, so wird doch das Grundprinzip der Unterscheidung dadurch keineswegs beeinträchtigt. Zwei Beispiele mögen diesen Gedanken veranschaulichen.

Im Hinblick auf den restaurativ-reaktionären Charakter des Staatsstreiches ergibt sich bei dem ausgewählten Musterfall vom 6. September 1930 eine Nuancierung der Charakterisierung insofern, als zwischen 1932 und 1940 nicht immer eine konsequente Konservativen-Politik betrieben wurde (Beteiligung der „Anti-Personalistas“ der Radikalen Partei an der Justo-Regierung). Außerdem kann nicht behauptet werden, daß nach dem 6. September 1930 sämtliche von den Radikalen vorher ergriffenen Maßnahmen nun mit einem Schlage rückgängig gemacht worden wären. Hier kommt es aber auf die Grundlinien dieser Periode an, die darauf hinausliefen, der bisherigen „radikalen“ (im Sinne der Radikalen Partei) Färbung des politischen Prozesses die „konservative“ wieder zu substituieren.

Was die zweite Kategorie betrifft, so müßte eine elastischere Klassifizierung z. B. hervorheben, daß, mit Abstand gesehen, der bolivianische Staatsstreich vom 17. Juni 1936 dem paraguayischen vom 17. Februar 1936 näher steht als dem vom 20. Dezember 1943 in Bolivien selbst, obwohl alle drei der gleichen Kategorie zuzurechnen sind. Dafür sprechen nicht nur chronologische Gründe und ihre Entstehungsbedingungen, sondern auch die graduellen Unterschiede ihres spezifischen Inhalts, z. B. 1936: verschwommene Vorstellungen, zögernde Maßnahmen; 1943: klarere Zielsetzungen, entsprechend zielsichere Maßnahmen.

Unbeschadet dieser Vorbehalte zeigt eine Betrachtung der politischen Entwicklung des gesamten Gebietes, daß diese für die untersuchten Länder aufgestellte Typologie dem historischen Ablauf der Periode entspricht. Der bisher festgestellte Trend bewährte sich im allgemeinen bis zum Jahre 1945. Unter dem Vorwand einer angeblichen anti-kommunistischen Bewegung setzten nach dem Kriege die restaurativ-reaktionären Bestrebungen ein: in Ekuador kehrten die Konservativen durch den Staatsstreich vom 23. August 1947 an die Macht zurück; in Peru wurde am 28. Oktober 1948 die linkszentristische Koalition, die im Jahre 1945 die Präsidentschaftswahlen gewonnen hatte, durch den Staatsstreich des Generals Manuel A. Odria abgesetzt. Eine ähnliche Entwicklung erfolgte schließlich in Kolumbien und Venezuela mit der Errichtung der Militärdiktaturen des Generals Rojas Pinilla und des Obersten Pérez Jiménez am 13. Juni und 20. November 1952. Blickt man jedoch einige Jahre nach 1955 weiter, so kann auf Grund der

eingetretenen Neuentwicklungen mit einer allmählichen Durchsetzung des Trends zu tiefgreifenden sozialen Umwälzungen gerechnet werden. Es ist bereits auf den Einfluß der bolivianischen Revolution, der sich 1956 in Peru und Ekuador bemerkbar machte, hingewiesen worden (desgl. für die kubanische, Anm. 273). 1957 und 1958 wurden die rechtsgerichteten, bürgerlich-konservativen Militärdiktaturen in Kolumbien und Venezuela abgebaut und im ersteren durch eine soziale Reformen bejahende, im letzteren sogar durch eine linksgerichtete Regierung ersetzt.

Es kann also festgestellt werden, daß die Staatsstreiche, aus einer historischen Gesamtperspektive betrachtet, einer Pendelbewegung folgten. An dieser läßt sich eben die Widerspiegelung der sozialen Problematik Süd- bzw. Lateinamerikas ablesen, nämlich der in den meisten Ländern noch offenen Auseinandersetzung zwischen den traditionellen, den Status quo begünstigenden, und den neuen, zur Sozialumwälzung tendierenden Kräften. Hiermit drängt sich die spezifische Bewertung der typisierten Staatsstreiche auf: beide werden, jeweils mit umgekehrtem Vorzeichen, von den entsprechenden Kräften als Mittel des politischen Gestaltungsprozesses benutzt. Man kann nicht für das ganze Gebiet mit Sicherheit darüber entscheiden, wie lange diese zwei Spielarten des Staatsstreiches sich noch die Waage halten werden. (Vor allem macht sich angesichts der überall zum Durchbruch gekommenen Notwendigkeit sozialer Reformen eine Art „Sozial-Bonapartismus“ bemerkbar, der sich als eine Zwitterform zwischen beide Kategorien einordnen läßt; typisch dafür ist Mittelamerika.) Es wird letztlich auf das tatsächliche Kräfteverhältnis in jedem Falle ankommen, d. h. darauf, wie lange die traditionellen Machthaber es noch vermögen, dem Drängen der aufwärtsstrebenden Schichten vorzubeugen bzw. es einzudämmen oder umgekehrt, wieweit die neuen Kräfte in der Lage sein werden, die bestehende Sozialstruktur so weit zu erschüttern, daß sie sich durchsetzen können.

Die diese Probleme behandelnde neuere Literatur neigt zu der Meinung, Lateinamerika befinde sich zur Zeit im Stadium der Sozialrevolution. Galíndez sagte schon 1954: „... Die gegenwärtige iberoamerikanische Realität ist die eines Kontinents in voller sozioökonomischer Umwälzung. Ihr allmähliches oder blutiges Fortschreiten kann von vielen Faktoren, vor allem von dem Verständnis der bisher privilegierten Elemente abhängen. Aber niemand und nichts wird sie aufhalten können ...“²⁷⁶.

In einer Analyse der politischen Umwandlungen in Lateinamerika sagt auch K. H. Silvert eine Fortsetzung der revolutionären Vorgänge

voraus. Er zieht einen Vergleich zwischen dem Europa des ausgehenden 18. Jahrhunderts und dem Lateinamerika des gegenwärtigen Zeitalters und stellt fest: wenn Europa vom Merkantilismus zum Kapitalismus durch die Französische Revolution überging, so bewirken in Lateinamerika die mexikanische Revolution und die ihr folgenden revolutionären Prozesse der letzten Zeit die gleiche Umgestaltung²⁷⁷. Es muß allerdings hinzugefügt werden, daß die bereits vollzogenen oder im Gange befindlichen Umwälzungen am Ende nicht die Errichtung eines kapitalistischen Systems klassischen Stils anstreben. Da die Sozialrevolution jedoch nicht in jedem Falle unmittelbar zu erreichen ist, kann sich der reformistisch-evolutionäre Staatsstreich als nützlicher, ja, notwendiger Ersatzmechanismus erweisen, um den Übergang von der überkommenen zur neuen Gesellschaftsordnung einzuleiten²⁷⁸.

B · DIE HERBEIFÜHRUNG UND DIE GESTALTUNG DER NEUEN ORDNUNG

Der vom reformistisch-evolutionären Staatsstreich ausgehende politisch-gesellschaftliche Umwandlungsprozeß setzt, soll er nicht sich selbst überlassen oder durch eine Gegenbewegung unterlaufen werden, notwendigerweise eine autoritäre, ja, diktatorische Ausübung der Macht voraus. Es handelt sich hier nicht um die in Lateinamerika hinreichend bekannten „traditionellen Diktaturen“, sondern um die als „revolutionäre“ oder „Übergangsdiktatur“ bezeichnete Regierungsform, welche mit der zu beseitigenden Krise der bestehenden Gesellschaftsstruktur begründet wird²⁷⁹. Sie tritt bei bisher statischen Gesellschaften auf, die nach einer relativ langen Periode politischer Lethargie oder kolonialer Abhängigkeit sich nun in einer mehr oder weniger raschen Umwandlung befinden; insofern ist sie Lateinamerika nicht eigentümlich. Um die spezifische lateinamerikanische Problematik herauszuarbeiten, ist es demnach erforderlich, von der allgemeinen Darstellung dieser Regierungsform auszugehen.

Die Theorie der „revolutionären Diktatur“ geht davon aus, daß in Ländern mit weitgehend feudaler Agrarstruktur und damit politischer Herrschaft einer dünnen Oberschicht, in denen die Massen nicht aktiv am politischen Leben teilnehmen können, die Anwendung parlamentarischer Prozeduren, der Parteienpluralismus usw. nur zur Festigung der politischen Macht der herrschenden Schichten (und damit der bestehenden Gesellschaftsstruktur) beitragen. Infolgedessen könne die Demokratie (die als Endziel der „revolutionären Diktatur“ unterstellt

wird) nur nach einer vorhergehenden politischen Erziehung funktionieren, d. h. nach Zerschlagung des bis dahin geltenden Machtsystems. Es wird ferner betont, daß gleichzeitig auf wirtschaftlichem Gebiet der Lebensstandard der passiven Massen dieser Länder über sein jetziges Niveau hinaus beträchtlich gehoben werden müsse, sonst werde es nicht möglich sein, ihr aktives Verständnis für die politischen Probleme zu wecken und sie dadurch am Leben der Nation effektiv teilhaben zu lassen²⁸⁰. Dieser Hintergrund bildet das theoretische Gerüst der neueren Diktaturen, die seit den fünfziger Jahren in verschiedenen Ländern vor allem Asiens und teilweise Afrikas die Aufgaben der Gesellschaftsentwicklung übernommen haben. Ob diese im Wege einer Militärdiktatur oder der mehr oder weniger verschleierten Einparteiendiktatur einer erfolgreichen revolutionären Bewegung durchgeführt werden sollen, ist noch eine offene Frage, die nach den bisher gesammelten Erfahrungen nicht eindeutig zu entscheiden ist.

So hat F. R. Alleman an Hand einiger von ihm analysierter Militärdiktaturen (Vereinigte Arabische Republik, Irak, Sudan) die Frage aufgeworfen, „ob nicht früher oder später, für kürzere oder für längere Zeit, fast alle ‚jungen‘ Länder durch eine Phase hindurchgehen müßten, in der Offiziere die zivilen Politiker aus der Verantwortung verdrängen und die Armee sich zum Schiedsrichter, wenn nicht gar zum Gestalter der Politik aufwirft“²⁸¹. Abgesehen davon, daß die bisherige Entwicklung in manchen „jungen“ Ländern kein Anzeichen für die militärische Übergangsherrschaft aufweist (Indien, Tunesien, Marokko, Ghana, Nigeria) — worauf der Verfechter der These selbst hinweist —, kann in Anlehnung an R. Löwenthal überhaupt bezweifelt werden, „ob eine Phase der Militärherrschaft sich für alle Entwicklungsländer als unumgänglich erweisen wird...“²⁸². Ferner wird nicht ohne weiteres als sicher angenommen, daß die Militärdiktatur als solche die an sie geknüpften Erwartungen erfüllt bzw. erfüllen kann, da sie — wahrscheinlich aus ihrem Wesen heraus — oft das Verständnis für die Zusammenhänge von wirtschaftlichen, politischen und sozialen Problemen vermissen läßt²⁸³.

Gerade im Hinblick auf Lateinamerika bieten sich hinreichend Beweise für das Versagen des Militärs in diesem Zusammenhang, obwohl in den meisten Ländern dieses Gebietes die militärischen Interventionen als Bestandteil des politischen Lebens anzusehen sind. Zwar hat es nicht an Stimmen gefehlt, welche die Militärherrschaft auch dort als „Übergangslösung“ bejahten: es sei z. B. an den sog. „demokratischen Cäsarismus“ von Vallenilla Lanz erinnert. Aber die eingehende Analyse des lateinamerikanischen Militarismus hat gezeigt, daß dieser

im ganzen vielmehr eine statische, wenn nicht reaktionäre Wirkung auf die politisch-gesellschaftliche Entwicklung Lateinamerikas ausgeübt hat (s. S. 79). Selbst bei einem etwaigen Zusammengehen von Zivil- und Militärkräften konnte das Experiment nicht erfolgreich zu Ende geführt werden: Bolivien 1943, Venezuela 1945–1948. Außerdem hat sich herausgestellt, daß im Zuge der jeweils eingetretenen Sozialrevolution (Mexiko nach 1910/1911, Bolivien nach 1952) faktisch eine Partei oder eine Gruppe – die revolutionäre – die Regierungsgewalt beherrschte: der „Movimiento Nacional Revolucionario“ (MNR) in Bolivien, der „Partido Revolucionario Institucionalista“ (PRI) in Mexiko. Aber auch in den Ländern, wo die Entwicklung einem evolutionären Wege folgte (Venezuela, Costa Rica, Uruguay), blieb der Trend zur Ein-Parteien-Herrschaft unverkennbar.

Somit liegt der Gedanke nahe, daß die Lösung der lateinamerikanischen politisch-gesellschaftlichen Entwicklungsprobleme nicht in der Alternative: Militärdiktatur oder Ein-Parteien-Herrschaft besteht. Angesichts der Eigentümlichkeit der in Lateinamerika herrschenden Kräftekonstellation scheint vielmehr eine Mischung beider Elemente – allerdings mit bestimmendem Anteil des zweiten – wünschenswert zu sein. Darunter soll mit anderen Worten verstanden werden, daß eine faktische Ein-Parteien-Herrschaft, in der die Freiheit der Kritik gewahrt und die Möglichkeit einer Weiterentwicklung im demokratischen Sinne gegeben ist, bewußt von dem entwicklungsfreundlichen Militär unterstützt wird. Denn einerseits läßt sich die Armee in den Ländern, wo sie noch eine Rolle spielt oder spielen kann, einfach nicht übersehen; andererseits bedarf eine revolutionäre Partei oder Gruppe, welcher der Durchbruch zur Macht gelungen ist, der Unterstützung militärischer Kräfte, um sich nicht nur an der Macht zu halten, sondern darüber hinaus oft, um die von ihr getroffenen Maßnahmen durchsetzen zu können, soll die angestrebte neue Ordnung tatsächlich herbeigeführt werden.

Wie kann nun diese neue Ordnung institutionell gestaltet werden, und wohin führt sie? Der erste Teil der Frage bezieht sich auf die Form, der zweite auf den Inhalt dieser Ordnung, wobei die Wechselwirkung zwischen Form und Inhalt nicht außer acht gelassen werden sollte. Beide Aspekte des Problems lassen jedoch keine einheitliche Antwort zu. Es können jeweils nur die Grundlinien aufgezeigt werden, die nach den bisher zugrunde gelegten Voraussetzungen als wahrscheinlich angesehen werden können.

Im Hinblick auf die Form soll im wesentlichen untersucht werden,

wieweit in dem Rahmen des geltenden Regierungssystems selbst die neue Ordnung eingebettet werden könnte. Lateinamerika als Ganzes kann jetzt auf eine anderthalb Jahrhunderte lange Erfahrung mit der Praxis des dem nordamerikanischen Muster entliehenen Präsidialregierungssystems zurückblicken. Bis auf wenige politisch reifere Nationen, in denen der Präsidialismus sich einigermaßen bewähren konnte — z. B. Argentinien und Brasilien bis 1930, Kolumbien bis 1948 und Mexiko während der letzten dreißig Jahre —, kann im allgemeinen gesagt werden, daß dieses Regierungssystem in Lateinamerika fast überall entweder als ein Machtinstrument der durch die Kirche und die Armee unterstützten grundbesitzenden Oligarchie diente oder, begünstigt durch den Aufstand der Massen gegen den Agrarfeudalismus, eine quasi-plebiszitäre Färbung annahm²⁸⁴. Dies spricht dafür, daß die Verpflanzung des nordamerikanischen Systems in das lateinamerikanische Milieu von Anfang an ungeeignete Bedingungen für dessen Funktionieren vorfand und daß sich daher eine Diskrepanz zwischen Norm und Wirklichkeit ergeben mußte. Diese wuchs um so mehr, je länger die Schaffung „normaler“ Bedingungen auf sich warten ließ, bzw. je länger man sich mit Aufbesserungsarbeiten am geschriebenen Verfassungswerk begnügte. In Übereinstimmung mit der maßgeblichen Literatur²⁸⁵ kann als hervorstechendstes Merkmal des lateinamerikanischen Präsidialsystems, von dem sozusagen alle anderen abgeleitet werden könnten, die überragende Stellung der Exekutivgewalt, d. h. des Staatspräsidenten angesehen werden. Es ist nicht von ungefähr, daß der lateinamerikanische Staatspräsident für vergleichsweise mächtiger als der amerikanische „Chief-executive“ gehalten wird²⁸⁶. Zwar ist das Prinzip der Gewaltentrennung in allen Verfassungen verankert, aber es hat — wie zahlreiche andere Bestimmungen — durchweg nur nominellen Charakter. Dem Staatspräsidenten selbst werden außerdem in der Ausübung seiner Machtbefugnisse viele verfassungsmäßige Schranken (z. B. Teilung der Exekutivgewalt mit dem Ministerrat — auch oft Kabinett genannt —, ministerielle Gegenzeichnung, Klausel der Nichtwiederwählbarkeit nach Ablauf der ersten Amtsperiode, Vize-Präsidentschaft als Gegengewicht usw.) gesetzt, um einem diktatorischen Mißbrauch seiner Macht vorzubeugen. In der Wirklichkeit weiß er jedoch diese im allgemeinen erfolgreich zu durchbrechen, so daß im Endeffekt dank der umfangreichen Machtbefugnisse der Exekutive die Diktatur dem Wortlaut der Verfassung nach, wenn nicht deren Geist nach doch möglich ist²⁸⁷.

Worauf ist diese Zentralstellung des Staatspräsidenten zurückzuführen, und was bedeutet sie in bezug auf die übrigen Elemente der Macht-

struktur? Zur Zentralstellung des Staatspräsidenten im Machtgefüge tragen mit unterschiedlichem Wirkungsgrad viele Faktoren bei. Unter den wichtigsten kann man anführen: die Armee, sei es, daß der Staatsschef aus deren Reihen stammt, sei es, daß sie ihn unterstützt; die Schwäche der politischen Parteien, die die Kristallisation der Macht um einige „Persönlichkeiten“ begünstigt; daher der Parteien-„Personalismo“, der sich dann auf die Staatsgewalt überträgt (s. S. 91), die damit zusammenhängende Bedeutung der Patronage (s. „Amiguismo“, S. 92).

Hinzu kommt, daß die öffentliche Meinung an diese übermäßige Herausstellung einer Persönlichkeit gewöhnt ist und selbst diese Tradition unterhält. Als Folge davon wird bei Wahlen für eine Person, nicht für eine Doktrin oder eine Partei gestimmt. Damit bilden sich Bräuche, Verhaltensweisen, die nicht unerheblich zur Aufrechterhaltung des persönlichen Regiments beitragen.

Daraus geht hervor, daß die Suprematie des Staatspräsidenten, wie Mecham es zusammenfassend formuliert hat, im Grunde „auf seiner dualistischen Position als verfassungsmäßiger Chef der Exekutive und als außerkonstitutioneller Caudillo oder Boß beruht“²⁸⁸. Man kann dies damit erklären, daß theoretisch und vor allem faktisch die Präsidentschaft das Zentrum der Machtstruktur in Lateinamerika darstellt. Dessen Inhaber muß den politischen Prozeß als Ganzes beherrschen. Versagt er bei der Festigung seiner persönlichen Machtposition, so kann es ihn wahrscheinlich das Amt kosten. Diese Situation tritt besonders ein, wenn der Präsident seine Position dem Militär verdankt. Ist er dagegen auf den Wogen einer Massenbewegung an die Macht gelangt, so kann diese — soweit sie entsprechend organisiert ist — ihm eventuell als Gegengewicht gegen das Militär dienen.

Die Folgen der präsidentiellen Vorherrschaft liegen auf der Hand. In erster Linie verkümmern Legislative und Justiz zu sekundären Instanzen, die sich der Exekutive unterwerfen. Da der Präsident die Wahlmaschine in der Hand hat und die Parlamentsmitglieder zum großen Teil aus seiner Anhängerschaft hervorgehen, kann die Legislative sozusagen als sein verlängerter Arm angesehen werden. „Hitzige Debatten“ werden nicht selten „für die Galerie“ abgehalten. Parlamentarische Widerstände erklären sich oft durch Spaltung der Interessen innerhalb der regierenden Partei selbst. Die in der Verfassung verankerte Freiheit und Unabhängigkeit der Gerichte wird ebenso zur Fiktion, da diese in Wirklichkeit nicht in der Lage sind, die übermäßige Entfaltung der Exekutive einzuschränken. Dies gilt vor allem für die höheren Instanzen, deren Rechtsprechung für die Entscheidungen des

Machtinhabers Bestätigungscharakter haben kann. In den Bundesstaaten wirkt sich schließlich die präsidentiale Hegemonie dahin aus, daß Widerstände der Landesregierungen durch die sog. „Interventionen“ (Intervenciones) der Zentralgewalt gebrochen werden, so daß das in der Verfassung proklamierte föderalistische Prinzip oft übergangen wird und so ebenfalls nur noch nominellen Wert behält. (Allerdings muß auch hier eine gewisse Differenzierung vorgenommen werden: die Einzelstaaten in Brasilien z. B. weisen mehr Selbständigkeit auf als diejenigen Venezuelas oder gar Mexikos.)

Versuche, die präsidentielle Führungsgewalt durch tiefgreifende Verfassungsreformen zu beschränken, gingen in zwei Richtungen: einige Staaten machten sich die europäischen Erfahrungen mit dem Parlamentarismus zunutze oder probierten die kollegiale Ausgestaltung der Exekutive aus.

Von der Einführung eines parlamentarischen oder halbparlamentarischen Systems erhoffte man sich nach Stokes²⁸⁹, daß es 1. ein notwendiges Gegengewicht gegen die starke Exekutivgewalt bilden würde; 2. als eine institutionelle Vorrichtung dienen würde, um die Parteileidenschaften zu absorbieren und die Notwendigkeit der Revolution zu beseitigen; 3. eine verantwortliche Mehrheitsregierung mit einer loyalen Opposition ermöglichen und 4. schließlich das Interesse und die Beteiligung an der Regierung unter klarer Festlegung von Rechten und Pflichten sowie Respekt vor dem Gesetz fördern würde.

Frühere Versuche — im allgemeinen von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts hinein — haben mit wechselndem Erfolg in Chile, Brasilien, Bolivien und in geringerem Maße in Haiti und Honduras stattgefunden. In der neueren Zeit sind Experimente in Kuba (1940), Guatemala (1945) und Venezuela (1947) anzutreffen; sie waren von kurzer Dauer und fanden ihr Ende in einer Junta-Herrschaft. Von den erstgenannten Ländern kann Chile als erfolgreiches Beispiel angeführt werden. Es besaß von 1891 bis 1925 eine vollausgebildete parlamentarische Regierung, die dem Parlamentarismus französischer Observanz der Dritten Republik ähnlich war. Seit 1925 kehrte Chile zu einem modifizierten Präsidentialismus zurück: der Kongreß funktioniert als Gegengewicht gegen die präsidentielle Vormacht, und das Kabinett bedarf der parlamentarischen Unterstützung, um regieren zu können.

Im ganzen scheint das parlamentarische System selbst in den fortgeschritteneren Ländern, die einen mehr oder weniger modifizierten Parlamentarismus eingeführt haben, die Hoffnungen nicht erfüllt zu haben, die man an sein Funktionieren geknüpft hatte. Mehr noch: in diesen

formell parlamentarisch regierten Ländern ist es zu einem *Scheinparlamentarismus* gekommen, der dadurch am Leben erhalten wird, daß in den Parlamenten die regierende Oberschicht — vor allem des Grundbesitzes — sich gegenseitig die Pfründen zuschiebt. Daher wird die Hauptursache des Scheinparlamentarismus in der Agrarstruktur, d. h. in dem Latifundiensystem gesehen²⁰⁰. Dies führt zu der Problematik der Strukturreformen und dem damit zusammenhängenden Dilemma zurück: diese Reformen könnten zur Zeit nur von den regierenden Schichten durchgeführt werden, die aber dadurch ihre politische Macht selbst in Frage stellen würden.

Der Weg zur kollegialen Ausgestaltung der Exekutive wurde vor allem in Uruguay und in abgewandelter Form in Kolumbien beschritten. Auf die Einzelheiten des uruguayischen Experiments wurde bereits hingewiesen (s. Anm. 149). Es sei hinzugefügt, daß dieser Versuch der Zwangskooperation der Parteien jedoch zu ihrer Diskreditierung und zur Absplitterung oppositioneller Kräfte geführt zu haben scheint. Die Folge davon war bis jetzt eine Erschwerung und Verlangsamung der Regierungstätigkeit. In Kolumbien wurde durch die Volksabstimmung vom 1. Dezember 1957 die Verfassung von 1886 (in der Fassung von 1945) dahingehend ergänzt, daß für die nächsten zwölf Jahre eine paritätische Besetzung aller Staatsorgane durch beide Parteien — die liberale und die konservative — erfolgt und daß die Verabschiedung aller Gesetze im Parlament eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich macht. Auch der Präsident soll durch Parteienübereinstimmung ins Amt gelangen. Dieser Regelung scheinen — ähnlich der in Uruguay — ebenfalls explosive Tendenzen innezuwohnen. Ein abschließendes Urteil über diesen Versuch, die Technik der Koalitionsregierung im Zweiparteiensystem in der Verfassung zu verankern, erscheint wegen des fehlenden Zeitabstandes vorläufig nicht möglich²⁰¹.

Unbeschadet dieser Bemühungen, die Auswüchse des Präsidialregimes auf ein Minimum zu reduzieren, bleibt es charakteristisch für Lateinamerika, daß die Kluft zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit so weit auseinanderklafft, daß die tatsächliche Rolle des Verfassungstextes geradezu unerheblich scheint. Die effektive Beschaffenheit der Machtstruktur in der Realität des politischen Lebens spiegelt nicht deren in der Verfassung vorgezeichnete Dynamik wider. Dabei bleiben alle auf die Annäherung von Norm und Wirklichkeit abzielenden formalen Verfassungsreformen so lange wirkungslos, wie die Basis der Macht — die bestehende Wirtschafts- und Sozialstruktur — unberührt bleibt. Diese umzugestalten, ist eben die ausgesprochene

Absicht der revolutionären bzw. sozialreformistischen Bewegungen. Wieweit diese Absicht Wirklichkeit wird, wurde am Beispiel Argentiniens und Boliviens dargestellt. Es gilt nun, eine Synthese dieser Bewegungen vorzunehmen, um die Grundlinien dessen darzutun, was sie beabsichtigen, d. h. mit welchem Inhalt die erwähnte neue Ordnung gefüllt werden soll. Daran anschließend läßt sich die Frage nach dem „Wohin“, d. h. nach dem Endergebnis dieser Bewegungen, entsprechend beantworten.

Hervorzuheben ist in erster Linie ihre betont nationale — nicht selten nationalistische — Orientierung, daher suchen ihre Führer eine möglichst breite Massenunterstützung, die ihnen im allgemeinen nicht versagt wird. Beispiele hierfür sind Perón in Argentinien, Ibáñez in Chile, Betancourt in Venezuela, Arévalo und Arbenz in Guatemala, Vargas in Brasilien, Haya de la Torre in Peru und Paz Estenssoro in Bolivien. In diese Richtung gehören dann die Beseitigung der bisherigen Agrarstruktur und der mit ihr zusammenhängenden sozialen Mißstände, die Integrierung der einheimischen Bevölkerung — soweit vorhanden, der indianischen oder im allgemeinen der breiten Massen — in das wirtschaftliche, politische und soziale Leben der Nation, was die Überwindung der bisherigen Herrschaft der traditionellen Oberschicht voraussetzt, ferner die Förderung der Industrialisierung bzw. die vielseitige Gestaltung der Agrarproduktion als Mittel zur Beseitigung des Monokulturcharakters der Wirtschaft und damit zur Erweiterung der meist auf einem oder zwei Produkten beruhenden Exportbasis.

Die Durchführung dieses Programms ruft in allen Sektoren der staatlichen Aktivität nach Art und Umfang ungewöhnliche Maßnahmen hervor: auf wirtschaftlichem Gebiet Verstaatlichungsmaßnahmen, starke Reglementierung des Auslandskapitals, im allgemeinen wenn nicht völlige, so doch Teilplanung des Wirtschaftsablaufs; auf sozialpolitischem Gebiet wird es als Aufgabe des Staates angesehen, die in die neuere Verfassungsentwicklung Lateinamerikas eingeführten sog. „sozialen Rechte“ des Individuums zu fördern. Sie werden als unerlässliche Ergänzung der traditionellen Individualrechte betrachtet. Es handelt sich im Grunde genommen um den Ausbau der sozialen Gesetzgebung als Inbegriff der von allen diesen Bewegungen in irgendeiner Form angestrebten sozialen Gerechtigkeit. Sie ist im allgemeinen um die Arbeit, die Familie und die Erziehung konzentriert. In bezug auf die Arbeit werden Maßnahmen getroffen wie Festsetzung der Arbeitszeit und des Lohnminimums, Einführung der kollektiven Arbeitsverträge, ärztliche Fürsorge, Anerkennung des Streikrechts, Einrichtung von staatlichen Organen zur Schlichtung der Konflikte zwischen Arbeitgebern und Ar-

beitnehmern usw. Der Familie als „Zelle der Nation“ gilt die besondere Fürsorge des Staates. Dazu dienen die Regelung der Eheschließung, die Sondergesetzgebung zum Schutze der Mutterschaft, die gleiche Behandlung von ehelichen und unehelichen Kindern usw. Was die Erziehung anlangt, so ist der Staat bestrebt, das als jedem Bürger zustehend betrachtete Recht auf Unterricht zu verwirklichen. Darauf sind vor allem die Bemühungen zur Beseitigung des Analphabetentums gerichtet; hierzu gehören auch die Einführung der Schulpflicht, die Förderung des kostenlosen öffentlichen Unterrichts von der Grundschule bis hin zur Universität sowie der sonstigen kulturellen Einrichtungen wie Theater, Museen usw.

Daraus geht hervor, daß durch die eindeutig zum sozialen Wohlfahrtsstaat tendierende Entwicklung die Zentralgewalt sich einer Machtfülle erfreut, deren Legitimation im Massencharakter der Bewegungen gesucht und mit dem Umfang der zu bewältigenden Aufgaben gerechtfertigt wird. Die auf diese Weise zustandegekommene Regierung versteht sich nunmehr als Herrschaft der bis dahin unterdrückten Mehrheit. Eine wichtige Folge davon ist die stark plebiszitäre Färbung der Machtausübung, die es ermöglicht, die im Namen des Volkes eingeleitete Entwicklung gegen die Minoritäts- und Sonderinteressen durch- und fortzusetzen. Man hat es daher folgendermaßen ausgedrückt: „... In those countries in which government has been traditionally monopolized by minorities the intensity of the struggle necessary to establish or re-establish majority rule may be proportional to the degree of its previous denial²⁹².“ Diesen als Störungsfaktoren empfundenen Minoritäts- und Sonderinteressen werden faktisch kaum Bewährungschancen gegeben, weil das neue Regime, so lange es sich noch nicht in allen Sektoren der Macht gefestigt hat, sich durch die bis jetzt den politisch-sozialen Raum allein beherrschende Oberschicht gefährdet sieht und auch weil sie der von diesen Bewegungen beabsichtigten nationalen Integration im Wege stehen können. Daher der Trend zum monolithischen, faktischen Einparteien-Staat, dessen Auswirkungen auf die Gestaltung der Gesellschaftsordnung nicht ausbleiben können. Beispielsweise wird in dieser Hinsicht eine Beschränkung der individuellen Freiheit bewußt in Kauf genommen, weil der Befriedigung bestimmter grundlegender sozialer Bedürfnisse der Vorzug gegeben wird. Man sollte aber auch nicht übersehen, daß das Streben nach persönlicher Freiheit und individueller Entfaltung sowie die autoritäre Ausübung der Staatsgewalt in der politischen Geschichte Lateinamerikas oft nebeneinander liefen. Man wird daher den dort durch die Entwicklung gegebenen Voraussetzungen Rechnung tragen müssen, will man ver-

suchen, den Standort der angestrebten neuen Staats- und Gesellschaftsordnung zu bestimmen.

Daß dieser grundsätzlich eine demokratische Orientierung aufgeprägt werden soll, scheint außer Zweifel zu sein. Vorher unbestimmbar ist dagegen ihre jeweilige faktische Gestaltung in den einzelnen Ländern. Bedenkt man, daß beispielsweise in den entwickelten Industriegesellschaften das adoptierte Grundsystem jeweils bedeutende Abweichungen aufweist — man spricht von der „angelsächsischen“ im Gegensatz zur „lateinischen“ Demokratie (französischer oder italienischer Prägung)²⁹³ —, so kann eine ähnliche Entwicklung in Lateinamerika als wahrscheinlich angenommen werden. Versuche, diese Entwicklung nur nach klassischen Maßstäben zu beurteilen, scheinen daher entweder zu einseitigen oder zu schwer verwendbaren — weil zu wenig verbindlichen — Aussagen zu führen²⁹⁴.

Die revolutionären bzw. sozialreformistischen Bewegungen wie der peruanische „Aprismo“, der argentinische „Justicialismo“, der bolivianische „Movimiento Nacional Revolucionario“ oder gar der paraguayische „Febrerismo“ zielen vielmehr auf ein Mischsystem eigener Prägung ab, das die Grundzüge der klassischen Demokratie mit bestimmten Prinzipien sozialistischer Inspiration zu kombinieren versucht²⁹⁵. Es handelt sich um ein System, das vor allem die bestehenden, oft zu revolutionären Explosionen führenden sozialen Ungleichheiten beseitigt, indem es die entscheidenden Strukturreformen ermöglicht, mit deren Hilfe die Kluft zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit allmählich gefüllt werden soll. Wenn auch für diese Demokratie *sui generis* vorerst keine einheitliche Bezeichnung möglich ist, so vermag die von Jesús Silva Herzog geprägte Formel zumindest die Grundrichtung anzugeben, wenn er meint, es handle sich letztlich um eine egalitäre Demokratie im Politischen und eine auf Gerechtigkeit beruhende Demokratie im Wirtschaftlichen (*una democracia igualitaria en lo político y justiciera en lo económico*)²⁹⁶.

PARAGUAY ALS UNFERTIGES BEISPIEL

Im Vergleich zu Argentinien und Bolivien stellt Paraguay einen Sonderfall dar; der hier in Betracht kommende Staatsstreich vom 17. Februar 1936 leitete zwar wie in den beiden anderen Ländern eine Bewegung ein, diese blieb aber nicht nur im Ansatz stecken, sondern verzettelte sich auch von Anfang an in einem Ausmaße, daß die ihr folgenden Entwicklungen kaum Ansatzpunkte für eine von der Ursprungssituation ausgehende Systematisierung bieten. Der Verlauf der Ereignisse war zwischen 1936 und 1954 ungleichmäßig und weniger zusammenhängend als im Falle Argentinien und Boliviens: von den acht Regierungen, die in diesem Zeitraum zustandekamen, wurden sechs gewaltsam und vorzeitig abgesetzt. Diese verwirrend anmutende Situation spiegelt sich in der politischen Literatur insofern wider, als das über diese Periode vorhandene Tatsachenmaterial unzulänglich ist und eine Durchdringung der Ereignisse nicht ermöglicht. Daher wird hier keine Analyse, sondern nur eine zusammenfassende Betrachtung vorgenommen, wobei der Staatsstreich vom 17. Februar 1936 als originärer Impuls angesehen wird.

A · DER STAATSTREICH VOM 17. FEBRUAR 1936

I. Die sogenannte „Febrerista-Revolution“

Ähnlich wie in Bolivien hatte der Chaco-Krieg, obwohl er Paraguay wesentliche Vorteile brachte, zur Folge, daß die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes in ein stärkeres Licht als bisher rückten und daß sowohl in der Armee als auch in der Zivilbevölkerung die Änderung der bestehenden Situation als dringlich empfunden wurde. Die liberale Regierung des Präsidenten Ayala vermochte weder den während des Krieges und auch als Folgen der Wirtschaftskrise aufgetauchten Schwierigkeiten: Währungszersplitterung, Inflation, verschärfte soziale Spannungen usw., wirksam zu begegnen noch die eigentlichen

Probleme Paraguays, wie Landkonzentration, dürftige Infrastruktur, mangelhaftes Erziehungssystem usw., zu lösen. Die liberale Partei, die selbst in drei Fraktionen zersplittert war, sah sich der Opposition nicht nur in den eigenen Reihen, sondern auch dem „Partido Nacional Republicano“, genannt „Colorado“, und einer Gruppe von Erneuerern, der „Liga Nacional Independiente“ gegenüber. Diese Gruppe, die sich später – in Erinnerung an den Staatsstreich vom Februar – „Febreristas“ nannte, strebte einen neuen Parteitypus an und vertrat durch ihren Führer Juan Stefanich eine neuartige Theorie der Demokratie, die sogenannte „Democracia solidarista“, auf die noch einzugehen sein wird.

In der Armee herrschte Unzufriedenheit über die Zivilführung und auch Unbehagen über das Demobilisierungsvorhaben des Präsidenten Ayala, das als ein Versuch ausgelegt wurde, den potentiellen politischen Einfluß der Armee zu schwächen. Im Jahre 1935 bildeten schon die Chaco-Kriegsteilnehmer die „Asociación Nacional de Ex-Combatientes“, welcher Oberst Rafael Franco vorstand. Der Zusammenschluß beider Organisationen und einiger Vertreter der „Colorado“-Partei ergab die Plattform für den Staatsumsturz des 17. Februar, der „Febrerista-Revolución“ getauft wurde.

Über das eigentliche Haupt der Bewegung besteht keine einheitliche Meinung; es werden drei Persönlichkeiten genannt: Oberst Franco, Gomes Freire Esteves, der spätere Innenminister in der nach dem 17. Februar gebildeten Regierungsjunta, und Juan Stefanich von der „Liga Nacional Independiente“. Der Oberst Frederico W. Smith, der die militärische Führung des Staatsstreiches übernommen hatte, meinte in einem Brief vom 8. Mai 1946 an die Zeitung „El País“ (11. Mai 1946), die Revolution vom 17. Februar 1936 sei eine Explosion des Volkes gewesen, infolgedessen könne sie weder eine ausschließliche Angelegenheit von Stefanich noch von Franco . . . sein. Dem hielt F. B. Molas López, Mitglied der „Colorado“-Partei, in einem offenen Brief vom 4. Juni 1946 an die Zeitung „El Paraguay“ (5. Juni 1946) entgegen, die einzige, von den Urhebern der Bewegung akzeptierte Kandidatur (als Staatspräsident) sei diejenige von Oberst Rafael Franco gewesen, der damals die Forderungen der paraguayischen „Revolution“ repräsentierte¹.

Für diese zweite These scheint der Umstand zu sprechen, daß nach dem Sturz der Ayala-Regierung wegen einer Reihe von Schwierigkeiten (!), ein Telegramm an Franco, der am 6. Februar nach Argentinien abgeschoben wurde, geschickt werden mußte. Wenn, wie Smith behauptete, Freire Esteves und nicht Franco zum De-facto-Präsidenten be-

stimmt worden wäre, so hätte es nicht der Anwesenheit Francos bedurft, um auftretende Schwierigkeiten zu beseitigen. Diese Frage ist nicht ohne Bedeutung, da die weiteren Entwicklungen nach dem Staatsstreich stark von Francos Persönlichkeit geprägt wurden.

Dies um so mehr, als die Urheber des Staatsstreiches über kein einheitliches Regierungsprogramm verfügten, es sei denn die Liquidierung der Liberalen-Herrschaft, die als „ein ohne Berücksichtigung seiner politischen, sozialen und geographischen Realitäten Paraguay auferlegtes Bastard-Regime“ bezeichnet wurde². Der Mangel an einem gemeinsamen Aktionsprogramm ließ sich auf die Heterogenität der Elemente zurückführen, die sich in der Regierungsjunta zusammenfanden. Drei Jahre nach dem 17. Februar hob Stefanich diese wesentliche Schwäche der Bewegung hervor, die sich schon bei der ersten Kabinettsitzung am 20. Februar, in der die Richtlinien der Regierungspolitik festgelegt werden sollten, herausstellte. Der Justizminister – so schrieb Stefanich – sei marxistischer Gesinnung, der Innenminister hege faschistische Vorstellungen, während der Landwirtschaftsminister auf Grund eines zwanzigjährigen Aufenthaltes in Deutschland nazifreundlich sei. Er selbst habe die Grundlinien seiner „solidarischen Demokratie“ entworfen. „Die Februar-Regierung“, fährt er fort, „war also anfangs eine Verquickung von vier politischen Tendenzen: drei ausländische – der Marxismus, der Faschismus und der Nationalsozialismus; eine paraguayisch-amerikanische: die solidarische Demokratie.“ Und weiter: „Die Revolution war eine mächtige, aber unbestimmte Meinungsströmung. In ihr vermischten sich die ungleichsten Elemente und die antagonistischsten Ideologien. Die aufgeregte Menge, die sich zum revolutionären Glauben bekannte, war weit davon entfernt, ein gemeinsames Ziel zu verfolgen³.“

Stefanich selbst konnte aber im Laufe späterer Auseinandersetzungen Teilerfolge bei der Durchsetzung seiner Ideen verzeichnen. Wenn auch seine Theorie kaum praktische Anwendung fand, so erscheint es doch nützlich, diese neuartige Konzeption der demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung kurz zu erörtern, welche der „Febrerista-Revolution“ zugrunde gelegt werden sollte⁴.

Stefanich geht davon aus, daß der Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts nicht geeignet sei, den modernen Bedürfnissen zu genügen. Um dem abzuhelfen, müsse eine politische Philosophie versuchen, die Demokratie zu modernisieren, sie von historischen Fesseln und Hindernissen zu befreien und sie „in Harmonie mit dem Weltrhythmus, mit den zeitgenössischen Problemen ...“ zu revidieren. Die objektive Grundlage der solidarischen Demokratie bestehe in der Bildung einer

Regierung, in der die Individuen und die Gruppen, zu denen sie gehören, in natürlicher Interdependenz harmonisch leben werden . . .

Hier kommt der Gedanke der Solidarität zum Ausdruck: Der Mensch, sagt Stefanich, sei frei und solidarisch geboren; er sei frei, aber abhängig. Er sei Mitglied einer Familie, einer Gemeinde, einer Rasse, einer Nation, einer Gegend, eines Kontinents und der Menschheit. Jede dieser Einheiten habe ihre Rechte, die solidarische Demokratie erkenne sie an und schütze sie auf der nationalen Ebene durch die Regierung, auf der internationalen durch eine Weltorganisation. Ferner müßten die neuen Menschenrechte — soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, Lebensstandardminimum . . . staatliche Lenkung in der Wirtschaft, in der Politik, auf dem geistig-moralischen Gebiet — zu den traditionellen Menschenrechten der Demokratie des 18. Jahrhunderts hinzugefügt werden. Man könnte der solidarischen Demokratie einen bedenklichen Totalitätsanspruch vorwerfen; ein wesentlicher Unterschied zwischen ihr und totalitären Gesellschaftstheorien besteht aber schon in der Ausgangsposition: während der Totalitarismus dem Staat den Vorrang gibt und die Individuen in ein System hineinzwingt, das ihre Freiheiten unterdrückt und sie sogar verneint, erkennt der „Solidarismo“ diese Freiheiten an und versucht sie mit denjenigen der Gesamtheit oder der Gruppen in Einklang zu bringen.

Dieser Theorie haftet vor allem der Mangel an konkretem wirtschaftlichem und sozialem Inhalt an. Dies kann als ihre Hauptschwäche angesehen werden, da sie bestimmte Probleme der paraguayischen Wirklichkeit von 1936 und der Folgezeit zu lösen versprach, ohne konkrete Wege dazu aufzuzeigen. Die solidarische Demokratie oder der „Solidarismo“ erscheint als eine nur weltanschauliche Interpretation der Gesellschaftsentwicklung, die über eine synthetische Zusammenfassung der Probleme nicht hinausgeht und den tatsächlichen Rahmen nicht absteckt, in dem sich die gewünschte Umgestaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung vollziehen soll. Einzelheiten über den Verlauf dieses Prozesses sind der Theorie des „Solidarismo“ nicht zu entnehmen. Die von seinen Verfechtern ergriffenen Maßnahmen folgten keinem vorgezeigten Weg, sondern bewegten sich im Rahmen einer punktuellen Regierungspolitik, welche vorwiegend von dem Führer der Regierungsjunta bestimmt wurde.

II. Das Franco-Regime (17. Februar 1936 — 13. August 1937)

Die Kräfte, die sich der „Febrerista“-Bewegung anschlossen — ehemalige Kriegsteilnehmer, Gewerkschaftsführer, Studenten und die schon

erwähnten Organisationen — sahen in Franco den „starken Mann“, der dem „Liberalen-Verrat“ ein Ende machen würde. Am 24. Februar verkündete er vom Balkon des Regierungsgebäudes aus, daß eine neue Ära beginne und daß ein neuer Staat gebildet werde. Er verdeutlichte seine Absichten mit dem Erlaß vom 10. März, in dessen Präambel es hieß: „... die Revolution in Paraguay beabsichtigt dieselbe Art von sozialen, totalitären Umwandlungen (wie die) des gegenwärtigen Europas, in dem Sinne, daß die Revolution und der Staat identisch sind⁵.“ Durch den Artikel 3 wurde jede politische Aktivität seitens der Parteien, der Gewerkschaften oder der Interessengruppen für ein Jahr verboten. Dem Innenministerium wurde durch den Artikel 4 die gesamte Sozialpolitik des Staates unterstellt, angefangen mit der Gestaltung der Beziehungen und der Regelung der Konflikte zwischen Arbeit und Kapital bis zu den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. In diesem Sinne wurde das „Departamento Nacional del Trabajo“ ins Leben gerufen, das die von der Regierung definierten Rechte und Privilegien der Arbeiter schützen sollte.

Auf wirtschaftlichem Gebiet verkündete die Regierung ein Programm für die Organisierung der Agrarproduktion auf wissenschaftlicher Grundlage, Beseitigung der Kolonialwirtschaft, Emanzipation des Finanzwesens und Verbesserung des Transportwesens. Eine Landredistribution wurde durch den Erlaß Nr. 1060 vom 5. Mai 1936 in Angriff genommen. Um die Handelsbeziehungen zwischen Paraguay und seinen Nachbarn zu befestigen und auszubauen, wurden Verträge mit Argentinien (31. Dezember 1936), Uruguay (7. Januar 1937) und Brasilien (12. April 1937) abgeschlossen⁶.

Nachdem die Regierung im Februar 1936 den politischen Parteien jede Aktivität untersagt hatte, wurde nun von ihr die Bildung einer Einheitspartei angestrebt, die ihr ein Rückgrat im Volke verschaffen sollte. So wurden am 15. November 1936 der „Bund ehemaliger Kriegskämpfer“ und die „Nationale Liga“ in der „Unión Nacional Revolucionaria“ zusammengeschweißt. Diese sollte eine mit dem Staat identifizierte, nationalistische Partei sein, welche die Ideale des 17. Februar verwirklichen sollte. Kennzeichnend dafür war ihr Motto: „integrale Befreiung des Volkes“ (Liberación integral del pueblo).

Die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen deuteten zwar auf den Willen hin, entscheidende Reformen durchzuführen, fanden aber durch ihren nicht kontinuierlichen Charakter nicht den nötigen Widerhall in den breiten Massen, denen sie offensichtlich galten. Hinzu kam, daß sich in der Armee Unzufriedenheit über die Friedensverhandlungen der Regierung mit Bolivien auszubreiten begann, welche nach

Meinung gewisser Militärkreise der durch den Ausgang des Krieges gewonnenen günstigen Verhandlungsposition Paraguays nicht Rechnung trug. Es scheint, daß diese Frage zum Sturz des Franco-Regimes am 13. August 1937 wesentlich beitrug, als die Chaco-Befehlshaber, ermutigt durch die ständige Liberalen-Agitation, sich weigerten, einem Demobilisierungsbefehl Francos zu folgen⁷.

Nach anderer Meinung scheiterte Franco grundsätzlich, „weil es nicht möglich war, ohne gewaltsame Änderungen in der Wirtschaftsstruktur, den Sozialismus in einem rückständigen Lande, wo die meisten Reichtumsquellen und Produktionsmittel in ausländischem Besitz waren, einzuführen. Franco wagte nicht, diese Änderungen, die vielleicht im Chaos geendet hätten, durchzuführen oder das Auslandseigentum, von dem Argentinien den größten Teil besaß, zu beschlagnahmen⁸.“ Mit dem Sturz Francos wurde jedenfalls das „Febrerista“-Experiment abgebrochen, jedoch nicht abgeschlossen, denn es hat Fragen berührt und aufgeworfen, welche die nachfolgenden Regierungen nicht mehr übersehen konnten.

B · DIE PERIODE VOM 13. AUGUST 1937 BIS 6. MAI 1954

Diese Periode ist gekennzeichnet durch die Rückkehr der Liberalen an die Macht bis September 1940 und ab Juni 1948 durch die faktische Herrschaft der „Colorados“, die sich ihrerseits unerbittliche Faktionskämpfe untereinander lieferten. Hier kann es sich nur darum handeln, das Wesentlichste herauszugreifen, da diese bewegte Periode einen kontinuierlichen Überblick nicht ermöglicht. Vor allem gilt es, diese oder jene Maßnahmen hervorzuheben, die als Nachwirkungen des 17. Februar angesehen werden können.

Die Nachfolge Francos trat Félix Paiva an, ein bekannter Liberaler. Damit war offensichtlich, welche Kräfte hinter den meuternden Militärs standen, obwohl diese vorgaben, die ursprünglichen Ziele vom Februar 1936 wieder durchsetzen zu wollen. Der Regierung Paiva gelang es, am 21. Juli 1938 den Friedensvertrag mit Bolivien abzuschließen. Besonders erwähnenswert ist die von ihr erlassene Gesetzgebung, die einige Änderungen an Francos Arbeitsgesetz vornahm. In der Industrie wurden ab 6. Januar 1938 der Achtstundentag und die 48-Stunden-Woche eingeführt; für besonders gefährliche Arbeiten wurde die Arbeitszeit auf 6 Stunden pro Tag bzw. 36 Stunden pro Woche beschränkt. Diese Gesetzgebung sollte dazu dienen, einen gewissen sozia-

len Frieden unter den in der Industrie beschäftigten Chacokriegskämpfern zu erzielen, die Franco beim Sturz der Regierung Ayala unterstützt hatten.

Nach Paivas provisorischer Amtszeit wurde General Estigarribia, Nationalheld des Chaco-Krieges, zum Präsidenten gewählt. Die Liberalen hatten ihn während seines Aufenthaltes in Washington als Missionsbeauftragten zum Präsidentschaftskandidaten ihrer Partei bestimmt, womit sie auf einen sicheren Wahlsieg spekulierten. Bei seinem Amtsantritt am 15. August 1939 versprach General Estigarribia wiederum den Beginn einer neuen Ära für Paraguay. Eine gewisse harmonische Zusammenarbeit zwischen dem Präsidenten und dem Kongreß schien sich anzubahnen. Aber die Oppositionspresse eröffnete bald eine Kampagne gegen den neuen Präsidenten; Studentenstreiks brachen aus. Im großen und ganzen herrschte wieder eine Atmosphäre der Unsicherheit und der Unruhen. Um Herr der Lage zu werden, löste General Estigarribia den Kongreß am 18. Februar 1940 auf und erließ eine Proklamation, auf Grund deren die Verfassung von 1870 aufgehoben und jegliche politische Aktivität untersagt wurde. Der Präsident verkündete gleichzeitig seinen Entschluß, die gesamte Staatsgewalt allein zu übernehmen.

Die offizielle Propaganda verbreitete Regierungsthesen über die Entstehung eines neuen Paraguays. Es hieß, die bisherigen politischen Bräuche müßten beseitigt werden, der Staat müsse intervenieren, um politische, soziale und wirtschaftliche Probleme zu lösen, den nationalen Interessen müsse der Vorrang vor den privaten gegeben werden usw., Forderungen, die seltsamerweise an die „solidarische Demokratie“ der „Febreristas“ erinnerten.

Durch die am 10. Juli 1940 verkündete und am 4. August ratifizierte neue Verfassung sollten die Voraussetzungen geschaffen werden, um die notwendigen Reformen durchführen zu können. Hervorzuheben ist die vorgesehene starke Exekutive, der ein Staatsrat zur Seite stehen sollte. Dieser setzte sich aus Kabinettsmitgliedern, dem Rektor der Landesuniversität, dem Erzbischof, dem Präsidenten der Nationalbank und Vertretern des Handels, der Landwirtschaft, der Industrie und des Militärs zusammen. Die Regierung hoffte außerdem durch die Anwendung dieser Verfassung, die wirtschaftlichen Vorgänge so streng zu überwachen, daß sie den Klassenkampf abschaffen, die Monopole brechen, die Preismanipulationen usw. beseitigen könnte. Diese Verfassung kam aber kaum zur Anwendung, da Estigarribia am 7. September 1940 Opfer eines Flugzeugunglückes wurde. Seine autoritäre Handhabung der Macht wurde vielfach angeprangert, viele dachten jedoch,

er könnte ein dauerhaftes System schaffen, durch das Paraguays Probleme ohne permanente Diktatur gelöst werden würden.

Als zunächst provisorischer Staatschef übernahm General Higinio Morínigo nicht nur die Vollmachten Estigarribias, unter dem er Kriegs- und Marineminister gewesen war, sondern auch eine komplizierte politische Lage, Finanzschwierigkeiten und soziale Spannungen. Morínigo mußte sich einen Weg zwischen verschiedenen Tendenzen der politischen Auseinandersetzung bahnen, nämlich zwischen den Faktionen der Armee, die einerseits eine mehr liberale Politik, andererseits eine noch straffere Führung als unter Estigarribia wünschten und denjenigen „Febreristas“, die auf eine Gelegenheit warteten, um wieder die Macht an sich zu reißen. In seiner Botschaft vom 23. Dezember 1940 hob er dieselben Grundsätze, die schon die „Febreristas“ und nach ihnen Estigarribia verkündet hatten, hervor: Ablehnung des Liberalismus des 19. Jahrhunderts, Staatsintervention, Kontrolle des Wirtschaftsapparates usw.

Die Regierung Morínigo fürchtete offensichtlich den Einfluß der Gewerkschaften. Im Januar 1941 brach in Asunción ein Generalstreik aus, der erst dann aufgehoben wurde, als die Regierung einige Gewerkschaftsführer ins Gefängnis warf und mit der Mobilisierung der Streikenden drohte. Daraufhin wurde die „Confederación de Trabajadores del Paraguay“ aufgelöst; trotzdem funktionierten annähernd 65 Gewerkschaftsorganisationen in Asunción und 13 in der Provinz weiterhin⁹. Eine neue Dachorganisation, der „Consejo Obrero del Paraguay“, wurde im August 1944 ins Leben gerufen und seine staatliche Anerkennung im März 1946 beantragt. Die von der Regierung zugunsten der Arbeiter ergriffenen Maßnahmen trugen paternalistischen Charakter. Beispielsweise führte der Erlaß vom 2. Januar 1941 ein Zwangssparsystem für Lohnarbeiter ein, auf Grund dessen diese einen bestimmten Prozentsatz ihres Lohnes bei dem „Banco Agrícola“ abgeben mußten. Der gesparte Lohnanteil durfte nur unter gewissen strengen Bedingungen abgehoben werden. Man sah aber bald den unrealistischen Aspekt des Systems ein, da sehr wenige Arbeiter genug verdienten, um sparen zu können. Der Erlaß wurde im Februar 1943 zurückgezogen und die Ersparnisse ausgezahlt.

Nach dem 2. Weltkrieg gestaltete Morínigo die Staatsführung elastischer. Die Regierung milderte die Pressezensur und verkündete eine politische Amnestie. Diese Entwicklung war möglich, weil Morínigo einige politische Kreise aufforderte, sich an der Regierung zu beteiligen. Am 23. Juli 1946 bildete sich daher ein Koalitionskabinett zwischen der Armee, den „Colorados“ und den „Febreristas“. Es war aber

eine totgeborene Koalition, da die Gegensätze zwischen „Colorados“ und „Febreristas“ so zunahmen, daß sie praktisch unüberbrückbar wurden. Im Januar 1947 stellten die „Febreristas“ eine Liste von Forderungen auf, die eine Spaltung der Koalition nach sich zog: dem Präsidenten der „Colorado“-Partei und dem Teil der Armee, der diese unterstützte, standen die „Febreristas“ und ihre Anhänger unter den Militärs gegenüber. Moríñigo entschied sich gegen die „Febreristas“ und bildete das Kabinett mit den „Colorados“ um.

Dies bedeutete die faktische Rückgewinnung der Macht durch die „Colorados“, die seit 1904 ausgeschaltet gewesen waren. Als Anfang März 1947 Rebellionen in Asunción und Concepción ausbrachen, welche später bürgerkriegsähnliche Formen annahmen, trugen die „Colorados“ entscheidend dazu bei, sie niederzukämpfen. Dadurch festigten sie aus eigener Kraft ihre Stellung in der Regierung und wuchsen sozusagen zu gleichberechtigten Partnern Moríñigos heran. Präsidentschafts- und Kongreßwahlen wurden für den 15. Februar 1948 angesetzt. Mit Hilfe des ihnen hörigen Teiles der Armee setzten sie jedoch Moríñigo am 3. Juni vorzeitig ab, da sie fürchteten, er werde die Macht nicht wieder abgeben.

Von da an begannen die Fraktionskämpfe unter den „Colorados“. Auf Moríñigo folgte am 15. August 1948 Juan Natalicio González als verfassungsmäßiger Staatspräsident, nachdem das Amt provisorisch von Juan Manuel Frutos übernommen worden war. Aber schon am 30. März 1949 wurde er provisorisch zunächst durch General Rolón, dann am 26. Februar durch Molas López ersetzt, der am 17. April zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Die Nominierung López' als Parteikandidat wurde zwar geduldet, aber die Fraktion um Federico Chaves bildete eine starke Oppositionsgruppe, die erreichen konnte, daß López am 11. September 1949 zugunsten von Chaves abdankte; dieser wurde nach einer provisorischen Amtsperiode am 16. Juli 1950 zum Staatspräsidenten gewählt.

Unter Chaves bahnte sich eine relativ ruhige Periode an. Er schien auch den Weg des Staatsinterventionismus einzuschlagen. Im Januar 1950 erließ er eine Verordnung, die dazu bestimmt war, eine strenge Preiskontrolle einzuführen und Spekulationen vorzubeugen, indem dem Wirtschaftsminister Vollmacht gegeben wurde, den Verkauf, Transport und Lagern von Artikeln, die von der Regierung als für den Nationalwohlstand wesentlich erklärt worden waren, zu regulieren. Weitere ähnliche Maßnahmen ließen erkennen, daß Paraguay Mitte des Jahrhunderts im Begriff stand, sich von dem Laisser-faire früherer Zeiten abzuwenden und sich allmählich einer staatlich kontrol-

lierten Wirtschaft zuzuwenden. Die Chaves-Regierung bemühte sich außerdem, die Spannungen zwischen dem Staat und den Gewerkschaften bzw. dem Arbeitssektor schlechthin abzubauen. So z. B. wurden die Nominallöhne um 80 % für weibliche und 50 % für männliche Arbeiter erhöht, um die gestiegenen Lebenshaltungskosten aufzufangen. Im Dezember 1951 wurde durch Erlaß der bezahlte Urlaub eingeführt. Schließlich erfreute sich die neugegründete „Confederación Paraguaya de Trabajadores“ der wohlwollenden Unterstützung der Regierung.

Trotz der Widerstände mancher Elemente der Regierung versuchte Präsident Chaves sein Programm der „geistigen Befriedung“ durch Erweiterung der Regierungsgrundlage durchzuführen¹⁰. Dies führte zu verschiedenen Kabinettsumbildungen mit zunehmender Einflußnahme der Armee. Dem von Chaves erreichten *modus vivendi* mit anderen Kräften des politischen Lebens wurde am 4. Mai 1954 vorzeitig durch den vom Stabschef, General Alfredo Stroessner, inszenierten Handstreich ein Ende gesetzt.

Dieser seit August 1937 achte Regierungssturz zeigte, wie labil das Ringen um die Macht — trotz Stabilisierungsversuchen unter Estigarribia, Morínigo und Chaves — seit der „Febrerista“-Bewegung geworden war. Auf Grund ihrer äußerst konfusen Ideologie und der Organisationsschwäche der hinter ihr stehenden Kräfte vermochte sie nicht, die Stützen der bisherigen Machthaber zu erschüttern und sich diesen gegenüber zu behaupten.

Nach der Rückgewinnung der politischen Macht mußten aber die nunmehr rasch aufeinander folgenden und auch in den eigenen Reihen schnell wechselnden traditionellen Kräfte der Liberalen und der „Colorados“ gewisse Anpassungsmaßnahmen treffen, um der durch den „Febrerista“-Umwälzungsversuch eingetretenen neuen Situation begegnen zu können. Weder den einen noch den anderen gelang es in der betrachteten Periode, ein neues, stabiles Kräfteverhältnis zu schaffen, um die Möglichkeiten einiger breitangelegter Strukturreformen auszuprobieren.

LITERATURVERZEICHNIS

Das Literaturverzeichnis ist nach dem Aufbau der Untersuchung zusammengestellt worden, um einen entsprechenden Überblick über das herangezogene Schrifttum zu ermöglichen. Einige Doppelaufführungen — besonders im Teil 1, 2 und 3 des Verzeichnisses — haben sich nicht vermeiden lassen, da Grenzprobleme auftreten, die vielfach von demselben, bereits zitierten Autor behandelt werden. Die jeweilige Stelle wird mit (+) gekennzeichnet.

1. PROBLEMATIK DES STAATSTREICHES

- Albrecht, Erwin: Das Recht der Revolution. Berlin 1934.
- Brichet, Olivier: Étude du Coup d'État en fait et en droit. Thèse. Paris 1935.
- Brinton, Crane: The anatomy of revolution. New York 1957. Deutsch: Die Revolution und ihre Gesetze. Frankfurt/Main 1959.
- Christensen, A. N. (Hrsg.): The evolution of Latin American government. New York 1959.
- Davis, Harold E. (Hrsg.): Government and politics in Latin America. New York 1958.
- Encyclopaedia of the social sciences. New York 1931: „Coup d'État“.
- Fronzizi, Arturo: Petróleo y política. Buenos Aires 1954.
- Geiger, Theodor: Revolution. In: Handwörterbuch der Soziologie. Stuttgart 1931.
- Gény, François: Science et technique en droit privé positif. Paris 1924.
- Grundlagen der marxistischen Philosophie. Berlin 1960.
- Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 9, 1956: „Staatsstreich“.
- Hartmann, Ludo Moritz: Zur Soziologie der Revolution. In: Schriften der deutschen Gesellschaft für Soziologie. Bd. 3. 1923.
- Heiss, Robert: Die Idee der Revolution bei Marx und im Marxismus. In: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie. Bd. 38/1. 1949.
- Lederer, Emil: Einige Gedanken zur Soziologie der Revolutionen. Leipzig 1918.
- Lenin, W. I.: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution. Berlin 1952.
- Was tun? Berlin 1954.
- Lévy-Bruhl, Henri: Introduction à l'étude du droit comparé. Bd. 2. Paris 1938.
- Liet-Veaux, Georges: Théorie juridique des révolutions. Paris 1943.
- Lieuwen, Edwin: Arms and politics in Latin America. New York 1960.

- MacDonald, Augustin F.: Latin American politics and government. 2. Aufl. New York 1954.
- MacIver, Robert Morrison: Regierung im Kräftefeld der Gesellschaft. Frankfurt/Main 1952.
- Malaparte, Curzio: Technique du coup d'État. 2. éd. Paris 1948.
- Marx, Karl: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850. In: Karl Marx u. Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften. Bd. 1. Berlin 1951.
- Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. Berlin 1953.
- Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. In: Marx-Engels: Die Heilige Familie. Berlin 1955.
- Pelloux, Robert: Remarques sur le mot et l'idée de révolution. In: Revue française de science politique. Vol. 2, März 1952.
- Rohatyn, S.: Die juristische Theorie der Revolution. In: Internationale Zeitschrift für Theorie des Rechts. Bd. 4. 1929—1930.
- Sombart, Werner: Der proletarische Sozialismus („Marxismus“). Bd. 1. Jena 1924.
- Staat und Politik. Neubearb. Aufl. Berlin und Hamburg 1959.
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Halbd. 2. Tübingen 1956.

2. STRUKTURELLE GEGEBENHEITEN

- Alba, Víctor: Le mouvement ouvrier en Amérique Latine. Paris 1953.
- Alexander, Robert J.: The Bolivian National Revolution. New Brunswick, N. J. 1958.
- Allemann, Fritz René: Kuba: Bilanz einer Revolution. Teil 3: Erfolge und Grenzen der Agrarreform. In: Die Tat. Nr. 22. Zürich 1961.
- Arciniegas, Germán: Die Waffen und Lateinamerika. In: Die Bewährung der Demokratie im 20. Jahrhundert. Zürich 1961.
- Aron, Raymond: Die politischen Institutionen des Westens in der Welt des 20. Jahrhunderts. In: Die Bewährung der Demokratie. Zürich 1961.
- Behrendt, Richard F.: Kulturzusammenstöße und soziale Spannungen in Latein-Amerika. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. N. F. Jg. 9. H. 2. 1957.
- Wirtschaftliche Entwicklung in Latein-Amerika. Probleme, Ergebnisse u. Aussichten. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Bd. 112. H. 4. 1956.
- Blanksten, George I.: Political Groups in Latin America. In: American Political Science Review. Vol. 53. Nr. 1. 1959.
- Constitution de la République d'Haiti. Port-au-Prince 1957.
- (+) Davis, Harold E. (Hrsg.): Government and politics in Latin America. New York 1958.
- Deutsche Überseeische Bank: Wirtschaftsbericht über die lateinamerikanischen Länder sowie Spanien und Portugal. Berlin und Hamburg. Nov. 1960.
- Beilage zum Wirtschaftsbericht. Nov. 1960 u. Jan. 1961.
- Die Welt Nr. 81. 5. 4. 1962 (Ausgabe B); Nr. 111. 14. 5. 1962 (Ausgabe B).
- Fraenkel, Ernst: Das Verhältnis der zivilen und militärischen Gewalt in USA. In: Schicksalsfragen der Gegenwart. Bd. 3. 1958.
- Das amerikanische Regierungssystem. Köln und Opladen 1960.

- Galíndez, Jesús de: Iberoamérica, su evolución política socioeconómica, cultural e internacional. New York 1954.
- Gil, Federico G.: Responsible parties in Latin America. In: *The Journal of politics*. Vol. 15. 1953.
- Handbuch der Entwicklungshilfe. Baden-Baden und Bonn. Bd. 3. Febr. 1961.
- Hauck, F. W.: Überblick über die Landwirtschaft Lateinamerikas. In: *Berichte über Landwirtschaft*. N. F. Bd. 38. H. 4. 1960.
- Horn, Paul v., and Hubert E. Bice: Latin American trade and economics. New York 1949.
- Inman, Samuel Guy: Latin America, its place in world life. New York 1942.
- Jorrín, Miguel: Governments of Latin America. New York 1953.
- Kennedy, John F.: Botschaft des amerikanischen Präsidenten an den Kongreß vom 14. März 1961. In: *Europa-Archiv*. Folge 8. 1961. D 227; bzw. *New York Times*. Internat. Edition. 15. März 1961.
- Kneschaurek, Francesco: Wachstumsprobleme der lateinamerikanischen Länder im Lichte der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Expansion. In: *Außenwirtschaft. Zeitschr. f. intern. Wirtschaftsbeziehungen*. Jg. 17. H. 1. Mai 1962.
- (+) Liewen, E.: Arms and politics in Latin America. New York 1960.
- Liscano, Juan: Armée et dictature. In: *Esprit*. Bd. 26. Nr. 2. 1958.
- Löwenstein, Karl: Verfassungslehre. Tübingen 1959.
- Martin, M. R., and G. H. Lovett: *Encyclopaedia of Latin American history*. New York 1956.
- Mecham, John Lloyd: *Church and State in Latin America*. Chapel Hill 1934.
- Meynaud, Jean: Les militaires et le pouvoir. In: *Revue française de sociologie*. 2, 2. 1961.
- Mörner, Magnus: Caudillos y militares en la evolución hispanoamericana. In: *Journal of Inter-American Studies*. Vol. 2. Nr. 3. July 1960. (Sonderdruck.)
- Moll, Bruno: Das Problem der Entwicklung der wirtschaftlich schwachen Länder Lateinamerikas. In: *Finanzarchiv*. N. F. Bd. 17. H. 1. 1956/57.
- Muñoz, Luis: *Comentarios a las constituciones políticas de Iberoamérica*. 2 Bde. México 1954.
- Pierson, William W., and Federico G. Gil: *Governments of Latin America*. New York 1957.
- Poblete Troncoso, Moisés, and Ben G. Burnett: *The rise of the Latin American labor movement*. New York 1960.
- Stokes, William S.: *Latin American Politics*. New York 1949.
- Soule, George, David Efron and Norman T. Ness: *Latin America in the future world*. New York 1945.
- Teichert, Pedro C. M.: Analysis of real growth and wealth in the Latin American republics. In: *Journal of Inter-American Studies*. Vol. 1. Nr. 2. 1959.
- The main experiences and policies of the industrial revolution in Latin America. In: *Weltwirtschaftliches Archiv*. Bd. 85. H. 2. 1959.
- United Nations (UN): 1) Department of Economic and Social Affairs: a) *Foreign Capital in Latin America*. New York 1955. b) *Progress in*

- land reform. New York 1954. c) Progress in land reform. Second Report. New York 1956. d) Land Reform: Defects in agrarian structure as obstacles to economic development. New York 1951. 2) Economic Commission for Latin America: a) Economic Survey of Latin America. 1948, 1955, 1957, 1958, 1960. b) Economic Bulletin for Latin America. Vol. 2, Nr. 1. Santiago de Chile 1957. 3) FAO: Production Yearbook. Rom 1960. 4) Monthly Bulletin of statistics. Vol. 14. Feb. 1960. 5) Yearbook of labor statistics. 1960. 6) Demographic Yearbook. 1960. 7) Statistical Yearbook. 1960.
- Urquidí, Víctor L.: Lateinamerika heute — Der Vertrag von Montevideo über die lateinamerikanische Freihandelsassoziation. Baden-Baden und Bonn 1962. (Schriftenreihe zum Handbuch der Entwicklungshilfe. H. 7.)
- Vallenilla Lanz, Laureano: Cesarismo democrático. Caracas 1919.
- Woytinsky, W. S. and E. S.: World population and production. New York 1953.

3. STAATSTREICH ALS MITTEL POLITISCHER ENTWICKLUNG

- Alexander, Robert J.: The Perón Era. New York 1951.
- (+) The Bolivian national revolution. New Brunswick, N. J. 1958.
- Alleman, Fritz René: Der Staatsstreich als Regulativ. In: Der Monat. Jg. 12. H. 142. Juli 1960.
- Arnade, Charles W.: Bolivia's social revolution 1952—1959. A discussion of sources. In: Journal of Interamerican Studies. Juli 1959.
- Arnade, Kurt Conrad: The technique of the coup d'Etat in Latin America. In: (+) A. N. Christensen: The evolution of Latin American government. New York 1951.
- (+) Aron, Raymond: Die politischen Institutionen des Westens in der Welt des 20. Jahrhunderts. In: Die Bewährung der Demokratie im 20. Jahrhundert. Zürich 1961.
- Artaza, Policarpo: Ayala, Estigarribia y el partido liberal. 2. Aufl. Buenos Aires 1946.
- Barcelli S., Agustín: Medio siglo de luchas sindicales revolucionarias en Bolivia. La Paz 1956.
- Bundesstelle für Außenhandelsinformation: Südamerikanische Entwicklungsgebiete: Bolivien, Ecuador, Paraguay, Peru. 1959.
- Céspedes, Augusto: El dictador suicida. Santiago de Chile 1956.
- Colmo, Alfredo: La Revolución en la América Latina. Buenos Aires 1933.
- (+) Davis, Harold E.: Government and politics in Latin America. New York 1958.
- Deutsch-Südamerikanische Bank Hamburg: Wirtschaftsbericht 32: Argentinien. Dez. 1953. Wirtschaftsbericht 57: Bolivien. Dez. 1960.
- Díaz Machicao, Porfirio: Historia de Bolivia 1936—1940. La Paz 1957.
- Diez Periodistas Porteños: Al margen de la conspiración. 2. Aufl. Buenos Aires o. J.
- Doctrina Peronista. Hrsg.: Subsecretaría de Informaciones de la Presidencia de la Nación. Buenos Aires 1951.

- Dozer, Donald Marquand: Are we good neighbors? Three decades of Inter-American relations 1930—1960. Gainesville 1959.
- Duverger, Maurice: Droit constitutionnel et institutions politiques. 2. éd. Paris 1956.
- De la dictature. Paris 1951.
- Eguino Zaballa, Félix: Sinopsis de historia de Bolivia. La Paz 1954.
- Fellmann Velarde, José: Víctor Paz Estenssoro: el hombre y la revolución. La Paz 1954.
- Fitzgibbon, Russel H.: How democratic is Latin America? In: Inter-American Economic Affairs. Vol. 9. Nr. 4. 1956.
- (+) Frondizi, Arturo: Petróleo y política. Buenos Aires 1954.
- Frondizi, Silvio: La realidad argentina. Ensayo de interpretación sociológica. 2. Aufl. Bd. 1. Buenos Aires 1957.
- Galíndez, Jesús de: Revolución socio-económica en Ibero-America. In: Cuadernos Americanos. México, D. F. Jg. 13. Nr. 2. 1954.
- Guevara Arze, Walter: Plan de política económica de la revolución nacional. La Paz 1955.
- Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 1. Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1956: „Außenhandelsmonopole“.
- Hasbrouck, Alfred: The Argentine Revolution of 1930. In: Hispanic American Historical Review. Bd. 18. Nr. 3. 1938.
- Hinrichs, Carl-Theodor: Die Landwirtschaft und Tierzucht Boliviens. (Als Manuskript gedruckt.) Köln und Opladen 1959. (Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen. Nr. 813.)
- Inter-American Affairs. 1943. Hrsg.: Arthur P. Whitaker. New York 1944.
- Laqueur, Walter: Militärdiktatur u. Demokratie. In: Der Monat. H. 145. 1960.
- Löwenstein, Karl: Der Staatspräsident. In: Archiv des öffentlichen Rechts. N. F. Bd. 75. 1949.
- (+) Verfassungslehre. Tübingen 1959.
- Löwenthal, Richard: Militärdiktatur und Demokratie. In: Der Monat. H. 145. 1960.
- Zur Rolle der Staatsmacht in den Entwicklungsländern. In: Bericht der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer. Dok. 37/61 A.
- Lütolf, Franz: Die argentinische Wirtschaftspolitik seit dem Zweiten Weltkrieg. Zürich und St. Gallen 1957.
- Mecham, J. Lloyd: Latin American constitutions: nominal and real. In: The Journal of politics. Vol. 21. 1959.
- Orfila Reynal, Arnaldo: Breve historia y examen del Peronismo. In: Cuadernos Americanos. México, D. F. Jg. 14. Nr. 6. 1955.
- Pathology of democracy in Latin America: A symposium. In: American Political Science Review. Vol. 49. Nr. 1. März 1950.
- Paz Estenssoro, Víctor: Discursos parlamentarios. La Paz 1955.
- Discursos y mensajes. [Buenos Aires:] Ediciones Meridiano 1953.
- Pendle, George: Die Ära Perón. In: Europa-Archiv, 20. März — 5. April 1956.
- Perón, Juan D.: Situación política y social anterior a la revolución de 1943.
- Mensaje del Presidente de la Nación argentina General Juan Perón al inaugurar el 88. período ordinario de sesiones del Honorable Congreso Nacional. Conceptos doctrinarios. Buenos Aires, 1. Mai 1954.

2. Plan Quinquenal. Hrsg.: Presidencia de la Nación, Subsecretaría de Informaciones. Buenos Aires 1953.
- Puiggrós, Rodolfo: Historia crítica de los partidos políticos argentinos. Buenos Aires 1956.
- Raine, Philip: Paraguay. New Brunswick, N. J. 1956.
- Ramos, José Abelardo: Revolución y contra-revolución en Argentina. Buenos Aires 1957.
- Reforma agraria en Bolivia. In: Revista jurídica. Cochabamba. Jg. 17, 60—66. 1953.
- Reiche, Ekkehart: Außenhandelsverflechtung und Industrialisierung Argentinens. Kiel 1953.
- Rennie, Ysabel R.: The Argentine Republic. New York 1945.
- Rojo, Ricardo: La realidad peronista. In: Humanismo. Revista mensual de cultura. México, D.F. Nr. 33—34. 1955.
- Santos, Eduardo: Latin American Realities. In: Foreign Affairs. N. 2. 1956.
- Schuck, Walter P.: Argentinien, wirtschaftliche Struktur und Entwicklung. Frankfurt/Main [1951]. (Schriftenreihe der Gesellschaft zur Förderung des deutsch-amerikanischen Handels m. b. H.)
- Scorza, Manuel: La Independencia económica de Bolivia. In: Cuadernos Americanos. México, D. F. Jg. 12. Nr. 6. 1953.
- Silva Herzog, Jesús: Comunismo o democracia social? In: Cuadernos Americanos. México, D. F. Jg. 19. Nr. 1. 1960.
- Silvert, K.-H.: Cambios políticos en Latinoamérica. In: Cuadernos. Revista bimestral. Paris. Nr. 43. 1960.
- Síntesis estadística mensual de la República Argentina. Buenos Aires 1949, 1952, 1953.
- Stokes, William S.: Parliamentary Government in Latin America. In: American Political Science Review. Nr. 3. Vol. 39. 1945.
- Trigo, Ciro Félix: Las Constituciones de Bolivia. Madrid 1958.
- United Nations (UN): 1) Dept. of Econ. Affairs: Economic Development in selected countries. New York 1947. (+) 2) Foreign Capital in Latin America. New York 1955. 3) Economic Survey of Latin America. 1953 u. 1959. (+) 4) Economic Bulletin for Latin America. Vol. 2. Nr. 2. Santiago de Chile 1957.
- Warren, Harris Gaylord: Political aspects of the Paraguayan revolution 1936—1940. In: Hispanic American Historical Review. Bd. 30. Nr. 1. 1950.
- Weber, Max: Soziologie, Weltgeschichtliche Analysen, Politik. Hrsg. v. J. Winkler. Stuttgart 1956.
- Weil, Felix J.: Argentine Riddle. New York 1944.
- White, John W.: Argentina. The life history of a nation. New York 1942.

TABELLENVERZEICHNIS

Tab. 1 :	Entwicklung der landwirtschaftlichen Bevölkerung Lateinamerikas von 1930 bis 1960	28
Tab. 2 :	Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung nach Ländern für 1960	28
Tab. 3 :	Abhängigkeit des Exports von der Ausfuhr eines einzigen Produktes oder Rohstoffes (Durchschnitt 1957 bis 1960)	29
Tab. 4 :	Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	30
Tab. 5 :	Verteilung des Landbesitzes in Brasilien 1940	32
Tab. 6 :	Verteilung des Landbesitzes in Chile	33
Tab. 7 :	Ecuador: Verteilung des Landbesitzes in der Provinz Pichincha	33
Tab. 8 :	Verteilung des Landbesitzes in Mexiko 1940	39
Tab. 8 a:	Indizes der industriellen Produktion Lateinamerikas 1951—1955	46
Tab. 9 :	Lateinamerikanische Industrieproduktion 1956—1957	47
Tab. 10 :	Indexziffern der Lebenshaltungskosten und jährlichen Durchschnittsrate der Inflation 1953—1959	52
Tab. 11 :	Britische Investitionen in Lateinamerika 1913, 1930, 1938, 1951	55
Tab. 12 :	Direkte US-Investitionen in Lateinamerika 1929, 1936, 1943, 1950, 1952	56
Tab. 13 :	Anleihen der US-Export-Import Bank an Lateinamerika 1950—1957	57
Tab. 14 :	US-Investitionen in Lateinamerika nach Industrien 1954—1957	57
Tab. 15 :	Anleihen der Weltbank an Lateinamerika 1950—1958 ..	62
Tab. 16 :	Außenhandel Argentiniens 1948—1952	120
Tab. 17 :	Entwicklung der Industrieproduktion Argentiniens 1945 bis 1952	122
Tab. 18 :	Präsidentenwahlen vom 6. Mai 1951 in Bolivien	146
Tab. 19 :	Wahlergebnisse vom 5. Januar 1947 und 17. Juli 1956 (Bolivien)	150
Tab. 20 :	Zusammensetzung des Exports in Bolivien — 1925—29; 1930—40; 1941—45; 1946—49; 1950—52; 1953—55; 1956	152

ANMERKUNGEN

EINLEITUNG

- ¹ u. a. F. Génys: *Science et technique en droit privé positif*. Paris 1924. S. 135. — S. Rohatyn: *Die juristische Theorie der Revolution*. In: *Internationale Zeitschrift für Theorie des Rechts*. Bd. 4, 1929—1930. S. 193—194 ff. — E. Albrecht: *Das Recht der Revolution*. Berlin 1934. S. 5 ff.
- ² Werner Sombart: *Der proletarische Sozialismus („Marxismus“)*. Jena 1924. Bd. 1, S. 160 ff.
- ³ Theodor Geiger: *Revolution*. In: *Handwörterbuch der Soziologie*. Hrsg. von Alfred Vierkandt. Stuttgart 1931. S. 511—518.
- ⁴ Ludo Moritz Hartmann: *Zur Soziologie der Revolution*. In: *Schriften der deutschen Gesellschaft für Soziologie*. Bd. 3. 1923. S. 25.
- ⁵ Rohatyn, a. a. O. S. 203.
- ⁶ Henri Lévy-Bruhl: *Introduction à l'étude du droit comparé*. Paris 1938. Vol. 2. S. 250 ff.
- ⁷ Sombart, a. a. O. Bd. 2. S. 257.
- ⁸ Eine hiervon abweichende Meinung scheint die Behauptung von Robert Heiss zu sein, die (Marxsche) Theorie der Revolution sei in dem Aufsatz „Zur Kritik der Hegelschen Philosophie“ völlig fertig und erscheine nun in der bekannten und schlagenden Stelle: „Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift“. Nach Heiss könnte die Theorie der Revolution nicht kürzer und präziser ausgedrückt werden. Vgl. Heiss: *Die Idee der Revolution bei Marx und im Marxismus*. In: *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie*. Bd. 38. München 1949—50. S. 9 ff.
Die von Heiss zitierte Stelle erhellt offenbar eher den Zusammenhang zwischen revolutionärer Idee und Massen. Sie bestätigt, daß die Massenbeteiligung unerlässlich ist, damit die revolutionäre Idee Gewalt gewinne. Dies ist aber nur ein Element der Theorie der Revolution (siehe Merkmale der Revolution, S. 13 ff.) — und selbst bei Marx werden mehrere Gesichtspunkte in Betracht gezogen (siehe folgende Ausführungen). Man kann daher die von Heiss herausgestellten Sätze nicht als die eigentliche Marxsche Revolutionstheorie ansehen.
- ⁹ K. Marx: *Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850*. In: K. Marx und F. Engels: *Ausgewählte Schriften*. Berlin: Dietz-Verlag 1951. Bd. 1. S. 198.
- ¹⁰ Eine solche Betrachtungsweise findet sich z. B. in: K. Marx: *Der acht-*

zehnte Brumaire des Louis Bonaparte. Berlin: Dietz-Verlag 1953. S. 14 f.

¹¹ W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in zwei Bänden. Moskau 1946. Bd. 1. S. 541. Zit. in: W. I. Lenin: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution. Berlin: Dietz-Verlag 1952. S. 19.

¹² Für diese Schlußfolgerungen vgl.: Grundlagen der marxistischen Philosophie. Berlin: Dietz-Verlag 1960. S. 551 und insbesondere S. 558 f.

¹³ Artikel „Revolution“. In: Staat und Politik. Hrsg. v. E. Fraenkel u. K.-D. Bracher. 2. Neubearb. Aufl. Frankfurt/Main und Hamburg 1959. S. 264.

¹⁴ Geiger, a. a. O. S. 512.

¹⁵ R. M. MacIver: Regierung im Kräftefeld der Gesellschaft. Frankfurt/Main 1952. S. 257.

¹⁶ Grundlagen der marxistischen Philosophie. S. 554.

¹⁷ K. Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. In: Marx-Engels: Die Heilige Familie. Berlin: Dietz-Verlag 1955. S. 20.

¹⁸ E. Lederer: Einige Gedanken zur Soziologie der Revolutionen. Leipzig 1918. S. 24 ff.

¹⁹ R. Pelloux: Remarques sur le mot et l'idée de Révolution. In: Revue française de science politique. Vol. 2, Nr. 1. Jan.-März 1952. S. 42—55.

²⁰ W. I. Lenin: Was tun? Berlin: Dietz-Verlag 1954. S. 59.

²¹ Lederer, a. a. O. S. 11 ff.

²² So z. B. durch die Phasentheorie von Crane Brinton, die etwa folgendermaßen lautet: Die Revolution beginnt mit einer Periode sozialer Unruhen. In der 2. Phase setzt der sog. „Abfall der Intellektuellen“ ein, welche die bestehende Ordnung anprangern. Dies führt in der 3. Phase zur Entstehung des „sozialen Mythos“, praktisch zur Ideologie der Revolution. Die 4. Phase ist durch das Unvermögen der Ordnungskräfte gekennzeichnet, die bestehende Ordnung zu verteidigen, was „den Aufstieg der Gemäßigten“ in der 5. Phase begünstigt. Diese versagen bald und werden in der 6. Phase mittels eines Staatsstreiches durch die „Extremisten“ ersetzt. Die Revolution tritt zugleich in ihre 7. Phase: es ist die Herrschaft des Terrors oder der revolutionären Diktatur. Die letzte Phase, der sog. „Thermidor“, sieht die Ablösung der „Extremisten“ durch neue „Gemäßigte“. Das Ergebnis ist eine neuartige Synthese aus Revolution und Konterrevolution. Vgl. Crane Brinton: The anatomy of revolution. New York 1957. S. 70 ff. Deutsch: Die Revolution und ihre Gesetze, Frankfurt/Main 1959.

Die Allgemeingültigkeit dieses Schemas ist an Hand historischer Beispiele in Frage gestellt worden. So u. a. in „Staat und Politik“ (a. a. O. S. 266): „... Diesem Schema entsprechen etwa die erste (puritanische) Revolution in England, die französischen Revolutionen von 1789 und 1848 und die spanische Revolution von 1931. Demgegenüber weisen die deutsche Revolution von 1918 und die russische Revolution von 1917 nicht unerhebliche Abweichungen auf. In Deutschland liegt die radikale Phase bereits zu Beginn der Revolution... Die Abweichung der russischen Revolution liegt in entgegengesetzter Richtung. Dem Sieg der radikalen Kräfte im Oktober folgte nicht einfach die Militärdiktatur und die Restauration. Die Herrschaft der Bolschewiki vor

allem unter Stalin bietet vielmehr das welthistorisch einmalige Beispiel einer permanenten ‚Revolution von oben‘, die zugleich Aspekte einer permanenten Gegenrevolution annimmt“.

Grundsätzlich läßt sich mit Mac Iver feststellen: „... Jede (Revolution) geht ihren eigenen, besonderen Weg. Jede entsteht aufgrund besonderer Umstände. Die Art und Weise des Ausbruchs hängt von diesen Umständen ab. Sie wird berührt durch alle möglichen Gegebenheiten: durch die gerade herrschenden Machttechniken, durch den Charakter der Streitkräfte, das Nachrichtenwesen, die Entwicklung der Propagandastellen, das Ausmaß der Urbanisierung und Industrialisierung, und so fort. Die Strategie der Revolution ist in jedem Fall anders“. (Mac Iver a. a. O. S. 261.)

²³ In: Staat und Politik, a. a. O. S. 267.

²⁴ „Staatsstreich“. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Bd. 9. 1956.

²⁵ Ebenda S. 762—763.

²⁶ Zwar bleibt in jedem Falle (sowohl bei dem napoleonischen als auch bei den Staatsstreichen des 20. Jahrhunderts) die Rolle der starken Persönlichkeit, deren jeder Staatsstreich bedarf, ausschlaggebend. Aber, während der 18. Brumaire und der 2. Dezember 1851 vorwiegend auf innerpolitische Umstände zurückzuführen sind (beide liegen z. B. jeweils in der Linie der Revolutionen von 1789 und 1848), nimmt die zweite Kategorie der hier erwähnten Staatsstreiche einen ausgesprochen ideologiegeprägten Experiment-Charakter an, der von bestimmten politischen Gruppen gefördert wird, deren Entstehungsbedingungen der 1. Weltkrieg geschaffen oder besonders begünstigt hat (Faschismus, Nationalismus). Während das Diktaturexperiment des Generals Primo de Rivera (1923—1930) mit einem Fehlschlag endet und Pilsudski in Polen die Macht von Mai 1926 bis zu seinem Tode 1935 behauptet — ohne jedoch die großen inneren Probleme des Landes, die Nationalitäten- und die Agrarfrage, gelöst zu haben —, hat sich Mussolini in Gestalt seines „Stato corporativo“ bis zu seinem Sturz am 25. Juli 1943 durchsetzen können.

²⁷ Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, a. a. O. Eine wesensmäßig gleiche, inhaltsmäßig jedoch umfassendere und genauere Definition ist die von Olivier Brichet: „Le Coup d'État est un acte d'autorité consistant dans une atteinte réfléchie, illégale et brusque, aux règles d'organisation, de fonctionnement ou de compétence des autorités constituées, atteinte dirigée, selon un plan préconçu et pour des raisons diverses, par un homme ou par un groupe d'hommes réunis en un parti ou un corps; dans le but soit de s'emparer du pouvoir, soit d'y défendre ou d'y renforcer sa position, soit d'entraîner une simple modification de l'orientation politique du pays“. (O. Brichet: Étude du Coup d'État en fait et en droit. Thèse. Paris 1935. S. 3 ff.)

²⁸ Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen 1956. 2. Halbband. S. 579.

²⁹ R. Carré de Malberg: Contribution à la théorie générale de l'État. Paris 1922. Tome 2. S. 495—96.

F. Génys, a. a. O. S. 135.

³⁰ Davon ausgehend ließe sich zwischen dem „militärischen“, dem „zi-

vilen“ und dem „gemischten“ Staatsstreich unterscheiden. In der Regel ist die 1. Kategorie — vor allem für das hier in Betracht kommende Gebiet — anzutreffen, während die 2. Kategorie eine Seltenheit darstellt. Bei dem „gemischten“ Staatsstreich kann die „zivile“ Beteiligung in der Unterstützung des Militärs durch politische Gruppen zum Ausdruck kommen. (Ein gutes Beispiel dafür war der Staatsstreich vom 20. Dezember 1943 in Bolivien. Siehe Kap. über Bolivien.) Die Grenze zwischen „militärischem“ und „gemischtem“ Staatsstreich kann durchaus unbestimmt sein, da selbst bei einem reinen militärischen Staatsstreich das Militär sich oft der mehr oder weniger offenen Unterstützung politischer Kreise erfreut.

³¹ O. Brichet, a. a. O. S. 74. — Es muß aber gleich hinzugefügt werden, daß die neuen Machthaber nach einem gelungenen Staatsstreich ihre nachträgliche Legitimierung oft durch Plebiszit bzw. plebiszitäre Wahlen zu erreichen pflegen.

³² Über diese schlagartige Durchführung des Staatsstreiches herrscht in der Literatur Einigkeit. So z. B.: Staat und Politik: Art. „Staatsstreich“, S. 291. Ferner O. Brichet (a. a. O. S. 8 ff.): „... Le Coup d'État ... c'est un coup qui frappe“. Oder: „... A Coup d'État is most invariably sudden in appearance; after long secret preparation it is sprung in the unsuspecting, carried through ruthlessly by propension of courts by martial law“: Art. „Coup d'État“ in: *Encyclopaedia of the Social Sciences*. New York 1931. S. 508—511.

³³ So war z. B. Curzio Malaparte (*Der Staatsstreich*, Leipzig/Wien 1932, S. 244) bestrebt zu zeigen, daß „die Fragen der Eroberung und Verteidigung des Staates keine politischen, sondern technische Fragen sind, daß die Kunst, den Staat zu verteidigen, von denselben Grundsätzen geleitet wird wie die Kunst, ihn zu erobern, daß die einem Staatsstreich günstigen Umstände nicht notwendigerweise politische und soziale sind und nicht von der allgemeinen Lage des Landes abhängen“.

Abgesehen von der ungebührlich einseitigen Form dieser Behauptung, wird sie durch die Tatsache widerlegt, daß z. B. langjährige Diktaturen, die doch den Staatsapparat bis zum letzten Winkel beherrschen, auch zu Fall gebracht werden können, wenn eine günstige politische Konstellation den Anstoß dazu gibt (z. B. Perón in Argentinien im September 1955).

³⁴ G. Liet-Veaux: *Théorie juridique des révolutions*. Paris 1943. S. 75 ff.

³⁵ Staat und Politik. S. 291.

³⁶ Hierfür eine treffende Formulierung bei Mac Iver (a. a. O. S. 256): „... Das Orchester wird ausgetauscht, aber die Musik bleibt die gleiche“.

³⁷ u. a. A. N. Christensen (Hrsg.): *The evolution of Latin American government*. New York 1951. S. 313 ff. — Harold E. Davis (Hrsg.): *Government and politics in Latin America*. New York 1958. S. 141 ff.

³⁸ Arturo Frondizi (nicht zu verwechseln mit seinem Bruder Silvio, der auch später — siehe Kap. über Argentinien — zitiert wird): *Petróleo y política*. Buenos Aires 1954. S. 259 ff.

“Ni ese ni otros acontecimientos similares de nuestra historia son ‚revoluciones‘, en el sentido sociológico de la expresión. Como dijo

Echeverría no entendemos por revolución, las asonadas ni turbulencias de la guerra civil: sino el desquicio completo de un orden social antiguo, o el cambio absoluto, tanto en el régimen interior como exterior de una sociedad“.

³⁹ Echeverría ist ein Vorläufer des argentinischen Sozialismus.

⁴⁰ Der Caudillo entspricht, möchte man sagen, exakt dem charismatischen Führer Max Webers. Folgende Beschreibung des Caudillo scheint diese Feststellung zu bestätigen: „...He (the Caudillo) was necessarily a man possessing superior energy, courage and self-confidence, and for this reason inspired a certain awe and respect in his followers. He believed in his inherent right and destiny to govern; he was a man with a mission“. (E. Lieuwen: *Arms and Politics in Latin America*. New York 1960. S. 23.)

Wenn noch heutzutage mancher lateinamerikanische Diktator oder „starke“ Mann dem Gehaben nach wie ein Caudillo anmutet, so unterscheiden sich die Verhältnisse zu sehr von denen im 19. Jahrhundert, als daß man diesen Einzelercheinungen allzu große Beachtung schenken müßte. Außerdem genießt ohnehin der lateinamerikanische Staatspräsident traditionsmäßig ein so großes Ansehen und erfreut sich verfassungsmäßig so umfassender Machtbefugnisse, daß es eher wundernehmen müßte, wenn er sich nicht entsprechend benähme.

⁴¹ Augustin F. Macdonald: *Latin American Politics and Government*. 2. ed. New York 1954. S. 11 ff.

⁴² Es wird allerdings im Laufe der weiteren Ausführungen nicht möglich sein, auf die Ausdrücke „Lateinamerika“ oder „Latein-“ bzw. „Südamerika“ zu verzichten, da viele Probleme das ganze Gebiet betreffen. Für die spezifische Fragestellung der Untersuchung bleibt es bei „Südamerika“. (Im übrigen werden auch in verschiedenen Veröffentlichungen der UN diese Bezeichnungen gelegentlich verwendet, so z. B. in „Demographic Yearbook“, „Statistical Yearbook“.)

KAPITEL I

⁴³ Nach W. S. und E. S. Woytinsky: *World population and production*. New York 1953. S. 392.

⁴⁴ Allein die landwirtschaftliche Bevölkerung betrug 1950 49 % der Gesamtbevölkerung. UN: *FAO: Production Yearbook*. Rom 1960.

⁴⁵ Manche oberflächliche Betrachtung übersieht diesen Zusammenhang und spricht von Venezuela als einem der reichsten und „entwickeltesten“ Länder Lateinamerikas. So z. B. folgende Studie: „40 000 Americans enjoy oil-wealthy Venezuela“, in: *The State Journal*. Lansing, Michigan, July 24, 1957. Zit. nach Pedro C. M. Teichert: *Analysis of real growth and wealth in the Latin American republics*. In: *Journal of Inter-American Studies*. Vol. 1, Nr. 2, Apr. 1959. S. 179.

An derselben Stelle bemerkt Teichert: „Simply because such a relatively large number as 40 000 Americans enjoy the prosperity of oil wealthy Venezuela“, does not necessarily lead to the conclusion that in a nation where a cheap shirt costs \$ 10 in U. S. currency, a head of lettuce \$ 1, and a simple breakfast \$ 4,50, the majority of the

Venezuelan people are very happy and wealthy. Most of them are living outside of Caracas and the Maracaibo areas, and are not connected with the oil industry“.

⁴⁶ Richard F. Behrendt: Kulturzusammenstöße und soziale Spannungen in Latein-Amerika. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. N. F. Jg. 9. H. 2. 1957. S. 233.

⁴⁷ Dem Autor wird — wenn nicht anders vermerkt — für den historischen Überblick im wesentlichen nach seinem Artikel gefolgt: Wirtschaftliche Entwicklung in Latein-Amerika, Probleme, Ergebnisse und Aussichten. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Bd. 112. H. 4. 1956. S. 578 ff.

⁴⁸ Das Beispiel der United Fruit Company ist in dieser Hinsicht hinreichend bekannt. Die Lateinamerikaner haben diese Zustände in allen Formen, oft in faktischer und analytischer Grundlagen entbehrenden Kritiken angeprangert und bekämpft. Vgl. Behrendt, a. a. O.

⁴⁹ Vgl. United Nations, Department of Economic and Social Affairs: Foreign Capital in Latin America. New York 1955. S. 154.

⁵⁰ United Nations, a. a. O. S. 156.

⁵¹ Einige Anleihen haben dazu gedient, Denkmäler, Prunkstraßen, Theater und dgl. mehr zu bauen, meist um die „Regierungspartei“ an der Macht zu erhalten. In einigen Fällen wurden sie dazu verwendet, das ständige Loch im Staatshaushalt zu stopfen, also zur Bestreitung des laufenden Defizits. Gewährt worden waren die Anleihen nach 1945 zu dem Zweck, alte Schulden zu tilgen, die Schwierigkeiten der Zahlungsbilanz zu beseitigen — so z. B. in Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Chile — und in zunehmendem Maße Entwicklungsprojekte zu finanzieren.

⁵² Nach Berechnungen der UN (UN, a. a. O. S. 8) hätte Lateinamerika, um seinen Auslandsschuldverpflichtungen in den Jahren 1934—38 nachkommen zu können, das Volumen seiner Einfuhren um mindestens 60 % im Vergleich zu seinem Einfuhrvolumen in der Periode 1925—29 reduzieren müssen. Es wählte bekanntlich den Weg der Zahlungseinstellungen. Ende 1935 war der Schuldendienst für 84,5 % der gesamten festverzinslichen Schuld Lateinamerikas eingestellt worden — im Vergleich zu 51,5 % in Europa, 3 % in Kanada und 0,9 % in Asien. (United Nations, a. a. O. S. 157.)

⁵³ Francesco Kneschaurek: Wachstumsprobleme der lateinamerikanischen Länder im Lichte der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Expansion. In: Außenwirtschaft. Zeitschrift für internat. Wirtschaftsbeziehungen. Jg. 17. H. 1, Mai 1962. S. 51.

⁵⁴ Vgl. United Nations, Economic Survey of Latin America (im folgenden als ESLA zitiert). New York 1948. S. 86—87.

⁵⁵ Kneschaurek, a. a. O. S. 58.

⁵⁶ UN: Land Reform: Defects in agrarian structure as obstacles to economic development. New York 1951. S. 48—49.

⁵⁷ Die Tab. 5, 6, 7 sind der UN-Untersuchung entnommen: Progress in land reform. New York 1954. S. 41 ff.

⁵⁸ UN, a. a. O. S. 42.

⁵⁹ Nach George Soule, David Efron u. Norman T. Ness: Latin America in the Future World. New York 1945. S. 70.

- ⁶⁰ Ebenda S. 90.
- ⁶¹ Ebenda S. 91. Dieser Bericht und der zuletzt erwähnte konnten im Original nicht eingesehen werden.
- ⁶² Die allgemeine Tendenz in Lateinamerika läuft darauf hinaus, den Landarbeiter auch in die allgemeine Arbeitsgesetzgebung einzubeziehen, so daß er in den Genuß solcher Bestimmungen über Arbeitsstunden, Lohnminimum, bezahlten Urlaub usw., grundsätzlich kommen dürfte. Aber, wie es z. B. für die Sozialversicherungssysteme der Fall ist: es sind oft, nach einer Formulierung von R. F. Behrendt, „Schaufensterlösungen“ (Behrendt: Wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas, a. a. O. S. 587). Sie bestehen häufig nur auf dem Papier, nicht in der Wirklichkeit.
- Dessenungeachtet kann als Beispiel für die verbesserten Arbeitsbedingungen der Landarbeiter angeführt werden, daß sie in Peru in ein Zwangsversicherungssystem einbezogen werden und in Chile nach dem parlamentarischen Erlaß vom 23. Juli 1953 zur Sozialversicherung beitragen müssen. (Nach einem zweiten UN-Bericht über die Landreform: UN: Progress in land reform. Second Report. New York 1956. S. 58. — Hauptsächlich der 1. Bericht wird hier verwendet; wenn nicht, wird entsprechend vermerkt.)
- ⁶³ R. F. Behrendt: Wirtschaftliche Entwicklung in Latein-Amerika, a. a. O. S. 585.
- ⁶⁴ UN: Progress in land reform. S. 38.
- ⁶⁵ Nach dem UN-Bericht ist sie sogar unter den erfaßten Ländern nicht nur Lateinamerikas, sondern auch Europas, Asiens und Afrikas die bisher umfassendste in ihren Maßnahmen zur Landredistribution: „The land reform in Mexico is the largest in scope of any of the completed measures of land redistribution reviewed in this report. Although reforms in India are larger in scope, they are not complete“. Ebenda, S. 81.
- ⁶⁶ F. R. Allemann in seinem Bericht über die kubanische Revolution: Kuba: Bilanz einer Revolution. Teil 3: Erfolge und Grenzen der Agrarreform. In: Die Tat. Zürich Nr. 22. 23. 1. 1961.
- ⁶⁷ Für diese Angaben vgl.: F. W. Hauck: Überblick über die Landwirtschaft Lateinamerikas. In: Berichte über Landwirtschaft, Zeitschr. f. Agrarpolitik u. Landwirtschaft. N. F. Bd. 38. H. 4. 1960. S. 792 (hrsg. v. Bundesministerium f. Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten).
- ⁶⁸ Deutsche Überseeische Bank: Wirtschaftsbericht über die lateinamerikanischen Länder sowie Spanien und Portugal. Berlin und Hamburg. Nov. 1960. S. 25.
- ⁶⁹ Diese Abwartestellung wird sogar durch jüngste Vorgänge im Entwicklungsprozeß der Revolution selbst gerechtfertigt. Z. B. hat einer Nachrichtenmeldung aus Washington vom 13. Mai 1962 zufolge „der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro in Matanzas versichert, seine Regierung wolle mittelgroße Farmen reprivatilisieren“ (!) Es heißt weiter: „Castro erklärte, er fürchte sich nicht, einen Schritt rückwärts in unserer sozialistischen Revolution zu machen. Der Schritt diene ‚der Wiederherstellung der Beruhigung der bäuerischen Bevölkerung‘. Es wird angenommen, daß Castro mit dieser Maßnahme versuchen will, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern“. Vgl. „Die Welt“.

14. 5. 1962, Ausgabe B, Nr. 111; ferner die Nr. 81 vom 5. 4. 1962 über „Machtkämpfe zwischen Fidelisten u. Kommunisten“.

⁷⁰ Nach Hauck, a. a. O. S. 65 ff.

⁷¹ Für die folgenden Angaben vgl. UN, a. a. O. S. 81 ff.

⁷² UN, a. a. O. S. 82.

⁷³ Behrendt: Wirtschaftliche Entwicklung in Latein-Amerika, a. a. O. S. 586.

⁷⁴ Hauck, a. a. O. S. 792.

⁷⁵ Behrendt, a. a. O. S. 586.

Eine andere Problematik, die erwähnt zu werden verdient, ist die der Verbürgerlichung der neuen Landbesitzer, da die Ejidos, wenn sie auch der Gesamtzahl nach erheblich gestiegen sind, allmählich ihren Gemeinschaftscharakter verlieren. Auf diese Folge der Agrarreform weist z. B. V. Alba hin: „... En quarante ans, la révolution a donc abouti à la formation d'une nouvelle bourgeoisie, tendant au grand capitalisme agraire et industriel, à la consolidation d'une masse de petits propriétaires agricoles et l'aristocratisation de la classe ouvrière qui est devenue une minorité relativement privilégiée, si l'on tient compte de la misère qui subsiste chez les peones de la campagne et chez les artisans des villes qui forment encore la majeure partie de la population“. Victor Alba: Le mouvement ouvrier en Amérique Latine. Paris 1953. S. 130.

⁷⁶ Hauck, a. a. O. S. 793.

⁷⁷ Ebenda.

⁷⁸ Ders. S. 792.

⁷⁹ Ders. S. 793.

Der fast unverbundliche Charakter dieser in allgemeiner Form gehaltenen Bestimmungen ist offenkundig. Hauck meint daher mit Recht, die venezolanische Agrarreform verspreche weitaus (!) weniger drastisch zu werden als die kubanische.

⁸⁰ UN-Bericht (1954), S. 193. — Dessenungeachtet sind jedoch bescheidene Fortschritte erzielt worden, so z. B. im Norden des Landes, in St. Raphael, einer gut bewässerten Gegend, in der etwa 50 Farmbesitzer einem Zusammenschluß ihres Landbesitzes in Form einer Kooperative zustimmten, um eine Verbesserung des Reisanbaues und überhaupt des nutzbaren Bodens herbeiführen zu können (nach dem 2. UN-Bericht von 1956, S. 72).

⁸¹ UN-Bericht von 1954, S. 193.

⁸² Ebenda, S. 43.

Eine ähnliche Haltung ist auch nach dem genannten UN-Bericht in anderen Ländern außerhalb Lateinamerikas festzustellen. Indien z. B. weist auf die von den Latifundisten vorgebrachten verfassungsmäßigen und legalistischen Einwände gegen die ihre Landbesitzrechte abschaffende Gesetzgebung hin. Die Regierung Pakistans bemerkt ihrerseits: „Vested interests are, of course, opposed to any attempt for adjusting the maldistribution of lands“ (UN S. 292). — Eine anders gelagerte Situation ist der Sozialkonservatismus der Landbevölkerung. Auf Haiti z. B. klammert sich die Bauernbevölkerung als Folge der extremen Parzellierung so hartnäckig an diese von Staatsintervention freie Landverteilung, daß ihre Reaktion auf eine Reform ge-

waltsam sein könnte und eher zu negativen Resultaten als zu der vorgesehenen Verbesserung führen würde.

⁸³ Kneschaurek, a. a. O. S. 70 ff.

⁸⁴ Nach Soule, a. a. O. S. 70 ff.

⁸⁵ Bruno Moll: Das Problem der Entwicklung der wirtschaftlich schwachen Länder Lateinamerikas. In: Finanzarchiv N.F. Bd. 17. H. 1. 1956/57. S. 101.

⁸⁶ Nach Hauck, a. a. O. S. 789.

⁸⁷ Deutsche Überseeische Bank: Beilage zum Wirtschaftsbericht vom November 1960.

⁸⁸ Kneschaurek, a. a. O. S. 52.

⁸⁹ Ders. S. 55.

⁹⁰ Behrendt: Wirtschaftliche Entwicklung in Latein-Amerika, a. a. O. S. 584.

⁹¹ Behrendt: Kulturzusammenstöße ... a. a. O. S. 251.

⁹² Kneschaurek, a. a. O. S. 62.

⁹³ Teichert: The main experiences and policies of the industrial revolution in Latin America. In: Weltwirtschaftliches Archiv. Bd. 85. H. 2. 1960. S. 291.

⁹⁴ Ders. a. a. O. S. 289.

⁹⁵ Ebenda, S. 288.

⁹⁶ Bereits vor 1930 glaubte man z.B. in Argentinien, dank der Wirtschaftsentwicklung den Mittelstand fördern zu können, um ihm politische Verantwortung zu übertragen. Vgl. Paul v. Horn and Hubert E. Bice: Latin American Trade and Economics. New York 1949. S. 286.

⁹⁷ Behrendt: Wirtschaftliche Entwicklung in Latein-Amerika, a. a. O. S. 598.

⁹⁸ Ders. S. 583.

⁹⁹ Beispielsweise betrugen die direkten Investitionen der Bundesrepublik in Lateinamerika von 1952 bis 1957 etwa 120 Mill. Dollar, d. h. 30 % der gesamten Auslandsinvestitionen dieses Landes: Vgl. UN: Economic Survey of Latin America 1957. New York 1959. S. 54, Fußnote 9.

Ferner wird der seit 1959 spürbare Exportrückgang im Güteraus-tausch der USA mit Lateinamerika auf die Konkurrenz westeuro-päischer Staaten zurückgeführt. Für das Jahr 1959 verminderten sich die Ausfuhren der USA nach Lateinamerika gegenüber 1958 um 15 %, nämlich von 4072 auf 3497 Mill. Dollar. Vgl.: Deutsche Über-seeische Bank: Beilage zum Wirtschaftsbericht, Januar 1961.

Schließlich verdient auch Japan in diesem Zusammenhang erwähnt zu werden. Es ist seit 1950 ein beachtenswerter Handelspartner Lateinamerikas geworden. Seine Exporte nach diesem Gebiet betrugen 1950 41,6 Mill. Dollar und stiegen 1955 auf 179,1 Mill. Dollar. Für denselben Zeitraum beliefen sich die Einfuhren auf jeweils 67,1 Mill. Dollar und 242,7 Mill. Dollar. Vgl. UN: Economic Bulletin for Latin America. Santiago de Chile, Vol. 2, Nr. 1, Feb. 1957. S. 74—75.

^{99a} Zur statistischen Darstellung des von den USA und von internatio-nalen Organisationen gewährten Kapitals sind zwei Quellen benutzt worden: 1) die UN-Untersuchung über das Auslandskapital in Latein-

amerika: Foreign Capital in Latin America. New York 1955 — im folgenden als UN: FC in LA ausgewiesen; 2) die Economic Survey of Latin America. 1957 u. 1958. New York 1959 bzw. Mexiko, 1959 — im folgenden als ESLA 1957 bzw. 1958 ausgewiesen.

¹⁰⁰ Vgl. ESLA 1957, S. 54 — auch für die vorangegangenen Angaben, S. 52—53.

¹⁰¹ Unter den zahlreichen amerikanischen Unternehmen in Lateinamerika können folgende als einige der mächtigsten angeführt werden: in Venezuela: Standard Oil Co., Gulf Oil Co., Texas Petroleum Co.; in Chile: Anaconda Copper Co., Kennecott Copper Corp., Anglo Lautaro Nitrate Co. Ltd. (britisch-amerikanisch); in Peru: Cerro de Pasco Corp., International Petroleum Co.; und nicht zuletzt der zur Genüge bekannte Bananentrust Mittelamerikas, die United Fruit Co.

¹⁰² Vgl. Behrendt: Die wirtschaftliche Entwicklung in Latein-Amerika, a. a. O. S. 596.

¹⁰³ UN: ESLA 1957. S. 58.

¹⁰⁴ ESLA 1958. S. 44.

¹⁰⁵ Botschaft des amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, an den amerikanischen Kongreß vom 14. März 1961. In: Europa-Archiv. 1961. Folge 8 — D 227.

Zum Vergleich sei auch der Originaltext im folgenden angeführt: „... Even at the start such measures will be a condition of assistance from the social fund. Priorities will depend not merely on need, but on demonstrated readiness of each government to make the institutional improvements which promise lasting social progress...“ New York Times (International Edition), 15. März 1961.

¹⁰⁶ Nach: New York Times vom 10. August 1961, Nr. 37 819. Es bleibt abzuwarten, wieweit dieses Programm in Erfüllung gehen kann. Ein Problem für sich ist bereits die Abhängigkeit der Hilfestellung von der Schaffung sozialer Reformen durch die Länder selbst. Wieweit dies einerseits von manchen Regierungen nicht als „indirekte“ Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten angesehen wird, soll dahingestellt sein; aber andererseits können diese Reformen vorläufig nur durch die herrschenden Schichten durchgeführt werden, die damit im wesentlichen „Selbstmord“ begehen würden, sollten diese Reformen wirklich durchgreifend und nicht nur wie bisher üblich palliativer Art sein. Es scheint, als ob man, so gesehen, sich in einem *circulus vitiosus* bewegt, der nur gebrochen werden kann durch konsequenten Opfersinn der herrschenden Schichten oder durch die soziale Revolution.

¹⁰⁷ Zahlenangaben und Erläuterungen für die Weltbank; ESLA 1957. S. 60 ff.; für die IFC: ESLA 1958. S. 46.

¹⁰⁸ Die Calvo-Doktrin ist auf den argentinischen Diplomaten und Historiker Carlos Calvo (1824—1906) zurückzuführen. In seinem 1868 veröffentlichten zweibändigen Werk „Internationales Recht von Europa und Amerika, Theorie und Praxis“ fordert er gleiche Rechte für alle Länder gegenüber Ausländern; den mächtigeren Staaten dürfe kein Vorteil gegenüber den schwächeren gewährt werden, wenn es gelte, die von ihnen geliehenen Gelder einzutreiben. Calvo legte den Kreditgeber-Nationen nahe, eher den Rechtsweg zu gehen als auf

diplomatischen Interventionen zu bestehen. Er stritt jedem Lande das Recht ab, in diesem Falle auf militärische Aktionen zurückzugreifen. Daraufhin übernahmen einige Länder in wichtige Wirtschaftsverträge eine sog. Calvo-Klausel, die von vornherein ein solches Eingreifen ausschließen sollte.

Dem argentinischen Juristen Luis María Drago (1859—1921) verdankt das lateinamerikanische Handelsrecht die nach ihm benannte Doktrin. Sie entstand 1902 im Laufe der Kontroverse zwischen Venezuela auf der einen und Großbritannien, Italien und Deutschland auf der anderen Seite, als diese Länder ihre an Venezuela geliehenen Gelder zurückverlangten. Dr. Drago, damals Außenminister Argentinien, protestierte bei der US-Regierung gegen die Gewaltanwendung durch die erwähnten Kreditgeber. „Auslandsschulden“, so hob er hervor, „dürften keiner europäischen Macht als Vorwand dienen, um in irgendein amerikanisches Land einzugreifen“. Die Gewaltanwendung verurteilte er ebenfalls. Diese Doktrin wurde von den USA auf der Haager Konvention (1907) anerkannt. Nach M. R. Martin and G. H. Lovatt: *Encyclopaedia of Latin American History*. New York 1956.

¹⁰⁹ Für diese Angaben vgl. ESLA 1958. S. 43.

¹¹⁰ Teichert: *The main experiences ... a. a. O.* S. 283.

¹¹¹ Die folgenden Ausführungen über diese Integrationsbestrebungen richten sich im wesentlichen nach Angaben der Deutschen Überseeischen Bank: Beilage zum Wirtschaftsbericht, Dez. 1960, — wenn nicht anders vermerkt.

¹¹² Nach: Handbuch der Entwicklungshilfe, Baden-Baden und Bonn, Bd. 3, Lief. 2, Feb. 1961. S. 2 c.

¹¹³ Victor L. Urquidí: *Lateinamerika heute — Der Vertrag von Montevideo über die Lateinamerikanische Freihandelsassoziation*. Baden-Baden und Bonn 1962. (Schriftenreihe zum Handbuch der Entwicklungshilfe. H. 7.) S. 95.

KAPITEL II

¹¹⁴ Diese Unterscheidung rechtfertigt die Eingliederung der Kirche unter die Nebenkkräfte des politischen Lebens, obwohl sie gerade in dieser Beziehung wirksamer als manche politischen Parteien auftreten kann. Die Stellung der Kirche ist aber nicht institutionell, sondern gesellschaftlich und vor allem aus der historischen Tradition heraus zu erklären, daher kann sie hier theoretisch als Nebenkraft angesehen werden, wenn dies auch faktisch den tatsächlichen Gegebenheiten nicht immer entspricht (Ecuador, Kolumbien, Chile sind Beispiele für faktisch starke Beteiligung der Kirche am politischen Leben).

¹¹⁵ Die bisher erreichte Stufe der politischen Entwicklung ist in jedem Lande entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklung so unterschiedlich und fällt nach allgemeingültigen Maßstäben meist so wenig ins Gewicht, daß ein solches Unternehmen im allgemeinen Rahmen zumindest vorläufig nicht zweckmäßig und fruchtbringend erscheint.

¹¹⁶ E. Fraenkel: *Das Verhältnis der zivilen und militärischen Gewalt in USA*. In: *Schicksalsfragen der Gegenwart*. Bd. 3. Tübingen 1958. S. 145.

- ¹¹⁷ Jean Meynaud: Les militaires et le pouvoir. In: Revue française de sociologie. 1961, 2, 2. S. 76 ff.
- ¹¹⁸ Meynaud, a. a. O. S. 77.
- ¹¹⁹ Text der Verf. bei E. Fraenkel: Das amerikanische Regierungssystem (Quellenbuch). Köln u. Opladen 1960. Auch dort für das folgende Zitat.
- ¹²⁰ Fraenkel, Das Verhältnis . . ., a. a. O. S. 163.
- ¹²¹ Meynaud, a. a. O. S. 79.
- ¹²² Miguel Jorrín: Governments of Latin America. New York 1953. S. 202.
- ¹²³ H. E. Davis, a. a. O. S. 153 ff.
- ¹²⁴ Als Beispiel können angeführt werden: Bolivien, Verf. v. 13. 11. 45, Art. 168; Dom. Rep., Verf. v. 10. 1. 47, Art. 86; El Salvador, Verf. v. 8. 9. 50, Art. 114; Guatemala, (Politische Statuten) v. 10. 8. 54, Art. 22; Haiti, Verf. v. 1957, Art. 175; Honduras, Verf. v. 28. 3. 36, Art. 170; Nicaragua, Verf. v. 1. 11. 50, Art. 317; Venezuela, Verf. v. 11. 4. 53, Art. 56.
- Texte der Verfassungen in: Luis Muñoz: Comentarios a las constituciones políticas de Iberoamérica. 2 Bde. México 1954.
- Für Haiti: Constitution de la République d'Haiti. Port-au-Prince: Imprimerie de l'État 1957.
- ¹²⁵ Solche Bestimmungen finden sich in: Bolivien, Verf. v. 23. 11. 45, Art. 87, Abs. 2; Cuba, Verf. v. 5. 7. 40, Art. 139, Abs. d; El Salvador, Verf. v. 8. 9. 50, Art. 67, Abs. 3; Peru, Verf. v. 9. 4. 33, Art. 137, Abs. 1.
- ¹²⁶ Karl Löwenstein bezeichnet eine solche Verfassung als „nominalistisch“, d. h. es besteht keine Übereinstimmung zwischen den gegebenen sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen und den Verfassungsnormen. Er selbst stellt fest, „Lateinamerika ist nach wie vor der Boden, in dem die nominalistische Verfassung am besten gedeiht“. (Verfassungslehre. Tübingen 1959. S. 155.)
- ¹²⁷ Für diese Angaben vgl. Magnus Mörner: Caudillos y militares en la evolución hispanoamericana. In: Journal of Inter-American Studies. Vol. 2, No. 3, July 1960. S. 298. (Sonderdruck.)
- ¹²⁸ Vgl. u. a. Mörner, a. a. O. S. 298—299; Edwin Lieuwen: Arms and politics, S. 19—20; Juan Liscano: Armée et dictature. In: Esprit. 26, 2. 1958. S. 337. Germán Arciniegas: Die Waffen und Lateinamerika. In: Die Bewährung der Demokratie im 20. Jahrhundert (Diskussionsbeiträge zum Berliner Seminar anlässlich des 10. Jahrestages der Gründung des Kongresses für kulturelle Freiheit). Zürich 1961. S. 137 ff.
- ¹²⁹ Der Vergleich mit den USA drängt sich auf, wo nach der Unabhängigkeit die Zivilverwaltung in der Lage war, sich die militärischen Kräfte gefügig zu machen. Ja, bereits in der Unabhängigkeitserklärung wurden die Bestrebungen des Königs von England verurteilt, das Militär auf Kosten der Zivilgewalt zu begünstigen. Es hieß: „Er (der König) hat danach gestrebt, das Militär von der Zivilgewalt unabhängig zu machen und es ihr überzuordnen“. Vgl. Fraenkel: Das amerikanische Regierungssystem, a. a. O. S. 29.
- ¹³⁰ Nach Mörner, a. a. O. S. 300.

¹³¹ Nach Lieuwen, a. a. O. S. 30.

Ebenso werden dort (S. 32 ff) einige Beispiele angeführt, um den Einfluß vor allem aus Deutschland aufzuzeigen. 1885 lud die chilenische Regierung eine deutsche Militärmission ein, die von dem preußischen General Emil Koerner geführt wurde. Dieser organisierte die chilenische Armee nach damals modernem europäischen Muster um und errichtete 1890 eine Kriegsakademie zwecks Schulung höherer Offiziere und baute einen Generalstab auf, dem er selbst vorstand.

Dem Beispiel Chiles folgten um 1899 Argentinien, Uruguay und Bolivien, die sich auch um deutsche Instrukteure bemühten. Ein indirekter deutscher Einfluß machte sich in Kolumbien, Venezuela, Paraguay und El Salvador bemerkbar, da diese Länder ab 1905 militärische Schulungsmissionen aus Chile empfangen. Wie Ekuador und Nicaragua schickten auch sie ihre Offiziere in die allgemein anerkannten chilenischen Militärschulen.

Um die Jahrhundertwende kamen französische Schulungsmissionen und Instrukteure nach Brasilien, Ekuador, Peru und Guatemala.

Der Einfluß der USA begann erst im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts. Er entfaltete sich während der jeweiligen Besetzung Kubas 1906, Haitis 1915—1934, der Dominikanischen Republik 1916—1934 und Nicaraguas 1926—1931. Den Panamesischen Polizeiverband organisierten US-Offiziere 1918—1919 um.

¹³² Ders. S. 31.

¹³³ Vgl. Liscano, a. a. O. S. 346. — Besonders Vallenilla Lanz machte sich zum Sprachrohr dessen, was er „demokratischen Cäsarismus“ nannte. Sein erstmals 1919 in Caracas erschienenes Buch über diese von ihm herbeigesehnten aufgeklärten Diktaturen trägt bezeichnenderweise denselben Titel: „Cesarismo democrático“.

¹³⁴ Lieuwen, a. a. O. S. 61 ff. Dem Autor wird hier im wesentlichen gefolgt.

¹³⁵ „traditionell“ ist in diesem Zusammenhang mit „konservativ“ gleichzusetzen. Der Ausdruck trägt der lateinamerikanischen Terminologie Rechnung, die dadurch das bisher Gewohnte, geschichtlich Überlebte hervorheben möchte.

¹³⁶ Jorrín, a. a. O. S. 203.

¹³⁷ Hinweise auf diese soziale Funktion der Armee finden sich u. a. bei: Mörner, a. a. O. S. 305; Meynaud, a. a. O. S. 83; Liscano, a. a. O. S. 344 ff.

¹³⁸ Nach Robert J. Alexander: *The Bolivian National Revolution*. New Brunswick, N. J.: Rutgers University Press 1958. S. 151.

¹³⁹ Mörner, a. a. O. S. 307.

¹⁴⁰ Lieuwen, a. a. O. S. 145.

Der Ausdruck „on balance“ wird hier absichtlich hervorgehoben, um seine Bedeutung in diesem Zusammenhang noch deutlicher herauszustellen. Ohne diesen Ausdruck könnte man nämlich angesichts der vorausgegangenen Ausführungen über die positive Rolle der Armee, die vom Autor getroffene Feststellung mit Recht in Frage stellen. Aber gerade wenn man diese positive Rolle mitberücksichtigt, erscheint sein Urteil richtig.

¹⁴¹ Mörner, a. a. O. S. 304.

¹⁴² Raymond Aron: *Die politischen Institutionen des Westens in der Welt*

- des 20. Jahrhunderts. In: Die Bewährung der Demokratie . . . , a. a. O. S. 38.
- ¹⁴³ Th. Wyckoff: „The Role of the Military in Latin American Politics“. In: Western Political Quarterly, Vol. 13, No. 3, Sept. 1960, S. 745. Zur Zeit des Erscheinens des Artikels war der Autor Major der US-Armee (Angabe der Zeitschrift).
- ¹⁴⁴ Lieuwen, a. a. O. S. 157 ff.
- ¹⁴⁵ Wyckoff, a. a. O. S. 761.
- ¹⁴⁶ Art. 12, Abs. 1 der Verfassung Costa Ricas vom 8. November 1949 lautet: „Se proscribe el ejército como institución permanente“. Vgl. Muñoz, a. a. O., Bd. 1, S. 560.
- ¹⁴⁷ Jesús de Galíndez: Iberoamérica, su evolución política, socioeconómica, cultural e internacional. New York 1954. S. 438 ff.
- ¹⁴⁸ George I. Blanksten: Political Groups in Latin America. In: American Political Science Review. März 1959, Vol. 53, Nr. 1, S. 106—127. Dem Autor wird für die Darstellung des lateinamerikanischen Parteienbildes gefolgt.
- ¹⁴⁹ In Lateinamerika ist Uruguay das einzige Land, dessen Exekutive nicht aus einem Präsidenten, sondern aus einem Kollegium von neun Mitgliedern, dem sog. Nationalen Regierungsrat besteht. Die entsprechenden Verfassungsbestimmungen lauten:
Art. 149: „El Poder ejecutivo será ejercido por el Consejo Nacional de Gobierno.“
Art. 150: „El Consejo Nacional de Gobierno estará integrado por nueve miembros elegidos directamente por el pueblo, conjuntamente con doble número de suplentes, por el término de cuatro años, con las garantías y conforme a las normas que para el sufragio se establece . . . , considerándose la República como una sola circunscripción electoral.“ Verfassung vom 26. X. 1951, vgl. Muñoz, a. a. O., Bd. 2, S. 1536. Diese Entwicklung ist aus den langjährigen Auseinandersetzungen zwischen beiden Parteien hervorgegangen, die einander seit 1835 als jeweilige Anhänger von zwei Offizieren unter den sog. „33 Unsterblichen“ der Unabhängigkeitsbewegung befehdeten (daher die Namen Colorado und Blanco). Zu einem bewaffneten Konflikt kam es um die Mitte des 19. Jahrhunderts, bei dem die Colorados die Oberhand behielten. Diesen Sieg erkannten die Blancos nie an, selbst wenn Wahlen in der Nachfolgezeit ihn bestätigten. Erst durch den Frieden von 1872, der zwei Jahre erbitterter Kämpfe beendete, kam ein Kompromiß zustande: die siegreichen Colorados erließen nicht nur eine Generalamnestie für die Blanco-Führer, sondern gewährten ihnen 1/2 Mill. Pesos für ihre Gefolgschaft und sprachen ihnen vier der fünfzehn Gouverneursposten des Landes zu. Dieses Reglement wurde durch die Verfassungsänderungen von 1894 und 1919 institutionalisiert, indem es als Bestandteil der Verfassung aufgenommen wurde. Danach kehrte man zum modifizierten Präzidentalismus zurück. Die Kollegialregierung erschien wieder in der Verfassung von 1951. Seitdem sind in dem neunköpfigen Staatsrat sowohl die „Mehrheitspartei“ als auch die „Minderheitspartei“ (Opposition) vertreten. Vgl. Wyckoff, a. a. O. S. 753 ff.
- ¹⁵⁰ Blanksten, a. a. O.

- ¹⁵¹ Vgl. Federico G. Gil: Responsible parties in Latin America. In: The Journal of Politics. Vol. 15. 1953. S. 345.
- ¹⁵² Dies ist jetzt durch die unmittelbare Nachbarschaft mit dem sozialistischen Kuba erheblich schwieriger geworden, da eine Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung von vornherein vermutet wird.
- ¹⁵³ u. a. William W. Pierson and Federico G. Gil: Governments of Latin America. New York. 1957. S. 331—332.
- ¹⁵⁴ Insb.: Galíndez, a. a. O. S. 439 ff.; Pierson u. Gil, a. a. O. S. 314 ff. Davis, a. a. O. S. 191 ff.
- ¹⁵⁵ Namen und Daten bei William S. Stokes: Latin American Politics. New York 1949. S. 247 ff. und Moisés Poblete Troncoso and Ben G. Burnett: The Rise of the Latin American Labor Movement. New York 1960. S. 43, 59, 77.
- ¹⁵⁶ Jorrín, a. a. O. S. 220.
- ¹⁵⁷ Davis, a. a. O. S. 178.
- ¹⁵⁸ Für diese Angaben vgl. J. Lloyd Mecham: Church and State in Latin America. Univ. of North Carolina Press 1934. S. 502 ff.
- ¹⁵⁹ Zur politischen Haltung der Studenten vgl. u. a.: Samuel Guy Inman: Latin America, its place in world life. New York 1942. S. 350. Jorrín, a. a. O. S. 187.

KAPITEL III

- ¹⁶⁰ 1912 erlassenes Gesetz über das allgemeine Wahlrecht.
- ¹⁶¹ Vgl. Silvio Frondizi: La realidad argentina. Ensayo de interpretación sociológica. 2. Aufl. Bd. 1. Buenos Aires 1957. S. 259 (Marxistische Interpretation des Peronismus).
- ¹⁶² Arturo Frondizi: Petróleo y política. Buenos Aires 1954. S. 260 ff.
- ¹⁶³ Ysabel R. Rennie: The Argentine Republic. New York 1945. S. 221 ff.
- ¹⁶⁴ Diez Periodistas Porteños: Al margen de la Conspiración. 2. Aufl. Buenos Aires o. J. S. 24.
- ¹⁶⁵ Ebenda S. 26.
- ¹⁶⁶ Alfred Hasbrouck: The Argentine Revolution of 1930. In: Hispanic American Historical Review. Bd. 18. Nr. 3, Aug. 1938. S. 297.
- ¹⁶⁷ Arturo Frondizi, a. a. O. S. 285.
- ¹⁶⁸ Zit. bei Hasbrouck, a. a. O. S. 298.
- ¹⁶⁹ Angeführt bei Alfredo Colmo: La Revolución en la América Latina. Buenos Aires 1933. S. 39—40.
- ¹⁷⁰ Derselbe S. 63.
- ¹⁷¹ José Abelardo Ramos: Revolución y Contra-Revolución en Argentina. Buenos Aires 1957. S. 332.
- ¹⁷² Arturo Frondizi, a. a. O. S. 288 ff.
- ¹⁷³ John W. White: Argentina. The life history of a nation. New York 1942. S. 152 ff.
- ¹⁷⁴ Vossische Zeitung vom 13. 6. 31, Morgenausgabe, Artikel: Dicke Luft in Buenos Aires.
- ¹⁷⁵ Arturo Frondizi, a. a. O. S. 268 ff.
- ¹⁷⁶ u. a. Félix J. Weil: Argentine Riddle. New York 1944. S. 41.

- Arnaldo Orfila Reynal: Breve Historia y examen del Peronismo. In: Cuadernos Americanos. México, D. F. Jg. 14. Nr. 6. 1955. S. 7—37.
- José Abelardo Ramos, a. a. O. S. 332.
- ¹⁷⁷ Rennie, a. a. O. S. 224 ff.
- ¹⁷⁸ Silvio Frondizi, a. a. O. S. 273.
- ¹⁷⁹ Rodolfo Puiggrós: Historia crítica de los partidos políticos argentinos. Buenos Aires 1956. S. 313—314.
- ¹⁸⁰ Colmo, a. a. O. S. 23.
- ¹⁸¹ Vgl. Silvio Frondizi, a. a. O. S. 275.
- ¹⁸² Rennie, a. a. O. S. 347.
- ¹⁸³ Für diese Version vgl. Weil, a. a. O. S. 43 ff., Rennie, a. a. O. S. 347 ff., und Robert J. Alexander: The Perón Era. New York 1951. S. 6.
- ¹⁸⁴ Rennie, a. a. O. S. 345 ff.
- ¹⁸⁵ Alexander, a. a. O. S. 11.
- ¹⁸⁶ Juan Perón: Situación política y social anterior a la revolución de 1943. Buenos Aires 1948. S. 15.
- ¹⁸⁷ Vgl.: Inter-American Affairs 1943. Hrsg.: Arthur P. Whitaker. New York 1944. S. 23 ff.
- ¹⁸⁸ George Pendle: Die Ära Perón. In: Europa-Archiv, 20. 3.—5. 4. 56, S. 8673—8690.
- ¹⁸⁹ Juan Perón: In: Mensaje del Presidente de la Nación argentina General Juan Perón al inaugurar el 88. período ordinario de sesiones del Honorable Congreso Nacional. Conceptos Doctrinarios. Hrsg.: Presidencia de la Nación, Subsecretaría de Informaciones. Buenos Aires, 1. Mai 1954. S. 7—11.
- ¹⁹⁰ 2. Plan Quinquenal. Hrsg.: Presidencia de la Nación, Subsecretaría de Informaciones. Buenos Aires 1953. S. 29.
- ¹⁹¹ In: Doctrina Peronista, selección de pensamientos fundamentales del General Perón, en publicación efectuada por la Subsecretaría de Informaciones de la Presidencia de la Nación. Buenos Aires 1951. S. 67.
- ¹⁹² Ebenda S. 271.
- ¹⁹³ Ebenda S. 276.
- ¹⁹⁴ 2. Plan Quinquenal. S. 323.
- ¹⁹⁵ Doctrina Peronista. S. 175.
- ¹⁹⁶ Es wird z. B. hervorgehoben, daß Argentinien während des Krieges beträchtliche Goldreserven angesammelt hatte und daß die ersten Nachkriegsjahre eine für das Land außerordentlich günstige Entwicklung der Realaustauschverhältnisse gebracht hatten. Vgl. Franz Lütolf: Die argentinische Wirtschaftspolitik seit dem zweiten Weltkrieg. Zürich u. St. Gallen 1957. S. 8 ff.
- ¹⁹⁷ Zum Inhalt des Fünfjahrplans vgl.: UN (Dept. of Econ. Affairs): Economic Development in Selected Countries. New York 1947. S. 18 ff.
- ¹⁹⁸ Lütolf, a. a. O. S. 33.
- ¹⁹⁹ Vgl. Ricardo Rojo: La realidad peronista. In: Humanismo. Revista mensual de cultura. México, D. F., Sept.—Okt. 1955. Nr. 33—34. S. 43.
- ²⁰⁰ Lütolf, a. a. O. S. 34.
- ²⁰¹ Angaben über Anleihegeschäfte nach S. Frondizi, a. a. O. S. 158.
Er erwähnt, daß bei dieser Tätigkeit der Industrie-Kreditbank eine

gewisse Günstlingswirtschaft u. a. gegenüber den großen Unternehmungen der Bundeshauptstadt, den Provinzen Buenos-Aires und Santa Fe zu verzeichnen gewesen sei.

- ²⁰² Hinzugefügt seien noch die „geradezu revolutionären Beschränkungen“ (Lütolf, S. 35), denen der Peronismus das gesamte private Bankwesen unterwarf. Sie bestanden im wesentlichen darin, daß für alle Einlagen bei sämtlichen anerkannten argentinischen Banken die Garantie vom Staat übernommen wurde. Damit machte er sich zum Schuldner der Sparer. Zwar wurde diesen der Zins auf den Spareinlagen nach wie vor von den Privatbanken gutgeschrieben, aber die Zentralbank erstattete den Privatbanken die Zinsen zurück, deren Höhe sie darüber hinaus festlegte.

- ²⁰³ Vgl. Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Bd. 1. Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1956. Artikel „Außenhandelsmonopole“, S. 477 ff.

- ²⁰⁴ Diese Geschäftspolitik war für die Durchführung des Planes von grundsätzlicher Bedeutung, da „zur Finanzierung der Projekte keine Mittel des Staatshaushaltes, sondern ausschließlich jene Überschüsse herangezogen (wurden), die das IAPI dem Staat verfügbar machte“. — (Vgl. Ekkehart Reiche: Außenhandelsverflechtung und Industrialisierung Argentiniens. Kiel 1953. S. 132.) Damit war die Finanzierung des Plans unmittelbar an die Ausfuhr bzw. an ihre Gewinnerzielung gebunden.

Allerdings, wenn auch in diesem Zusammenhang dem IAPI eine zentrale Bedeutung zukam, so muß doch die obige Behauptung, der Plan sei „ausschließlich“ durch die vom IAPI erzielten Überschüsse finanziert worden, bestritten werden. Z. B. war es allein schon durch das Bankensystem der Regierung möglich, jederzeit Depositen der Zentralbank für ihre Zwecke flüssig zu machen. Dazu vgl. UN: Economic Development..., S. 45. — Das IAPI wird dort bezeichnenderweise als eine der möglichen Finanzierungsquellen des Planes angesehen (S. 43, insb. S. 44).

- ²⁰⁵ UN: Foreign Capital..., S. 40.

- ²⁰⁶ Reiche, a. a. O. S. 142.

- ²⁰⁷ Es sei hier daran erinnert, daß dieser Zusammenhang bereits mit der Problematik der Industrialisierung für ganz Lateinamerika erörtert wurde. (Siehe S. 49/50.)

- ²⁰⁸ Reiche, a. a. O. S. 143. Für die Drosselung der landwirtschaftlichen Produktion macht Lütolf (a. a. O. S. 7) nicht nur die Preispolitik verantwortlich, sondern auch „hohe Steuern zu Lasten der Landwirtschaft sowie Sozialabgaben aller Art, welche dieser großenteils immer noch verhältnismäßig wenig produktive Wirtschaftszweig nur schwer zu tragen vermochte“.

- ²⁰⁹ Hierzu vgl. UN: Econ. Development... S. 32.

- ²¹⁰ Lütolf, a. a. O. S. 15.

- ²¹¹ Síntesis..., Nov. 1953.

- ²¹² Rojo, a. a. O. S. 48.

- ²¹³ Vgl. ESLA 1953, S. 76.

- ²¹⁴ Ebenda, S. 15 — (die nachfolgenden Zahlenangaben am selben Ort).

- ²¹⁵ 2. Plan Quinquenal, S. 15.

- ²¹⁶ Ebenda S. 29.
²¹⁷ Reiche, a. a. O. S. 137.
²¹⁸ Deutsch-Südamerikanische Bank: Wirtschaftsbericht Argentinien. Dezember 1953. S. 13.
²¹⁹ Rojo, a. a. O. S. 63.
²²⁰ Für die folgenden Ausführungen siehe dort S. 20—30.
²²¹ S. Frondizi, a. a. O. S. 297.
²²² Walter P. Schuck: Argentinien. Wirtschaftliche Struktur und Entwicklung. Frankfurt/M. [1951]. (Schriftenreihe der Gesellschaft zur Förderung des deutsch-amerikanischen Handels m. b. H.) S. 7.
²²³ Nach Rojo, a. a. O. S. 60; auch für die folgenden Angaben, bes. S. 58 ff. u. 61 ff.

KAPITEL IV

- ²²⁴ Porfirio Díaz Madhicao: Historia de Bolivia 1936—1940. La Paz, Bolivia 1957. S. 21.
²²⁵ Derselbe, a. a. O. S. 23—24.
²²⁶ Felix Eguino Zaballa: Sinopsis de historia de Bolivia. La Paz 1954. S. 137.
²²⁷ Busch, dessen Vater Deutscher war, soll mit dem Nationalsozialismus geliebäugelt haben; dies kann jedoch hier nicht nachgewiesen werden.
²²⁸ Nach Díaz Madhicao, a. a. O. S. 64.
²²⁹ Derselbe S. 72.
²³⁰ Ebenda S. 93.
²³¹ Ebenda S. 102.
²³² José Fellmann Velarde: Víctor Paz Estenssoro: el hombre y la revolución. La Paz 1954. S. 75.
²³³ Manuel Scorza: La independencia económica de Bolivia. In: Cuadernos Americanos. Bd. 72, Nr. 6. November—Dezember 1953. S. 28.
²³⁴ Vgl. Interamerican Affairs. 1943. S. 30 ff.
²³⁵ Fellmann Velarde, a. a. O. S. 119.
²³⁶ Derselbe S. 118 ff.
²³⁷ Víctor Paz Estenssoro: Discursos parlamentarios. La Paz, Cochabamba 1955. S. 169.
²³⁸ Kurt Conrad Arnade: The technique of the Coup d'Etat in Latin America. In: A. N. Christensen: The Evolution . . . , S. 315.
²³⁹ Dies war auf Äußerungen führender Kreise des MNR zurückzuführen, die auf eine dem Nationalsozialismus freundliche Haltung schließen ließen. Wie im Falle Busch können diese Vermutungen hier nicht belegt werden.
²⁴⁰ Fellmann Velarde, a. a. O. S. 121.
²⁴¹ Paz Estenssoro, a. a. O. S. 203.
²⁴² Agustín Barcelli S.: Medio siglo de luchas sindicales revolucionarias en Bolivia. La Paz 1956. S. 182.
²⁴³ Vgl. Ciro Félix Trigo: Las Constituciones de Bolivia. Madrid: Instituto de Estudios Políticos 1958. Vorwort S. XLI.
²⁴⁴ Vgl. Barcelli, a. a. O. S. 249.

- 245 Víctor Paz Estenssoro: Discursos y mensajes. [Buenos Aires:] Ediciones Meridiano 1953. S. 16.
- 246 Vgl. Charles W. Arnade: Bolivia's social revolution 1952—1959. A discussion of sources. In: Journal of Interamerican Studies. Juli 1959. S. 341—352.
- 247 Vgl. Fellmann Velarde, a. a. O. S. 95.
- 248 Vgl. Augusto Céspedes: El Dictador suicida. Santiago de Chile 1956. S. 249.
- 249 Paz Estenssoro: Discursos y mensajes. S. 125 ff.
- 250 Derselbe S. 15.
- 251 Zit. nach Robert J. Alexander: The Bolivian National Revolution ... S. 80 ff.
- 252 Vgl. derselbe, a. a. O. S. 85 ff.
- 253 Paz Estenssoro: Discursos y mensajes. S. 27—28.
- 254 Walter Guevara Arze: Plan de política económica de la Revolución Nacional. La Paz 1955. S. 9 ff.
- 255 Paz Estenssoro: Discursos y mensajes, S. 38.
- 256 Für diese Angaben vgl.: Deutsch-Südamerikanische Bank, Wirtschaftsbericht Bolivien, Dezember 1960, S. 34 ff. und Bundesstelle für Außenhandelsinformation. Südamerikanische Entwicklungsgebiete: Bolivien, Ecuador, Paraguay, Peru 1959.
- 257 Vgl. Alexander, a. a. O. S. 150.
- 258 Ebenda S. 151. Ob dieses Schema in der Praxis eingehalten wurde, bleibt fraglich.
- 259 ESLA. Santiago de Chile 1959. (Englische Ausgabe des vorläufigen spanischen Originalberichtes für das Jahr 1959.) S. 124.
- 260 UN (Economic Commission for Latin America): Economic Bulletin for Latin America (nicht zu verwechseln mit der „Economic Survey“) Santiago de Chile. Vol. 2, Nr. 2, Okt. 1957, S. 54. Siehe auch ESLA, 1959, S. 125.
- 261 Carl-Theodor Hinrichs: Die Landwirtschaft und Tierzucht Boliviens (Als Mskr. gedr.) Köln u. Opladen 1959. (Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen 813.) S. 64.
- 262 Vgl. La reforma agraria en Bolivia. In: Revista Jurídica. Cochabamba (Bolivien). Jg. 17. N. 63—66. März-Dezember 1953. S. 121—122.
- 263 ESLA 1959, S. 125. Als Beispiel für diese Mängel sei folgendes angeführt: Nach Angaben des Zensus besaßen 72 853 Einzeleigentümer bei einem Grundbesitz von 1 bis 100 ha eine Gesamtfläche von 612 466,79 ha, während nur 4029 Großgrundbesitzer bei einem Besitz von 1000 bis 10 000 ha über 18 160 688 ha verfügten, d. h. über 67,44 % des insgesamt im Privatbesitz befindlichen Landes. (Vgl. hierzu: „La reforma agraria ...“, a. a. O. S. 119.) Es fällt auf, daß nur die zwei Extreme des Landbesitzes berücksichtigt werden, während die Größenordnungen von 100 bis 1000 ha unerwähnt bleiben, was für eine Beurteilung des Ganzen als unvollkommen gelten muß.
- 264 Angaben nach ESLA, S. 128.
- 265 Nach Alexander, a. a. O. S. 69.
- 266 ESLA 1959, S. 129.
- 267 Ebenda
- 268 Angegeben nach ESLA 1959, S. 127.

²⁶⁹ Ebenda S. 131.

²⁷⁰ Walter Guevara Arze, a. a. O. S. 181.

²⁷¹ Paz Estenssoro: Discursos y mensajes. S. 21.

²⁷² Auch im Laufe der Jahre 1960-1961 kam es zu ähnlichen Krisensituationen, deren die Revolutionsregierung jedoch Herr werden konnte. Im März 1960 deckte die Regierung des Staatspräsidenten Siles eine Verschwörung der rechtsgerichteten „Falange Socialista“ auf (s. „Frankfurter Allgemeine“ v. 21. 3. 1960). Auch seitens der links-extremistischen Kräfte wurde der Versuch gemacht, der Herrschaft des gemäßigten Flügels des MNR ein Ende zu setzen. (Neue Zürcher Zeitung vom 24. 2. 1961, Die Welt vom 10. 6. 1961 und Neue Zürcher Zeitung vom 22. 10. 1961.)

²⁷³ Dies abgesehen natürlich von dem „aktuelleren“ kubanischen Experiment, das sich in vollem Gange befindet und infolgedessen den gleichen historischen Nachahmungswert wie die beiden vorangegangenen noch nicht beanspruchen kann. Es zeigt sich, daß dessen Widerhall in Lateinamerika — wenn auch durch den hochgeputzten Gegensatz zu Amerika bedingt — von weitaus stärkerer Intensität ist. Davon zeugten nicht nur die zahlreichen Sympathie- und Solidaritätskundgebungen für Kuba, welche nach dem gescheiterten Invasionsversuch vom April 1961 fast überall stattfanden; auch die Tatsache, daß bei der Konferenz von Punta del Este (Januar 1962) der Ausschluß Kubas aus der OAS (Organisation der Amerikanischen Staaten) nur unter Stimmenthaltung von Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko, Ekuador und Bolivien durchgesetzt werden konnte, verdient in diesem Zusammenhang besondere Beachtung.

²⁷⁴ Vgl. Alexander, a. a. O. S. 275 ff.

KAPITEL V

²⁷⁵ Im Gegensatz zum Idealtypus, der (gewonnen wird) „durch einseitige Steigerung eines oder einiger Gesichtspunkte und durch Zusammenschluß einer Fülle von diffus und diskret, hier mehr, dort weniger, stellenweise gar nicht, vorhandenen Einzelercheinungen, die sich jenen einseitig herausgehobenen Gesichtspunkten fügen, zu einem in sich einheitlichen Gedankenbilde. In seiner begrifflichen Reinheit ist dieses Gedankenbild nirgends in der Wirklichkeit empirisch vorfindbar...“ Max Weber: Soziologie, Weltgeschichtliche Analysen, Politik. Hrsg. v. J. Winkler. Stuttgart 1956. S. 235.

²⁷⁶ Jesús de Galíndez: Revolución socio-económica en Ibero-América. In: Cuadernos Americanos. México, D. F. J. 13. Nr. 2. 1954. S. 18.

²⁷⁷ K. H. Silvert: Cambios políticos en Latinoamérica. In: Cuadernos. Revista bimestral. Paris. Nr. 43, Juli-August 1960. S. 37 ff.

²⁷⁸ Dies geht vor allem aus der inneren Dialektik der Pendelbewegung zwischen Reaktion und Revolution in Lateinamerika selbst hervor. Man kann sich auch letzten Endes auf die allgemeine „Geschichtsbewegung“ berufen, welche nach Duverger bewirkt, daß, auf lange Sicht gesehen, der revolutionäre Mechanismus die Oberhand behalte; infolgedessen stelle die Verkettung von Reaktion und Revolution

keinen geschlossenen Kreislauf, sondern die offene Spirale einer progressiven Evolution dar. Vgl. Maurice Duverger: *De la dictature*. Paris 1961. S. 114.

- ²⁷⁹ Nach F. R. Allemann ist die Militärdiktatur (in dem hier verstandenen Sinne) „das Produkt einer gesellschaftlichen Krise, die weder mit den ‚herkömmlichen‘ Mitteln einer konservativen Gesellschaft selbst noch durch ein nach fremden Mustern zurechtgeschneidertes politisches System bewältigt werden kann“. Fritz René Allemann: *Der Staatsstreik als Regulativ*. (1. Teil.) In: *Der Monat*, Jg. 12, Heft 142, Juli 1960. S. 22. Hierzu vgl. auch M. Duverger: *De la dictature*. S. 124 ff.

- ²⁸⁰ Vgl. M. Duverger: *Droit constitutionnel et institutions politiques*. (2. éd.) Paris 1956. S. 392. Derselbe: *De la dictature*. S. 125.

Eine erste Anwendung dieser aus der Empirie herausgearbeiteten Theorie stellte das 1923 in Gang gesetzte revolutionäre Experiment Kemal Atatürks dar. Die kemalistische Diktatur berücksichtigte jedoch vor allem den politischen Aspekt des Problems, d.h. sie wollte hauptsächlich die politische Demokratie vorbereiten. Dies läßt sich wahrscheinlich dadurch erklären, daß bis 1939 den wirtschaftlichen Faktoren der Gesellschaftsentwicklung im allgemeinen nicht die, wenn nicht alleinbestimmende, so doch ausschlaggebende Rolle eingeräumt wurde, die ihnen nach 1945 durchweg zuerkannt wurde.

- ²⁸¹ F. R. Allemann, a. a. O. S. 21.

- ²⁸² Richard Löwenthal: *Militärdiktatur und Demokratie* (Stellungnahme des Autors zum Aufsatz F. R. Allemanns). In: *Der Monat*. H. 145. Okt. 1960. S. 26.

An einer anderen Stelle führt der Autor folgende Kategorien möglicher „Entwicklungsdiktaturen“ an: „1) Militärdiktaturen des Entwicklungstypus, wie sie im islamischen Bereich praktiziert werden; 2) Parteidiktaturen ohne Ideologie, wie sie in Afrika anzutreffen sind; 3) Ein-Parteien-Herrschaft, jedoch ohne Ausschluß anderer Parteien; 4) Grenzfälle einer echten Demokratie, wie sie heute nur in Indien und in Nigeria zu finden sind.“ R. L.: *Zur Rolle der Staatsmacht in den Entwicklungsländern, Versuch einer Typologie*. (Als Diskussionsbeitrag zu einer Studentagung der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer über das Thema: *Die Übertragbarkeit westlicher Verfassungsmodelle auf nichteuropäische Gesellschaftsordnungen*.) Bericht, (Dok. 37/61 A), S. 27. (Dieser Bericht wird im folgenden als „Bericht der DSEL“ zitiert.)

- ²⁸³ Vgl. Walter Laqueur: *Militärdiktatur und Demokratie* (Stellungnahme des Autors zum Aufsatz F. R. Allemanns). In: *Der Monat*. H. 145, Okt. 1960, S. 31.

Ähnliche Kritik am regierenden Militär übte der frühere kolumbianische Staatspräsident Eduardo Santos folgendermaßen: „The military profession is not exactly the best school on which to learn the difficult art of government. If governing were merely commanding, as the military believe, the role they assume would be justified. But to govern means to interpret, to reconcile, to respect the rights of all... To govern — to govern well — often means to have the courage to rectify a mistake; to ask for and listen to advice... All of this is difficult for the military to understand and accept, accus-

tomed as they are to the blind obedience of their inferiors, the dry voices of command, and the narrow horizon of their profession..."
E. S.: *Latin American Realities*. In: *Foreign Affairs*. Nr. 2. Jan. 1956. S. 256.

²⁸⁴ Vgl. Karl Löwenstein: *Der Staatspräsident*. In: *Archiv des öffentlichen Rechts*. (N. F.) Bd. 75. Tübingen 1949. S. 139.

²⁸⁵ Vgl. u. a. Maurice Duverger: *Droit constitutionnel et institutions politiques*. S. 319 ff. Harold E. Davis, a. a. O. S. 252 ff., insb. S. 271 ff. J. Lloyd Meham: *Latin American constitutions: nominal and real*. In: *The Journal of Politics*. Vol. 21. 1959. S. 268 ff.

Eine umfassende Darstellung müßte einige Abweichungen in einzelnen Ländern berücksichtigen und würde wahrscheinlich über den hier beabsichtigten Zweck hinausgehen. Nach K. Löwenstein (a. a. O. S. 140 ff.) wären beispielsweise drei Arten von Präsidialismus in Lateinamerika zu unterscheiden: 1) Der Präsidialismus alten Stils: Mehrzahl der lateinamerikanischen Staaten; 2) der gemilderte Präsidialismus; dort wird die Exekutivgewalt in Gemeinschaft mit den als Rat oder Kabinettt zusammengefaßten Ministern ausgeübt (Bolivien 1945, El Salvador 1945, Venezuela 1947, Kuba 1940); 3) die Annäherung an den Parlamentarismus; typisch: Chile.

Selbst wenn man dieses Schema zugrunde legte, erschiene die in großen Zügen umrissene Darstellung des Systems gerechtfertigt, da der erste als „Präsidialismus alten Stils“ gekennzeichnete Typus auf die Mehrheit der lateinamerikanischen Länder zutrifft und damit der Darstellung entsprechen würde.

²⁸⁶ u. a. Davis, a. a. O. S. 274; Meham, a. a. O. S. 262.

²⁸⁷ Vgl. Meham, a. a. O. S. 263.

²⁸⁸ Derselbe S. 268.

²⁸⁹ William S. Stokes: *Parliamentary Government in Latin America*. In: *American Political Science Review*. Vol. 39. 1945. Nr. 3. S. 523. Der Autor versteht unter parlamentarischem Regierungssystem in Lateinamerika die Kabinetregierung mit ministerieller Verantwortlichkeit (siehe dort Fußnote 2). Daher bezieht er die kollegiale Regierung Uruguays mit ein.

²⁹⁰ Bericht der DSEL S. 48.

²⁹¹ Vgl. K. Löwenstein: *Verfassungslehre*, S. 393—394.

²⁹² Donald Marquand Dozer: *Are we good neighbors? Three decades of Inter-American relations 1930—1960*. Gainesville: University of Florida 1959. S. 307.

²⁹³ R. Aron, a. a. O. S. 38.

²⁹⁴ Zu erwähnen wären: 1) *Pathology of democracy in Latin America: A symposium*. In: *American Political Science Review*. Vol. 49. Nr. 1. März 1950. S. 100 ff.; 2) Russel H. Fitzgibbon: *How democratic is Latin America?* In: *Inter-American Economic Affairs*. Vol. 9. Nr. 4. 1956. S. 65 ff.

Es ist nicht zu leugnen, daß die Untersuchung der „pathologischen“ Erscheinungen der Demokratie in Lateinamerika von verschiedenen Seiten her (Geschichte, Politologie, Nationalökonomie, Soziologie) in dem gesteckten Rahmen — aber nur in diesem Rahmen — einige Probleme zu durchleuchten vermag. Das Phänomen als Ganzes wird

jedoch nicht erklärt, da keine allgemein-verbindliche Fixierung des pathologischen Begriffs der Demokratie zugrunde gelegt wird. Anders ausgedrückt, es wird nicht gesagt, von welchem „normalen“ Zustand der Demokratie man ausgeht, um die davon als „pathologisch“ betrachteten abweichenden Erscheinungen zu untersuchen. Es liegt nahe, daß die klassischen Vorstellungen der Demokratie stillschweigend unterstellt werden.

Diese werden dagegen der zweiten Untersuchung des Department of Political Science der University of California ausdrücklich zugrunde gelegt. Es handelt sich um eine Meinungsumfrage unter verschiedenen amerikanischen Spezialisten für Lateinamerika. Ihre Beurteilung des Standes der lateinamerikanischen Demokratie wird für die einzelnen Länder in der durch ein vereinbartes Punktsystem gegebenen Rangordnung ausgedrückt. Der Aussagewert der Ergebnisse wird dort selbst als gering angesehen, da einer solchen Untersuchung ein subjektiver Charakter anhaftet und die quantitätsmäßige Erfassung der Demokratie nichts über deren „Qualität“ zu sagen vermag.

²⁹⁵ Eine bewußte Abweichung hiervon stellt die kubanische Revolution dar, die spätestens seit Ausrufung der „sozialistischen Republik“ gegen Ende Dezember 1961 sich zum Marxismus-Leninismus bekannte. Aber auch in diesem Rahmen scheint sie eigene Wege gehen zu wollen: darauf deuten die über die praktische Durchführung der Revolution aufgetauchten Gegensätze zwischen der alten Garde der kommunistischen Partei (Partido Socialista Popular) und Castro selbst hin (vgl. hierzu Anm. 69).

²⁹⁶ Vgl. Jesús Silva Herzog: ¿Comunismo o democracia social? In: Cuadernos Americanos. México, D. F. Jg. 19. Nr. 1. Jan.-Feb. 1960. S. 49.

ANHANG

¹ für beide Aussagen vgl.: Policarpo Artaza: Ayala, Estigarribia y el partido liberal. 2. Aufl. Buenos Aires 1946. S. 241—242 und 243—244. Der Autor ist ein Liberaler. Er beurteilt den 17. Februar ganz und gar negativ.

² nach H. G. Warren: Political aspects of the Paraguayan revolution 1936—1940. In: Hispanic American Historical Review. Bd. 30. Nr. 1. Febr. 1950. S. 12.

³ Artaza, a. a. O. S. 146—147.

⁴ für die folgenden Ausführungen vgl. Warren, a. a. O. S. 16—18.

⁵ zit. nach Artaza, a. a. O. S. 155 ff.

⁶ Warren, a. a. O. S. 14.

⁷ Ders., a. a. O. S. 15 ff.

⁸ vgl. Philip Raine: Paraguay. New Brunswick, N. J. 1956. S. 249.

⁹ Ders., a. a. O. S. 260.

¹⁰ Ebenda S. 270.

Personenregister

- Adler, Max 11
 Alemán, Miguel 75
 Alessandri 78
 Alexander, Robert J. 112
 Allemann, F. R. 174
 Alvear, Marcelo T. de 103
 Aramayo, Carlos Víctor 143, 151, 152
 Arbenz, Jacobo 41, 75, 79, 180
 Arévalo 180
 Aristoteles 15
 Aron, R. 81
 Arze, José Antonio 140, 146
 Ayala 183, 184, 189

 Baldomir, Alfredo 74
 Ballivián, Hugo 145
 Balmaceda 98
 Barcelli 146, 150
 Batista 74, 75
 Batlle 91
 Behrendt, Richard F. 8, 24, 26, 35, 38, 40, 50, 53
 Benavides 74
 Betancourt 79, 180
 Blanche Espejo, Bartolomé 74
 Blanksten 84, 85
 Braden, Spruille 114
 Brichet, O. 16
 Bunge, Alejandro E. 34
 Bunge, Carlos Octavio 73
 Busch, Germán 74, 78, 136, 137, 138, 139, 143, 156, 169

 Calles, Plutarco Elías 74
 Cárdenas, Lázaro 38, 74, 78
 Carias 74
 Castillo, Ramón S. 71, 109, 110, 111, 169
 Castillo Armas, Carlos 75
 Céspedes, Augusto 141
 Chaves, Federico 191, 192
 Colmo 106, 109
 Contreras 74

 Davis, Harold E. 96
 Díaz, Porfirio 36

 Echeverría 19
 Estigarribia 74, 189, 190, 192

 Farrell, Edelmiro 113
 Flores, Juan José 71
 Franco, Rafael 74, 78, 184, 185, 187, 188, 189
 Freire Esteves, Gomes 184
 Frondizi, Arturo 19, 107, 108
 Frondizi, Silvio 130
 Frutos, Juan Manuel 191

 Galíndez 84, 172
 Gallegos 79
 Geiger, Theodor 9
 Gómez, Laureano 75
 González, Juan Natalicio 191

 Hauck, F. W. 40
 Haya de la Torre 166, 180
 Hernández Martínez, Maximiliano 74
 Hertzog, Enrique 144
 Hochschild 143, 151, 152

 Ibáñez, Carlos 78, 180
 Irigoyen, Hipólito 74, 100, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 110, 130, 168

 Jaurès 11
 Jorrín 95
 Juárez 98
 Justo, Agustín P. 105, 108, 168
 Justo, Juan B. 88

 Kautsky 11
 Kneschaurek 43, 48
 Kropotkin 11

 Larrea Alba, Luis 74
 Laski, Harold J. 15
 Lechín, Juan 145
 Lederer, Emil 11, 14
 Lenin 11, 12, 14
 Lévy-Bruhl 10
 Lieuwen 72, 73, 79, 82, 83
 Löwenthal, R. 174
 López, Francisco Solano 71
 Lütolf 118
 Luxemburg, R. 11

 Macchiavelli 15
 Machado, Gerardo 73

- MacIver 13
 Maroff, Tristán 140
 Marx, Karl 11, 13
 Mecham 177
 Meynaud 67
 Mörner 77
 Morínigo, Higinio 190, 191, 192
 Molas López, F. B. 184, 191
 Moll, Bruno 44
 Mussolini 15
 Napoleon 15
 Odría, Manuel A. 75, 171
 Ordorica, Rafael 151
 Ortiz, Roberto M. 109, 168
 Páez, José Antonio 71
 Paiva, Félix 188, 189
 Patiño 143, 151, 152
 Patrón Costas, Robustiano 111
 Paz Estenssoro, Víctor 141, 142, 143, 145, 146, 147, 148, 149, 151, 152, 157, 164, 165, 180
 Pelloux, Robert 14
 Peñaloza, Luis 141
 Peñaranda 139, 140, 156
 Pendle, George 114
 Pérez Jiménez, Marcos 75, 84, 100, 171.
 Perón, Eva 130
 Perón, Juan Domingo 74, 77, 79, 91, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 133, 134, 180
 Pilsudski 15
 Pinto 141, 143
 Pius XI. 98
 Primo de Rivera, Miguel 15
 Quintanilla 74, 139, 156
 Ramírez, Pablo 113
 Ramos, José Abelardo 106
 Rawson, Arturo 111, 113
 Remón, José Antonio 75, 79
 Rennie, Ysabel F. 104, 108, 110, 111
 Rodríguez, Alberto 74
 Rojas Pinilla 100, 171
 Rojo, Ricardo 123
 Rolón 191
 Rosas, Juan Manuel de 71
 Ruiz Cortínez, Adolfo 75
 Salamanca, Daniel 155
 Sánchez Cerro, Luis 74
 Santa Cruz, André 71
 Saravia 72
 Seleme 146
 Siles Zuazo, Hernán 100, 141, 146, 147
 Silva Herzog, Jesús 182
 Silvert, K. H. 172
 Sinowjew 11
 Smith, Frederico W. 184
 Sombart 9, 11
 Somoza, Anastasio 74
 Sorel 11
 Stefanich, Juan 184, 185, 186
 Stokes 178
 Stroessner, Alfredo 192
 Szende 11
 Taborga 142
 Tamborini, José 113
 Teichert 51, 64
 Tejada Sorzano, José Luis 155
 Toro, David 74, 136, 137
 Trigo 146
 Troncoso 35
 Trotzky 11
 Trujillo 74
 Ubico, Jorge 74
 Uriburu, José F. 74, 105, 106, 107, 108
 Urquidi, Víctor L. 66
 Urquiza 71
 Urriolagoitia, Mamerto 144, 145
 Vallenilla Lanz, Laureano 73, 174
 Vargas, Getúlio 74, 75, 180
 Velarde 141, 142
 Ventura Calderón, Francisco 73
 Villarreal, Gualberto 74, 78, 141, 143, 144, 147, 156
 Weber, Max 16
 Woytinsky 28
 Wyckoff, Th. 81, 82, 83
 Zapata 38

- Acción Cívica Boliviana—ACB 146
- Acción Democrática 75, 90
- Acción de Defensa del MNR 165
- ad hoc-Parteien 90
- Alianza para el Progreso 60
- Alianza Popular Revolucionaria Americana — APRA 75, 89, 90
- Altiplano 160
- Amiguismo 92, 177
- Anti-imperialismo de balcón 123
- Antijusticialismo 129
- Antiperonismo 129, 130, 131, 134
- Antipersonalistas 104, 109, 168, 171
- Aprismo 166, 182
- Aprista-Parteien 83, 89, 90, 91
- Asociación Nacional de Ex-Combatientes 184
- Asonada 18, 19
- Ayala-Plan 38

- Banco Agrícola (Bolivien) 160; (Paraguay) 190
- Banco de Crédito Industrial 118
- Banco Hipotecario 41, 43
- Banco Hipotecario Nacional 118
- Barllistas 91
- BID 65
- „Blanco“-Partei 85, 86
- Buschistas 139

- Caballería 36
- Calvo-Doktrin 63
- Calvo-Klausel 63
- Carabineros 146
- Caudillismo 19, 71, 72, 73, 155
- Caudillo 19, 71
- Central Obrera Boliviana — COB 164
- Cesarismo democrático 174
- Chaco-Kämpfer 138
- Chaco-Krieg 70, 99, 140, 141, 155, 162, 169, 170, 183, 189
- Cholos 77
- Círculo Militar 105
- Colorados 84, 85, 86, 184, 188, 190, 191, 192
- Concordancia 139
- Confederação Geral dos Trabalhadores do Brasil 93
- Confederación de Trabajadores del Paraguay 190
- Confederación Ecuatoriana de Obreros Católicos 98
- Confederación General de Trabajadores — CGT 112, 114, 127, 128, 131
- Confederación General Económica 131
- Confederación General Obrera 131
- Confederación General Universitaria 131
- Confederación Nacional de Trabajadores Católicos 98
- Confederación Paraguaya de Trabajadores 192
- Confederación Sindical de Trabajadores Bolivianos 140
- Consejo Nacional de Cooperativas 161
- Consejo Obrero del Paraguay 190
- Contrarrevolución 129
- Cooperativas 37
- Corporación Minera de Bolivia — COMIBOL 153, 154
- COSPI 145
- Cuartelazo 18

- Democracia entreguista 148
- Democracia solidarista 184
- Departamento Nacional Socialista de Propaganda y Publicaciones del Estado 137

- Departamento Nacional del Trabajo 187
 Departamento Sindical 137
 Doctrina Peronista 115
 Drago-Doktrin 63

 Ejido 37, 38, 39, 40
 Estado Sindical (Boliviano) 137, 169
 Estancia 43

 Falange Nacional de Chile 90, 98
 Falange Socialista Boliviana 145, 146, 150, 164, 165
 Febrerismo 170, 182
 Febrerista-Revolución 170, 183, 184, 185
 Febreristas 170, 184, 189, 190, 191, 192
 Federación Obrera de Chile — FOCH 93
 Federación Obrera de la República Argentina — FORA 93
 Federación Sindical de Obreros Mineros 143
 Finca 32

 Gobierno de Conducción 130
 Golpe de Estado 18
 Grupo de Oficiales Unidos — GOU 111, 134

 Hacienda 35, 37
 Huasipungo 35
 Huasipunguero 32

 Inquilino 35
 Instituto Argentino de la Promoción del Intercambio — IAPI 119, 120, 121, 131
 Irigoyenismus 106

 Jockey Club 99, 105
 Junta 18, 19
 Justicialismo 115, 129, 182

 Latifundio 32
 Legión de Mayo 105
 Levantamiento 18
 Ley de Reforma Agraria 36
 Ley Saenz Pena 103, 108

 Liga Nacional Independiente 184
 Liga Republicana 105
 Llaneros 77

 Minifundio 32, 41, 161
 Ministerio de Agricultura 161
 Ministerio de Asuntos Campesinos 161
 Movimiento Nacional Peronista 114, 129
 Movimiento Nacional Revolucionario — MNR 99, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 150 151, 156, 164, 165, 166, 169, 175, 182

 NAUCA 64

 ODECA 64

 Partido Comunista de Bolivia — PCB 150, 164
 Partido de la Izquierda Revolucionaria — PIR 140, 141, 142, 145, 146, 164, 165
 Partido Febrerista 90
 Partido Liberal — PL 146, 164
 Partido Obrero Revolucionario — POR 140, 141, 145, 150, 164, 165
 Partido Revolucionario Institucionalista — PRI 175
 Partido Socialista de Chile 63
 Partido Socialista Obrero Boliviano — PSOB 141
 Partido Unión Republicana Socialista — PURS 146, 150, 164
 Patrón 35
 Peón 35, 77
 Peonage 35, 43
 Peronismus 113, 117, 123, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134
 Peronistas 91
 Personalismo 90, 91, 93, 177
 Personalistas 104
 Peso 118, 120
 Pintistas 143
 Pisatario 35
 Pongueaje-System 143, 158
 Pronunciamento 9, 71
 Provincias Unidas 131

Radepa — Razón de Patria 141, 142	Unión Cívica Radical 103,104,131,132
Rancho 37	Unión Ferroviaria 112
Registro General de Sindicatos 137	Unión General de Trabajo — UGT 93
Revolución 18	Unión Nacional Revolucionaria 187
Rosca 144, 165	Unión de Trabajadores Colombianos 98
Rotos 77	
Seguridad Social Integral 162	Vanguardia (La) 131
Servicio Nacional de Reforma Agraria 159, 160	Vanguardia Obrera Movimientista — VOM 165
Solidarismo 186	Veracruz-Plan 38
Toristas 139	Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos — YPFB 137
Trabalhista-Partei 90	
Tribuna Democrata 131	

INHALT

Zum Geleit	5
Vorwort	7
Einleitung	
Zum Begriff des Staatsstreiches — Zeitliche und geographische Begrenzung der Fragestellung	9
ERSTER HAUPTTEIL:	
Strukturelle Gegebenheiten	22
Kapitel I: Wirtschaftliche Gegebenheiten	23
A. Grundlegendes	23
B. Maßgebende Elemente und Probleme der Wirtschaftsstruktur	27
I. Der landwirtschaftliche Sektor	27
1. <i>Bedeutung der Landwirtschaft</i>	27
2. <i>Das Agrarproblem: Agrarstruktur und Landreform</i>	31
II. Der Industriesektor	44
1. <i>Tatbestand der Industrialisierung</i>	44
2. <i>Technisch-wirtschaftliche und politische Probleme der In-</i> <i>dustrialisierung</i>	48
Kapitel II: Politische Gegebenheiten	67
A. Hauptkräfte des politischen Lebens	67
I. Die Armee: Tatbestand, Ursprung und Entwicklung sowie Be- deutung und Wandel des lateinamerikanischen Militarismus ..	67
II. Die Parteien	83
1. <i>Das Parteiensystem</i>	84
a) <i>Einparteiensystem</i>	84
b) <i>Zwei- und Mehrparteiensystem</i>	85
2. <i>Typologie der Parteien</i>	86
a) <i>Die traditionellen Parteien</i>	86
b) <i>Die modernen Parteien</i>	86

3. Strukturmerkmale der Parteien	91
a) Die noch anhaltende Bedeutung des „Personalismo“	91
b) Das Fehlen von vorher festgelegten Parteiprogrammen ..	92
c) Disziplinlosigkeit und Organisationsschwäche	92
III. Die Gewerkschaften: Entwicklung und Stellung im politischen Leben	93
B. Nebenkräfte des politischen Lebens	97
I. Die Kirche	97
II. Interessengruppen	99
III. Sonstige Strömungen	99
ZWEITER HAUPTTEIL:	
Der Staatsstreich als Mittel politischer Entwicklung	102
Kapitel III: Argentinien	103
A. Der Staatsstreich vom 6. September 1930	103
I. Genesis	103
II. Motive	105
III. Folgen	108
B. Der Staatsstreich vom 4. Juni 1943	110
I. Genesis	110
II. Motive	111
III. Folgen — Der Peronismus	113
1. Die theoretischen Grundlagen des Peronismus	114
2. Die Praxis des Peronismus	117
a) Die wirtschaftliche Praxis: Die Pläne von 1947 bis 1951, 1952 und 1953 bis 1957	117
b) Die sozialpolitische Praxis	126
c) Der Peronismus als politisches Experiment	128
Kapitel IV: Bolivien	135
A. Der Staatsstreich vom 17. Mai 1936	135
I. Vorgänge	135

II. Dem Staatsstreich folgende Entwicklungen: Toro-Regime und Busch-Regime	137
B. Der Staatsstreich vom 20. Dezember 1943	140
I. Vorgänge	140
II. Dem Staatsstreich folgende Entwicklungen	142
1. <i>Das Villaroel-Regime</i>	142
2. <i>Die Nachfolge Villaroels</i>	144
3. <i>Die Revolution vom 9. April 1952</i>	147
a) <i>Die theoretischen Grundlagen der Revolution</i>	147
b) <i>Die Praxis der Revolution</i>	149
aa) <i>Das allgemeine Wahlrecht</i>	149
bb) <i>Die Nationalisierung der Bergwerke</i>	151
cc) <i>Mitbestimmung der Arbeiter</i>	154
dd) <i>Die Reorganisation der Armee</i>	155
ee) <i>Die Agrarreform</i>	157
ff) <i>Sonstiges</i>	162
c) <i>Die Bedeutung der Revolution</i>	163
Schlußbetrachtung:	
Von der traditionellen zur neuen Gesellschaftsordnung	168
A. Versuch einer Typologie der untersuchten Staatsstreiche	168
B. Die Herbeiführung und die Gestaltung der neuen Ordnung ..	173
Anhang	
Paraguay als unfertiges Beispiel	183
A. Der Staatsstreich vom 17. Februar 1936	183
I. Die sogenannte „Febrerista-Revolution“	183
II. Das Franco-Regime (17. Februar 1936 — 13. August 1937) ..	186
B. Die Periode vom 13. August 1937 bis 6. Mai 1954	188
Literaturverzeichnis	193
Tabellenverzeichnis	199
Anmerkungen	200

BIBLIOTHECA IBERO-AMERICANA

Veröffentlichungen des Ibero-Amerikanischen Instituts

(Stiftung Preußischer Kulturbesitz) zu Berlin

Herausgeber Hans-Joachim Bock

Band 1 · Max Uhle

Wesen und Ordnung der altperuanischen Kulturen

Aus dem Nachlaß herausgegeben von Gerdt Kutscher

132 Seiten, 2 Tafeln, 7 Abbildungen, engl. Broschur DM 9,—

Band 2 · Hans Horkheimer

Nahrung und Nahrungsgewinnung im

vorspanischen Peru

160 Seiten, 8 Tafeln, 7 Abbildungen, engl. Broschur DM 9,—

Band 3 · Miguel de Ferdinandy

En torno al pensar mítico

264 Seiten, 5 Tafeln, 2 Abbildungen, engl. Broschur DM 24,—

Band 4 · Peter A. Schmitt

Paraguay und Europa

Die diplomatischen Beziehungen unter Carlos Antonio López
und Francisco Solano López 1841-1870

368 Seiten engl. Broschur DM 24,—

Band 5 · Rudolf Geske

Góngoras Warnrede im Zeichen der Hekate

Ein Deutungsversuch

zu den Versen 366-502 der Soledad Primera

136 Seiten engl. Broschur DM 14,—

Band 6 · Cary Hector

Der Staatsstreich als Mittel der politischen Entwicklung
in Südamerika

226 Seiten engl. Broschur DM 19,—

COLLOQUIUM VERLAG BERLIN

scher Unterdrückung gelebt haben, daß eine Umwälzung ihrer staatlichen Ordnung ihnen überfällig erscheint. Welcher Methoden diese Nationen sich in dem angestrebten Prozeß ihrer Regeneration bedienen, mag sich als richtunggebend für ihre Stellung in den großen politischen Auseinandersetzungen der Zukunft erweisen.

Die vorliegende Arbeit eines Lateinamerikaners will zunächst Begriffe wie Putsch, Staatsstreich und Revolution klären, die in der gegenwärtigen Periode keineswegs scharf voneinander abgesetzt sind, sondern sich in einem Prozeß ständiger Umwandlung befinden. Er wendet sie dann auf die lateinamerikanische Wirklichkeit an und versucht am Beispiel Argentinien und Boliviens, Hintergründe abzuleuchten, Tatsachen zu deuten und Tendenzen aufzuzeigen.

Das Buch bietet keine fertigen Rezepte, dürfte aber gerade deshalb geeignet sein, nicht nur dem Theoretiker der Politik reiche Anregungen, sondern auch dem Praktiker wertvolle Kenntnisse zu vermitteln auf einem Gebiet, wo es zum mindesten in der deutschen Literatur noch weitgehend an wissenschaftlich fundierten Untersuchungen fehlt.

